

WIKINGER!

28. März bis 8. November 2015
auf der Schallaburg



Foto: Schallaburg / Martina Siebenhandl

Die Auseinandersetzung mit der Geschichte sei „etwas ganz Wichtiges und Entscheidendes“, so Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll, der am 27. März die diesjährige Ausstellung auf der Schalla-

burg eröffnete. „WIKINGER!“ solle die Menschen „für das emotionalisieren, was hier aus unserer europäischen Geschichte gezeigt wird“. Viele der über 500 Exponate sind erstmals in Österreich zu sehen. Aktuelle For-

schungsergebnisse zeichnen ein äußerst authentisches und zugleich spannendes Bild der legendären Nordmänner des Frühmittelalters.

Lesen Sie weiter auf der Seite 101 ➤

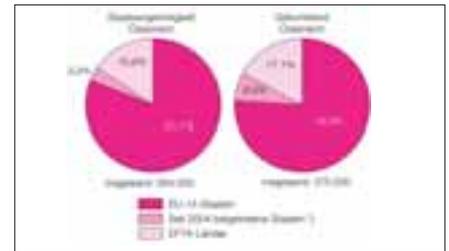
Die Seite 2

*Liebe Leserinnen und Leser,
wir wünsche Ihnen und den Ihren
auf diesem Wege frohe Ostern!*

*Liebe Grüße aus Wien
Michael Mössmer*

Der Inhalt der Ausgabe 141

Bundespräsident Heinz Fischer wirbt in China für Wirtschaft	3	Bezirkshauptfrau in Amt eingeführt	73
Internationale Anti-Terror- Konferenz in Wien	6	Durch's ganze Land um 59 Euro	73
Entwicklungszusammenarbeit	8	Kobersdorf: Ist Ehebruch tödlich?	74
Österreich ist eine Verkehrs- drehscheibe Europas	9	Der »Tosca-Engel« entsteht	75
Innsbruck im Zentrum der europäischen Verkehrspolitik	11	-----	
Integration: Wachstumschance für heimischen Mittelstand	13	Südtirol auf der Expo 2015	76
Aus Österreich in die Welt	15	Auf dem Weg zu einer neuen EU-Nachbarschaftspolitik	77
Der Europa-Staatspreis 2015 – Ihr Engagement für Europa zählt!	23	Unsicherheit bremst Konjunktur	78
Lebhafte EU-Debatte in Leoben	24	Nachhaltige Erholung verschiebt sich	80
ÖsterreicherInnen sehen TTIP kritisch	25	Moderate Konjunkturerholung	80
Globale Orientierungen	26	Rasanter Anstieg bei Immobilienverkäufen	81
12. Generalversammlung der Österr. Freunde von Yad Vashem	27	TierQuarTier Wien	84
Wiener Ball in Berlin		Das österr. Weinjahr 2014	86
Von Angéle Ksinski.	28	Rudolf Kirchschräger zum 100. Geburtstag und 15. Todestag des beliebten Bundespräsidenten	88
Wiener Ball in Beijing	31	Karl Moik ist tot	90
Außen-Kurzmeldungen	34	Personalia	91
Vom Kahlenberg nach Dubai	46	Weltraumnation Österreich TU Graz holt ESA-Satellitenprojekt in die Steiermark	93
Ungenutzte Stipendien	48	Outernet	95
»Hilfe direkt« – für notleidende Menschen in Burkina Faso		Genauer als die beste Atomuhr	96
Von Christa Mössmer.	49	Druck von elektron. Komponenten	98
Beginn der Serie »Von Wien nach Tauranga« von Birgit Anna Krickl	52	250 Jahre Veterinärmedizinische Universität Wien	99
Die Steuerreform	55	WIKINGER! Bisher umfassendste Ausstellung in Österreich zu diesem Thema auf der Schallaburg eröffnet	101
Enquete »Demokratiereform«	59	RINGSTRASSE. Ein jüdischer Boulevard – 150 Jahre Ringstraße	107
»Würde am Ende des Lebens«	65	Ungebautes Salzburg Ausstellung im Museum der Moderne Salzburg	109
-----		Feines Porzellan. Hohe Politik. Ausstellung im Porzellanmuseum	111
»Burgenland Journal«		wean hean 2015	
Infrastrukturprojekt GrenzBahn	66	Das Wienerliedfestival	116
Stabile Landesfinanzen	68	Erlebnispark Hög – Sommer- urlaub in Serfaus-Fiss-Ladis	119
Mattersburg: Infrastrukturoffensive	69		
Wettbewerb »171 Ideen«	70		
Frauenbericht 2014	71		
Eisenstadt: Neues Vorzeige-Projekt	72		



Aus Österreich in die Welt

S 15



Die Steuerreform

S 55



Gedenken an Rudolf Kirchschräger

S 88



Weltraumnation Österreich

S 93



Erlebnispark Hög

S 119

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag; Postadresse: A-1130 Wien, Dr. Schöber-Str. 8/1. Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer; Lektorat: Maria Krapfenbauer. jede Art der Veröffentlichung bei Quellenangabe ausdrücklich erlaubt. Fotos S. 1: Schallaburg / Martina Siebenhandl; S. 2: Statistik Austria; BKA / Regina Aigner; HBF / Peter Lechner; Wikimedia Commons/TU Graz; Serfaus-Fiss-Ladis / Andreas Kirschner

Bundespräsident Heinz Fischer wirbt in China für Wirtschaft

Starkes Interesse beider Länder an verstärkter Zusammenarbeit im Wirtschafts- und Kulturbereich. Auch über die Differenzen bei Menschenrechten wurde gesprochen, so der Bundespräsident in Peking.



Foto: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Heinz Fischer wurde von Ministerpräsident Li Keqiang im Volkskongreß mit militärischen Ehren begrüßt.

Bundespräsident Heinz Fischer nutzte seinen dreitägigen Staatsbesuch in China, um die Anliegen der österreichischen Wirtschaft zu fördern. Bei einem Gespräch mit Ministerpräsident Li Keqiang habe er eine breite Palette von für Österreich wichtigen Themen angesprochen, die von der Bio-Landwirtschaft über Umwelt und Innovationen bis zu Energiefragen gingen, sagte Heinz Fischer nach dem Gespräch vor Journalisten in Peking.

Der Bundespräsident hat Li Keqiang die grundsätzliche Unterstützung Österreichs für die Bewerbung Chinas für die Olympischen Spiele 2022 zugesagt. Im Gegenzug habe der Ministerpräsident in Aussicht gestellt, daß China im Falle eines Zuschlags auf Österreich zukommen werde, um sich Know-how sowohl für die Organisation von Winterspielen als auch im Zusammenhang mit den Ski-Sport im Allgemeinen zu holen, so der Bundespräsident, der aber auch deponiert hat, daß österreichische Fluglinien an mehr Lan-

derechten in China, insbesondere in Shanghai, interessiert wären. Auch würde sich Österreich wünschen, daß die Bank of China in Österreich eine Filiale gründet. Es gebe dafür Anzeichen eines Interesses.

China wiederum sei sehr interessiert an der Zusammenarbeit im Kulturbereich. Ministerpräsident Li Keqiang habe sich nach dem Musikvereinssaal erkundigt und kenne die Philharmoniker gut. Auch habe China Interesse daran, daß Österreich mehr chinesische StudentInnen aufnimmt. Bei Chinas Projekt, mit Ländern aus Ost-, Zentral- und Südosteuropa intensiver zusammenzuarbeiten (16 plus 1), habe es das Angebot gegeben, mit Österreich eine Arbeitsgruppe zu gründen. Auf eine Einladung des Bundespräsidenten hin habe Li spontan zugesagt, zum Vienna Energy Forum eine hochrangige Delegation zu entsenden.

Menschenrechte, etwa die Kritik an der Verfolgung von Frauenrechtlern „kann man ansprechen“, so der Bundespräsident. „Uns

ist bewußt, daß Menschenrechte in China anders gesehen werden als in Österreich.“ In China gehe es darum, Millionen Menschen ein besseres Leben zu verschaffen, während man in Europa auf die Individualrechte poche. Aber darüber könne man reden.

Rein formal hätte Bundespräsident Heinz Fischer in China keine höherrangigen Gesprächspartner haben können: Staatspräsident, Ministerpräsident und Parlamentspräsident empfangen ihn. Außerdem bekam er zum zweiten Mal nach 2010 die Ehre eines Staatsbesuchs – in keinem anderen Land sei dies bisher der Fall gewesen, zog Bundespräsident Heinz Fischer zum Abschluß seines zweitägigen Aufenthalts in Peking zufrieden Bilanz.

Alle Gesprächspartner hätten sich genug Zeit genommen, sodaß die wichtigen Themen angesprochen werden konnten, so der Bundespräsident gegenüber Journalisten. Auch seien die Gespräche häufig sehr konkret gewesen. Mit dem Präsidenten des

Österreich, Europa und die Welt



Arbeitsgespräch von Bundespräsident Heinz Fischer (rechts) mit Staatspräsident Xi Jinping im Beisein der Delegationen

Volkskongresses Zhang Dejiang habe er auch Themen wie Menschenrechte und das grundsätzliche Rechtsverständnis angesprochen. Auf seine Frage, ob eine Abschaffung der Todesstrafe vorstellbar wäre, habe es von Zhang immerhin „kein glattes Nein“ gegeben, sondern ein „momentan steht das nicht auf dem Programm der Gesetzgebung“. Auch in Europa sei die Todesstrafe nur langsam und schrittweise abgeschafft worden, erinnerte Fischer.

Daß es im Rechtsverständnis sehr grundsätzliche Unterschiede gebe zeige sich auch in anderen Bereichen: In China stehe die Stabilität des Systems im Vordergrund und „die Vorherrschaft der kommunistischen Partei darf nicht infrage gestellt werden“, während in Europa ein System mit einem friedlichen Machtwechsel installiert sei, verglich Heinz Fischer.

Politisch spannend ist das Angebot Chinas, Österreich in die Initiative „16 plus 1“, also die intensive Kooperation Chinas mit 16 Staaten aus Mittel- und Osteuropa, einzubinden. Staatspräsident Xi Jinping habe Österreich eingeladen, als Beobachter teilzunehmen. Unter den „16“ sind elf ehemals „osteuropäische“ EU-Staaten. Die EU-Kommission sieht diese Initiative Chinas daher mit Skepsis, Kritiker empfinden sie als Versuch Chinas, Europa zu spalten. Der Bundespräsident hingegen will „nicht päpstlicher als der Papst“ sein und meint „wir wollen keine Chance versäumen“. Entwicklungen in Ost- und Südosteuropa seien für Österreich immer interessant, „wir werden da keine Berührungängste haben“. Wobei Österreich auf eine Beteiligung Deutschlands hofft. Und Fischer erinnert, daß die Bundesregierung für eine Entscheidung zuständig ist.



Fotos: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Fischer und der Präsident des Volkskongresses, Zhang Dejiang

Dafür dürfte Österreich einer anderen Diskussion entgehen, erwartet Fischer: China wird Anfang September 70 Jahre Ende des Zweiten Weltkrieges feiern. Für einige Länder, allen voran Japan, ist die Teilnahme ein Problem. „Eine Einladung an Österreich wurde nicht ausgesprochen und ist auch nicht zu erwarten“, so der Bundespräsident. Auch zum 60jährigen Jubiläum sei Österreich nicht eingeladen gewesen. Offen ist hingegen noch, ob und wie Österreich bei der 70-Jahr-Feier in Moskau vertreten sein wird, die Anfang Mai stattfinden wird, aber aufgrund der Ukraine-Krise von vielen europäischen Staaten und den USA ignoriert werden dürfte.

Rupprechter: Großes Potential für Export von Umwelttechnologie und Agrarwaren nach China

Bei einem offiziellen Staatsakt im Beisein des chinesischen Staatspräsidenten Xi

Jinping in Peking hat André Rupprechter, Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, am 27. März drei Abkommen zwischen Österreich und der Volksrepublik China unterschrieben. Sie betreffen die Lieferung von österreichischem Schweinefleisch nach China sowie die verstärkte Zusammenarbeit in der Landwirtschaft und bei der Umwelttechnologie.

Xi Jinping betonte ausdrücklich das Interesse Chinas an einer Intensivierung der Handelsbeziehungen und vor allem an österreichischem KnowHow im Agrar- und Umweltbereich. Für die konkrete Umsetzung des Landwirtschaftsabkommens schlug er die Einrichtung einer bilateralen Arbeitsgruppe vor.

Rupprechter sieht großes Potential für den Export von österreichischen Produkten, Technologie und KnowHow: „China ist ein Zukunftsmarkt, Klimaschutz und Lebensmittel-

Österreich, Europa und die Welt

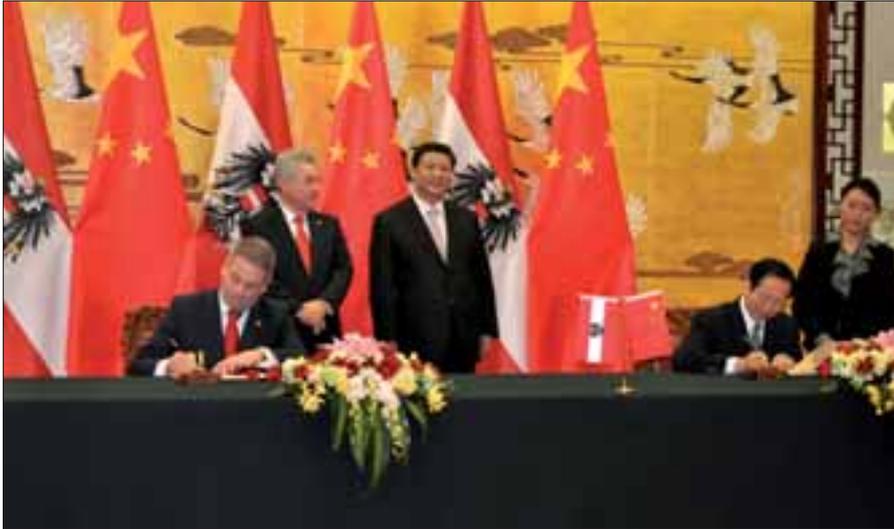


Foto: BMLFUW /

Landwirtschaftsminister Andrä Rupprechter (l.) und sein Ministerkollege Wu Quinghai bei der Unterzeichnung des Veterinärprotokolls in Peking – im Hintergrund: Bundespräsident Heinz Fischer und Staatspräsident Xi Jinping

sicherheit werden in diesem riesigen Markt immer wichtiger. Die Nachfrage nach qualitativ hochwertigen Lebensmitteln steigt ständig. Mit österreichischer Qualität können wir die Konsumenten überzeugen. Unsere Vorreiterrolle in der biologischen Landwirtschaft und unsere gentechnikfreien Felder sind ein großer Vorteil im Wettbewerb mit anderen Ländern, die weit größere Mengen liefern können.“

Mit der Unterschrift von Rupprechter und dem chinesischen Minister Wu Quinghai ist das Veterinärprotokoll, das die Lieferung von österreichischem Schweinefleisch nach China ermöglicht, endgültig besiegelt. Das Abkommen war im Dezember auf Botschafterebene paraphiert worden. Im Rahmen des Staatsbesuches von Bundespräsident Heinz Fischer erfolgte jetzt die formelle Bestätigung. Rupprechter, der gemeinsam mit Fischer, Justizminister Brandstetter und Wirtschaftskammerpräsident Leitl nach China gereist war, erwartet, daß österreichische Firmen jetzt rasch die Bewilligung für den Export bekommen werden und hat dazu Gespräche mit der chinesischen Veterinärbehörde geführt.

Das Protokoll läßt vorerst nur die Lieferung von Schweinehälften zu. Für die in China als Delikatesse geltenden Schweineohren oder Pfoten muß ein eigenes Abkommen abgeschlossen werden. Rupprechter ist optimistisch, daß dies demnächst gelingt. Weiters will der Minister den Export von Rind- und Kalbfleisch ermöglichen. Die Nachfrage nach diesen Fleischsorten steigt in China enorm. Bis 2023 wird eine Steigerung um fast 25 Prozent erwartet.

Noch mehr Chancen ortet Rupprechter

bei Milchprodukten und Käse. Laut Prognosen steigt der Verbrauch bei diesen Produkten in China in den nächsten Jahren um 50 Prozent. Die Lieferung von Milchprodukten nach China ist bereits möglich. Bei einem österreichisch-chinesischen Wirtschaftsforum in Peking wurden entsprechende Kontakte geknüpft.

Mit dem chinesischen Landwirtschaftsminister Han Changfu unterzeichnete Rupprechter auch das Kooperationsabkommen für die Landwirtschaft. Österreich und China wollen vor allem in den Bereichen Biolandwirtschaft, Tierhaltung, Pflanzenbau und Handel verstärkt zusammenarbeiten.

Mit Handelsminister Gao Hucheng unterschrieb Rupprechter ein Abkommen über die Einrichtung eines Ökoparks in Nantong. Dieser soll als Vorzeigeprojekt für Energieeffizienz und kohlenstoffarme Entwicklung dienen und auf diesem Gebiet die bilaterale wirtschaftliche Kooperation zwischen China und Österreich stärken.

Brandstetter: Verhandlungen mit Justizministerin zu gemeinsamem Rechtshilfeabkommen gestartet

Österreichs und Chinas Justiz wollen in der gegenseitigen Rechtshilfe künftig enger zusammenarbeiten. Das vereinbarten Justizminister Wolfgang Brandstetter und die Justizministerin der Volksrepublik China, Wu Aiyang. Die beiden Minister starteten Verhandlungen über ein bilaterales Rechtshilfeabkommen der beiden Länder. „Immer mehr Österreicher sind sehr erfolgreich in China tätig, immer mehr Chinesen kommen als Touristen zu uns. Höchste Zeit für ein Abkommen, das unseren Bürgern Vorteile bringt“,

so Brandstetter. „China ist ein wichtiger wirtschaftlicher Partner Österreichs, genau deswegen braucht es auch mehr Rechtssicherheit für die vielen österreichischen Unternehmen, die hier investieren. Der heutige Arbeitsbesuch mit Justizministerin Wu ist ein wichtiger Schritt für eine weitere Annäherung unserer beiden Länder im Justizbereich. Wir wollen die traditionelle Qualität der österreichischen Legistik mit dem Tempo Chinas kombinieren“, so Brandstetter, der sich von einer künftigen Zusammenarbeit einen vereinfachten und beschleunigten Rechtshilfeverkehr in allen strafrechtlichen Angelegenheiten erhofft.

Ein gemeinsames Anliegen ist auch der Kampf gegen Korruption. Das bestätigte das Treffen mit Ministerin Wu und weiteren Regierungsmitgliedern, wie dem Minister im Legislativbüro des Staatsrates, Dahan Song, und dem Minister für Compliance, Shuxian Huang. Die chinesischen Gesprächspartner zeigten sich sehr interessiert an den österrei-



Foto: BMJ

Justizminister Wolfgang Brandstetter und die Justizministerin der Volksrepublik China, Wu Aiyang

chischen Methoden der Korruptionsbekämpfung, der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft sowie der Whistleblower-Hotline. Besonders hervorgehoben wurde auch das internationale Engagement von Österreich in der Korruptionsbekämpfung. So ist Österreich seit Jahren Mitglied der GRECO (Group of States against Corruption). Zudem ist Österreich Sitzstaat der IACA (International Anti-Corruption Academy), die 2011 in Laxenburg eingerichtet wurde und zu deren Mitgliedsstaaten seit kurzem auch China zählt. ■

Internationale Anti-Terror-Konferenz in Wien

Schulterschuß und Verständigung der Innen- und Außenminister aller betroffenen Staaten in Mittel- und Südosteuropa gegen Extremismus und Terrorismus.



Fotos: BMI / A. Tuma

Teilnehmer der internationalen Anti-Terror-Konferenz am 20. März in Wien. In der Bildmitte Innenministerin Johanna Mikl-Leitner und Außenminister Andreas Kurz (rechts neben ihr)

Es hat vor allem drei Gründe, warum Außenminister Kurz und ich erstmals Außen- und Innenminister vom Westbalkan und aus benachbarten EU-Ländern eingeladen haben. Erstens ist der Dschihadismus eine Bedrohung für unsere innere und äußere Sicherheit. Zweitens bestehen Verbindungen zwischen Extremisten am Westbalkan und in EU-Ländern, und drittens gibt es Probleme in unseren Gesellschaften, die Kriminalität und Extremismus begünstigen können, etwa mangelnde Perspektiven für junge Menschen. Die Länder vom Westbalkan stehen dabei vor ähnlichen Herausforderungen wie wir“, sagte Innenministerin Johanna Mikl-Leitner anlässlich der internationalen Anti-Terror-Konferenz „Tackling Jihadism Together“, zu der sie zusammen mit Außenminister Sebastian Kurz am 20. März nach Wien geladen hatte. „Der Westbalkan ist eine Region in unserer unmittelbaren Nachbarschaft. Von positiven wie negativen Entwicklungen dort sind wir direkt betroffen. Daher ist es wichtig, diese Länder bei ihrem Kampf gegen den Dschihadismus zu unter-



v.l.: Außenminister Sebastian Kurz, EU-Kommissar Dimitris Avramopoulos (Migration, Inneres und Bürgerschaft) und Innenministerin Johanna Mikl-Leitner

stützen“, sagte Außenminister Sebastian Kurz.

Mit der Anti-Terror-Konferenz soll ein breiter Schulterschuß gegen Extremismus und Terrorismus in Mittel- und Südosteuropa geschaffen und die Zusammenarbeit

zwischen der Europäischen Union und dem Westbalkan gestärkt werden. „Dazu braucht es ein gemeinsames Bekenntnis zu unseren europäischen Werten und Grundfreiheiten, die auch besser kommuniziert werden müssen“, sagte die Innenministerin.

Österreich, Europa und die Welt

„Es braucht aber auch gemeinsame und aufeinander abgestimmte Präventionsmaßnahmen gegen Radikalisierung, etwa im Internet oder in Gefängnissen, und eine gemeinsame Reaktion auf die aktuelle Bedrohung durch Tausende ‚Foreign Terrorist Fighters‘ in Europa“, sagte Mikl-Leitner. Es müsse der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt werden, es müsse durch Präventionsmaßnahmen Radikalisierung verhindert und beginnender Radikalisierung entgegen gewirkt werden. Dazu müsse vor allem gegen extremistische Inhalte im Internet vorgegangen werden. „Ich unterstütze daher die Einrichtung einer EU-Meldestelle für illegale Internet-Inhalte bei Europol und ich schlage in einem weiteren Schritt vor, auch die Westbalkan-Staaten in eine solche EU-Meldestelle miteinzubeziehen.“ Als Best-Practice-Beispiel nannte die Ministerin die Deradikalisierungs-Hotline in Österreich, an die sich besorgte Angehörige und auch LehrerInnen wenden können.

Um der akuten Bedrohung durch „Foreign Terrorist Fighters“ zu begegnen, sprach sich Mikl-Leitner für eine verstärkte Kooperation bei der Sicherung der Grenzen aus sowie eine Zusammenarbeit mit Europol, gemeinsam mit den Partnern am Balkan, sowie eine gezielte und rasche Umsetzung der Polizeikooperationskonvention für Südosteuropa. „Wir brauchen aber auch einen Informationsaustausch über die immer stärker sichtbar werdenden Zusammenhänge zwischen illegaler Migration und Extremismus, dabei sollten auch Europol und Frontex entsprechend eingebunden werden“, sagte Mikl-Leitner. Auch der EU-Anti-Terror-Koordinator müsse besser genutzt werden, etwa für die Berücksichtigung der inneren und äußeren Sicherheit bei der Terrorismusbekämpfung. „Zugleich müssen wir auf Prävention, insbesondere den interreligiösen und interkulturellen Dialog, setzen. Religionsführer können dabei eine wichtige Rolle spielen“, betonte Außenminister Kurz.

„Libyen ist ein ‚failed state‘, dessen Regierung nicht in der Lage ist, die Sicherheit des Landes und seiner Bürger zu garantieren“, sagte Mikl-Leitner zur aktuellen Geiselnahme eines österreichischen Öl-Managers durch IS-Anhänger in Libyen. „Wir sind natürlich in großer Sorge und haben einen Krisenstab eingerichtet, um die Situation laufend zu evaluieren und eine Lösung zu finden.“ „Europa darf nicht zusehen, wie Libyen immer weiter ins Chaos abgleitet. Daher wird derzeit auch in Brüssel intensiv überlegt, wie die EU Libyen bestmöglich



v.l.: Außenminister Sebastian Kurz, Ivica Dacic, Vorsitzender der OSZE, und Innenministerin Johanna Mikl-Leitner.



v.l.: Außenminister Sebastian Kurz, Filippo Bubbico (italienischer Innenminister), Innenministerin Johanna Mikl-Leitner und EU-Kommissar Dimitris Avramopoulos

unterstützen kann“, erläuterte Außenminister Kurz. Große Sorgen bereiten mögliche Verbindungen zwischen Menschenschmuggel und Terrorismus. Es müsse mit Ländern wie Tunesien, Algerien und Ägypten eng zusammengearbeitet und rasch eine einheitliche EU- oder sogar UN-Linie zu Libyen gefunden werden, sagte die Innenministerin.

Vonseiten der Europäischen Union nahmen der EU-Kommissar für Migration, Inneres und Bürgerschaft Dimitris Avramopoulos an der Konferenz in Wien teil, der EU Anti-Terror-Koordinator Gilles de Kerchove, der Direktor der EU-Grundrechteagentur Morten Kjaerum und der stellvertretende Europol-Direktor Oldrich Martinu. Die teilnehmenden Minister waren der OSZE-Vorsitzende und serbische Außenminister Ivica Dacic, der albanische Innenminister Saimir

Tahiri, der albanische Außenminister Ditmir Bushati, der amtierende Sicherheitsminister von Bosnien-Herzegowina Mladen Cavar, der Außenminister von Bosnien-Herzegowina Zlatko Lagumdzija, der italienische Innenminister Filippo Bubbico, der kosovarische Innenminister Skender Hyseni, der kosovarische Außenminister Hashim Thaci, der kroatische Innenminister Ranko Ostojic, der stellvertretende kroatische Außenminister Josko Klisovic, die mazedonische Innenministerin Gordana Jankuloska, der mazedonische Außenminister Nikola Poposki, der montenegrinische Innenminister Rasko Konjevic, der montenegrinische Staatssekretär Vladimir Radulovic, der serbische Innenminister Nebojsa Stefanovic und die slowenischen Staatssekretäre Bostjan Sefic und Bogdan Benko. ■

Entwicklungszusammenarbeit

Außenminister Kurz und Rechnungshofpräsident Moser unterzeichnen gemeinsames Projekt – Stärkung der Unabhängigkeit von Obersten Rechnungskontrollbehörden durch Peer Reviews



Foto: BMEIA

v.l.: Kimi Makwetu (Leiter des Rechnungshofes Südafrika und Leiter des INTOSAI Komitees für Kapazitätsaufbau), Rechnungshofpräsident Josef Moser, UN-Untergeneralsekretär Wu Hongbo und Außenminister Sebastian Kurz nach der Unterzeichnung

Außenminister Sebastian Kurz und Rechnungshofpräsident Josef Moser haben am 4. März den Startschuß für ein gemeinsames Entwicklungszusammenarbeitsprojekt gegeben. In Anwesenheit von UN-Untergeneralsekretärs Wu Hongbo, dem Leiter des Rechnungshofes Südafrika und Leiter des INTOSAI Komitees für Kapazitätsaufbau Kimi Makwetu sowie Martin Ledolter, Geschäftsführer der Austrian Development Agency (ADA) unterzeichneten sie im Wappensaal des Außenministeriums ein Peer Review Projekt der INTOSAI/RH und der ADA. Ziel des Projekts ist die Stärkung der Unabhängigkeit von Rechnungshöfen weltweit. Diese ist Grundvoraussetzung, damit Rechnungshöfe Transparenz und Rechenschaftslegung in der öffentlichen Verwaltung schaffen und damit nachhaltige Entwicklung sicherstellen können.

„Das gemeinsame Projekt zwischen der ADA und den Rechnungshöfen ist ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in Entwicklungs- und Schwellenländern“, erklärte Kurz. „Denn nachhaltige demokratische Strukturen sind wesentlich, um für die Menschen Freiheit und Selbstbestimmung zu bringen und damit Basis für Entwicklung und Wohlstand zu schaffen. Das Projekt, das federführend durch den österreichischen Rechnungshof durchgeführt wird,

zeigt auch, daß Österreich in wichtigen Bereichen auch seine große Expertise und Know-How in die Entwicklungszusammenarbeit einbringt.“

„Rechnungshöfe haben die Expertise, Erfahrung und Erkenntnisse, um den Regierungen und öffentlichen Institutionen zu helfen, ihre öffentlichen Mittel zu Gunsten der Bürgerinnen und Bürger effektiv einzusetzen“, so UN-Untergeneralsekretär Hongbo. „Grundvoraussetzung, damit die Rechnungshofprüfer ihre Tätigkeit objektiv wahrnehmen können, ist deren Unabhängigkeit“, betonte der Leiter des Rechnungshofes in Südafrika und Leiter des INTOSAI-Komitees für Kapazitätsaufbau, Kimi Makwetu.

„Damit Rechnungskontrollbehörden ihre Rolle zum Wohl der Allgemeinheit und ihrer Staaten wahrnehmen können, müssen sie über ausreichende finanzielle und organisatorische Unabhängigkeit, die notwendigen Kapazitäten sowie gute Rechnungslegungssysteme verfügen“, erklärte Rechnungshofpräsident Josef Moser. Dies sei aber derzeit nicht in allen Fällen gegeben. Das Peer Review Projekt sei ein nachhaltiger Beitrag zur Stärkung der Rechnungshöfe weltweit.

Konkret wird der Rechnungshof Peer Reviews bei sieben Rechnungshöfen in allen sieben INTOSAI Regionen durchführen: in

Afrika, im arabischen Raum, in Asien, in der Karibik, in Lateinamerika, im pazifischen Raum und im Nicht-EU-Europa. Dabei sollen Probleme im Zusammenhang mit der Unabhängigkeit – u.a. hinsichtlich finanzieller, organisatorischer oder personeller Aspekte – für den jeweiligen Rechnungshof identifiziert und Lösungen vorgeschlagen werden. Der Rechnungshof stellt dafür das nötige Prüfpersonal zur Verfügung.

Basierend auf den Ergebnisse der Peer Reviews, die jeweils in einzelnen Länderberichten und auch in einem Querschnittsbericht verarbeitet werden sollen, wird als letzte Stufe des Projekts ein gemeinsamer Handlungsplan für INTOSAI, Vereinte Nationen und Entwicklungshilfepartner erarbeitet.

Vor dem Hintergrund des essentiellen Beitrags von Rechnungshöfen zur nachhaltigen Entwicklung weltweit laufen aktuell Bemühungen der INTOSAI Gemeinschaft, die Rolle der Rechnungshöfe in den Entwicklungszielen der Post-2015 Agenda zu verankern.

„Ich freue mich, daß der österreichische Rechnungshof große internationale Anerkennung genießt und es daher gelungen ist, eine so große und hochrangige Konferenz nach Wien zu bringen“, betont Außenminister Kurz.

<http://www.entwicklung.at>

Österreich ist eine Verkehrsdrehscheibe Europas

EU-Verkehrskommissarin Violeta Bulc setzt auf wirtschaftsfördernde Investitionen in Infrastruktur



Foto: Parlamentsdirektion / Bildagentur Zolles KG / Mike Ranz

Aussprache zu europäischen Infrastrukturprojekten im Parlament – an der linken Tischhälfte: Österreichische Delegation mit dem Ausschußvorsitzenden Anton Heinzl (SPÖ, 4. v.li.), an der rechten Tischhälfte: EU Kommissarin Violeta Bulc (4. v.re.)

Es war der erste Besuch einer EU-Verkehrskommissarin im Hohen Haus, stellte der Obmann des Verkehrsausschusses, Anton Heinzl, bei seiner Begrüßung von EU-Verkehrskommissarin Violeta Bulc am Vormittag des 19. März im Parlament fest. Die aus Slowenien stammende EU-Kommissarin traf auf ihrem Weg zum Spatenstich für den Bau des Brenner Basistunnels mit ParlamentarierInnen zu einem einstündigen Gespräch über die europäische Verkehrspolitik zusammen.

„Das Verkehrswesen ist ein entscheidender Faktor in einer funktionierenden Volkswirtschaft“, leitete Bulc ihre Ausführungen ein. Der Verkehr ist wichtig für Beschäftigung und Nachhaltigkeit sowie für die Verbindung der Menschen untereinander. Daher verstärkt die neue Kommission ihre Anstrengungen auf diesem Sektor. Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur können die wirtschaftliche Entwicklung Europas befeuern, sagte Bulc und führte aus, daß die „Connecting European Facility“ (CEF) als Teil des europäischen Infrastrukturpakets große Investitionsvorhaben in Österreich unterstütze, das eine wichtige Drehscheibe für vier Verkehrskorridore in Europa darstelle. „Wir ver-

suchen, einen einheitlichen Europäischen Verkehrsraum zu schaffen und Menschen durch nahtlose Logistik zu verbinden. Daher stehen für CEF 12 Mrd. Euro – mehr denn je – zur Verfügung. Der Plan von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker für Investitionen für mehr als 300 Mrd. Euro ergänze die CEF, teilte die EU-Kommissarin mit. Sie hoffe auf gute Projekte, die Investoren gute Renditen versprechen sowie auf größeren Ehrgeiz und größere Risikobereitschaft bei den Investoren.

Die Verkehrsstrategie der Europäischen Union zielt auf eine Verbesserung des Verkehrsmix im europäischen Sektor, auf den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energieträger, auf Fortschritte bei der Elektrifizierung und auf eine Reduzierung der Abhängigkeit vom Öl, das derzeit 90 Prozent der Verkehrsenergie liefert. Ein ausgewogener und nachhaltiger Mix im Verkehr werde auch die Städte von verkehrsbedingten Belastungen – von Staus und Luftverschmutzung – entlasten, zeigt sich Violeta Bulc überzeugt. Bei der Stärkung der Intermodalität und beim effizienteren Einsatz der Treibstoffe sowie bei der besseren Nutzung bestehender Trassen durch integrierte Verkehrslösungen setzt

die Verkehrskommissarin auf die Nutzung neuer technischer Möglichkeiten durch die Digitalisierung des Verkehrssektors. Informationen über die Pläne der EU-Kommission zur Einleitung des Digitalen Zeitalters im Verkehrssektor, das mehr Sicherheit und Effizienz bringen soll, kündigte Bulc für den kommenden Mai an.

Eine zentrale Rolle in der Verkehrsstrategie der EU spiele das vierte Eisenbahnpaket, erfuhren die Abgeordneten von der Kommissarin, die sie über bevorstehende Verhandlungen mit dem europäischen Parlament informierte und die Vorstellung der neuen Fassung des Pakets für kommenden Juni angekündigte.

Europäische Herausforderungen im Straßen- und im Luftverkehr

Besondere Herausforderungen sieht Bulc auf der Straße, wo technische, aber auch soziale Fragen zu lösen seien. Gemeinsam mit dem Europäischen Parlament wird die Kommission am vierten Juni eine Konferenz über soziale Fragen im Verkehr abhalten, bei der es unter anderem auch um Fragen wie Cabotage (Transportdienstleistungen innerhalb eines Landes durch ein ausländisches

Österreich, Europa und die Welt

Verkehrsunternehmen), und Briefkastenfirmen gehen werde. Vor großen Herausforderungen stehe auch die europäische Luftfahrt, deren internationale Wettbewerbsfähigkeit verbessert werden solle. „Dafür brauchen wir einfachere Geschäftsmodelle“, sagte Bulc und kündigte eine Revision der European Aviation Safety Agency (EASA) an.

Erneuerbare Energien, Elektrifizierung, Minderung der Ölabhängigkeit

Als EU-Verkehrskommissarin sei sie auch an der Erstellung der Strategie für eine Europäische Energieunion beteiligt, teilte Bulc mit und unterstrich dabei das Ziel, einen größeren Anteil an erneuerbaren Energieträgern zu erreichen und die Elektrifizierung voranzutreiben. Um zu verhindern, daß die Zunahme von Elektroautos auf den Straßen – die eine Verbesserung der Elektrizitätsinfrastruktur voraussetze – zu Netzausfällen führe, gehe es darum, die Rolle von Elektroautomobilen als Dienstleister in intelligenten Stromnetzen zu nutzen, sagte Violeta Bulc.

Im Gespräch mit der Verkehrskommissarin begrüßte Andreas Ottenschläger (ÖVP) die Bemühungen der EU-Kommission für einen zukunftsfähigen Mobilitätssektor in Europa, erbat Auskunft über die deutschen Mautpläne sowie europäische Pläne für eine Harmonisierung der Mautsysteme, unterstrich beim vierten Eisenbahnpaket das Ziel, durch Trennung von Betrieb und Infrastruktur auf der Schiene mehr Wettbewerb zuzulassen und brach eine Lanze für die Donauraum-Strategie.

FPÖ-Abgeordneter Christian Hafenecker bedauerte die Einstellung von Nebenbahnen und sprach sich grundsätzlich gegen eine PKW-Maut aus, weil eine faire Tarifgestaltung wegen der unterschiedlichen Straßen nicht möglich sei. Walter Bacher (SPÖ) betonte die Notwendigkeit, den Brennerbasistunnel entsprechend zu nutzen, ein Anliegen, das auch Georg Willi (Grüne) ansprach, der dabei auch auf die beiden anderen Bahntunnel-Projekte hinwies. An dieser Stelle plädierte Willi für die Einrichtung einer Alpentransit-Börse nach Schweizer Vorbild sowie für Mindest- statt Höchstsätze für die LKW-Maut in der Wegekosten-Richtlinie. Bei der PKW-Maut geht es Willi um EU-weite Standards für Mobilitätskosten. Michael Pock (Neos) zeigte sich optimistisch hinsichtlich des vierten Eisenbahnpakets und plädierte für eine Entflechtung integrierter Betriebe. Thomas Schellenbacher (FPÖ) drängte auf den Ausbau europaweit vernetzter Verkehrsbeeinflussungs-



Foto: Parlamentsdirektion / Bildagentur Zolles KG / Mike Ranz

v.l.: Europaabgeordnete Karin Kadenbach (SPÖ), EU Kommissarin Violeta Bulc und Ausschussvorsitzender Anton Heinzl (SPÖ)

Anlagen, während sein Fraktionskollege Gerhard Schmid eine finanzielle EU-Beteiligung beim Salzburger U-Bahn-Projekt ansprach. Europaparlamentarierin Karin Kadenbach (SPÖ) sah die künftige Rolle von Elektroautos auch als Stromspeicher in Elektrizitätsnetzen und sprach gemeinsam mit dem Obmann des Verkehrsausschusses, Anton Heinzl (SPÖ), die Hoffnung auf eine Anhebung des EU-Zuschusses zum Bau des Brenner-Basistunnels von 20 auf 40 Prozent an.

EU-Kommissarin kann sich europäischen Straßenmaut-Rahmen vorstellen

In ihren Antworten auf die Fragen der ParlamentarierInnen berichtete EU-Kommissarin Violeta Bulc von ihrem Dialog mit Deutschland und ihren Bemühungen um eine EU-konforme Lösung des PKW-Mautproblems. Die EU trete wegen des Verursacherprinzips für Mautsysteme ein, ihr sei aber die Diskriminierungsfreiheit der Systeme wichtig. Sie trete grundsätzlich für europäische Lösungen und daher auch für einen europäischen Rahmen für Straßenmautsysteme nach dem Vorbild beim Mobilfunk ein, sagte Bulc. Ein solcher Rahmen könnte Flexibilität und Freiwilligkeit für die Mitgliedsstaaten bieten, die entscheiden können sollen, welche Straßen sie jeweils in ein Mautsystem aufnehmen. Bei der Verbesserung der technischen Voraussetzungen für die E-Mobilität konnte zuletzt mit dem „EU-Stecker“ ein wichtiger Durchbruch erzielt werden.

Schiene soll auf Augenhöhe mit anderen Verkehrsträgern kommen

Wichtige Grundsätze beim vierten Eisenbahnpaket sind für Bulc das Ziel, die Schiene, die in den letzten 30 Jahren vernachlässigt wurde, auf Augenhöhe mit anderen Verkehrsmitteln zu bringen, Investitionsmängel zu beheben, sowie Effizienz und Transparenz zu verbessern. Dazu gehöre die Entkoppelung von Infrastruktur und Verwaltung, was durchaus mit Konzernstrukturen zu vereinbaren sei, sagte Bulc. Bessere Voraussetzungen für die Erhaltung von Nebenbahnen erwartet sich Bulc von einer stärkeren Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene, was auch wichtig sei für die angepeilte Verminderung der Abhängigkeit vom Energieträger Öl.

Ungarn soll bei der Donaustrategie mit ins Boot

Die Donaustrategie sei ihr wichtig, sagte Violeta Bulc und berichtete über Bemühungen, Ungarn mit ins Boot zu holen.

Beim Thema Brennerbasistunnel hielt auch die EU-Kommissarin eine entsprechende Verkehrsanbindung auf deutscher und italienischer Seite für wichtig und zeigte sich optimistisch, daß es gelingen werde, das Potential dieses Tunnels zu nutzen. Die Frage nach der Co-Finanzierung versprach die EU-Kommissarin, die sich auf dem Weg zur Teilnahme am Spatenstich für den Bau der Haupttröhre des Brenner Basistunnels befand, schriftlich zu beantworten. ■

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Innsbruck im Zentrum der europäischen Verkehrspolitik

Tirols Landeshauptmann Günther Platter: »Bau des BBT geht mit Anschlag des Hauptstollens in entscheidende Phase.«



Foto: Land Tirol / Die Fotografen

Festlicher Empfang vor der Hofburg in Tirols Landeshauptstadt Innsbruck (v.r.): EU-Verkehrskommissarin Violeta Bulc und Landeshauptmann Günther Platter mit seinen Amtskollegen Arno Kompatscher (Südtirol) und Ugo Rossi (Trentino)

Tirol ist nicht nur das Herz Europas, sondern steht heute auch im Mittelpunkt der europäischen Verkehrspolitik“, begrüßte Landeshauptmann Günther Platter am 19. März seine hochrangigen Gäste aus Europa: Neben EU-Verkehrskommissarin Violeta Bulc, Südtirols Landeshauptmann Arno Kompatscher und dessen Amtskollegen Ugo Rossi sowie EU-Koordinator Pat Cox kamen die VerkehrsministerInnen der Alpenländer anlässlich des Tunnelanschlags für den Brenner Basistunnel-(BBT)-Hauptstollen nach Innsbruck.

„Die alpenquerenden Verkehrsverbindungen sind maßgeblich für die wirtschaftliche Entwicklung und den sozialen Zusammenhalt der nördlichen und südlichen Länder sowie der Alpenregionen“, sagte Platter. Mit dem Bau des 64 Kilometer langen BBT werde nicht nur ein Kernstück des Skandinavien-Mittelmeer-Korridors realisiert, sondern auch der längste Eisenbahntunnel der Welt.

Gespräch mit EU-Verkehrskommissarin

Im Vorfeld zum Tunnelanschlagn im Hauptstollen im Ahrental bei Innsbruck fand ein Gespräch zwischen LH Platter und der EU-Verkehrskommissarin statt, in dem die Anliegen Tirols deponiert wurden. „Derzeit fahren knapp zwei Millionen Schwerfahrzeuge durch unser Land über den Brenner – das können wir auf Dauer nicht verantworten“, betont Platter. Aus diesem Grund habe die Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino in vorbildlicher Weise die Umsetzung der europäischen Eisenbahnkorridore vorangetrieben und gleichzeitig damit bewiesen, wie zielführend grenzüberschreitende Zusammenarbeit sei.

Notwendige Begleitmaßnahmen der EU

Der BBT werde eine maßgebliche Entlastung für die Bevölkerung von Tirol und Südtirol darstellen. Allerdings müsse die EU noch notwendige Begleitmaßnahmen schaffen, damit der Tunnel auch entsprechend genutzt

wird. „Hier herrscht im wahrsten Sinne des Wortes: höchste Eisenbahn“, mahnte Platter.

Willkommen hießen Platter und sein Südtiroler Amtskollege Kompatscher auch insgesamt 35 BürgermeisterInnen aus den Ortschaften entlang der Brennerachse. „Der BBT ist ein Meilenstein für eine zukunftsgerichtete Entwicklung des Güterverkehrs, aber auch des Personennahverkehrs“, sagte Kompatscher. „Er schafft eine wichtige Verbindung für und mit Europa und bedeutet den weiteren Abbau von Grenzen.“

Wichtige Impulse für die Wirtschaft

Durch den Bau des BBT werden Wirtschaftsimpulse für die ganze Region gesetzt. „Wir haben insgesamt eine Bruttowertschöpfung von 15 Milliarden Euro, davon verbleibt fast ein Drittel in Tirol und Südtirol“, erklärt Platter. Die BBT-Gesellschaft schreibt alle Aufträge europaweit aus und hat bisher rund 700 Millionen Euro investiert. Etwa 80 Pro-

Österreich, Europa und die Welt

zent davon verblieben in einem Umkreis von 300 km. „Das bedeutet, daß vor allem auch die Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino vom Bau des Tunnels profitiert“, freut sich Platter. Des weiteren finden während der gesamten Bauzeit des BBT rund 150.000 Menschen Beschäftigung.

Fakten zum Brenner Basistunnel

Der Bau soll bis zum Jahr 2026 realisiert werden. Die prognostizierten Gesamtkosten belaufen sich derzeit auf rund zehn Milliarden Euro. Davon werden 50 Prozent der Planungskosten und 40 Prozent der Baukosten von der EU kofinanziert und der Rest je zur Hälfte von Österreich und Italien getragen.

Die Personenzüge werden dann mit bis zu 250 km/h und Güterzüge mit 120 bis 160 km/h durch die Alpen fahren. Damit verkürzt sich die Reisezeit von Innsbruck nach Bozen von derzeit zwei Stunden auf 45 Minuten und die Beförderungszeit von Gütern von derzeit drei Stunden auf die Hälfte.

Platter fordert Solidarität der EU und der Nachbarländer ein

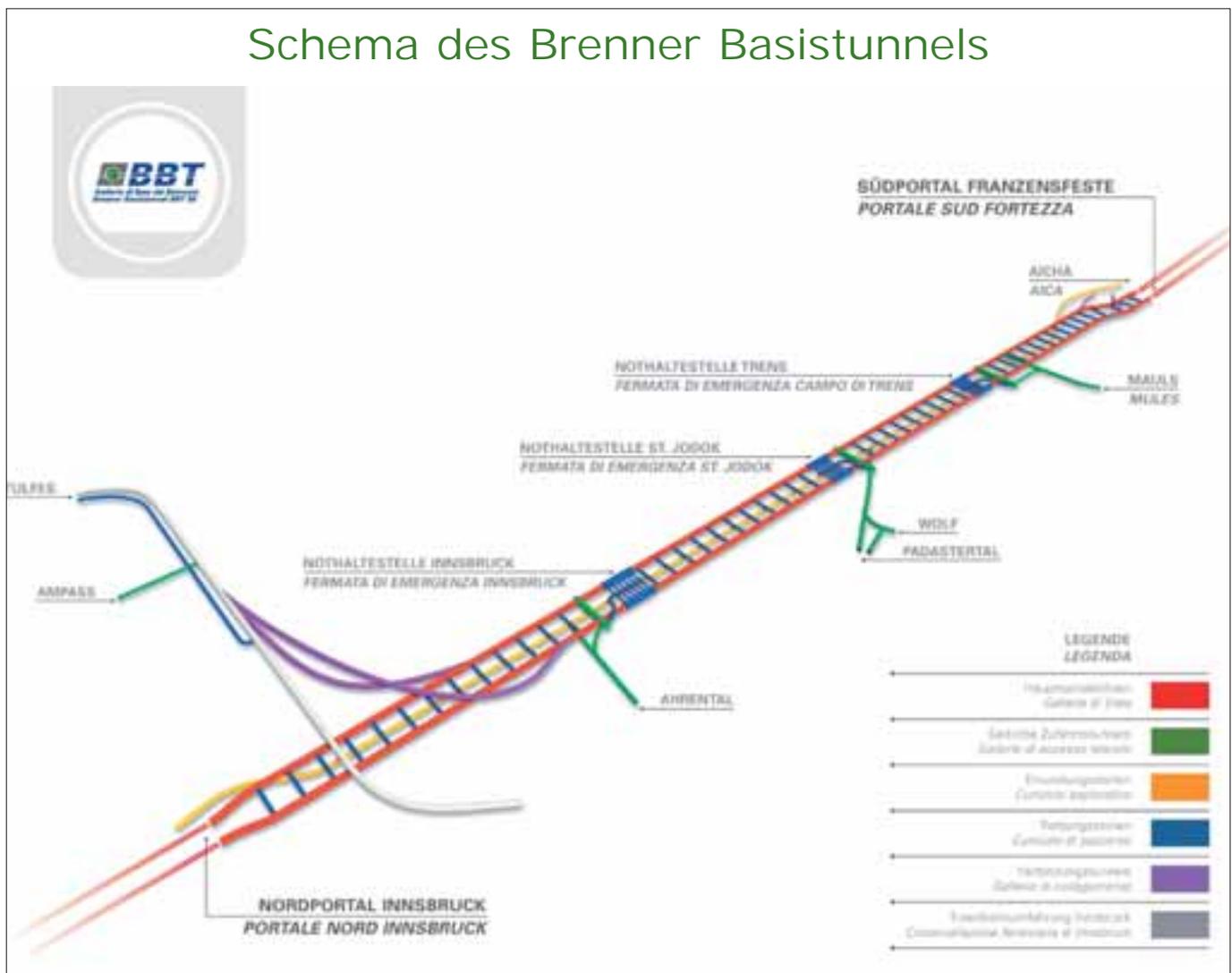
In seiner Eröffnungsansprache des Kongresses „TEN-T in Action“ anlässlich des Baustarts für den Hauptstollen des BBT bekräftigte Platter seine Forderungen an die Europäische Verkehrspolitik. „Ich möchte mich zunächst bei EU-Verkehrskommissarin Violeta Bulc, allen VerkehrsministerInnen, Koordinator Pat Cox, BBT-Vorstand Konrad Bergmeister und allen BürgermeisterInnen dafür bedanken, daß wir beim Brenner Basistunnel an einem Strang ziehen und so eine zukunftsweisende Schieneninfrastruktur schaffen, durch die wir die Bevölkerung vom Straßengüterverkehr entlasten können.“

Mit dem längsten Eisenbahntunnel der Welt allein sei es auf dem Weg zu einer nachhaltigen Verlagerung des Transitverkehrs noch nicht getan, so Platter, der drei Forderungen aufstellte: Die Nachbarstaaten Deutschland und Italien müßten zu ihren Verpflichtungen stehen und rechtzeitig für den Bau der Zulaufstrecken zum Brenner Basistunnel sorgen.

Des weiteren müsse die EU Rahmenbedingungen für eine effiziente Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene schaffen. „Unser gemeinsames Ziel muß die Halbierung des Transitverkehrs auf der Straße sein. Dazu brauchen wir Instrumente wie die Alpentransitbörse“, fordert Platter. Es könne nicht akzeptiert werden, daß der Lkw-Verkehr am Brenner schrankenlos zunimmt. „Wir brauchen eine Reglementierung.“ Als weitere Maßnahme plädiert er für eine Korridormaut von München bis Verona. Die deutlich höhere Lkw-Maut in Tirol im Vergleich zu den Nachbarländern bewirke nur einen geringen Verlagerungseffekt, schade aber gleichzeitig der Tiroler Wirtschaft. „Das gemeinsame, grenzüberschreitende Ziel muß es aber sein, die Bevölkerung wirkungsvoll zu entlasten. Durch den Ausbau der Schienenwege mit dem Herzstück BBT bieten wir der Transportwirtschaft eine umweltfreundliche Alternative an. Es muß aber auch sichergestellt werden, daß diese angenommen wird.“

<http://www.bbt-se.com>

Schema des Brenner Basistunnels



Integration: Wachstumschance für heimischen Mittelstand

Mittelständische Unternehmen diskutierten auf Einladung von Leitbetriebe Austria über Exportstrategien und Integration am Wirtschaftsstandort



Foto: leisure.at / Sabine Klimpt

Leitbetriebe sind wachstumsorientierte Unternehmen, die auf die Internationalisierung angewiesen sind und sich im internationalen Wettbewerb behaupten müssen“, erklärte Monica Rintersbacher, Geschäftsführerin der Leitbetriebe Austria, am 26. März im Außenministerium. Gemeinsam mit dem Ministerium möchte das Netzwerk des österreichischen Mittelstands in den nächsten Monaten einen Meilenstein setzen, um Wachstum der heimischen Wirtschaft zu fördern und den Wirtschaftsstandort zu stärken. „Erfolgreiche Integration wird zu einem bestimmenden Faktor für die Standortattraktivität“, so Rintersbacher.

MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund sind Türöffner und wertvolles Kapital bei Expansion in neue Märkte, sind sich die Unternehmer einig. Viele MittelständlerInnen bevorzugen bei den Auslandsaktivitäten qualifizierte MitarbeiterInnen mit guten Marktkenntnissen gegenüber Merger-and-Acquisition-Strategien.

Qualifizierte Zuwanderung erhöht die Wettbewerbsfähigkeit

Susanne Knasmüller, Abteilungsleiterin für Integrationskoordination, unterstrich: „Diversity ist eine Bereicherung für Unternehmen. Qualifizierte Zuwanderung erhöht die Wettbewerbsfähigkeit und wirkt dem Fachkräftemangel entgegen. Ganz Europa wird bis 2030 rund 45 Millionen zusätzliche Arbeitskräfte benötigen.“

Michael Girardi, Abteilungsleiter für Grundsatzangelegenheiten Integration, ergänzte: „Die österreichische Politik hat erst sehr spät begonnen, einen nationalen Aktionsplan zu entwickeln. Wir setzen auf faktenorientiertes Handeln und eine Willkommenskultur zusammen mit dem Österreichischen Integrationsfonds. Integration durch Leistung beruht auf einem wechselseitigen Prozeß und ist eine Querschnittsmaterie. Deutschkenntnisse, Bildung und Arbeit sind die Grundvoraussetzungen für eine gelungene Integration.“

Rot-Weiß-Rot-Karte wird ausgebaut und angepaßt

1,5 Millionen Menschen ausländischer Herkunft, von denen rund eine Million die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, leben derzeit in Österreich. Zwei Drittel der heutigen Zuwanderer kommen aus dem EU-Raum, wobei Deutschland den größten Anteil ausmacht. Während 150.000 Menschen pro Jahr zuwandern, wandern parallel auch 100.000 Menschen aus Österreich ab.

Der qualifizierte Zuzug im Rahmen der Rot-Weiß-Rot-Karte ist jedoch noch zu gering: 2013 wurden nur 1177 Karten vergeben. Die Rot-Weiß-Rot-Karte wird laut Knasmüller daher laufend weiterentwickelt und angepaßt. Aktuell stehen Studienabsolventen im Fokus, die schon einen großen Teil ihrer Integrationsleistung während des Studiums erbracht haben.

Studie: Geringe Wahrnehmung institutioneller Angebote und hohes Vertrauen auf persönliche Kontakte

Peter Haric, Institutsleiter der Leitbetriebe Austria, präsentierte eine aktuelle unter mittelständischen Unternehmen durchgeführte Studie mit einem Sample von 203, die Erfolgsfaktoren für die Internationalisierung hinterfragte. 54 Prozent der mittelständischen Unternehmen erwirtschaften über 50 Prozent ihres Umsatzes im Ausland. In der Studie geben die befragten Unternehmen an, die Expansion in neue Märkte vor allem durch persönliche Kontakte und Beziehungen und nicht über institutionelle Einrichtungen voranzutreiben.

Größtes Problem für die Unternehmen ist das Informationsdefizit über rechtliche Rahmenbedingungen bei der Expansionsvorbereitung und die Vermittlung qualifizierter Kontakte. Institutionelle Angebote haben für 57 Prozent der befragten Unternehmen keine oder nur geringe Bedeutung. Ebenso schätzen nur elf Prozent der Unternehmen Förderungen als wesentlichen Erfolgsfaktor für den Export ein. Als wichtigste Märkte bezeichnet der heimische Mittelstand in Zukunft Westeuropa, Südostasien, China und Südosteuropa mit der Türkei. Der nordamerikanische Markt wird trotz des in Verhandlung befindlichen transatlantischen Handelsabkommens TTIP von nur fünf Prozent als relevanter Wachstumsmarkt eingestuft.

Österreich, Europa und die Welt

Botschaften öffnen sich und sind aktiv

Manfred Brandner, Geschäftsführer der internationalen aktiven bit group, lobte das Angebot der Botschaften: „Die Botschaften öffnen sich. Es liegt an den Unternehmen selbst, die Chancen zu nützen, die sich durch die Kontakte bieten.“ Das mangelnde Engagement der Institutionen konnte Brandner ebenfalls nicht bestätigen und meinte, daß man sich holen müsse, was geboten werde. „Die Botschaften und Außenhandelsstellen sind interessiert, zu helfen. Der Kontakt mit den Botschaften ist eine Pflicht, um erfolgreich neue Märkte zu erschließen.“

„Die Botschaften nehmen mit Freude ihre Aufgaben als Enabler und Vernetzer wahr und unterstützen die österreichischen Unternehmen im Ausland. Unsere Botschaften sind offen für Menschen und Unternehmen mit Ideen! Die Botschafterkonferenz im Herbst ist eine Einladung an die Unternehmen, die Botschafter kennen zu lernen“, betonte Gesandter Michael Postl vom Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres.

Einigkeit herrschte unter den Unternehmern auch darüber, daß die institutionellen Angebote ihre Leistungen besser kommunizieren müssen, da man mit den Leistungen grundsätzlich zufrieden sei. Im Ministerium wird dazu der Gedanke einer eigenen Servicesektion angedacht, um sich stärker als Dienstleister zu positionieren.

Hochkarätiges Podium diskutiert über Exportchancen

Auf Einladung des Außenministeriums und der Leitbetriebe Austria tauschten sich über ihre Exporterfahrungen unter anderem Valentin Bicu (Company Solutions), Manfred Brandner (bit group), Stefan Chalupnik (Coreth Kunstverarbeitung), Helmut Christian Dettenweitz (Heldeco), Hannes Feuerhuber (Weba Werkzeugbau), Silvia Kelemen (Lyonesse), Wilfried Mayer (Trailfracht), Michaela Rammel (Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien), Stefanie Schwarzecker (Austrian Development Agency), Davor Sertic (Unit Cargo) sowie Josef Vuzem (Repcon) aus.

Über Leitbetriebe Austria

Unter der Marke Leitbetriebe Austria organisieren sich leistungsfähige, vorbildhafte und nachhaltig agierende Unternehmen, die einen relevanten Beitrag für den Wirtschaftsstandort Österreich leisten. Das unabhängige, branchenübergreifende Exzellenz-Netzwerk fördert Kooperationen, Interaktion und Wissensaustausch zur Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. ■

<http://www.leitbetriebe.at>



Gesandter Michael Postl, Leiter der Abteilung III.3 – Außenwirtschaftsbeziehungen im Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres



Monica Rintersbacher, Geschäftsführerin der Leitbetriebe Austria, Davor Sertic (UnitCargo) und Susanne Knasmüller, Leiterin der Abteilung Integrationskoordination im Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres



Josef Vuzem (Repcon), Silvia Kelemen (Lyonesse), Monica Rintersbacher, Geschäftsführerin der Leitbetriebe Austria, Stefan Chalupnik (Coreth Kunstverarbeitung) und Manfred Brandner, Geschäftsführer der internationalen aktiven bit group

Alle Fotos: leisure.at / Sabine Klimpt

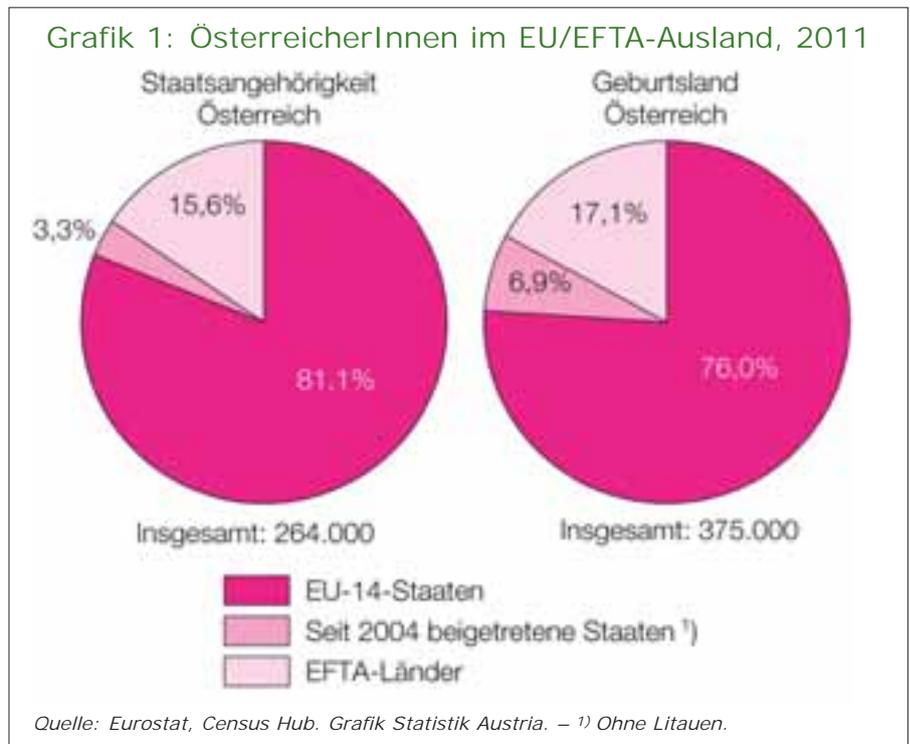
Aus Österreich in die Welt

Wie Statistik Austria aus Ergebnissen der europaweiten Volkszählungen errechnete, leben 264.199 ÖsterreicherInnen in anderen EU- und EFTA-Staaten, bevorzugt im deutschsprachigen Ausland.

Fragen der Einwanderungspolitik werden in Österreich seit vielen Jahren heftig diskutiert. Weniger Bewußtsein besteht in diesem Zusammenhang darüber, daß Österreich lange Zeit nicht nur ein Einwanderungs-, sondern vielmehr ein Auswanderungsland war (vgl. Münz et.al. 2003: S. 20ff).

Größere Auswanderungswellen gab es im 19. und auch noch im frühen 20. Jahrhundert. Der aufkommende Nationalsozialismus und der zweite Weltkrieg waren mit Flucht, Vertreibung und Zwangsumsiedlung großer Bevölkerungsteile verbunden. Auch in den ersten Jahren nach dem zweiten Weltkrieg gab es mit der Repatriierung bzw. Weiterwanderung von Displaced Persons (KZ-Überlebende, Kriegsgefangene, Zwangs- und FremdarbeiterInnen) bzw. der aus Osteuropa vertriebenen oder geflüchteten deutschsprachigen Bevölkerung sowohl Zuwanderung nach, als auch Abwanderung aus Österreich.

Ab den 1950er-Jahren begann die Zuwanderung langsam an Bedeutung zu gewinnen. Nach Österreich kamen Flüchtlinge (z.B. aus Ungarn 1956, aus der damaligen Tschechoslowakei 1968, von denen aber ein Großteil in die USA, nach Kanada und andere Einwanderungsländer weiterzog) und ab den 1960er-Jahren auch ArbeitsmigrantInnen. Dennoch sind in den 1950er- und 1960er-Jahren aufgrund der wirtschaftlichen Situation etliche Tausende ÖsterreicherInnen in die klassischen Immigrationsländer USA, Kanada, Australien oder Südafrika ausgewandert. In Europa waren Deutschland, die Schweiz und Großbritannien bevorzugte Ziele. Viele verließen die Heimat mit der Perspektive, einige Jahre gut zu verdienen und dann wieder nach Österreich zurückzukehren. Mit dem Wirtschaftsaufschwung in Österreich fielen dann die Push-Faktoren weg, Arbeiten im Ausland blieb aber ein



Thema für eine Minderheit, darunter hochqualifizierte Personen. Der EU-Beitritt Österreichs, die EU-Erweiterung und die fortschreitende Globalisierung förderte und erhöhte auch die Job-Mobilität, die generell zwischen den EU- und EFTA-Staaten gestiegen ist.

Inzwischen findet ein Teil der Emigration von österreichischen Staatsangehörigen auch in Form der Rückwanderung von eingebürgerten ehemaligen Zuwanderern statt.

Wie hoch die Zahl der Ausgewanderten, aber auch die der Zurückgekehrten ist, kann mit österreichischem Zahlenmaterial erst seit 2002 (Wanderungsstatistik auf Basis des Zentralen Melderegisters) belegt werden.¹⁾ Für die früheren Jahre fehlt eine Wanderungsstatistik, allenfalls können zwischen zwei Volkszählungsjahren oder auf Basis der Bevölkerungsfortschreibung jährlich Wande-

runngssalden für österreichische Staatsangehörige berechnet werden. Über die Richtung der Wanderungsbewegungen geben jedoch nur Datenquellen der Zuwanderungsländer Auskunft.

Die Volkszählungen anderer Länder sind eine reiche Datenquelle, um Aussagen über im Ausland lebende ÖsterreicherInnen treffen zu können. Für den EU-Raum liegt nun erstmals mit dem Instrument des Census Hub, der seit Anfang Dezember 2014 zur Verfügung steht, eine zentrale Auswertungsmöglichkeit von Volkszählungsdaten der Zensusrunde 2011²⁾ vor. Die Datenbank enthält nicht nur Ergebnisse der Censen der gegenwärtig 28 Mitgliedsländer, sondern auch der EFTA-Länder Island, Liechtenstein, Norwegen und Schweiz.

Auch viele außereuropäische Länder bieten Informationen über Geburtsland und Staatsbürgerschaft ihrer Wohnbevölkerung nach Einzelstaaten an. Exemplarisch soll hier über die ÖsterreicherInnen in den drei wichtigen Zielländern USA, Kanada und Australien, berichtet werden. Für eine Bestimmung der Gesamtzahl der ÖsterreicherInnen im Ausland wäre eine Sammlung der Daten al-

1) Damit liegen auch Merkmale wie Alter und Geschlecht, Zielland bzw. Herkunftsland vor. Durch die Verknüpfung mit den Daten des Bildungsstandsregisters sind auch Aussagen über die Qualifikation der Auswanderer möglich (vgl. Wisbauer, Fuchs 2014: S. 196ff).

2) Die EU-Zensusverordnung hat das Erhebungsjahr mit 2011 festgelegt. Die Stichtage der nationalen Zählungen liegen zwischen dem 1. Jänner und dem 31. Dezember 2011.



Österreich, Europa und die Welt

ler Länder nötig. Dies ist jedoch nicht möglich, da nicht für alle Länder Daten vorhanden und zugänglich sind. Eine Schätzung der Zahl der AuslandösterreicherInnen wird vom Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres veröffentlicht (siehe Tabelle rechts). Dieses gibt für den Stichtag 1. Juli 2014 eine Zahl von geschätzten 550.000 Personen weltweit an, davon 410.000 in Europa. Die Schätzung basiert auf den bei den ausländischen Vertretungsbehörden registrierten Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft.

Die Censusergebnisse weichen – dort wo ein Vergleich möglich ist – zum Teil stark von diesen Schätzungen ab. Mögliche Gründe für diese Abweichungen liegen in der Bevölkerungsdefinition des europaweiten Census 2011 (Personen mit einer Aufenthaltsdauer oder einem intendierten Aufenthalt von weniger als 12 Monaten sind ausgeschlossen³⁾, ausländische DiplomatInnen samt Familienangehörige zählen nicht zur Bevölkerung des „Gastlandes“) sowie in der Definition von Staatsangehörigkeit, außerdem ist bei doppelter Staatsbürgerschaft die Staatsbürgerschaft des „Gastlandes“ ausschlaggebend. Zudem ist unklar, wie weit die Daten des Außenministeriums im Fall von Einbürgerung, Rückwanderung oder Tod der Personen aktualisiert werden.

Begriffsbestimmung

Unter den Begriff AuslandösterreicherInnen fallen Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft, die dauerhaft im Ausland leben (Lebensmittelpunkt, Hauptwohnsitz im Ausland). Doppelstaatsangehörige zählen nicht dazu, da entsprechend der Bestimmungen der europäischen Zensusverordnung die Staatsangehörigkeit des jeweiligen Landes Priorität hat. Zu dieser Gruppe gehören auch im Ausland geborene Kinder mit österreichischer Staatsbürgerschaft (zweite Generation), die nie in Österreich gelebt haben. Mit Hilfe des Merkmals „Geburtsland Österreich“ kann der betrachtete Personenkreis auf ehemalige ÖsterreicherInnen erweitert werden.

ÖsterreicherInnen im EU/EFTA-Ausland

In den 27 EU-Mitgliedsstaaten (ohne Österreich) sowie in den EFTA-Ländern Island, Liechtenstein, Norwegen und Schweiz lebten nach dem Ergebnis der europaweiten

Volkszählungen 2011 rund 264.000 ÖsterreicherInnen, die Mehrheit (81 %) von ihnen in den EU-14-Staaten, etwa jede und jeder Sechste (16 %) in den EFTA-Staaten und nur ein kleiner Teil in den neuen, seit 2004 beigetretenen EU-Staaten (3 %). ÖsterreicherInnen wandern bevorzugt ins deutschsprachige Ausland aus. Deutschland steht mit rund 164.000 Personen an erster Stelle vor der Schweiz mit rund 38.000. An dritter

Stelle folgt das Vereinigte Königreich, in dem laut Census etwa 17.000 Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft leben. Mit Abstand folgen Spanien, Italien und Frankreich, die Größenordnungen liegen zwischen rund 5.000 und 7.500 Personen. Mit 1.000 bis knapp unter 4.000 ÖsterreicherInnen folgen Ungarn, die Niederlande, Schweden, Belgien, die Tschechische Republik, Liechtenstein, Griechenland, Dänemark und Norwegen. In

AuslandsösterreicherInnen per 1. Juli 2014

Im Ausland wohnhafte österreichische StaatsbürgerInnen

Kontinent, Land	absolut	in %
Erde, insgesamt	552.300	100,0
Europa	410.300	74,3
Afrika	19.400	3,5
Asien	17.900	3,2
Amerika	78.200	14,2
Ozeanien	26.500	4,8
Ausgewählte Gaststaaten		
Deutschland ¹⁾	250.000	45,3
Schweiz ¹⁾	63.000	11,4
Vereinigte Staaten (USA)	37.000	6,7
Australien	25.000	4,5
Vereinigtes Königreich (Großbritannien)	25.000	4,5
Argentinien	15.000	2,7
Südafrika	15.000	2,7
Spanien	10.400	1,9
Italien	10.300	1,9
Brasilien	10.000	1,8
Frankreich	7.000	1,3
Israel	6.800	1,2
Niederlande	6.000	1,1
Kanada	5.500	1,0
Ungarn	5.200	0,9
Belgien	5.000	0,9
Schweden	4.100	0,7
Tschechische Republik	3.400	0,6
Griechenland	3.000	0,5
Mexiko	3.000	0,5
Rumänien	3.000	0,5
Ägypten	2.300	0,4
Liechtenstein	2.000	0,4
Vereinigte Arabische Emirate	2.000	0,4
Russische Föderation	1.500	0,3
China	1.400	0,3
Chile	1.300	0,2
Neuseeland	1.300	0,2
Norwegen	1.200	0,2
Uruguay	1.100	0,2
Polen	1.000	0,2
Slowenien	1.000	0,2
Thailand	1.000	0,2

Quelle: Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (Schätzung). Erstellt am 02.12.2014.

1) Laut nationalem Statistikamt: Deutschland 178.768, Schweiz 39.494 (Zahlen für den 1.1.2014, ohne Doppelstaatsangehörige und mit Mindestaufenthaltsdauer von 12 Monaten).

³⁾ Abweichungen werden in den Metadaten im Census Hub erläutert.

Österreich, Europa und die Welt

allen anderen Ländern haben im Censusjahr 2011 weniger als 1.000 österreichische Staatsangehörige gelebt, in den baltischen Staaten Lettland und Estland, in Island und in Malta waren es sogar zum Teil weit weniger als 100 Personen. Österreichische Staatsangehörige sind nur im kleinen Liechtenstein eine relativ starke Gruppe in der ausländischen Bevölkerung (17 %). Unter den ImmigrantInnen aus den EU/EFTA-Staaten beträgt ihr Anteil in Liechtenstein sogar rund 35 %, im gesamten EU/EFTA-Raum allerdings nur 1,9 %. In Deutschland stellen AuslandsösterreicherInnen 7,2 % der EU/EFTA-Zuwanderer, in Slowenien 7,1 %, in Kroatien 5,0 %, in Ungarn 4,7 % und in der Schweiz 3,3 %.

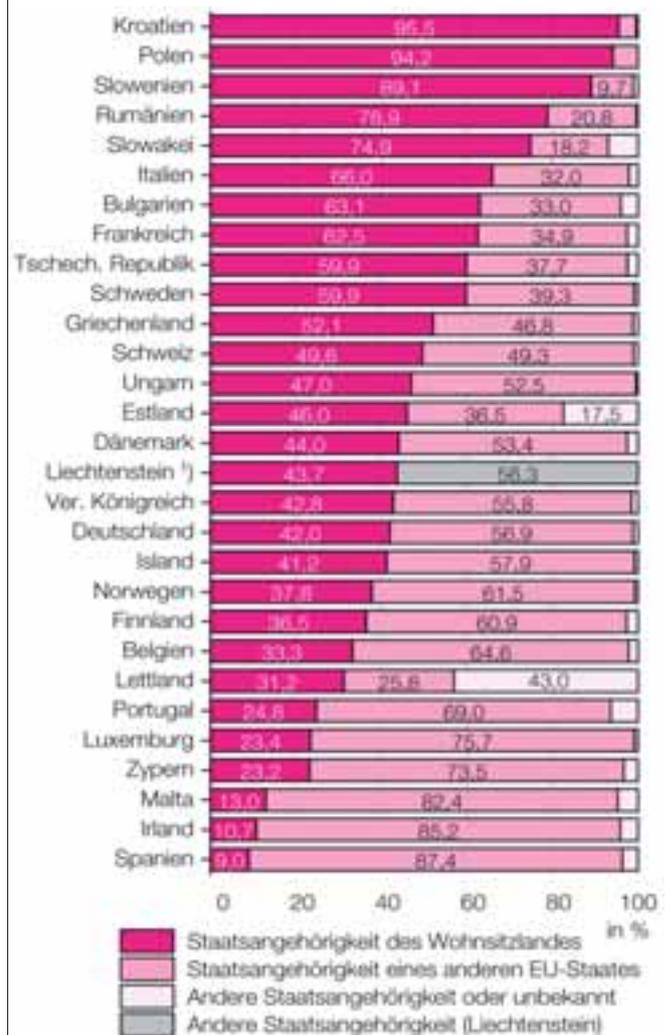
Nach dem Merkmal „Geburtsland“ betrachtet, hat der EU-weite Census für 2011 eine Zahl von rund 375.000 Personen ergeben, die in Österreich geboren sind, aber im Ausland leben. Die Verteilung auf die einzelnen Staatenkategorien gleicht dem Merkmal Staatsangehörigkeit. Die meisten in Österreich geborenen Personen haben ihren Wohnsitz in Deutschland, gefolgt von der Schweiz und dem Vereinigten Königreich, Italien und Frankreich. In den neuen EU-Ländern führt Ungarn vor Kroatien und Tschechien. In einigen Staaten unterscheiden sich die Zahlen nach Geburtsland stark von der Betrachtung nach der Staatsangehörigkeit. Dies ergibt sich zum Teil durch die Einbürgerung von Zuwanderern – Personen, die aufgrund beruflicher und privater Gründe nicht mehr nach Österreich zurückkehren und sich für eine Einbürgerung entschieden haben. Die relativ große Diskrepanz zwischen der Zahl der in Österreich geborenen Bevölkerung und der österreichischen Staatsangehörigen in den neuen EU-Ländern (Beitrittsstaaten ab 2004) muß jedoch andere Ursachen als die Einbürgerung von ÖsterreicherInnen in diesen Ländern haben, da diese keine Top-Auswanderungsländer darstellen. Daher liegt der Schluß nahe, daß es sich teilweise bzw. sogar größtenteils um Rückkehrer handelt, also in Österreich geborene Kinder von MigrantInnen.

Dies verdeutlicht auch *Grafik 2*. Von den rund 5.200 Personen mit einem österreichischen Geburtsort und Wohnsitz in Kroatien haben 95,5 % die kroatische Staatsangehörigkeit. Für Polen, Slowenien, Rumänien, die Slowakei, Bulgarien und die Tschechische Republik liegen die entsprechenden Anteilswerte ebenfalls bei teilweise weit über 50 %, aber auch in Italien, Frankreich und Schweden ist dies der Fall. Während für Länder wie Schweden oder Frankreich angenommen werden darf, daß hier der Anteil von eingebürgerten AuslandsösterreicherInnen maßgeblich ist, kann für die osteuropäischen Länder eher davon ausgegangen werden, daß diese Personen die Staatsangehörigkeit ihres nunmehrigen Wohnsitzlandes bereits von Geburt an besaßen.

Alt oder jung, Frauen oder Männer: Wer sind die AuslandsösterreicherInnen?

Im Gegensatz zur österreichischen Bevölkerung (Frauenanteil von 51,5 %) überwiegen bei den ÖsterreicherInnen mit Wohnsitz im EU/EFTA-Ausland die Männer, der Frauenanteil beträgt 48,9 %. Es gibt aber deutliche Unterschiede je nach Auswanderungsland. In Italien, Griechenland, Frankreich, Irland und im Vereinigten Königreich etwa ist der Frauenanteil überdurchschnittlich hoch. Auf 1.000 Frauen mit österreichischer Staatsangehörigkeit fallen etwa in Italien nur 444 Männer, im Vereinigten Königreich sind es 756 Männer. In anderen Ländern wie Schweden und den meisten neuen EU-Beitrittsstaaten sind Frauen stark unterrepräsentiert. Der Frauenanteil beträgt in Schweden nur 39,6 %, auf 1.000 Frauen entfallen 1.528 Männer. Noch geringer erweist sich der Anteil der Frauen an den ÖsterreicherInnen in der Tschechischen Republik, in Bulgarien, in der Slowakei, in Polen, Estland und in Lettland. Ebenfalls unterrepräsentiert

Grafik 2: In Österreich geborene Frauen und Männer nach Staatsangehörigkeit im EU/EFTA-Ausland, 2011



Quelle: Eurostat, Census Hub. Grafik Statistik Austria.

¹⁾ Für Liechtenstein ist eine Unterteilung der in Österreich geborenen Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit außerhalb des Wohnsitzlandes nicht möglich.

sind Frauen in Finnland, Norwegen, Spanien und Portugal, aber auch in der Schweiz und in Deutschland (*siehe Grafik 3*). Nach dem „Geburtsland Österreich“ betrachtet, gibt es in der überwiegenden Zahl der Länder einen Überschuss an Frauen (*siehe Grafik 3*).

Bei den im europäischen Ausland lebenden ÖsterreicherInnen dominieren die Jahrgänge im Erwerbsalter – ein klassisches Merkmal von Arbeitsmigration. Im Vergleich zur Altersstruktur der Bevölkerung in den jeweiligen Wohnsitzländern bzw. der Bevölkerung Österreichs fehlen vor allem Kinder und Jugendliche. Der Anteil der Menschen im Pensionsalter ist dagegen im Schnitt nur etwas niedriger als in Österreich.

Die Verteilung auf die Altersgruppen kann sich dabei je nach Wohnsitzland stark unterscheiden, was verschiedene Ursachen hat. Durch Einbürgerungen, Rückkehr im Ruhestand oder temporäre Arbeitsmigration fehlen ältere Personen in der Alterspyramide. Dies ist deutlicher bei Frauen zu sehen. Unterschiedliche Regelungen für im

Österreich, Europa und die Welt

Wohnsitzland geborene Kinder hinsichtlich ihrer Staatsbürgerschaft (z.B. Optionsmodell in Deutschland seit 2000, ius solis unter bestimmten Voraussetzungen im Vereinigten Königreich) können zusätzlich den Kinderanteil verkleinern.

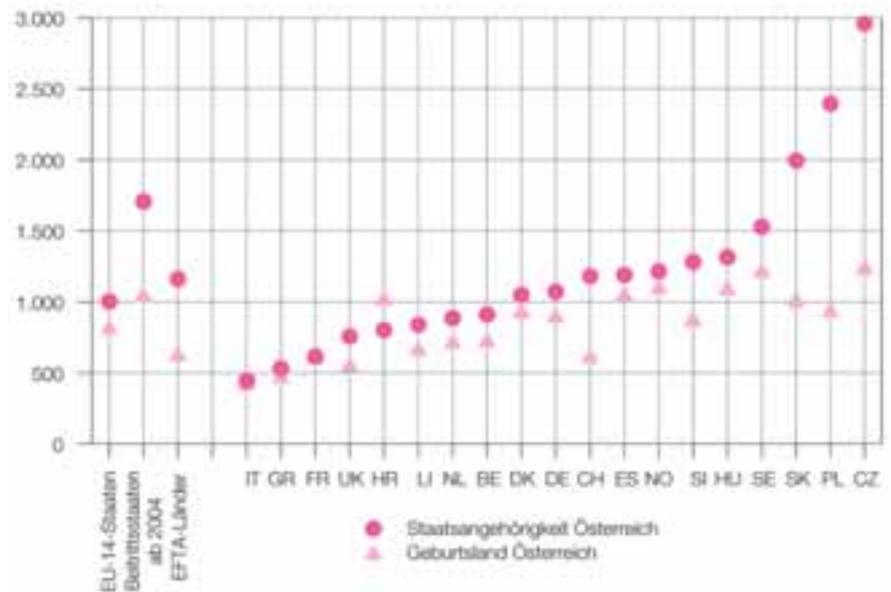
Die Alterspyramide der in Österreich geborenen Frauen und Männer unterscheidet sich noch deutlicher vom Altersaufbau der österreichischen Bevölkerung, aber auch von jenem der AuslandsösterreicherInnen (siehe Grafik 4 auf der Seite 24). Zwar ist die größte Gruppe im Erwerbsalter, der Anteil von Personen ab 65 Jahren mit 36 % jedoch überdurchschnittlich hoch. In der grafischen Darstellung ist ganz klar eine Spitze bei den 65- bis 69jährigen zu sehen. Um diesem Phänomen nachzugehen, muß diese Gruppe nach Staatsangehörigkeit differenziert werden. Dabei stellt sich heraus, daß der hohe Altenanteil vor allem bei in Österreich geborenen Personen mit der Staatsangehörigkeit des Wohnsitzlandes vorkommt (53 % im Rentenalter). Zusätzlich zeigt sich, daß fast die Hälfte aller Personen im Pensionsalter auf die Altersgruppe der 65 bis 69jährigen entfällt.

Besonders auffallend ist der hohe Prozentsatz der 65- bis 69jährigen Männer und Frauen in Deutschland, Italien sowie in einigen neuen EU-Ländern wie der Tschechischen Republik, Ungarn oder Polen. So sind etwa 56 % der in Österreich geborenen deutschen Staatsangehörigen in Deutschland älter als 64 Jahre. Allein 29 %, also etwas mehr als die Hälfte gehören der Altersgruppe zwischen 65 und 69 Jahren an. Unter den Italienern mit Geburtsland Österreich sind rund 44 % im Pensionsalter, allein 19 % sind zwischen 65 und 69 Jahren alt. Von den in der Tschechischen Republik lebenden, in Österreich geborenen tschechischen Staatsangehörigen sind sogar 86 % älter als 64, der Anteil der 65- bis 69jährigen Alterskohorte liegt bei 29 % (ein Drittel der 65jährigen und Älteren). Diese Generation ist in den Kriegsjahren bzw. kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges geboren und setzt sich wohl nur zu einem Teil aus emigrierten und eingebürgerten ÖsterreicherInnen zusammen. Wahrscheinlicher ist, daß es sich um Kinder von Eltern handelt, die damals auf dem Gebiet des heutigen Österreich gelebt haben,

4) Hitler-Mussolini-Abkommen 1939 (SüdtirolerInnen konnten für die Umsiedlung ins Deutsche Reich optieren)

5) Laut Metadaten des Census Hub handelt es sich in Belgien um das Datawarehouse „Marché du travail et protection sociale de la Banque Carrefour de la Sécurité Sociale“.

Grafik 3: Männer auf 1.000 Frauen nach Staatsangehörigkeit bzw. Geburtsland Österreich im EU/EFTA-Ausland (ausgewählte Staaten), 2011



Quelle: Eurostat, Census Hub. Grafik Statistik Austria

und nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in ihre Heimatländer zurückgekehrt oder in andere Länder ausgewandert sind:

- Rund 75.000 SüdtirolerInnen siedelten zwischen 1939 und 1943 nach Österreich⁴⁾, rund 20.000 bis 25.000 kehrten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nach Italien (Südtirol) zurück;
- Auch nach der großen Rückwanderungswelle von TschechInnen in den neu gegründeten tschechoslowakischen Staat nach dem Ende des ersten Weltkrieges blieben viele in Österreich – so ermittelte die Volkszählung 1934 noch 115.780 in Österreich lebende tschechische bzw. slowakische Staatsangehörige. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges kam es zu einer weiteren Rückwanderungswelle.
- Aus Osteuropa und anderen besetzten Ländern verschleppte Personen, die als Zwangsarbeiter eingesetzt wurden. Die Überlebenden wurden nach Ende des Zweiten Weltkrieges repatriiert (Displaced Persons). Darunter fallen auch die während dieser Zeit in Österreich geborenen Kinder von Zwangsarbeiterinnen.
- Anwerbung von Arbeitskräften durch den NSDAP-Staat auf zunächst freiwilliger Basis (z.B. in Italien, im damaligen Jugoslawien oder in der damaligen Tschechoslowakei). Auch diese Personen kehrten nach Ende des Zweiten Weltkrieges in ihre Heimatstaaten zurück.

○ Sogenannte Reichsdeutsche, die zwischen 1938 und 1945 in Österreich gelebt haben und nach Ende des Zweiten Weltkrieges nach Deutschland zurückgekehrt sind, aber auch deutschsprachige Vertriebene und Flüchtlinge aus osteuropäischen Ländern, von denen viele über Österreich nach Deutschland ausgewandert sind.

Im Ausland, um zu arbeiten: Erwerbsstatus der AuslandsösterreicherInnen

Da sich die Altersstruktur der AuslandsösterreicherInnen auf Personen im Erwerbsalter konzentriert, ist auch die Erwerbsquote der österreichischen Staatsangehörigen mit Wohnsitz im Ausland im Schnitt höher als in Österreich. Dies gilt insbesondere für die in den EU-14 und den EFTA-Staaten lebenden Frauen und Männer, z.B. in Irland, Liechtenstein, Norwegen, in der Schweiz und in Deutschland. Eher gering dagegen fällt die Erwerbsquote in Dänemark, Ungarn, Belgien und Griechenland aus. Im Falle Belgiens (Sitz zahlreicher europäischer Institutionen), das wie Österreich einen registerbasierten Census durchgeführt hat, könnte die niedrige Erwerbsbeteiligung der ÖsterreicherInnen mit der Erhebungsmethode zusammenhängen, da Beschäftigte exterritorialer Organisationen wie z.B. den Einrichtungen der Europäischen Union vermutlich nicht in der nationalen Arbeitsmarkt- bzw. Sozialversicherungs-Datenbank⁵⁾ registriert sind und somit keine

Österreich, Europa und die Welt

Informationen über die Erwerbstätigkeit dieser Personen vorliegen. Im Fall der gemeinsamen Auswanderung von Paaren ist auch eine niedrigere Erwerbsbeteiligung des Partners oder der Partnerin denkbar.

Der Anteil der arbeitslosen ÖsterreicherInnen (*dargestellt in der Grafik 5 für ausgewählte Staaten*) ist vor allem in den Krisenländern Spanien (10,6 %), Irland (7,2 %) und Griechenland (5,7 %), aber auch im Vereinigten Königreich (5,0 %) und in Frankreich (4,1 %) höher als im EU-Schnitt (3,0 %) oder in Österreich (3,1 %).

In Ungarn, Belgien und Griechenland zählen mehr als die Hälfte der ÖsterreicherInnen ab 15 Jahren zu den Nicht-Erwerbspersonen. In vielen neuen Beitrittsländern gibt es relativ hohe Anteile mit unbekanntem Erwerbsstatus (z.B. Tschechische Republik, Estland, Polen und Slowakei), die sich für alle neuen EU-Länder zusammen auf einen Durchschnittsanteil von einem Fünftel addieren und die Interpretation dieses Merkmals schwierig gestalten.

Für weitere Ländervergleiche stellt sich die Erwerbsquote der Bevölkerung ab 15 Jahren bzw. – soweit es die vorhandenen Daten zulassen – der 15- bis 64jährigen dar. In Ländern mit hoher Erwerbsbeteiligung (Island, Irland, Norwegen, Schweiz, Deutschland, Finnland, Zypern und Vereinigtes Königreich) ist zumeist auch die Erwerbsquote der ausgewanderten Frauen deutlich höher als in Österreich. In Frankreich, Italien, Spanien und Schweden (ähnlich hohe oder niedrigere Erwerbsquote beider Geschlechter zusammen als in Österreich) sind Frauen jedoch stärker in den Arbeitsmarkt involviert als in Österreich. Die Erwerbsquote für die Bevölkerung ab 15 Jahren nach dem Geburtsland Österreich zeigt: Da die in Österreich geborenen Frauen und Männer – von wenigen Ausnahmen abgesehen – signifikant älter sind als Frauen und Männer mit österreichischer Staatsbürgerschaft, ist auch die Erwerbsquote meist niedriger.

ÖsterreicherInnen in Übersee: drei Beispiele

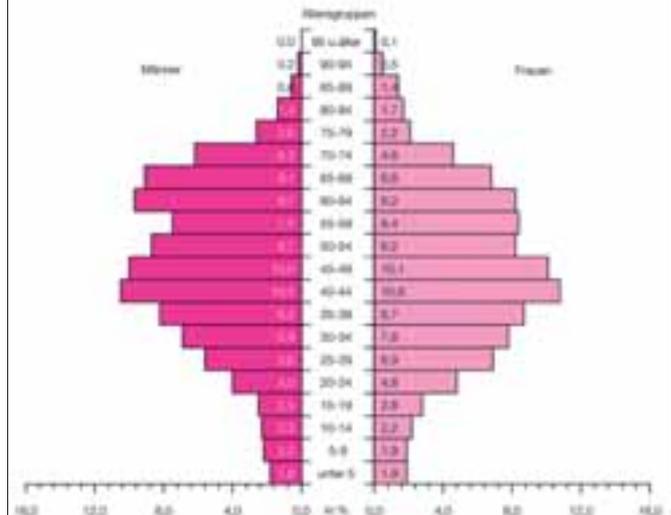
Nach der Beschreibung der Struktur der ÖsterreicherInnen in den EU- und EFTA-Ländern sollen nun abschließend, anhand der Beispiele USA, Kanada und Australien, die AuslandsösterreicherInnen im außereuropäischen Ausland näher beleuchtet werden.

In der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg hatten sowohl die USA, Kanada als auch Australien Einwanderungsgesetze, die die Zuwanderung von EuropäerInnen favorisierten (*vgl. Castels/Miller 1998: S. 74ff*). In den USA wurde das bis dahin rigide Quotensystem nach Herkunftsländern der Einwanderer, das Einwanderer aus Europa stark bevorzugte und vor allem Zuwanderung aus China nahezu unmöglich machte, 1965 zumindest teilweise durch liberalere Bestimmungen ersetzt. In Kanada wurde nach dem zweiten Weltkrieg ein Einwanderungssystem etabliert, das nur EuropäerInnen akzeptierte. Erst 1966 wurden die Grenzen auch für MigrantInnen aus anderen Ländern geöffnet. Australien verfolgte in den ersten Jahren nach 1945 das politische Ziel, die Bevölkerungszahl durch Zuwanderung zu erhöhen. Es wurden aber ebenfalls nur Einwanderer aus Europa und darunter vor allem aus Großbritannien akzeptiert. Diese Regelungen wurden Ende der 1960er Jahre gelockert (*vgl. ebenda S. 76*).

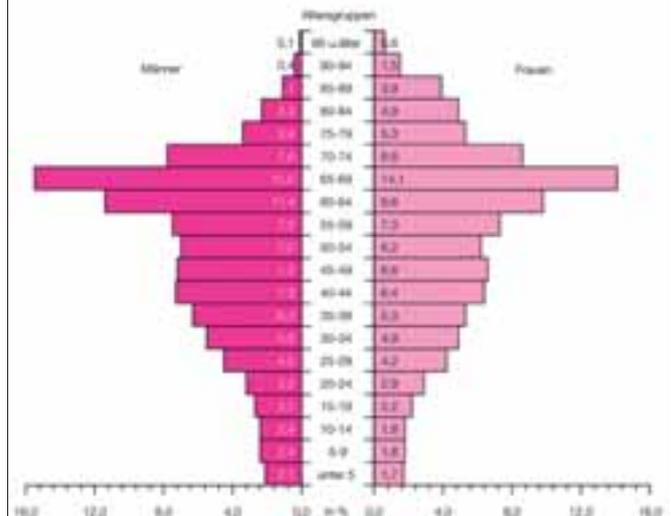
Die Phasen der verstärkten Auswanderung von ÖsterreicherInnen in die USA, nach Kanada oder nach Australien liegen bereits länger zurück, viele MigrantInnen sind deshalb schon in fortgeschrittenem Alter. Ein Teil von ihnen flüchteten vor der Bedrohung durch den Nationalsozialismus, andere wanderten nach dem Zweiten Weltkrieg aus. ⁶⁾ Ab

⁶⁾ Detaillierte Informationen zum Zeitpunkt der Einreise standen für die Analysen leider nicht zur Verfügung.

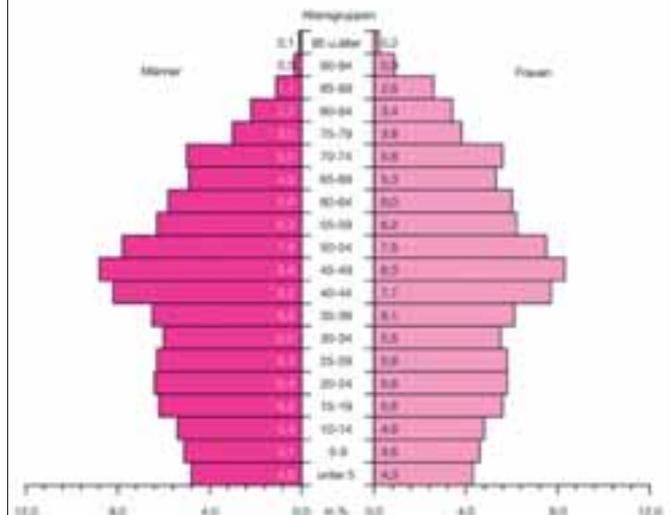
Grafik 4 Altersstruktur 2011
ÖsterreicherInnen im EU/EFTA-Ausland



In Österreich Geborene im EU/EFTA-Ausland



ÖsterreicherInnen in Österreich



Quelle: Eurostat, Census Hub; Statistik Austria, Registerzählung 2011.

Österreich, Europa und die Welt

den 1960er-Jahren fielen, wie eingangs schon erwähnt wurde, mit der guten Wirtschaftslage in Österreich wichtige Push-Faktoren für eine Auswanderung weg. Entsprechend ist nun die Zahl der jüngeren, in Österreich geborenen Bevölkerung geringer. Ein niedriger Anteil sehr junger Menschen zeichnet aber die Gruppe der MigrantInnen insgesamt aus: nur wenige Menschen wandern als Kinder mit ihren Eltern, deutlich mehr gehen diesen Schritt selbständig im Erwachsenenalter.

Grundsätzlich wird bei den verfügbaren Daten aus den klassischen Einwanderungsländern weniger Gewicht auf die Staatsangehörigkeit der Einwanderer gelegt. In allen betrachteten Ländern (in Australien mit Einschränkungen)⁶⁾ gilt das jus soli, d.h. Personen, die im Land geboren werden, erhalten mit ihrer Geburt die nationale Staatsangehörigkeit.

USA

Im Rahmen des American Community Survey, einer repräsentativen Stichprobe der Bevölkerung der USA, wird ein sehr umfassendes Portrait der einzelnen Herkunftsgruppen der Bevölkerung der USA erstellt. Dort wird auch erhoben, wo die TeilnehmerInnen der Befragung geboren wurden, woher ihre Vorfahren stammen und ob sie die US-Staatsbürgerschaft angenommen haben.

Detaillierte Informationen zu einzelnen Herkunftsgruppen können aus gepoolten Daten, für die die Stichproben mehrerer Einzeljahre zusammengefaßt werden, gewonnen werden. Die jüngsten verfügbaren Daten sind eine Zusammenfassung der Jahre 2011 bis 2013.

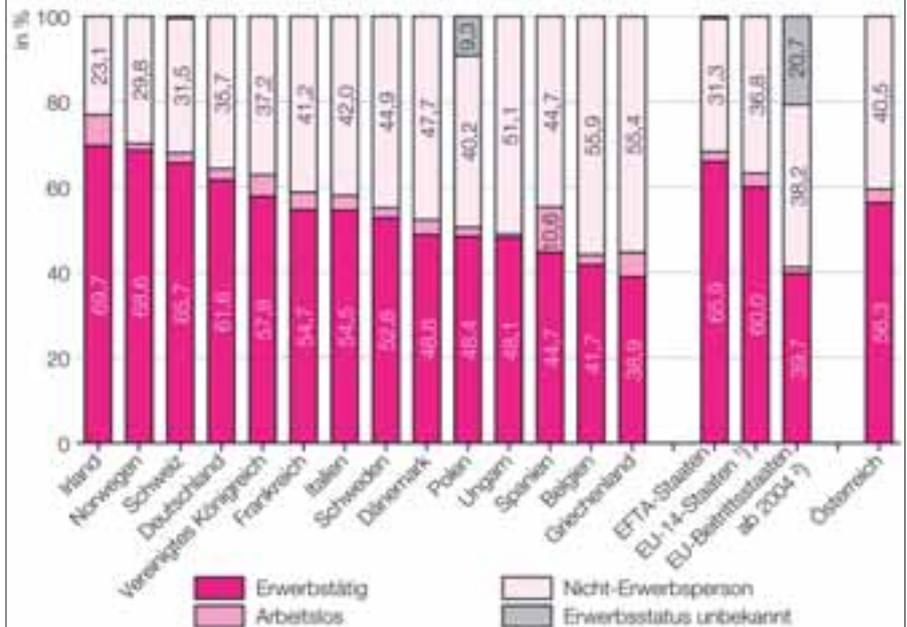
In den Jahren 2011 bis 2013 lebten im Schnitt 46.0009 in Österreich geborene Personen in den USA. Damit wurden 0,015 % der Wohnbevölkerung der USA in Österreich geboren. 31.000 Personen bzw. 67,4 % sind US-StaatsbürgerInnen.

Deutlich mehr in Österreich geborene Frauen als Männer sind in die USA ausgewandert und (bisher) dort geblieben: der Anteil der Frauen liegt bei 56,2 %.

Die ÖsterreicherInnen in den USA sind im Schnitt älter als der Durchschnitt der Bevölkerung. 48,6 % von ihnen sind mindestens 65 Jahre alt. Von allen BewohnerInnen der USA zählen 14,1 % zu dieser Gruppe. Im Gegensatz dazu sind von den in Österreich Geborenen 2,0 % 17 Jahre oder jünger, von der Gesamtbevölkerung sind 23,3 % in diesem Alter.

Aufgrund der Altersstruktur sind in den USA relativ wenige ÖsterreicherInnen er-

Grafik 5: Erwerbsstatus der ÖsterreicherInnen ab 15 Jahren in ausgewählten EU/EFTAStaaten 2011



Quelle: Eurostat, Census Hub. Grafik Statistik Austria
¹⁾ Ohne Niederlande – ²⁾ Ohne Litauen und Rumänien

werbstätig. 45,5 % der 16jährigen und Älteren gehen einer Erwerbstätigkeit nach. Im Durchschnitt der USA sind es 63,6 %.

Kanada

Der National Household Survey 2011, der den kanadischen Census um sozio-demographische und wirtschaftliche Charakteristika ergänzt, bietet detaillierte Informationen zum Geburtsland und zur Staatsbürgerschaft der in Kanada lebenden Bevölkerung. Entsprechend diesem Survey lebten 2011 17.700 in Österreich geborene Personen in Kanada. Dies sind 0,054 % der Wohnbevölkerung Kanadas. 14.700 Personen besitzen die kanadische Staatsbürgerschaft, 3040 Personen sind BürgerInnen eines anderen Staates, in den allermeisten Fällen wird dies Österreich sein. Die ÖsterreicherInnen in Kanada sind genau zur Hälfte (50,0 %) Frauen und Männer. So wie in den USA unterscheidet sich auch in Kanada die Altersstruktur der aus Österreich eingewanderten Personen vom nationalen Durchschnitt.

Nur 1,0 % der ÖsterreicherInnen in Kanada sind 2011 Kinder unter 15 Jahren, die Gesamtbevölkerung Kanadas besteht zu 8,3 % aus Kindern dieser Altersgruppe. Im Gegensatz dazu sind mehr als die Hälfte der ÖsterreicherInnen bzw. 51,1 % 65 Jahre und älter, von der Gesamtbevölkerung Kanadas gehören 13,9 % dieser Altersgruppe an. Aus diesem im Schnitt sehr hohen Alter folgt

auch, daß nur vier von zehn in Kanada lebenden ÖsterreicherInnen (39,6 %) erwerbstätig sind, für die gesamte Bevölkerung Kanadas liegt dieser Wert bei 60,9 %.

Australien

Die Informationen über ÖsterreicherInnen in Australien stammen aus dem Census of Population and Housing 2011. Für Australien stehen zwar Angaben zum Geburtsland, nicht aber zur Staatsangehörigkeit der Wohnbevölkerung zur Verfügung.

Im Jahr 2011 lebten 17.010 in Österreich geborene Personen in Australien. Damit kommen 0,079 % der australischen Wohnbevölkerung aus Österreich. Insgesamt leben etwas mehr in Österreich geborene Männer als Frauen in Australien, der Frauenanteil beträgt 47,8 %.

So wie in den anderen Einwanderungsländern in Übersee ist auch in Australien der Anteil der in Österreich geborenen Kinder und 15 Jahren an allen in Österreich geborenen BewohnerInnen sehr gering und liegt bei 1,9 %. Dies steht im Gegensatz zum in Australien mit 19,3 % insgesamt hohen Anteil von Kindern bis zu diesem Alter.

Auch in Australien sind viele der in Österreich Geborenen 65 Jahre oder älter, knapp die Hälfte (48,2 %) gehört zu dieser Gruppe. Aus dieser demographischen Verteilung folgt auch die für Australien niedrige Erwerbstätigenquote der 15jährigen und Äl-

Österreich, Europa und die Welt

teren von nur 38,6 %. Von allen in Australien lebenden Personen ab 15 Jahren sind 57,9 % erwerbstätig.

Fazit

Laut EU-weitem Census lebten 2011 rund 264.000 österreichische Staatsangehörige in den Mitgliedsländern der Europäischen Union sowie in den EFTA-Ländern Island, Liechtenstein, Norwegen und Schweiz. In denselben Ländern wurden rund 375.000 Frauen und Männer, deren Geburtsort in Österreich liegt, ermittelt.

Drei von fünf AuslandsösterreicherInnen haben sich in Deutschland niedergelassen. Überhaupt findet sich die größte Konzentration in den EU-14-Staaten, also jenen Ländern, die bereits vor 2004 der EU angehörten. Die zweitgrößte Gruppe lebt in EFTA-Ländern, wobei wiederum ein Land, die Schweiz, die größte Community beherbergt. Nur rund 8.800 österreichische Staatsangehörige waren 2011 in den neuen EU-Staaten Mittel-, Ost- und Südeuropas ansässig.

Deutschland, die Schweiz, aber auch das Vereinigte Königreich waren schon bald nach Ende des Zweiten Weltkrieges Anziehungspunkt für österreichische ArbeitsmigrantInnen. Aus der von den meisten Ausgewanderten angestrebten temporären Migration wurde für viele ein permanenter Wohnsitz im Ausland. In den vergangenen Jahren hat sich in Europa die Mobilität – durch die EU-Erweiterungen und nicht zuletzt durch die Globalisierung – insgesamt erhöht.

Bei den ÖsterreicherInnen im Ausland zeigt sich eine im Schnitt hohe Erwerbsquote und eine leichte Überrepräsentanz von Männern. Die Altersstruktur ist im Gegensatz zur Bevölkerungspyramide der österreichischen Bevölkerung durch eine noch deutlichere Dominanz der Personen im Erwerbsalter geprägt. Zwischen den einzelnen Wohnsitzländern bzw. Staatengruppen bestehen jedoch teils deutliche Unterschiede.

Die dank des Census Hub gute Datenlage in Europa ermöglicht es auch, die Bevölkerung mit Geburtsort in Österreich zu analysieren. Ihre Alters- und Erwerbsstruktur kennzeichnet sich durch höhere Anteile von älteren Frauen und Männern und daher auch niedrigeren Erwerbsquoten, Frauen sind in dieser Gruppe zumeist überrepräsentiert.

Exemplarisch für die Wanderung in ferne Länder konnten auch die drei wichtigsten Zielländer von ÖsterreicherInnen in Übersee näher betrachtet werden. In den USA lebten im Zeitraum 2010 bis 2013 im Durchschnitt 46.000 in Österreich geborene Personen, in

Kanada waren dies 2011 17.700 und in Australien gaben im Jahr 2011 17.010 Personen an, in Österreich geboren zu sein.

Die Phase der verstärkten Auswanderung von ÖsterreicherInnen nach Übersee liegt schon länger zurück. In den 1950er- und Anfang der 1960er-Jahre bewogen wirtschaftliche Schwierigkeiten in Österreich viele Menschen dazu, ihr Glück im Ausland zu suchen. Der schließlich in Österreich einsetzende Wirtschaftsaufschwung mit entsprechend großer Nachfrage nach Arbeitskräften (die auch ein Motor für die Anwerbung von sog. Gastarbeiterinnen und Gastarbeitern in Österreich war), lieferte schließlich ab den 1960er Jahren weniger Anreize für eine Auswanderung. Weiterhin verlagern aber ÖsterreicherInnen ihren Wohnsitz nach Übersee, ihre Zahl ist jedoch deutlich geringer.

Von den vor längerer Zeit ausgewanderten Menschen sind viele auch im Alter nicht nach Österreich zurückgekehrt, sondern in den Zielländern geblieben. Dies zeigt der sehr hohe Altersdurchschnitt der in Österreich geborenen Bevölkerung in Übersee. In allen drei Ländern ist die Hälfte oder knapp die Hälfte aller ÖsterreicherInnen 65 Jahre oder älter.

Statistik Austria

Man schrieb das Jahr 1840, genau war es der 31. März, als Kaiser Ferdinand I. von Österreich (1793–1875) „zur Sammlung, Prüfung und materiellen Zusammenstellung der statistischen Daten“ eine eigene Behörde ins Leben rief: die „k.k. Direction der administrativen Statistik“.

Der „Information“ kommt in unserem Zeitalter ein stetig steigender Stellenwert zu, sowohl wirtschaftlich, als auch gesellschaftlich. Gute, rasche, vor allem aber fundierte und seriöse Information bedeutet für Politik und Unternehmen die Grundvoraussetzung für nachhaltige Planung und erfolgreiches Handeln. Die Informationsflut und gestiegene Anforderungen an Führungskräfte ergeben die Notwendigkeit, in immer kürzerer Zeit die entsprechenden, relevanten Informationen aus seriöser Quelle aus einem enormen Gesamtangebot herauszufiltern. Und genau darin liegt die Bedeutung der Statistik Austria, nämlich als Lieferant seriös erhobener und mit großer Erfahrung bearbeiteter statistischer Informationen zu sämtlichen Bereichen aus Politik, Gesellschaft und Wirtschaft.

Das Bundesstatistikgesetz definiert die Bundesstatistik als (nicht personenbezogenes) Informationssystem des Bundes, das

Daten über die wirtschaftlichen, demographischen, sozialen, ökologischen und kulturellen Gegebenheiten in Österreich den Bundesorganen zur Planung, Entscheidungsvorbereitung und Kontrolle von Maßnahmen sowie der Wissenschaft, der Wirtschaft und der Öffentlichkeit bereitstellt. Die Bundesstatistik umfasst die Erstellung von Statistiken aller Art, einschließlich der damit zusammenhängenden Analysen, Prognosen und statistischen Modelle, die über die Interessen eines einzelnen (Bundes-)Landes hinausgehen (§§ 1 und 2 BStatG). Die Statistiken werden durch innerstaatlich unmittelbar wirksame internationale Rechtsakte (EU), durch Bundesgesetze oder durch Verordnungen angeordnet. <http://www.statistik.at>

Literatur

Bauböck, Rainer (1996), Nach Rasse und Sprache verschieden. Migrationspolitik in Österreich von der Monarchie bis heute. Reihe Politikwissenschaft Nr. 31, Institut für Höhere Studien, Wien.

Castles, Stephen/Miller, Mark J. (1998), The Age of Migration: International Population Movements in the Modern World. 2nd Edition, Palgrave Macmillan, London.

Freund, Florian/Perz, Bertrand (2000), Die Zahlenentwicklung der ausländischen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen auf dem Gebiet der Republik Österreich 1939 - 1945. Gutachten im Auftrag der Historikerkommission der Republik Österreich, Wien.

Münz, Rainer/Zuser, P./Kytir J. (2003), Grenzüberschreitende Wanderungen und ausländische Wohnbevölkerung: Struktur und Entwicklung. In: Fassmann, Heinz/Stacher, Irene, Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Drava, Klagenfurt.

UNECE (2014), Measuring population and housing. Practices of UNECE countries in the 2010 round of censuses. United Nations, New York and Geneva.

Wisbauer, Alexander/Fuchs, Regina (2014), Außenwanderungen 2012. In: Statistik Austria, Statistische Nachrichten, Heft 3/2014, Wien.

Zitierte Verordnungen

Verordnung (EG) Nr. 763/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 über Volks- und Wohnungszählungen

Verordnung (EG) Nr. 1201/2009 der Kommission vom 30. November 2009 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 763/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über Volks- und Wohnungszählungen in Bezug auf die technischen Spezifikationen für die Themen sowie für deren Untergliederungen

Autorinnen

Adelheid Bauer und Bettina Stadler

Lesen Sie hier noch methodische Informationen:

Methodische Informationen, Definitionen

Internationale Census-Methoden: 14 EU- und EFTA-Mitgliedsstaaten (wie auch Australien) führten 2011 einen traditionellen Census in Form einer Vollerhebung mittels Befragung der Bevölkerung durch. Neben der registerbasierten Erhebung (Belgien, Dänemark, Finnland, Island, Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden und Slowenien) wurde von acht Ländern (Deutschland, Estland, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Polen, Schweiz und Spanien) eine Kombination von Fragenbogenerhebung für ausgewählte Merkmale (darunter Deutschland, Polen, Spanien und die Schweiz mit Befragung eines Samples) und Verwendung von Registerdaten als Methode angewendet. Frankreich führt eine jährliche Erhebung durch (rollierender Census) und verwendet für einen Stichtag Daten aus fünf Jahren.

Bevölkerung ist die nationale, regionale und örtliche Bevölkerung an ihrem üblichen Aufenthaltsort (Wohnsitz) zum Stichtag. Üblicher Aufenthaltsort ist der Ort, an dem eine Person normalerweise ihre täglichen Ruhephasen verbringt, ungeachtet vorübergehender Abwesenheit zu Zwecken der Erholung, des Urlaubs, des Besuchs von Freunden und Verwandten, zu geschäftlichen Zwecken, zu medizinischer Behandlung oder religiöser Pilgerfahrt. Nur die nachstehend genannten Personen sind als übliche Einwohner des betreffenden geografischen Gebiets zu betrachten:

- i) Personen, die vor dem Stichtag mindestens 12 Monate ununterbrochen an ihrem üblichen Aufenthaltsort gelebt haben, oder
- ii) Personen, die während der letzten 12 Monate vor dem Stichtag an ihrem üblichen Aufenthaltsort mit der Absicht eintrafen, sich dort mindestens ein Jahr aufzuhalten.

Können die unter Ziffer i oder ii beschriebenen Umstände nicht festgestellt werden, so bedeutet „üblicher Aufenthaltsort“ den Ort des rechtmäßigen oder eingetragenen Wohnsitzes. (Artikel 2, a und d, Verordnung (EG) Nr. 763/2008)

Die Staatsangehörigkeit ist eine besondere rechtliche Bindung zwischen einer Person und ihrem Staat, die durch Geburt oder Einbürgerung erworben wird. Einer Person, die zwei oder mehr Staatsangehörigkeiten besitzt, wird nur die Staatsangehörigkeit eines Landes zugeordnet, wobei folgende Rangfolge gilt:

- 1) Staatsangehörigkeit des Wohnsitzlandes
- 2) Falls die Person nicht die Staatsangehörigkeit des Wohnsitzlandes besitzt, die Staatsangehörigkeit eines anderen EU-Mitgliedsstaates
- 3) Falls die Person nicht die Staatsangehörigkeit eines anderen EU-Mitgliedsstaates

besitzt, die Staatsangehörigkeit eines anderen Landes außerhalb der Europäischen Union.

Wenn sich in Fällen von doppelter Staatsangehörigkeit beide Länder in der Europäischen Union befinden, aber keines dieser Länder das Meldeland ist, entscheiden die Mitgliedsstaaten über die Zuordnung der Staatsangehörigkeit. (Verordnung (EG) Nr. 1201/2009)

Geburtsland: Bei der Erhebung wird der Wohnsitz der Mutter zum Zeitpunkt der Geburt zugrunde gelegt oder, falls diese Angabe nicht vorliegt, der Ort der Geburt. Die Daten über das Geburtsland werden auf der Grundlage der am 1. Januar 2011 bestehenden internationalen Grenzen erhoben. (Verordnung (EG) Nr. 1201/2009)

Mit „**EU-14-Staaten**“ werden alle vor 2004 der EU angehörenden Staaten mit Ausnahme Österreichs bezeichnet (Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Schweden, Spanien, Vereinigtes Königreich).

Zu den „**Beitrittsstaaten ab 2004**“ gehören die am 1. Mai 2004 der EU beigetretenen Staaten Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern, ferner die Staaten Bulgarien und Rumänien (Beitritt 1.1.2007) sowie Kroatien (Beitritt 1. Juli 2013).

Die **Erwerbsquote** ist der Anteil der entsprechend dem Labour Force Konzept der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zu den Erwerbspersonen (bestehend aus Erwerbstätigen und Arbeitslosen) gezählten Personen an einer bestimmten Altersgruppe. Die Erwerbstätigenquote ist der Anteil der Erwerbstätigen an einer bestimmten Altersgruppe.

Verwendete Datenquellen

Der Census Hub ist eine Online-Datenbank, die den zentralen Zugriff auf voraggregierte Censusdaten der Erhebungsrunde 2011 und Metadaten ermöglicht. Teilnehmende sind alle EU-Mitgliedsstaaten sowie Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz. Der Einstieg in die Datenbank erfolgt über von Eurostat:

<http://ec.europa.eu/eurostat/web/population-and-housing-census/census-data/2011-census>

Grundlage für Auswertungen im Census Hub sind voraggregierte Censusdaten, sogenannte hypercubes (Datenwürfel), die eine Fülle von Datenmaterial anbieten. Das Angebot von Detailauswertungen wie z.B. im Fall der Merkmale „Staatsangehörigkeit“ bzw. „Geburtsland“ auf Ebene von Einzelstaaten ist grundsätzlich gege-

ben, aber eingeschränkt auf wenige weitere Merkmale bzw. Kombinationsmöglichkeiten von Merkmalen (Datenschutz, Stichprobenfehler), wobei es den Mitgliedsstaaten vorbehalten blieb, Zellen aus Geheimhaltungsgründen zu unterdrücken.

Niederlande, Litauen und Liechtenstein: Die Werte für Staatsangehörigkeit bzw. Geburtsland „Österreich“ werden im Census Hub aus Datenschutzgründen nicht ausgewiesen.

Schweiz: Der Census Hub enthält die ständige Bevölkerung in Privathaushalten ab 15 Jahren.

Deutschland: der Census Hub enthält die Daten aus der Haushaltsstichprobe.

Für den vorliegenden Schnellbericht konnten Zahlen für Deutschland, die Schweiz, Liechtenstein und die Niederlande aus den nationalen Veröffentlichungen (Tabellendownload bzw. Sonderauswertung Liechtenstein, Datenbanken STAT-TAB Schweiz und StatLine Niederlande) ergänzt werden.

Die Daten über die in Österreich geborene Bevölkerung in den drei beschriebenen außereuropäischen Ländern stammen aus den folgenden Quellen:

In den **USA** wird der American Community Survey jährlich als Stichprobe aller US Haushalte durchgeführt. 2,6 % aller Haushalte werden für die Befragung ausgewählt. Sie können per Webfragebogen oder mittels Papierfragebogen an der Erhebung teilnehmen. Die Ergebnisse des Surveys sind im Internet frei zugänglich. Nutzerinnen und Nutzer können aus einer Datenbank eigene Tabellen erstellen, zusätzlich stehen verschiedene Public Use Files frei zur Verfügung.

<http://factfinder.census.gov/faces/nav/jsf/pages/index.xhtml>

Der National Household Survey in **Kanada** ist eine Stichprobenerhebung der kanadischen Haushalte. Knapp 30 % aller Haushalte werden dafür ausgewählt und entweder mit einem Webfragebogen oder einem Papierfragebogen befragt. Die Ergebnisse sind als Tabellen auf der Website von Statistics Canada abfragbar. Zusätzlich stehen Public Use Files zur Verfügung.

<http://www12.statcan.gc.ca/nhs-enm/index-eng.cfm>

Die für **Australien** präsentierten Daten stammen direkt aus dem nationalen Census 2011, in dessen Rahmen alle Haushalte in Australien persönlich kontaktiert und ihnen die Erhebungunterlagen übergeben wurden. Sie hatten die Möglichkeit, die Fragen mittels Papierformular oder Webfragebogen zu beantworten. Im Internet können NutzerInnen eigene Abfragen aus einem vordefinierten Datenangebot durchführen. Für den Zugang zu den Daten ist eine persönliche Anmeldung erforderlich.

<http://www.abs.gov.au/websitedbs/census/home.nsf/home/tablebuilder?opendocument&navpos=240>

Der Europa-Staatspreis 2015 – Ihr Engagement für Europa zählt!

Der Beitrag der BürgerInnen für Europa soll erstmals mit einem Staatspreis gewürdigt werden. Auch AuslandsösterreicherInnen, die in einem EU-Land leben, können sich bewerben.

Das Arbeitsprogramm der österreichischen Bundesregierung 2013-18 sieht die Verleihung eines jährlichen „Europa-Staatspreises für Europa-engagierte BürgerInnen“ vor. Der auf eine Initiative des Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA) zurückgehende Europa-Staatspreis wird heuer zum ersten Mal vergeben. Mit diesem Preis soll in drei Kategorien – Zivilgesellschaft, Berichterstattung und Jugend – außergewöhnliches Engagement von BürgerInnen sowie Organisationen zur Förderung des Europa-Bewußtseins und des Europaverständnisses ausgezeichnet werden.

Viele Initiativen und Projekte, die Europa vor Ort diskutieren und zur Stärkung des Europabewußtseins beitragen, wurden nur durch das Engagement von BürgerInnen möglich. Um diese wesentlichen Beiträge für das Europa-Bewußtsein anzuerkennen, hat die Österreichische Bundesregierung im Jubiläumsjahr der 20jährigen EU-Mitgliedschaft Österreichs den Europa-Staatspreis ins Leben gerufen.

Wie Bundesminister Sebastian Kurz anlässlich der Auslobung des Europa-Staatspreises erklärte, sollen mit diesem Preis aber nicht nur Projekte ausgezeichnet werden, sondern soll vor allem motiviert werden, sich mit Europa zu beschäftigen und über die europäische Zukunft zu diskutieren. Angesichts der großen Herausforderungen, vor denen Europa heute steht, ist es wichtig, bewußt zu machen, warum die Europäische Union gegründet wurde, welche Vorteile Ös-

terreich daraus hat und vor allem, wie wir die Europäische Union mitgestalten können, damit wir die Chancen bestmöglich nutzen können. Der Europa-Staatspreis soll dazu einen Beitrag leisten.

Wie kann ich mich bewerben?

Bewerben können sich österreichische StaatsbürgerInnen mit Wohnsitz in einem EU-Mitgliedsland sowie Unionsbürgerinnen und Unionsbürger mit Wohnsitz in Österreich, weiters Institutionen und Organisationen, die in Österreich ihren Sitz haben.

Bewerbungen bzw. Nominierungen können **bis einschließlich 30. April 2015 online** über folgende Website eingereicht werden: <http://www.bmeia.gv.at/europastaatspreis>

Welche Projekte und Initiativen sollen mit dem Europa-Staatspreis ausgezeichnet werden?

Ausgezeichnet werden zivilgesellschaftliche Projekte und Initiativen auf lokaler, regionaler oder europäischer Ebene, die zur Verwirklichung der gemeinsamen Ziele der europäischen Integration beigetragen haben. Viele von engagierten BürgerInnen gestartete Initiativen auf lokaler und regionaler Ebene konnten zu einer lebendigen Europadebatte und zur Stärkung des Europabewußtseins beitragen. Dazu zählen die Veranstaltung von Europakonferenzen, Diskussionen und EU-Bürgerdialogen ebenso wie Informationsaktivitäten und auch die künstlerische Auseinandersetzung mit europarelevanten

Themen und deren Darbietung. Einige von BürgerInnen initiierte Projekte konnten wesentlich zur Förderung von Bürgerbeteiligung auf europäischer Ebene sowie zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und Mobilität beitragen.

Besondere Leistungen in der Europaberichterstattung sollen mit einem Sonderpreis für JournalistInnen ausgezeichnet werden. Dazu zählen insbesondere Informationsbeiträge, die zu einem besseren Verständnis für komplexe europapolitische Fragen beitragen haben. Vorbildliche Jugendprojekte sollen mit einem Sonderpreis Jugend ausgezeichnet werden. Dazu zählen u.a. von SchülerInnen und jungen Menschen initiierte Projekte, die zur Auseinandersetzung mit europapolitischen Fragen und zur europapolitischen Bildung beitragen, sowie Initiativen zur Förderung der Jugendmobilität und des Bewußtseins für die sich jungen Menschen in Europa bietenden Möglichkeiten und Chancen.

Der Europa-Staatspreis ist mit insgesamt 10.500 Euro dotiert, wobei drei mit je 3500 Euro bemessene Preise in den Kategorien Zivilgesellschaft, Europaberichterstattung und Jugend vorgesehen sind. Die Auswahl der PreisträgerInnen erfolgt durch eine Fachjury. Der Europa-Staatspreis wird am 13. Juni 2015 im Rahmen des Europaforums Wachau von Bundesminister Sebastian Kurz vergeben.

Nähere Informationen finden Sie unter <http://www.bmeia.gv.at/europastaatspreis>



EUROPA STAATSPREIS 2015 =

Lebhafte EU-Debatte

TTIP, Grexit, LUX-Leaks: Über diese und andere Themen diskutierten EU-Abgeordnete und Regionalpolitiker vor dem überwiegend jugendlichen Publikum beim Bürgerforum in Leoben.



Foto: Informationsbüro des EU-Parlaments/APA-Fotoservice/Hainthaler

v.l.: Stefan Winkler, Georg Mayer, Jörg Leichtfried, Ulrike Lunacek, Barbara Eibinger, Martin Kargl und Thomas Weber

Wo beginnt Europa, wo endet es? Woher kommt die EU-Skepsis unter Europas BürgerInnen? Diese Fragen stellte Moderator Stefan Winkler („Kleine Zeitung“) zu Anfang des Bürgerforums in Leoben am 5. März.

Sündenbock EU

Der Europaabgeordnete Jörg Leichtfried (SPÖ, S&D) wies auf die Sündenbockfunktion der EU hin: „Es herrscht die Ansicht, daß ‚die in Brüssel‘ über uns entscheiden. Dabei sind es das Europäische Parlament und der Rat, da sind wir Österreicher ja dabei.“

Vizepräsidentin Ulrike Lunacek (Grüne/EFA) ergänzte, daß nationale Regierungen Entschlüsse, die ihnen nicht paßten, zu Hause so präsentierten, als ob „die in Brüssel“ das entschieden hätten. „Gelingt aber etwas, dann tun sie, als hätten sie das erreicht, nicht ‚die EU‘.“

Barbara Eibinger (ÖVP), Klubobfrau im steirischen Landtag, wies darauf hin, daß dieser, eben der Landtag, der erste war, der das Rederecht für Europaabgeordnete einführte. „Das ist für uns Abgeordnete wichtig, um zu verstehen, daß wir Teil der Entscheidungen in Brüssel sind.“

Es sei wichtig, die EU-Themen direkt zu den Bürgern zu bringen. „wie heute Abend“: „Wir brauchen zusätzliche Einrichtungen wie die Europahäuser, die diese Funktionen übernehmen.“

Für den steirischen Unternehmer Martin Kargl (Neos) ist die EU selbstverständlich: „Die Neos lieben Europa!“ Transparenz, ein wichtiges Anliegen der Neos, sei zwar im Europäischen Parlament (EP) gegeben, so Kargl, doch im Rat sei das leider nicht der Fall: „Dann wundert es mich auch nicht, daß die Minister und Staatschefs daheim etwas ganz anderes erzählen, als bei den Treffen wirklich passiert ist.“

Georg Mayer (FPÖ, fraktionslos) liebt zwar Europa, „aber nicht die EU“. Das Problem, so Mayer, sei, daß wichtige Entscheidungen wie aktuell jene um Griechenland, „im Hinterzimmer“ beschlossen würden: „Da gibt es null Transparenz, deshalb haben die Menschen kein Vertrauen.“

Gemeinsame Außenpolitik

Die erste Frage aus dem Publikum betraf den von den Grünen angeregten und von den Fraktionschefs abgelehnten Untersuchungsausschuß zu LUX-Leaks (*man hatte dem jet-*

zigen EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker vorgeworfen, in seiner Zeit als Regierungschef von Luxemburg internationale Konzerne widerrechtlich steuerlich begünstigt zu haben, Anm.). Es entbrannte eine Diskussion zwischen Ulrike Lunacek, die im EP Stimmen für den U-Ausschuß gesammelt hatte, und Jörg Leichtfried, dessen Fraktion zu jenen gehörte, die den Ausschuß ablehnten. Stattdessen wird nun ein Sonderausschuß installiert. Lunacek: „Der hat aber leider nicht das Recht, Regierungsdokumente einzusehen, sondern ist abhängig vom guten Willen der Mitgliedsstaaten.“ Leichtfried konterte, daß der Sonderausschuß ein breiteres Mandat und daher ebenso wichtige Kompetenzen habe.

Eine weitere Frage beschäftigte sich mit der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU: „Wir haben einen Krieg vor den Toren Europas. Ist das Sache der Außenminister oder kann man das auf EU-Ebene lösen?“

Lunacek, Eibinger und Leichtfried sind sich einig, daß es hier mehr Kompetenz auf EU-Ebene braucht – ganz anders sieht das Georg Mayer. Seit der Krise in der Ukraine sei er froh, daß es keine gemeinsame Außen-

Österreich, Europa und die Welt

politik gebe: „Ich bin froh, daß die 28 nicht mit einer Stimme sprechen.“ Mayer stößt sich an den Sanktionen gegen Rußland. Den Ausstieg Griechenlands aus dem Euro, „eine unternehmerische Lösung“, kann er sich hingegen gut vorstellen.

Grexit stehe nicht zur Debatte – da waren sich Leichtfried und Lunacek einig. „Man wird sich einigen, die Griechen werden nicht in Konkurs gehen“, so Leichtfried. Auch Eibinger gab sich zuversichtlich: „Die Herren sind jetzt am Boden angekommen. Man wird mit ihnen verhandeln können.“

Am einigsten waren sich die Diskutierenden beim Thema TTIP: Es darf keine Investitionsschutzklauseln (ISDS) geben. „Wir bauen im Europäischen Parlament ein Drohszenario auf“, erklärte Leichtfried, „schafft die Kommission es nicht, bestimmte Punkte wie ISDS zu klären, dann wird das Parlament nicht zustimmen.“

Außenhandel fair gestalten

Als letzten Punkt der Veranstaltung widmete man sich dem Thema „Europa als Sehnsuchtsort“: „Wir jammern viel in Euro-



Foto: Informationsbüro des EU-Parlamentes/APA-Fotoservice/Hainthaler

Rege Beteiligung der BürgerInnen an der Diskussion

pa, aber viele setzen ihr Leben aufs Spiel, um herzukommen“, bemerkte Eibinger. Ein

Publikumsgast hatte nach gemeinsamer europäischer Asylpolitik gefragt. „Wir brauchen eine gemeinsame Asylpolitik und Frontex soll die Aufgabe bekommen, Flüchtlinge in Seenot nicht nur aufzuspüren, sondern auch zu retten“, sagte Kargl.

Für Leichtfried stellt sich die Frage, was Europa tun kann, damit der Wunsch zu flüchten geringer wird. Die Antwort liege einerseits in der Außenhandelspolitik (in Anspielung auf Afrika), andererseits in der Sicherheitslage.

Vizepräsidentin Lunacek, die sich auch eine gesamteuropäische Asylpolitik wünscht, erklärte, woran diese scheitert: „Die Innenminister wollen kein einheitliches System. Da fehlt der politische Wille beim Rat.“

Die Bürgerforen in Leoben bieten BürgerInnen, denen europäische Angelegenheiten am Herzen liegen, die Möglichkeit, mit PolitikerInnen zu diskutieren und ihnen Fragen zu stellen. Am Podium sitzen dann sowohl Europaabgeordnete (möglichst aus der Region) als auch VertreterInnen der regionalen Politik. ■

<http://www.bürgerforum-leoben.at>

ÖsterreicherInnen sehen TTIP kritisch

... und fühlen sich schlecht informiert – ÖGfE-Umfrage: 56 Prozent gegen Freihandelsabkommen, 69 Prozent beklagen Informationsdefizit

Etwa ein Viertel (24 %) der ÖsterreicherInnen fühlt sich „eher gut“ über die Inhalte des Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA (TTIP) und die laufenden Verhandlungen informiert. Zwei Drittel (69 %) beklagen ein Informationsdefizit (6 % „weiß nicht/Keine Angabe“). Das Gefühl mangelnder Information wird in sämtlichen Befragungsgruppen wahrgenommen. Das Meinungsbild zu TTIP erweist sich als grundsätzlich skeptisch. Zu diesen Ergebnissen kommt eine aktuelle Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE).

Die Zahl der expliziten BefürworterInnen von TTIP hält sich – mit 9 % – zurzeit in engen Grenzen. Die geringe Zustimmung zieht sich durch alle Befragungsgruppen. 56 % erklären sich als dezidierte GegnerInnen des Freihandelsabkommens, in überdurchschnittlichem Ausmaß etwa Männer (65 %) sowie die Gruppe der 36 bis 65jährigen (72 %).

Etwa ein Drittel (32 %) der Befragten sieht sich außerstande zu beurteilen, ob sie persönlich „eher für oder gegen“ das Abkommen sind. Drei Viertel der Befragten bis

25 Jahre fällt es schwer, die eigene Position zu TTIP zu bestimmen („kann ich nicht beurteilen“: 76 %).

Als Hauptinformationsquellen über TTIP werden von den Befragten – spontan – Printmedien (71 %) und TV (63 %) genannt. Mit weitem Abstand folgen das Internet (17 %), Gespräche im Freundes- und Bekanntenkreis (11 %) und das Radio (7 %). (Zusammengefasste Kategorien aus Einzelnennungen. Jede/r Befragte konnte bis zu 3 Nennungen abgeben.)

Jene Befragten, die das Internet als eine ihrer Informationsquellen nannten, fühlen sich zu 47 % „eher gut“ über das Freihandelsabkommen informiert. Jene, die TV bzw. Printmedien als eine ihrer Informationsquellen angaben, sehen sich nur zu 20 bzw. 23 % „eher gut“ informiert.

Die größten Sorgen der ÖsterreicherInnen gelten der Umwelt. 77 % erwarten durch TTIP explizit negative Folgen für Österreich. Für nur 3 % überwiegen die positiven Aspekte (8 % „weder noch“ | 12 % „weiß nicht/Keine Angabe“).

Ähnlich die Beurteilung im Punkt Kon-

sumentenschutz. 62 % sehen negative Konsequenzen, nur 2 % positive (13 % „weder noch“ | 23 % „weiß nicht/Keine Angabe“).

Was die Auswirkungen von TTIP auf den Rechtsstaat betrifft, befürchten 49 % nachteilige Folgen, optimistisch sind nur 4 %. Keine relevanten Veränderungen erwarten 18 %, fast ein Drittel (29 %) kann diese Frage allerdings nicht beantworten.

Auch im Bereich Beschäftigung sind die Befragten mehrheitlich pessimistisch: 57 % glauben, daß durch das Abkommen die negativen Folgen überwiegen werden. 13 % erwarten mehrheitlich positive Auswirkungen (13 % „weder noch“ | 17 % „weiß nicht/Keine Angabe“).

Die positivste Einschätzung bezieht sich auf die Auswirkungen von TTIP auf die heimische Wirtschaft. 21 % glauben, daß diese durch das Abkommen zwischen der EU und den USA profitieren werde. Dennoch gibt es auch in diesem Punkt eine Mehrheit von 53 %, die dies explizit nicht so sieht (10 % „weder noch“ | 16 % „weiß nicht/Keine Angabe“). ■

<http://www.oegfe.at>

Globale Orientierungen

Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank Wilhelm Molterer referierte im Trofaiacher Stockschloß über Europa und deren Finanzierungsstrategien.

In Fortsetzung der Veranstaltungsreihe „The Lounge“, die im vorigen Jahr im Trofaiacher Stockschloß ins Leben gerufen wurde und bei der international anerkannte Experten vor einer hochkarätigen Runde – die sich u.a. aus österreichischen und internationalen Topmanagern zusammensetzt – referieren, war diesmal der ehemalige österreichische Vizekanzler und nunmehrige Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank, Wilhelm Molterer, zu Gast.

spielsweise auch in der Ukraine-Krise und in der Frage, wie Europa darauf politisch reagiert). Die zweite Hürde sei nach Expertenmeinung die regulatorische Unsicherheit (was passiert in Europa und was passiert nicht) und schließlich der Zugang zur Finanzierung. Die Frage stellt sich daher: „Kann man Europa vertrauen? Vertraut sich Europa selbst?“ „Wir haben in Europa keinen Liquiditätsengpaß. Das Problem ist, daß die öffentlichen Haushalte als Investoren ausfal-

Europäische Investitionsbank

Die Europäische Investitionsbank (EIB) mit Sitz in Luxemburg, deren Vizepräsident Molterer ist, gehört den EU-Mitgliedsstaaten und unterstützt deren Zielsetzungen. Die EIB finanziert Projekte, die einen wesentlichen Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung in Europa leisten.

Die Bank konzentriert sich dabei auf vier vorrangige Bereiche:

1. Innovation und Kompetenz,
2. Zugang kleinerer Unternehmen zu Finanzierungen,
3. Klimaschutz und
4. Strategische Infrastruktur.

Die notwendigen Mittel für ihre Tätigkeit beschafft sich die Bank an den internationalen Kapitalmärkten, indem sie Anleihen begibt. Dank ihres hervorragenden Ratings, kann sie dieses Geld zu attraktiven Zinssätzen aufnehmen und zu günstigen Konditionen an ihre Kunden weitergeben. Im vorigen Jahr hat die EIB 76 Mrd. Euro an Darlehen vergeben, 69 Mrd. davon innerhalb Europas. „Wir sind mit Abstand die größte Förderbank weltweit“, so Molterer.

Alle finanzierten Projekte müssen bankfähig sein und zudem strengen wirtschaftlichen, technischen, ökologischen und sozialen Anforderungen genügen. Bei der Bank arbeiten 300 Ingenieure und Wirtschaftswissenschaftler, die jedes Projekt vor, während und nach der Darlehensvergabe prüfen. Für alles, was die Bank tut, ist sie gegenüber den BürgerInnen der EU rechenschaftspflichtig. ■

<http://www.eib.org/?lang=de>

EVZ: Gewährleistung innerhalb der EU

VerbraucherInnen, die im EU-Ausland einkaufen, wissen oft zu wenig über ihre Rechte Bescheid. Das zeigt eine neue Studie des Netzwerks Europäischer Verbraucherzentren (ECC-Net). „Beim Kauf eines Produkts schließen KäuferInnen häufig eine kostenpflichtige Garantie ab, die zweijährige gesetzliche Gewährleistung dagegen wird nur selten in Anspruch genommen“, so Andreas Herrmann vom EVZ Österreich. Ausschlaggebend seien in der Praxis oft mangelhafte oder unklare Informationen. „Manche Verkäufer tragen – bewußt oder unbewußt – zur Verunsicherung bei.“

Für die vorliegende Studie analysierten die europäischen Konsumentenschützer 342 Testkäufe und mehr als 100 Internethops in 25 EU-Mitgliedsstaaten. 500 VerbraucherInnen wurden zudem direkt zu ihren Erfahrungen befragt. Das Resultat der Untersuchung: Verkäufer bewerben ihre Produkte mit einer Garantie, ohne gleichzeitig auch auf die gesetzliche Gewährleistung hinzuweisen. In rund zwei von drei geprüften Fällen waren die angebotenen Informationen entweder unklar oder unvollständig. ■

<http://www.europakonsument.at>

http://ec.europa.eu/consumers/ecc/about_ecc_de.htm



Foto: Freisinger

Wilhelm Molterer, Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank

Molterer beleuchtete Europa und die Entwicklung der Finanzmärkte, die – so Molterer – „die einzig wirklich globalisierten Märkte sind, weil sie auf Informationstechnologie aufbauen, nicht standortgebunden sind und sich den jeweils günstigsten Marktplatz aussuchen können, nämlich jenen, der am wenigsten reguliert ist“. Er verwies darauf, daß Europa im internationalen Vergleich ein hohes Niveau an Verschuldung hat, in erster Linie aber nicht innerhalb Europas, sondern außerhalb. Im Vergleich dazu hat Japan beispielsweise die Schulden alle in Japan selbst. Seiner Meinung nach kann Europa keine Steuererhöhung durchführen, weil es sonst Wettbewerbsnachteile hätte.

Das große Problem – so Molterer – bestehe auch darin, daß Europa massiv an Wettbewerbsfähigkeit verloren habe, weil zu wenig investiert werde. Die Gründe dafür sehen Experten in der globalen Unsicherheit (bei-

12. Generalversammlung der Österr. Freunde von Yad Vashem



Foto:

Ein Blick in den Festsaal der Akademie der Wissenschaften in Wien, wo die jährliche Generalversammlung abgehalten wurde.

Am 2. März fanden sich mehr als 250 Mitglieder und Förderer der Österreichischen Freunde von Yad Vashem zur Generalversammlung 2015 im Festsaal der Akademie der Wissenschaften in Wien ein – unter ihnen Sozialminister Rudolf Hundstorfer, Israels Botschafter Zwi Heifetz und Sektionschef Botschafter Wolfgang Waldner, der in Vertretung von Außenminister Sebastian Kurz gekommen war. Die Festrede hielt der Chefhistoriker und akademische Direktor der Forschungsabteilung in Yad Vashem, Professor Dan Michman. Unter den vielen prominenten Gästen konnten Ungarns Botschafter János Perényi, NR-Abg. Alev Korun, Gewerkschaftspräsident Erich Foglar und Yad Vashems Europadirektor Arik RavOn begrüßt werden. Dieses Jahr stand auch die Neuwahl des Vorstands an. Das amtierende Leitungsorgan der Österreichischen Freunde von Yad Vashem wurde mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt.

In seinen einleitenden Worten betonte Vorsitzender Günther Schuster, daß 70 Jahre nach der Befreiung der Konzentrationslager der Antisemitismus in Europa wieder grassiere. Er sei auch nach Auschwitz nicht nur nicht tot, sondern erschreckende Realität in unserer Zeit. Es stelle sich ernsthaft die Frage nach der menschlichen Lernfähigkeit, so Schuster.

Anschließend wurde in einer filmischen Hommage an unsere im August 2014 verstorbene Ehrenpräsidentin Barbara Prammer ihr Engagement für Yad Vashem und den österreichischen Freundeskreis dargestellt.

Nach Bekanntgabe des Briefwahlergebnisses nahm Botschafter Wolfgang Waldner Stellung zum wachsenden Antisemitismus in

Europa. Ausgrenzung, Rassismus und Antisemitismus seien besonders in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit vermehrt auftretende Phänomene. Nach den jüngsten Anschlägen sei es ein Gebot der Stunde, den jüdischen Gemeinden in Österreich und Europa besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Sie hätten nicht nur Anspruch auf umfassende Sicherheit, sie sollten darüber hinaus auch wachsen, stärker und stabiler werden.

Botschafter Zwi Heifetz würdigte die verstorbene Ehrenpräsidentin Barbara Prammer für ihr tiefes Verständnis und ihre Hingabe, mit der sie sich gegen das Vergessen stellte. Der Staat Israel sei gegründet worden, um sicherzustellen, daß solch ein Schrecken wie die Shoa nie wieder passiere. Dennoch gäbe es nun erneut antisemitische Vorfälle, die sich auch in Österreich innerhalb des vergangenen Jahres fast verdoppelt hätten. Daher werde die Arbeit der Österreichischen Freunde von Yad Vashem immer bedeutsamer und entscheidender.

Sozialminister Rudolf Hundstorfer betonte, daß eine Aufarbeitung der Vergangenheit nur dann erfolgreich sei, wenn sie nicht nur akademisch praktiziert, sondern in die Gesellschaft getragen werde. Dies sei es, was die Österreichischen Freunde von Yad Vashem täglich praktizierten, so Hundstorfer. Er habe als erster österreichischer Sozialminister Yad Vashem offiziell besucht. Der Gedenkort leiste einen unschätzbaren Beitrag dafür, daß sich niemand mehr darüber hinweglügen könne, welche Folgen rassistische und antisemitische Hetze nach sich ziehen. Jeder einzelne trage Verantwortung dafür, gegen derartige Verhatzungen anzukämpfen.

Europadirektor Arik RavOn würdigte das Engagement des österreichischen Freundeskreises und gab Einblick in die Arbeit von Yad Vashem.

Der Festredner des Abends, Prof. Dan Michman, ging in seinem wissenschaftlichen Vortrag der Frage nach, warum sich die beiden Begriffe „Shoa“ und „Holocaust“ für die NS-Verbrechen an den Juden durchsetzten. Unmittelbar nach 1945 seien viele andere Bezeichnungen verwendet worden, etwa „Kataklysmus“ oder „Massaker einer Nation“ (Tevah Am), „Tage/Jahre des Zorns“ (Yemei/Shenot Haza'am), „Ausrottung“ (Umkum) oder „die Hitlerzeit“ (Hitler-Tekufe). Das Wort „Holocaust“ sei Ende der 1950er-Jahre aufgekommen – vor allem im englischsprachigen Raum. Die hebräischen Begriffe „Shoa“ und „Hurban/Churban“ waren im internen jüdischen Diskurs auf die gesamte Nazizeit seit 1933 angewendet worden. In der jüdischen Gemeinschaft in Palästina seien die eskalierenden katastrophalen Verfolgungen in Europa damit bezeichnet worden. Erst seit 1945 sei der Begriff „Shoah“ der jüdischen Katastrophe vorbehalten als die „ultimative Katastrophe“. Aber „Shoah“ und „Holocaust“ waren nicht die Begriffe der Überlebenden, so Dan Michman.

Die musikalische Umrahmung kam vom virtuos Ensemble Klesmer Wien. Die Versammlung fand bei einem Buffet und ermutigenden, konstruktiven Gesprächen ihren Ausklang. Die vollständigen Reden sind auf der Homepage der Österreichischen Freunde von Yad Vashem veröffentlicht. ■

<http://www.austria.yad-vashem.net>

Wiener Ball in Berlin

Traditioneller Wiener Ball der Österreichisch Deutschen Gesellschaft Berlin-Brandenburg am 14. Februar 2015.

Von Angéle Ksinski*)



Foto: Starfacestudio

Gäste und Gastgeber des Wiener Balls im Hotel Maritim:
 1. Reihe v.l.: Christine Ziech, Angelina Drofa, Frau Erfurth, Franz Majcen, Erster Landtagspräsident des Steirischen Landtages; Erika Ide, Präsidentin Altbayerisch-schwäbischer Verein der Österreicher e.V.; Bettina Lindner, Stellvertreterin des Botschaftsrates für Handelsangelegenheiten Österreichische Botschaft Berlin; 2. Reihe v.l.: Werner Götz; Prof. Reinhard Erfurth, Österreichischen Honorarkonsulat in Dresden; Irene Ernst, Berlin »Diplomatisches Magazin«; Marlies und Klaus Brähmig, MdB Vorsitzender der Deutsch-

Österreichischen Parlamentariergruppe; Danneberg.
 3. Reihe v.l.: Frau Hapel, Dieter Hapel, Bezirksbürgermeister a.D. (Tempelhof-Schöneberg/Berlin); Eder, Eder, Mona Mylius, Rene Seiml-Buchinger, Georg Danneberg,
 4. Reihe v.l.: Priv.- Doz. Thomas Maininger, Chefarzt Gewebediagnostik/Pathologie, Präsident Austria Club zu Berlin; Frau Mairinger, Rechtsanwalt Fritz Dertnig, stellvertretender Vorsitzender des Dachverbandes und Präsident des Austria German-Club Hamburg; Ekkehard Band, Bezirksbürgermeister a.D. (Tempelhof-Schöneberg/Berlin)

Am 14. Februar – dem Valentinstag – war es wieder soweit: Die Damen brillierten in wunderschönen Ballkleidern neben den Herren im Frack, oder Smoking. Fröhlich gestimmt betraten sie im Lichterglanz den mit Frühlingsblumen geschmückten Saal im Maritim Hotel Berlin. Den Damen wurde ein wunderschönes Armband, ein Gastgeschenk der Stadt Wien, überreicht – und ein Glas Sekt gab den Auftakt für eine schwungvolle Ballnacht. Der Präsident der Österreichisch Deutschen Gesellschaft Berlin-Brandenburg

(ÖDG), Werner Götz, begrüßte die Gäste auf das Herzlichste, unter ihnen 50 BallbesucherInnen, die sozusagen „Premiere“ hatten.

Den Ehrengästen galt sein Gruß und Dank für deren Erscheinen: Franz Majcen, Erster Landtagspräsident des steirischen Landtags, Klaus Brähmig MdB, Bettina Lindner, Stellvertreterin des Botschaftsrates für Handelsangelegenheiten Österreichische Botschaft Berlin, Dieter Hapel, Bezirksbürgermeister a.D. (Tempelhof-Schöneberg) und Gattin Heli, Ekkehard Band, Bezirksbürgermeister a.D. (Tempelhof-Schöneberg) und Gattin Mona Mylius, Fritz Dertnig, Vizepräsident des Dachverbandes und Präsident des Öster-

reich-Stammtischs Hamburg, Thomas Mairinger, Präsident des Austria Clubs zu Berlin und Gattin, Rene Seiml-Buchinger, Präsident der Bielefelder Österreichischen Gesellschaft Ostwestfalen Lippe, Erika Ide, Altbayerisch-schwäbischer Verein der Österreicher e.V. und Gatten Egbert, Georg Danneberg, Präsident der Österreichisch-Fränkischen Gesellschaft e.V. und Gattin, Irene Ernst (Herausgeberin des „Diplomatischen Magazins“) u. Anton Eder, Präsident des Vereins der Österreicher in Baden-Württemberg.

Werner Götz dankte allen, die zum Zustandekommen dieses Balles beigetragen haben. Besonders der „Balldirektorin“ Vize-

*) Angéle Ksinski ist Vorstandsmitglied der ÖDG Berlin-Brandenburg (Beirat).

Österreich, Europa und die Welt

präsidentin Christine Ziech, der er einen Blumenstrauß überreichte und Vizepräsident Ekkehard Mannigel. Des weiteren den Vereinsmitgliedern und den Sponsoren: Regionaldirektor Bernhard Dohne, (Maritim Hotel Berlin), der Botschaft und, ganz besonders, dem großen Gönner: der Stadt Wien, den Mitgliedern der ÖDG Viktor Kattinger und dessen Frau Karin Klein, Tochter seines Vorgängers, Heinrich Purchala, seligen Angedenkens.

Auch ein neugewonnener – großzügiger – Sponsor konnte gewonnen werden: die JPA Armouring GmbH, die Fahrzeugpanzerungen nach höchsten Standards mit den besten Materialien und einer permanenten Qualitätssicherung durchführt, vertreten durch Christian Tatarzycki.

Der Chefin der Tanzschule Broadway aus Spandau, Monika Förstler, die seit vielen Jahren mit ihren TänzerInnen eine Augenweide ist und dem Ball besonderen Flair gibt, wurde mit Blumen gedankt.

Der „Wiener Ball der Stadt Wien“ wird seit 1949 mit Unterbrechungen veranstaltet und zum bereits 20. Mal war das Berliner Salon Orchester unter der bewährten Leitung von Christoph Sanft dabei. Das ist ein besonderes Dankeschön wert.

Nach der Begrüßung durch den Präsidenten trat Landtagspräsident Franz Majcen ans Podium und dankte für die Einladung, der er mit Freuden gefolgt sei. Er berichtete vom großen Bauernbundball in Graz mit 16.000 Gästen, den er tags zuvor besucht hatte und wo die Tracht im Vordergrund stehe, um Zusammenhalt und Tradition zu fördern. Danach wünschte er den Gästen eine traumhaft schöne Ballnacht gab „Wiener Ball der Österreicher in Berlin“ frei.

Mit der Fächerpolonaise eröffneten die Damen der Tanzschule Askania in ihren weißen Kleidern beschwingt mit ihren Tänzern. Ein tänzerisches Medley in Rot schloß sich an. Die Darbietungen sind jedesmal eine Augenweide, ein besonderes Zuckerl. Als es dann hieß: „Alles Walzer“, wurde die Tanzfläche gestürmt und es schwebten alle in Walzerseligkeit über das Parkett. Ekkehard Mannigel eröffnete, nachdem die Paare ausgiebig das Tanzbein geschwungen hatten, das köstliche Buffet mit herrlich schmeckenden und geschmackvoll angerichteten österreichischen Spezialitäten, warme und kalte Vorspeisen, Hauptspeisen und Desserts.

Für die musikalische Untermalung mit Wienerischen Klängen sorgte während des Essens ein Kaffeehaus-Duo. Nach den Gaumenfreuden wurde getanzt, geplaudert oder



Salonorchester-Chef Christoph Sanft und ÖDG-Präsident Werner Götz



Der Erste Landtagspräsident Franz Majcen bei seiner Begrüßungsansprache



Mezzosopranistin Christina Sidak (aus Wien angereist) und Pianist Hafez Babashahi

Österreich, Europa und die Welt



Die Tanzpaare der Tanzsportgruppe Askania Berlin begeisterten das Publikum mit ihren hochprofessionellen Darbietungen.

flaniert und schon gab es eine weitere Attraktion: Meisterpaare vom Tanzsportclub Askania TSC tanzten mit großer Eleganz und Können verschiedene Tanzstile – das war Tanzkunst in Perfektion, die mit großem Beifall bedacht wurde.

Den Höhepunkt dieses exzellenten Balls war der Auftritt der Mezzo-Sopranistin Christina Sidak aus Wien, die die zauberhaften Operettenstücke mit großer Stimme und Charme zu Gehör brachte und am Flügel von Hafez Babashahi begleitet wurde. Beifallstür-

me brandeten auf und mit einem großen Blumenstrauß dankte Werner Götz dem Künstlerpaar.

Als Kontrastprogramm und auch für die diesmal besonders zahlreichen jugendlichen Gäste traten zwei HipHop-Gruppen der Tanzschule Broadway auf, die zu später Stunde mit ihrer temperamentvollen Show begeisterten. In den frühen Morgenstunden ging es ins „Wiener Kaffeehaus“, um den Ausklang der Ballnacht zu genießen.

Vorher ging man noch rasch zum Stand

des Fotostudios Starfacestudio, das die wunderschönen Fotos der Ballgäste gemacht hatte – eine schöne Erinnerung! Wer möchte, kann sie *hier* ansehen und bestellen

<http://starfacestudios.de/html/bestellgalerie.html>

„Früh um Fünf – kleine Maus“, um es mit einem Berliner Gassenhauer zu sagen, gingen die letzten Gäste beschwingt und glücklich nach Hause. Wohl mit dem Gedanken: Im nächsten Jahr – Samstag, 13. Februar 2016 – sind wir wieder dabei! ■

<http://www.oesterreichisch-deutsche-ges.de>



Wiener Ball in Beijing

Das Kempinski Hotel Beijing veranstaltete den ersten »Wiener Ball« 2015 und will diesen gesellschaftlichen Höhepunkt zur Tradition machen.



Fotos: Kempinski Hotel Beijing Lufthansa Center

Heinz Heidenreich, berühmter Tanzlehrer und ehemaliger Solotänzer der Wiener Staatsoper, führte die DebütantInnen.

Ein Juwel der österreichischen Geschichte und Lebensweise, der Wiener Ball ist nach China gebracht worden – das Kempinski Beijing veranstaltete in der Nacht des 21. März eine wirklich glamouröse und schillernden Gala in der herrlichen Kulisse des „Jade Ballrooms“. Der Ball-Event des Jahres stand unter der Schirmherrschaft des Bürgermeisters der Stadt Wien, Michael Häupl und wurde vom Kulturstadtrat der Österreichischen Botschaft Beijing, der Stadt Wien und Austrian Airlines unterstützt. Unter den Ehrengästen waren die österreichische Botschafterin in China, Irene Giner-Reichl, und Elisabeth Vitouch, Abgeordnete zum Wiener Landtages, als Vertreterin der Stadt Wien.

Die Gäste genossen einen sensationell eleganten Abend mit außergewöhnlichen Highlights, natürlich mit Live-Musik – geboten von der berühmten Original Strauss Capelle Wien beim Tanzen zu den Klängen von Strauss und Mozart. Ein exklusives Abend-



essen kam aus der Gourmet-Küche und verwöhnte mit Speisen aus dem Land der Musik und des Walzers. Alles war einfach nur per-

fekt. Die Gäste verbrachten einen schönen Abend mit wirklich hervorragender Live-Unterhaltung und durchtanzten die Nacht.



Live-Musik – geboten von der berühmten Original Strauss Capelle Wien unter dessen Chefdirigenten Rainer Roos

Die Quadrille

Ein wesentlicher Bestandteil eines echten österreichischen Balls ist die Quadrille: Beim Kempinski Wiener Ball wurde dieser historische Tanz von dem berühmten Tanzlehrer und ehemaligen Solotänzer der Wiener Staatsoper, Heinz Heidenreich, angeführt und seine „Schritt-für-Schritt-Anleitung“ um Mitternacht begeisterte sowohl Profi- als auch und Hobbytänzer, die damit einer Tradition folgten, die heutzutage selten außerhalb von Österreich zu finden ist. Und da die Österreicher neben erstklassiger lokaler Küche auch klassische Musik lieben, haben die Verantwortlichen des Kempinsky auch für einen außergewöhnlichen musikalischen Höhepunkt und gesorgt und eines der größten Talente der Operette in Wien eingeladen: die Sopranistin Marcela Cerno. Sie trat mit Klassikern der österreichischen Operette auf und



Irene Giner-Reichl, österreichische Botschafterin in China, bei der Begrüßung



Österreich, Europa und die Welt

verzauberte das Publikum mit ihrer außergewöhnlichen Stimme.

Der Kempinski Wiener Ball Beijing vereinte Chinas einflussreichste Designer und aufsteigende Modestars in einer einzigartigen und glamourösen Nacht. Tanya Wang, Gründer und Designer von TANYA Couture, konnte als offizieller Ausstatter des Kempinski Wiener Ball Beijing gewonnen werden, der exklusiv all die schönen und eleganten Debütantinnen-Ballkleider gestaltete.

Eine Tradition

Was in diesem Jahr mit dem Kempinski Wiener Ball in Beijing begonnen hat, wird eine neue Tradition für die Gesellschaft von Beijing und als ein wichtiger Brückenbauer für Kunst und kulturelle Interessen zwischen diesen beiden herausragenden Städten starten. Es war eine unvergeßliche Nacht mit Charme, Schönheit und Romantik – und die Tradition hat gerade erst begonnen!

Über Kempinski Hotel Beijing Lufthansa Center

Das Kempinski Hotel Beijing Lufthansa Center ist die perfekte Mischung aus Luxus, Komfort und kultureller Vielfalt unter einem Dach. Das Hotel befindet sich im Herzen von Beijings Diplomaten- und Geschäftsviertel und ist nur eine 20minütige Fahrt vom internationalen Flughafen Beijing Capital entfernt. Das Kempinski Hotel Beijing verfügt über 526 gut ausgestattete Gästezimmer und Suiten, acht voll ausgestattete Bankett- bzw. Konferenzeinrichtungen und sieben stilvolle und authentische Restaurants und Bars. Das Hotel bietet internationalen Urlaubern und Geschäftsreisenden Service mit europäischem Stil. Das Hotel ist auch ein Teil des Beijing Lufthansa Center-Komplexes, der Büros, Wohnungen, und Showrooms sowie You Yi Shopping City, Banken, Fluggesellschaften, ein 24-Stunden-Ärztzentrum, ein Fitnessstudio und einen Kindergarten integriert.

Über Kempinski

Gegründet im Jahr 1897, ist Kempinski Hotels Europas älteste Luxushotelgruppe. Kempinskis reiches Erbe von tadellosem persönlichem Service und hervorragender Gastfreundschaft wird durch Exklusivität und Individualität seiner Eigenschaften ergänzt. Kempinski verwaltet derzeit ein Portfolio von 75 Fünf-Sterne-Hotels in 31 Ländern und wird neue Hotels in Europa, im Nahen Osten, Afrika und Asien hinzufügen. ■

<http://www.kempinski.com/beijing>



Eines der größten Talente der Operette aus Wien: die Sopranistin Marcela Cerno



Er ist Mitternacht und die Gäste tanzen die »Quadrille«.



Gastgeber Gerhard E. Mitrovits, Managing Director des Kempinski Hotel Beijing

Fotos: Kempinski Hotel Beijing Lufthansa Center

Kurz: Europäische Nachbarschaftspolitik muß flexibler werden

Im Rahmen einer internationalen Expertenkonferenz des Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres gemeinsam mit dem Think-Tank Carnegie Europe skizzierte Außenminister Sebastian Kurz am 2. März seine Vorstellungen einer neuen Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP): „Die politische Lage in der Nachbarschaft Europas ist völlig anders als noch vor zehn Jahren. Die Europäische Nachbarschaftspolitik muß dieser Entwicklung Rechnung tragen. Es braucht ein stärkeres Eingehen auf die verschiedenen Ambitionen unserer Nachbarn und mehr Flexibilität, damit sich speziell die Staaten im Osten der Union nicht zwischen Europa und Rußland entscheiden müssen – ein ‚Sowohl-als-auch‘ muß möglich sein“. Ein rigides Einheitsrezept für alle Partnerstaaten werde, so der Außenminister, den Herausforderungen nicht gerecht. Die ENP muß politischer und noch stärker ein Teil der gesamten EU-Außenbeziehungen werden.

Gemeinsam mit EU-Kommissar Johannes Hahn und Carnegie Europe Direktor Jan Techau diskutieren österreichische und europäische ExpertInnen über die künftigen Herausforderungen und Ziele der ENP im Süden und Osten der Union. Der Mitveranstalter Carnegie ist einer der weltweit führenden



Foto: BMEIA / Dragan Tatic

v.l.: Außenminister Sebastian Kurz, Carnegie Europe-Direktor Jan Techau und Johannes Hahn, EU-Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen

Think-Tanks im Bereich der europäischen und internationalen Politik: „Zum ersten Mal ist Carnegie Europe mit seinen Expertinnen und Experten zu Gast im Außenministerium. Das ist auch eine Auszeichnung für die österreichischen Bemühungen um eine Reform der ENP“, betonte der Außenminister.

EU-Kommissar Hahn hat von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker den

Auftrag erhalten, bis Ende 2015 eine Bestandsaufnahme der ENP und Vorschläge für ihre Zukunft vorzulegen.

Die Konferenz des Außenministeriums war der österreichische Beitrag zu diesem Überprüfungsprozeß, der auch beim informellen EU-Außenministerrat am 7. März in der lettischen Hauptstadt Riga erstmals thematisiert wurde. ■

Abkommen mit Slowenien zum Karawanken-Eisenbahntunnel

Der derzeit zweigleisige Karawanken-Tunnel zwischen Österreich und Slowenien wird sicherheitstechnisch adaptiert. Die notwendigen Maßnahmen werden von beiden Ländern gemeinsam getragen und finanziert. Das sind die Kernpunkte des Abkommens, das Infrastrukturminister Alois Stöger am 20. März mit seinem slowenischen Amtskollegen Peter Gaspersic in Innsbruck unterzeichnete.

„Unseren Teil der Finanzierung haben wir bereits im ÖBB-Rahmenplan einkalkuliert und sichergestellt. Ich freue mich, daß auch Slowenien die notwendigen Schritte setzt, damit wir gemeinsam die Tunnelsicherheit nachhaltig erhöhen können“, betont Stöger bei der Unterzeichnung des Abkommens am Rande des Brenner-Basistunnel-Kongresses in Innsbruck. Die Kosten für die Sanierung des österreichischen Tunnelteils bis zur Staatsgrenze belaufen sich auf 66 Mio. Euro.

Um den Arbeitnehmerschutz sicherzustellen, werden im knapp 8 km langen Karawankentunnel durchgehende ebene Standflä-



Foto: BMVIT / Die Fotografen

Infrastrukturminister Alois Stöger (l.) und sein slowenischer Amtskollege Peter Gaspersic unterzeichnen das Abkommen zum Karawankentunnel

chen, bessere Beleuchtung und Anschlußmöglichkeiten für elektrische Arbeitsmittel nachgerüstet. Dabei kommt es zur Umstellung auf ein Streckengleis, um das volle Lichtraumprofil herzustellen. Damit werden die nachhaltige Bestandssanierung und die schrittweise Anhebung der Tunnelsicherheit zur Umsetzung der entsprechenden EU-

Standards ermöglicht. Die dann eingleisige Verbindung zwischen Rosenbach und Jesenice wird eine sehr gute Betriebsqualität ermöglichen. Der Bau einer zweiten Tunnelröhre wird langfristig in Erwägung gezogen, hängt aber natürlich von Verkehrsentwicklung und Kapazitätserfordernissen auf dieser Strecke ab. ■

Österreich, Europa und die Welt

Atambajew: Kirgisistan lebt demokratische Entwicklung vor

Staatspräsident Almasbek Atambajew sieht die Entwicklung Kirgisistans von einer ehemaligen Sowjetrepublik zu einem demokratischen Staat als geglückt. Minderheitenrechte etwa erhielten in der modernen Republik Kirgisistan viel Aufmerksamkeit und mehrere Regierungsämter seien in dem großteils muslimischen Land mit Frauen besetzt. Vom Westen erwarte er aber deutlichere Unterstützung bei der weiteren Stärkung der Demokratie Kirgisistans, bemerkte Atambajew am 23. März bei einem Treffen mit Bundesratspräsidentin Sonja Zwazl anlässlich eines Besuchs im österreichischen Parlament.

Wirtschaftlich sei Kirgisistan nämlich durch konsequente Bekämpfung der Korruption auf einem guten Weg, sagte Atambajew. So habe man in den letzten drei Jahren die Einfuhren verdoppeln können. Die Eurasische Wirtschaftsunion, der Kirgisistan beitreten will, solle keinen Gegenpol zur Europäischen Union darstellen, betonte er, vielmehr gelte es, miteinander am wirtschaftlichen Aufschwung und Frieden zu arbeiten.

Zwazl bekräftigte, zur Hebung der Lebensqualität trage eine Annäherung verschie-



Bundesratspräsidentin Sonja Zwazl und Staatspräsident Almasbek Atambajew

dener Wirtschaftsräume viel bei. Österreichische Unternehmen würden bereits großes Interesse am kirgisischen Markt zeigen, allerdings müßten sie auch entsprechende Rahmenbedingungen vorfinden. Zwazl faßte auf Einladung einen Besuch in Kirgisistan ins Auge – gemeinsam mit einer Wirtschaftsdelegation, wie sie unterstrich. Die kirgisische

Regierung war bei dem Gespräch durch Außenminister Erlan Abdyldajew und Vizepremier Valeriy Dil sowie Nationalbankchef Tolkunbek Abdygulow vertreten. Zuvor traf Bundespräsident Heinz Fischer seinen Amtskollegen in der Hofburg, wo außerdem seitens der Außenministerien verstärkte Zusammenarbeit vereinbart wurde. ■

Liechtensteinische Landtagsdelegation besucht das Hohe Haus

Zwischen Österreich und Liechtenstein bestehen vielfache Beziehungen und eine sehr gute Zusammenarbeit in Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur, Justiz und Sport.“ In dieser gemeinsamen Beurteilung stimmten der Landtagspräsident von Liechtenstein, Albert Frick, und der Zweite Präsident des Nationalrates, Karlheinz Kopf, bei ihrer Unterredung am 16. März im Parlament überein. Landtagspräsident Frick besuchte das Hohe Haus an der Spitze einer Delegation der Außenpolitischen Kommission des Liechtensteinischen Parlaments und erörterte mit dem aus Vorarlberg stammenden Präsidenten Kopf bilaterale, europäische und regionale Themen, insbesondere auch Verkehrsfragen im Grenzgebiet Liechtensteins und Vorarlbergs.

Albert Frick berichtete von aktuellen wirtschaftspolitischen Herausforderungen des EWR-Mitglieds Liechtenstein, das den Schweizer Franken als Währung hat und sein BIP keineswegs nur in der Finanzwirtschaft, sondern zu 40 Prozent in der Industrie erwirtschaftet. Karlheinz Kopf brachte seine Freude über den Abschluß des Internationalen Steuerabkommens zum Ausdruck, das die finanzielle Transparenz verbessert habe und gut funktioniere. Den Wunsch der



Besuch einer Delegation des Außenpolitischen Ausschusses des Landtages von Liechtenstein unter Leitung des Landtagspräsidenten Albert Frick in Wien

Liechtensteinischen Gäste, eine gemeinsame ParlamentarierInnen-Freundschaftsgruppe zwischen den beiden Parlamenten einzurichten, nahm Kopf positiv auf und sagte Albert Frick zu, sich dafür einzusetzen.

Weitere Themen des Gesprächs waren die

Debatte über mehr direkte Demokratie in Österreich, die aktuellen Probleme in der Eurozone, sowie die Notwendigkeit, die Altersversorgung finanziell zu sichern und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu erhalten. ■

LH Pröll empfing bulgarischen Staatspräsidenten Plevneliev

Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll konnte am 18. März den bulgarischen Staatspräsidenten Rosen Plevneliev in St. Pölten begrüßen. Im Zentrum des gemeinsamen Arbeitsgespräches standen die Themen Donauraumstrategie, Verkehr und Bildung.

Das persönliche Zusammentreffen sei bereits das siebente, sprach Pröll im Zuge eines Pressestatements nach dem Arbeitsgespräch von „sehr guten persönlichen Kontakten“. So habe man sich beim Europa-Forum Wachau im Jahr 2010 – damals war Plevneliev noch Regionalminister Bulgariens – kennengelernt. Nach der Wahl Plevnelievs zum Staatspräsidenten war Landeshauptmann Pröll der erste ausländische Politiker, der den neu gewählten Präsidenten besuchte.

Auch die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Niederösterreich und Bulgarien seien „sehr enge und sehr gute“, so Pröll: „Es gibt rund 50 Beteiligungen oder Direktinvestitionen von niederösterreichischen Firmen in Bulgarien, über 450 niederösterreichische Unternehmen haben mit Bulgarien Handelsbeziehungen.“

In bezug auf die Donauraumstrategie stellte der Landeshauptmann fest: „In dieser Region wird sich ein guter Teil des europäischen Weges entscheiden. In diesem Raum leben 115 Millionen Menschen in 180 Regionen und er umfaßt 14 Staaten – Mitgliedsstaaten der EU ebenso wie Nicht-Mitgliedsstaaten.“ Einen wesentlichen Focus lege man auf die durchgehende Schiffbarmachung der Donau durch die Kooperation der Schwarzmeer- und der Donauhäfen. Was die Verkehrsfragen betreffe, so setze man vor allem auf die Zusammenarbeit im Rahmen der transeuropäischen Netze. Dabei seien insgesamt neun Korridore vorgesehen, zwei davon berührten Niederösterreich. Der Ausbau solle weiter vorangetrieben werden, hielt Pröll dazu fest.

Eine intensive Zusammenarbeit gebe es auch im Bereich der Bildung, informierte der Landeshauptmann weiters. Staatspräsident Plevneliev habe bereits das IST Austria in Klosterneuburg besucht, darüber hinaus gebe es eine Vielzahl an bulgarischen StudentenInnen an der IMC FH Krems, am IST Austria und an der Donau-Universität.

Die Auszeichnung mit dem „ERI Prix“, die dem Präsidenten von Pröll während eines Festakts verliehen wurde, sei für ihn „ein besonderer Moment in meiner Arbeit als bulgarischer Präsident“ und „eine große Ehre“,



Foto: NÖ Landespressdienst / Pfeiffer

Landeshauptmann Erwin Pröll (r.) empfängt den bulgarischen Staatspräsidenten Rosen Plevneliev in St. Pölten.

bedankte sich Plevneliev. Er sei ein „begeisterter Europäer“, gemeinsam habe man viel geleistet. Besonders hob der Staatspräsident das Europa-Forum Wachau hervor. Dort werde „mit Ideen für Europa und Debatten für Europa“ dazu beigetragen, „daß wir unser Europa gestalten“. Das Europa-Forum Wachau und Niederösterreich seien „Motor der regionalen Kooperation“, betonte er. „Hier im Herzen Europas planen wir Zukunftsprojekte“, meinte Plevneliev, und verwies dabei etwa auf die Donauraumstrategie. Besonders hob er auch die Kooperation zwischen Bulgarien und Österreich im Bereich

der Ausbildung hervor, Bulgarien führe derzeit eine Ausbildungsreform nach Vorbild der österreichischen dualen Ausbildung durch.

Der „ERI Prix“ wird für Verdienste um die Bewahrung der Vielfalt und der Gleichrangigkeit der Regionen auf dem Weg zu einem geeinten Europa vom Land Niederösterreich und der Donau-Universität Krems verliehen. Erstmals wurde er im Jahr 2005 an Vaclav Klaus vergeben, weitere Preisträger sind Mikulas Dzurinda (2007), Edmund Stoiber (2009) und Jean-Claude Juncker (2012). ■

Parlament: Belgische Abgeordnete zu Gast

Das Thema Direkte Demokratie stand am 19. März im Mittelpunkt eines Meinungsaustausches zwischen Abgeordneten des Parlaments der belgischen Region Wallonien und österreichischen MandatarInnen im Parlament. Vor dem Hintergrund eines diesbezüglichen intensiven Diskussionsprozesses in Belgien sei man auf der Suche nach Best-Practice-Modellen in anderen europäischen Staaten, erklärte Gilles Mouyard, der die Delegation leitete. Großes Interesse bekundeten die Gäste dabei vor allem an den österreichischen Erfahrungen mit den Instrumenten Volksbegehren und Volksbefragung.

Verantwortung und Balance seien bei diesem heiklen Thema gefragt, gab SPÖ-Abgeordneter Josef Cap den wallonischen MandatarInnen als Rat mit auf den Weg. Vor

allem gelte es zu vermeiden, daß die repräsentative Demokratie durch Einrichtungen der direkten Demokratie umgangen werde, warnte er. Einer Meinung war Cap mit Nikolaus Berlakovich (V) in der positiven Einschätzung von Elementen der Direktwahl, wie etwa Vorzugsstimmen, plädierte darüber hinaus für einen Ausbau der Bürgerbeteiligung und verwies zudem auf die Arbeit der Enquetekommission betreffend Stärkung der Demokratie in Österreich. Die Abgeordneten Philipp Schrangl, Christian Lausch (beide F) und Christoph Hagen (T) empfahlen den Gästen hingegen, auf Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild zu setzen, zumal, wie sie übereinstimmend zu bedenken gaben, nur dieses Instrument bindenden Charakter habe. ■

Oö. LT-Präs. Sigl: Potentialmarkt Autonome Provinz Vojvodina

Serbien bezieht derzeit rund 60 Prozent der Energie aus Kohlekraft. Aufgrund der Bestrebungen zur EU-Vollmitgliedschaft ist Serbien unter Handlungsdruck, die EU-Standards zu erreichen. „Die oberösterreichische Wirtschaft, vor allem im Bereich der erneuerbaren Energie, hat mit seinem vielfältigen Know-how die Chance, einen neuen Exportmarkt zu erobern“, sieht Oberösterreichs Landtagspräsident KommR Viktor ein wachsendes Potential in Serbien.

„Es ist deshalb von enormer Bedeutung, daß die Landespolitik die Weichen für einen einfachen Markteintritt für unsere Unternehmen sorgt“, betont Sigl. Aus diesem Grund hat der Oö. Landtag bereits vor zehn Jahren eine Absichtserklärung zur vertieften Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, Bildung sowie Umwelt- und Naturschutz mit der Autonomen Provinz Vojvodina unterzeichnet. Zu den oberösterreichischen Unternehmen, die in der Provinz Vojvodina aktiv sind, zählen beispielsweise die Greiner Packaging International und die Gierlinger Holding, die Ende Jänner 2015 die Fleischfabrik Mitros – eines der führenden Unternehmen in Serbien – übernommen hat.



Foto: Land OÖ / K. auder

v.l.: Generalsekretär des Regionalparlaments Milorad Gasic, Zweite Landtagspräsidentin Gerda Weichsler-Hauer, Präsident des Parlaments der AP Vojvodina István Pásztor und Landtagspräsident KommR Viktor Sigl

Bei einem Treffen zwischen Sigl und der Zweiten Landtagspräsidentin Gerda Weichsler-Hauer mit István Pásztor, Präsident des Parlaments der AP Vojvodina, wurde über eine weitere Vertiefung der Zusammenarbeit gesprochen. „Die derzeitige Gegebenheit in Vojvodina gab es in Oberösterreich vor vielen Jahren. Mit unserer Erfahrung und dem gesammelten Wissen im Bereich der erneu-

erbaren Energie können wir die Provinz unterstützen“, ist Sigl überzeugt. Pásztor lud Sigl und Weichsler-Hauer sowie den Ökoenergie-Cluster OÖ, die FH Wels und die Fachabteilungen des Landes OÖ zu den Geothermal Energy Days in Novi Sad ein, wo im Mai die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit im Bereich der erneuerbaren Energie Formen annehmen. ■

OÖ: Partnerschaftsabkommen mit Top-Wirtschaftsuniversität in Beijing

Landesrätin Doris Hummer besuchte mit einer Delegation der FH Oberösterreich die University of International Business and Economics (UIBE) in Beijing. Die 2013 im Rahmen des Beijing Humboldt-Forum begonnene Zusammenarbeit hat nun zur Unterzeichnung eines Double-Degree Abkommens zwischen dem Masterstudiengang Global Sales and Marketing der FH Oö in Steyr und mit der UIBE Beijing geführt.

„China ist für die FH Oö eine wichtige Zieldestination, weil wir als Hochschule dort sein wollen, wo auch die wirtschaftlichen Interessen unseres Bundeslandes liegen. Mit der renommierten University of International Business and Economics in Beijing haben wir einen ausgezeichneten Partner gewonnen, der sich durch hohe Qualität in Lehre und Forschung sowie intensive Vernetzung mit der Wirtschaft auszeichnet“, so die Landesrätin, die sich auch darüber freut, daß die UIBE Peking nun Mitglied der International Association of University Presidents wird.

Die feierliche Unterzeichnung des neuen Double-Degree-Abkommens fand am 10. März an der UIBE in Peking statt.



Foto: Land OÖ

v.l.: Xiaohu Feng (Professor UIBE), Helmut Spitzl (Attaché der öst. Botschaft), Zhongxiu Zhao (Vizepräsident UIBE), Jianjun Shi (Präsident UIBE), Landesrätin Doris Hummer, Gerald Reisinger (GF FHOÖ), Andreas Zehetner (Vizepräsident FHOÖ), Junjie Hong (Dean UIBE) und Xiaomeng Li (International Relations UIBE)

Daß die Zusammenarbeit bereits erste Früchte trägt, zeigt sich an den ersten vier Studierenden aus OÖ, die bereits in Beijing studieren und im Zuge des Besuchs von Hummer ihre hohe Zufriedenheit und große Begeisterung über die neue kulturelle Erfahrung zum Ausdruck brachten. Im Studienjahr 2015/16 werden die ersten Double

Degree-Studierenden aus China an der Fachhochschule Oö. ihr Studium beginnen.

Das Beijing Humboldt-Forum (18. – 20. September 2015), das unter gemeinsamer Führung von UIBE und FHOÖ 2015 ausgerichtet wird, entwickelt sich immer mehr zu einem Forum für Wirtschaft, Wissenschaft und Politik mit „Vordenker-Potential“. ■

NÖ Marktsondierungsreise Großbritannien

Architektur & Bauwirtschaft im Vereinigten Königreich – Markt, Trends & Ideenaustausch“ lautete der Titel der Marktsondierungsreise, die von Niederösterreichs Wirtschaftslandesrätin Petra Bohuslav in Kooperation mit dem AußenwirtschaftsCenter London, mit ecoplus International und der Wirtschaftskammer Anfang März unternommen wurde.

Der Fokus des Programms richtete sich dabei auf die Baudynamik der Londoner City. Begleitet wurde die Wirtschaftsdelegation von heimischen Unternehmen, die die zahlreichen Termine in London für konstruktive Gespräche und Geschäftsanbahnungen nutzen, um ihre Exportchancen am britischen Markt zu erhöhen.

Die Signale, die der britische Markt an die heimische Exportwirtschaft sendet, sind vielversprechend: Im Jahr 2014 konnte Großbritannien ein BIP-Wachstum von 2,6 Prozent vorweisen, wobei für das laufende Jahr ein Wachstum von 2,7 Prozent prognostiziert wird. Zudem erwartet der britische Baustoffverband CPA für die nächsten fünf Jahre ein Branchenwachstum von 22,2 Prozent.



Foto: ecoplus

v.l.: ecoplus GF Helmut Miernicki, LR Petra Bohuslav, Handeslobmann Franz Kirnbauer, Botschafter Martin Eichtinger und Wirtschaftsdelegierter Georg Karabaczek

Augenblicklich entstehen in London-Battersea und London-Earls Court für jeweils rund 8 Mrd. Pfund (rund 10 Mrd. €) neue Stadtteile. Die die Crossrail-Station im Stadtteil Canary Wharf wird rund 600 Mio. €kosten.

Bohuslav: „Ein Blick auf die niederösterreichische Exportstatistik zeigt, daß bei Großbritannien durchaus noch Aufholbedarf

besteht. Großbritannien liegt nicht unter den Top 10, sondern mit 480 Mio. Euro auf Platz 12 (2013) der niederösterreichischen Exportstatistik. Innerhalb der nächsten drei Jahre sollte Großbritannien jedenfalls unter die Top 10 der niederösterreichischen Exportmärkte kommen.“

<http://www.ecoplus.at>

Skytrax-Award »Best Airport Staff in Europe« für Flughafen Wien

Die Qualitätsstrategie des Flughafen Wien wird international anerkannt: Das Marktforschungsinstitut Skytrax verleiht den diesjährigen Award für den „Best Airport Staff in Europe“ an den Flughafen Wien. Dabei werden in einer Befragung von weltweit mehr als 13,02 Mio. Reisenden die Dienstleistungsorientierung und Servicequalität aller MitarbeiterInnen in den passagiernahen Bereichen, wie im Terminal, an den Sicherheitskontrollen, bei den Info-Schaltern, in den Shopping & Gastronomie-Einrichtungen und vielen weiteren kundenrelevanten Schnittstellen bewertet. Über 550 Flughäfen weltweit werden dabei analysiert. Übergeben wurde die Auszeichnung im Rahmen der Passenger Terminal Expo 2015 in Paris am 11. März von Edward Plaisted, CEO von Skytrax, an Julian Jäger, Vorstand der Flughafen Wien AG.

„Unseren PassagierInnen eine hohe Servicequalität zu bieten, ist eines unserer wichtigsten strategischen Ziele und eine ausgeprägte Dienstleistungsorientierung hat für uns höchste Priorität. Unsere MitarbeiterInnen, wie auch alle Beschäftigten unserer Standortpartner, erbringen dafür jeden Tag höchsten Einsatz und ich freue mich sehr, daß



Foto: Flughafen Wien AG

Julian Jäger, Vorstand Flughafen Wien AG (l.) und Edward Plaisted, CEO Skytrax

diese Bemühungen von den Reisenden auch positiv wahrgenommen werden. Der Flughafen Wien hat in den letzten Jahren viele Maßnahmen zur Verbesserung der Servicequalität gesetzt und diese Auszeichnung ist eine Bestätigung, daß wir hier gemeinsam auf dem richtigen Weg sind. Dafür bedanke ich mich beim gesamten Team der Flughafen Wien AG und unserer Partner am Standort“.

Im Vorjahr erreichte der Flughafen Wien in der Europa-Kategorie noch den fünften Platz, heuer geht die Auszeichnung in Gold nach Wien. Im Gesamtranking „Worlds Best Airports“ verbesserte sich der Flughafen Wien immerhin auf Platz 38 (nach Rang 46 im Vorjahr) von 550 bewerteten Flughäfen weltweit und liegt damit unter den Top100.

<http://www.viennaairport.com>

LTP Kopietz empfing Kollegen der serbischen Stadt Jagodina

Der Landtagspräsident von Jagodina, Dragan Markovic, ist regelmäßig Gast in Wien. Er ist sehr daran interessiert, die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen Jagodina und Wien auszubauen. Bei seinem aktuellen Besuch begleitete Markovic eine Delegation aus 350 Landwirten, die während seines Arbeitsbesuches im Wiener Rathaus landwirtschaftliche Betriebe besuchten. In den letzten Jahren war Markovic immer wieder in Wien, mit politischen Delegationen oder mit größeren Studentengruppen.

Der Wiener Landtagspräsident Prof. Harry Kopietz erläuterte die Rolle der Landwirtschaft in einer Großstadt wie Wien, vor allem im Hinblick auf Gemüse- und Weinanbau, aber auch die Rolle jener WienerInnen, die ihre Wurzeln in Serbien haben. Er beschrieb einige aktuelle politische Maßnahmen, die in Wien große Erfolge feiern konnten, wie beispielsweise der Gratis-Kindergarten.

Österreich ist nach offizieller Statistik der serbischen Nationalbank mit ca. 2,9 Mrd.



Foto: PID / Schaub-Walzer

Landtagspräsident Kopietz (r.) empfängt den Landtagspräsidenten der serbischen Stadt Jagodina Dragan Markovic

Euro Investitionssumme größter ausländischer Investor in Serbien. Der Landtagspräsident von Jagodina ist sehr an einer In-

tensivierung der Beziehungen zu Wien interessiert und unterbreitete der Stadt einige interessante Angebote. ■

LR Benger auf Wirtschafts- und Kultur-Mission in Slowenien

Es ist mir ein besonderes Anliegen, bei meiner Arbeit den Blick über die Grenzen zu richten und nach Kooperationspartnern für Kärnten zu suchen. Ich sehe im Alpen-Adria-Raum große Möglichkeiten und Chancen für unsere gemeinsame Region“, erklärte Kärntens Landesrat Christian Benger seinen Besuch beim slowenischen Wirtschaftsminister Zdravko Počivalšek, der Kulturministerin Julijana Bizjak Mlakar und dem Staatssekretär für Kultur, Aton Peršak, Mitte März.

Slowenien sei bisher schon wichtiger Handelspartner für Kärnten. Jetzt wolle man im Bereich Kreativwirtschaft und Startups die Zusammenarbeit intensivieren. „In Kärnten habe ich als Wirtschaftslandesrat 2015 den Schwerpunkt auf Kreative und Startups gelegt, da sie für die Entwicklung der traditionellen Wirtschaft unerlässlich sind“, erklärte Benger. Alle Länder müssten den Gürtel enger schnallen, durch Kooperationen im Bereich Wirtschaft oder Kultur sei jedoch eine positive Entwicklung möglich.

Auch der Tourismus habe für beide Länder große wirtschaftliche Bedeutung. Bestehende Kooperationen wie beim Alpe Adria Trail sollten nun forciert werden. Beispielsweise wurde im Gespräch mit dem Wirtschaftsminister ein gemeinsames Service-



Foto: Büro LR Benger

LR Christian Benger (2. v.r.) auf Wirtschafts- und Kultur-Mission in Slowenien

oder Buchungszentrum ins Auge gefasst. Da der Gast keine Grenzen kenne, sei das Service gerade bei grenzüberschreitenden Projekten auszubauen.

Verstärkt sollte die Zusammenarbeit auch im Rad-Tourismus werden. Minister Počivalšek betonte, den Ausbau des Radwegenetzes vor allem zwischen Lavamünd und Marburg vorantreiben zu wollen. Gemeinsam wolle man auch die Mountainbike-Routen im Drei-Länder-Eck Kärnten-Slowenien-

Italien ausbauen. Vor allem die Zusammenarbeit auf kulturellem Sektor habe durchaus Tradition, wie einige Projekte belegen.

„Jetzt geht es darum, den Weg für zukünftige Projekte zu ebnen und das sehr gute Klima zwischen Kärnten und Slowenien zu nützen. Darin sind wir mit Staatssekretär Aton Peršak übereingekommen“, berichtete Benger. Demnach werden die Beziehungen und die Zusammenarbeit weiter entwickelt und weiter ausgebaut werden. ■

Schwarz: Gleichstellung auf dem Prüfstand

Die gebürtige Lilienfelderin Gertrude Eigelsreiter-Jashari nahm im März als Mitglied der Österreichischen Regierungsdelegation an der Frauenstatuskommission der Vereinten Nationen in New York teil. Als Fachexpertin und Vertreterin des „Entwicklungspolitischen Netzwerkes für Frauenrechte und feministische Perspektiven – WIDE“ vertrat sie die Anliegen von Frauen für eine nachhaltige Entwicklung. Diese Vorhaben und gemeinsame frauenpolitische Schritte waren kürzlich Thema eines Informationsgespräches bei Niederösterreichs Frauen-Landesrätin Barbara Schwarz.

„Die aktuelle Lage von Frauen weltweit bedarf auch weiterhin intensiver Anstrengungen und Maßnahmen, um eine nachhaltige Geschlechtergerechtigkeit zu verwirklichen. Gerade in Krisenzeiten spüren Frauen und ihre Kinder die negativen Auswirkungen zuerst. Deswegen bin ich stolz, daß eine



Foto: Österreich Journal

Landesrätin Barbara Schwarz

Niederösterreicherin ihre umfangreichen Erfahrungen in dieser Konferenz einbringen

konnte“, so Frauen-Landesrätin Barbara Schwarz.

Die Frauenstatuskommission der Vereinten Nationen wurde 1946 gegründet und überprüft die Umsetzung der Gleichberechtigung der Geschlechter. Hauptaufgabe ist das Erarbeiten von Empfehlungen und Berichten mit dem Ziel, die Rechtsstellung der Frau im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich zu verbessern.

„Die Aktionsplattform von Peking und die Frauenstatuskommission bilden eine zentrale Grundlage für Geschlechtergerechtigkeit, Gleichstellung und das Empowerment von Frauen. Wir haben uns mit der Frage beschäftigt, wie ausgewählte Länder die Deklaration und Aktionsplattform von Peking umgesetzt haben und welche Relevanz sie im Jahr 2015 noch hat“, möchte Eigelsreiter-Jashari auch in Niederösterreich ein Bewußtsein für die Aktionsplattform schaffen. ■

FH Burgenland übernimmt Vorsitz in Amber Road

Das „Amber Road“ Netzwerk wurde im Mai 2014 in Sopron ins Leben gerufen. Es zählt 13 Hochschulen in neun Ländern zu ihren Mitgliedern entlang der historischen Bernsteinstraße. Das Hauptanliegen der „Amber Road“ ist die Förderung der Internationalisierung von wirtschaftlichen Hochschulen in Zentralosteuropa.

Präsidentschaftswechsel

„Die FH Burgenland ist sehr stolz, ein Teil dieses hervorragenden und erfolgreichen Netzwerkes zu sein und wir freuen uns sehr, daß wir ab März bis September 2015 die Präsidentschaft übernehmen dürfen“, so Tonka Semmler-Matošić, neue Präsidentin „Amber Road“ und Studiengangsleiterin im Department Wirtschaft der FH Burgenland.

Die erste Vorsitzperiode hatte die wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der westungarischen Universität von September 2014 bis Februar 2015. In dieser Periode wurden wichtige Kommunikationsinstrumente und Maßnahmen des internationalen Netzwerkes festgelegt und ihre Website ins Leben gerufen.

„Es war eine große Freude, Bewerbungsanträge für den Logo-Design Wettbewerb aus zahlreichen Ländern entgegenzunehmen. Die Bewerber wurden angemessen belohnt“, so Attila Fábíán, erster Präsident der „Amber Road“ und Dekan der Westungarischen Universität. „Während der letzten



Foto: FH Burgenland

v.l.: Tonka Semmler-Matošić, Univ.-Prof. Irena Zavrl, Attila Fábíán und Eva Happ

sechs Monate wurden außerdem gemeinsame Projekte in Bewegung gesetzt, gemeinsame Anträge eingereicht und die Mobilität von Studenten und Mitarbeitern unterstützt“, meint die Vizedekanin für Internationales der Westungarischen Universität, Eva Happ.

Zusammenfassend kann man ersehen, daß das Netzwerk „Amber Road“ mit viel Schwung und Elan erfolgreich gestartet ist. „Wir hoffen, daß wir in der Zukunft noch mehr Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit unseren Amber Partnern ausschöpfen werden“, erklärt Univ.-Prof. Irena Zavrl, Mitglied im Managementboard des „Amber Road“-Netzwerkes und Studiengangsleiterin

im Department Wirtschaft der FH Burgenland.

Pläne der FH Burgenland

Eine Einladung ungarischer und serbischer Studenten nach Eisenstadt als Vertiefung und Bereicherung der internationalen Beziehungen innerhalb des „Amber Road“-Netzwerkes ist in Planung. Genau wie die innovative und kreative Gestaltung eines „Amber Road“-Network-Newsletters, um den Informationsfluß innerhalb des Netzwerkes zu optimieren. ■

<http://www.amberroadnetwork.com>

<http://www.fh-burgenland.at>

In Wien ist die Lebensqualität weltweit am höchsten

Wien ist 2015 die Stadt mit der höchsten Lebensqualität weltweit. Mit Zürich (Rang 2) und München (Rang 4) befinden sich zwei weitere europäische Städte in den Top Fünf. Komplettiert wird die Spitzengruppe von Auckland (Rang 3) und Vancouver (Rang 5). Das Schlußlicht weltweit bildet Bagdad. Zu diesen Ergebnissen kommt die alljährlich von der Beratungsgesellschaft Mercer durchgeführte weltweite Vergleichsstudie zur Bewertung der Lebensqualität in 230 Großstädten.

„Schaut man sich die bestplatzierten Städte des Rankings genauer an, zeigen sich nur minimale Unterschiede – die Lebensqualität ist hier durchweg sehr hoch“, erklärt Mercer-Expertin Christa Zihlmann. „Spitzenreiter Wien punktet besonders bei der Verfügbarkeit von geeigneten Mietobjekten für Expatriates, der Auswahl an Theater- und Musikdarbietungen sowie Restaurants und dem Angebot von internationalen Schulen.“

Neben städtespezifischen Aspekten beeinflussten auch Ereignisse wie politische Umwälzungen das Ranking. So rutschte z. B. Kiew in Folge der andauernden Krise in der

Die besten 15 weltweit

1. Wien	Österreich
2. Zürich	Schweiz
3. Auckland	Neuseeland
4. München	Deutschland
5. Vancouver	Kanada
6. Düsseldorf	Deutschland
7. Frankfurt	Deutschland
8. Genf	Schweiz
9. Kopenhagen	Dänemark
10. Sydney	Australien
11. Amsterdam	Niederlande
12. Wellington	Neuseeland
13. Bern	Schweiz
14. Berlin	Deutschland
15. Toronto	Kanada

Ukraine auf Rang 176 ab. „Wir beobachten lokale und regionale Entwicklungen und deren Auswirkungen sehr genau. So haben beispielsweise viele Städte in Europa ihre Sicherheitsvorkehrungen aufgrund der Terroranschläge in Paris und Kopenhagen deutlich erhöht. Dies beeinträchtigt natürlich auch die Lebensqualität“, kommentiert Zihlmann.

Zur Beurteilung der Lebensqualität wurden für jede Stadt 39 Kriterien aus der Sicht

von MitarbeiterInnen herangezogen, die ins Ausland entsandt worden sind. Diese Merkmale schließen u. a. politische, soziale, wirtschaftliche und umweltorientierte Aspekte ein. Hinzu kommen Faktoren wie persönliche Sicherheit und Gesundheit, Bildungs- und Verkehrsangebote sowie andere öffentliche Dienstleistungen. Die Ergebnisse der Studie dienen Regierungen und internationalen Unternehmen als wichtige Informationsquelle und Entscheidungshilfe bei der Entsendung von MitarbeiterInnen ins Ausland.

Wiens Bürgermeister Michael Häupl und Vizebürgermeisterin Renate Brauner zeigten sich in einer ersten Reaktion erfreut: „Wien wurde nun bereits zum wiederholten Mal zur Stadt mit der weltweit höchsten Lebensqualität gewählt. Das zeigt zum einen, daß die hohen sozialen Standards, die gute Infrastruktur und die kulturellen Angebote, die Wien bietet, international anerkannt sind. Andererseits ist es vor allem auch ein Auftrag für uns, diesen erfolgreichen Wiener Weg hin zu einer pulsierenden, lebenswerten und sozial gerechten Metropole auch künftig fortzusetzen.“

Kurdische Bürgermeisterinnen zu Gast bei Vassilakou

Wiens Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou traf am 6. März mit den vier kurdischen Bürgermeisterinnen der Städte Van, Mersin, Silopi, Cizre – Hatice Çoban, Yüksel Mutlu, Emine Esmer und Leyla Imret – zusammen. „Die Sichtbarkeit von Frauen in der Politik ist wichtig für mehr Geschlechtergerechtigkeit. Umso mehr freut es mich, daß ich heute vier mutige Bürgermeisterinnen in Wien begrüßen durfte. Zusammenarbeit und Austausch über die Grenzen hinweg ist für die Stadt Wien von großer Bedeutung. Dazu zählen besonders Treffen mit Frauen aus anderen Städten, die durch ihr Handeln, ihren Mut aktiv dazu beitragen, Veränderungen und Verbesserungen für ihre BürgerInnen zu erreichen“, erklärte Vassilakou.

Die Bürgermeisterinnen berichteten ihrerseits über die Situation in ihren Städten und die angespannte finanzielle Lage ihrer Gemeinden und stellten das System der Ko-Bürgermeisterinnen in den kurdischen Gebieten der Türkei vor, das dafür sorgt, daß immer eine Frau und ein Mann gleichberechtigt BürgermeisterInnen ihrer Gemeinden sind.

Hatice Çoban, Bürgermeisterin der Millionenstadt Van, unterstrich, daß jenes System, das ihre Partei im kurdischen Teil der



Foto: PID / Christian Fürthner

v.l.: Hatice Çoban ist Bürgermeisterin der Stadt Van, Yüksel Mutlu von der Stadt Mersin, Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou, Emine Esmer von der Stadt Silopi und Leyla Imret von der Stadt Cizre

Türkei etabliert hat, von großer Wichtigkeit ist.

„Austausch unter Städten ist für mich zentral und ich pflege diesen Austausch auch regelmäßig mit RepräsentantInnen aus Städten auf der ganzen Welt. Die großen Zukunftsfragen unserer Zeit werden in Städten entschieden, denn in den kommenden Jahrzehnten werden bis zu 70 Prozent der Welt-

bevölkerung in Städten leben. Wir können viel voneinander lernen und manchmal geht Kooperation auf lokaler Ebene sogar leichter als auf staatlicher, weil die Herausforderungen in Städten oft ähnlich sind. Darum geht es bei diesem Treffen“, erklärte Wiens Vizebürgermeisterin. Sie sagte den Bürgermeisterinnen Unterstützung der Stadt Wien und Austausch von Know how zu.

Wirtschaftsforum mit serbischem Premier Vucic in der WKO

Aleksandar Vucic, serbischer Premierminister, führte am 24. März eine 70köpfige hochrangige serbische Wirtschaftsdelegation zu einem Wirtschaftsforum der Aussenwirtschaft Austria (AWO) ins Haus der Wirtschaft in Wien. In seiner Eröffnungsrede wies Christoph Leitl, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ), vor 350 TeilnehmerInnen auf die „jahrzehntelangen guten Wirtschaftsbeziehungen“ mit der Republik Serbien hin.

Leitl: „Die enge Verflechtung der österreichischen mit der serbischen Wirtschaft zeigt sich auch daran, daß Österreich mit rund drei Milliarden Euro Investitionssumme der größte ausländische Investor in Serbien ist; 500 heimische Unternehmen sind vor Ort vertreten.“ Ein Schwerpunkt des österreichischen Engagements liegt im Bereich Banken und Versicherungen. Weiters ist einer der drei Mobilfunkbetreiber Serbiens, Vip Mobile, eine Tochter der österreichischen A1/Telekom und daneben auch der größte Greenfield-Investor des Landes, die OMV unterhält ein dichtes Tankstellennetz, die Flugstrecke Wien-Belgrad wird seit 55 Jahren mehrmals täglich durch Austrian Airlines bedient.

Premier Vucic, der unter anderem vom serbischen Finanzminister Dusan Vujovic und dem serbischen Wirtschaftskammerpräsidenten



Foto: Wirtschaftskammer Österreich

Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl (l.) und Serbiens Premierminister Aleksandar Vucic beim Wirtschaftsforum der Aussenwirtschaft Austria

ten Marko Cadez, begleitet wurde, dankte der österreichischen Wirtschaft für ihr Engagement auch in politisch schwierigeren Zeiten der Vergangenheit. Durch die intensive Marktpräsenz österreichischer Unternehmen in Serbien – schon aus den Jahren des ehemaligen Jugoslawiens – sowie das grundsätzliche gegenseitige Verständnis für Mentalität und Kultur, nützen auch viele internationale Konzerne Österreich, im Speziellen Wien, als Standort, um den serbischen Markt zu bearbeiten.

„Serbien ist nach Slowenien und Kroatien der drittichtigste österreichische Handelspartner der jugoslawischen Nachfolgestaaten. Die österreichischen Exporteure beliefen sich 2014 mit knapp 500 Mio. Euro auf Vorjahresniveau. Die Importe steigerten sich im gleichen Zeitraum um 4,2 Prozent auf 343 Mio. Euro“, so Walter Koren, Leiter der AWO. Zu den wichtigsten österreichischen Export-Warengruppen zählen Maschinen und elektrische Anlagen, Kunststoffe, Kraftfahrzeuge, Papier und Pappe u.a. ■

Stadtplanung aus Amsterdam zu Gast in Wien

Am 23. März waren VertreterInnen der Stadt Amsterdam zu Gast in Wien. Bei einem ganztägigen Termin in der Abteilung Stadtentwicklung und Stadtplanung (MA 18) konnte sich die neue Leiterin der Amsterdamer Stadtplanung, Esther Agricola, einen Überblick über die Wiener Stadtentwicklung und Stadtplanung verschaffen. Begleitet wurde sie von dem Gesamtprojektleiter des EU-Projektes TRANSFORM, Ronald van Warmerdam, der das Projekt seitens der Stadt Amsterdam koordiniert und bei dem auch die Stadt Wien eine der Projektpartnerinnen ist.

Nach einem Besuch in der Wiener Planungswerkstatt, in der die Ausstellung „Stadt smart entwickeln“ besichtigt und die Themenfelder mit der Projektleiterin Ina Homeier sowie Stephan Hartmann diskutiert wurden, fand im Wiener Stadtplanungshaus auf Einladung des Abteilungsleiters der Magistratsabteilung 18, Andreas Trisko, ein Arbeitsgespräch statt. Im Mittelpunkt der Gespräche mit Planungsdirektor Thomas Mad-



Foto: MA 18 / Richard Macho

v.l.: Andreas Trisko, Esther Agricola, Ronald van Warmerdam, Ina Homeier, Thomas Madreiter und Stephan Hartmann

reiter und den Gästen aus den Niederlanden standen aktuelle Themen der Stadtentwicklungsplanung in Amsterdam und Wien, wie zum Beispiel der STEP 2025 mit seinen Fachkonzepten sowie die Smart City Wien Rah-

menstrategie. Nicht zuletzt ging es um Erfahrungen und Ergebnisse aus dem TRANSFORM-Projekt und wie diese auf europäischer Ebene und in der Zusammenarbeit zwischen den Städten fortgeführt werden. ■

Bischof Ägidius Zsifkovics ist neuer »Europabischof«

Die Emeritierung von Bischof Egon Kapellari machte eine Neuverteilung von Zuständigkeiten in der Österreichischen Bischofskonferenz notwendig. Der Eisenstädter Bischof Ägidius Zsifkovics übernimmt künftig die Europa-Agenden und vertritt damit Österreich in der in Brüssel angesiedelten Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (COMECE).

Bischof Zsifkovics in einer ersten Stellungnahme: „Europa ist mehr als ein gigantischer Supermarkt. Es wächst aus zwei grossen Wurzeln: seiner griechisch-römischen Tradition und seinem jüdisch-christlichen Erbe. Es hat trotz oder gerade wegen seiner atavistischen Rückfälle in zwei Weltkriegen die Chance und die Pflicht, auch im 21. Jahrhundert ein Ort zivilisatorischer Ausstrahlung zu sein.“ Die Kirche befürwortet ein Europa, das weltweit ein Gegenmodell zu bedingungslosem Wirtschaftswachstum und zur „schrakenlosen Ausbeutung von Seele, Leib und Natur“ darstelle.

„Ein solches Europa kann nur auf der Überzeugung von der unantastbaren Würde des Menschen vor Gott bestehen. Genau



Foto: Diözese Eisenstadt

Bischof Ägidius Zsifkovics, im Bild bei der Inthronisation der Mariazeller Gnadenstatue (Wiener Kopie) im Stephansdom Ende 2014

dafür trete ich ein!“, so der neue Europabischof. Aufgabe der COMECE und der in ihr vertretenen Bischöfe sind genaue Beobachtung und Analyse des politischen Prozesses

der Europäischen Union mit dem Ziel, innerkirchlich das Bewußtsein für die Entwicklung von Politik und Gesetzgebung in der EU aktuell zu halten. ■

ORF-GD Wrabetz erhielt internationalen UNO-Preis in New York

Hohe internationale Auszeichnung für ORF-Generaldirektor Alexander Wrabetz: Jedes Jahr verleihen die UNO-Organisationen „UN Women“ und „UN Global Compact“ beim „Women’s Empowerment Principles (WEPs)“-Event die WEPs CEO Leadership Awards, die das Bekenntnis und die Innovationskraft von führenden Managern in Gleichstellungsfragen auszeichnen. Als einer unter fünf CEOs weltweit erhielt ORF-Generaldirektor Alexander Wrabetz den „Women’s Empowerment Principles CEO Leadership Award“ 2015 für seine Aktivitäten zur Förderung der Gleichstellung im ORF wie dem ORF-Gleichstellungsplan. Dieser erfülle jedes der sieben Prinzipien der UN, um Geschlechter-Gleichstellung zu fördern. Im Rahmen einer feierlichen Gala nahm Wrabetz am 10. März die Auszeichnung bei der UNO in New York entgegen.

Wrabetz: „Es ist für mich ein große Ehre, diesen sehr wichtigen Preis der UNO zu erhalten. Und er ist eine große Motivation, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen. Der ORF setzt viel daran, die Rolle von Frauen im Unternehmen zu stärken und Gender-Gerechtigkeit zu verwirklichen. Der ORF-Gleichstellungsplan war dabei eine von vie-



Foto: ORF/UN Global Compact

Alexander Wrabetz und Elizabeth Broderick nach der Verleihung in New York

len Maßnahmen, um größere Teilhabe von Frauen in allen Bereichen zu ermöglichen. Niemals zuvor wurden so viele Frauen mit Führungspositionen betraut. Ich bin stolz auf diese UN-Auszeichnung, die ich mit allen teilen will, die mitgeholfen haben, unsere Maßnahmen zur Gleichstellung im ORF zu verankern!“

Elizabeth Broderick, Vorsitzende der WEPs Leadership Group und australische Kommissarin für Gleichstellungsfragen:

„Was ich eindeutig verstanden habe, ist, daß die Stärkung der Frauen dringend vor Ort und in den Hallen der Macht erfolgen muß – wie in den Parlamenten, Justizministerien, in der UN oder in den Managementebenen weltweit. Wie diese fünf CEOs und ihre Unternehmen gezeigt haben, handelt es sich bei den sieben Grundsätzen um einen einzigartigen Geschlechtergleichstellungsfahrplan für konkrete Maßnahmen und meßbare Ergebnisse.“ ■

Österreich, Europa und die Welt

Gutruf: Druckgrafiken sowie Acryl-Übermalungen in Zürich

In den Räumen des Züricher Tiefdruckstudios Gentinetta werden von 26. März bis 4. April verschiedene Druckgrafiken sowie Acryl-Übermalungen von Probe- und Zustandsdrucken des Wiener Malers und Grafikers Gerhard Gutruf präsentiert.

Ausgestellt werden zahlreiche kleinformatige Capriccios, die in den letzten Wochen entstanden sind und die der momentanen Laune, der unmittelbaren Inspiration folgend Erhabenes und Abstruses, Allerheiligstes und Sündhaftes, Ironisches und Gegenstandsloses, quasi Begriffliches, assoziieren lassen. Außerdem werden Radierungen italienischer Stadt- und Baumlandschaften, einige radikale Stillleben sowie drei Homagen à Tamayo vorgestellt.

„Gutruf ist ein radikaler Einzelgänger der internationalen Kunstszene, der konsequent seine Vision der Kunst dem Diktat zeitgeistig-ästhetischer Moden und marktbedingter Produktionsmuster entgegensetzt.“ (Brigitte Borchhardt-Birbaumer)

Seine Bilderfindungen entwickelt er im Spannungsfeld von Beschäftigung mit utopischen Ideen und profunder Kenntnis der Er-



Foto: wagner konzept & text ag

Galeristin Corinne Wagner und Gerhard Gutruf nach der Vernissage in Zürich

rungschaften großer Meister europäischer Kunst. Wissenschaftlichen Testreihen vergleichbar, arbeitet Gutruf nebeneinander in unterschiedlichen Höhenlagen der Abstraktion, in vielen Techniken, an verschiedenen Themenkreisen: von der Studie vor der Natur über oft liebevoll ironische Variationen

bekannter Meisterwerke bis hin zum bildnerischen Äquivalent raum-zeitlicher Problematiken. Als virtuoso und gleichzeitig puristisch werden seine Bilder und Grafiken charakterisiert. Gerhard Gutruf lebt und arbeitet in Wien.

<http://www.gutruf.at>

Vernissage »55 Gute Wünsche« in Erdösmecke

Éva Benkovic Gyözóné, Bürgermeisterin der ungarischen Stadt Erdösmecke, eröffnete mit den bereits zur Tradition gewordenen Gongschlägen die Schau, und Gabriella Pál-Schmid, sie unterrichtet an der örtlichen Grundschule, führte mit vielen Hintergrund- und Detailerklärungen durch die Exposition, die bis zum 25. April zu sehen ist.

Im Jahre 1961 fiel beim gebürtigen Niederösterreicher Prof. Emeritus TU/e Arch. Eng. Dr.h.c. Peter Schmid die Entscheidung, von diesem Zeitpunkt an nur noch persönlich entworfene Feiertags- und Neujahrswünsche zu versenden. Also wurden die ersten individualisierten Wünsche für 1962 versandt, und dies wurde dann zu einer Gewohnheit, die sich bis auf den heutigen Tag erhalten hat. Die betreffenden Grafiken wurden im Original stehend oder liegend auf A4- oder A3-Format konzipiert. Im Verlaufe der späteren Zeit entstanden die Entwürfe teils oder ganz auf dem Computer mit Dank an Gabriella für die kongeniale Zusammenarbeit.

Zum Zwecke des Ausstellens wurden von gescanntem Material uniforme Reproduktionen auf A3-Format kopiert. Da im RED-Archiv nicht mehr alle Blätter zu finden waren, ist es den Sammlungen, namentlich aus



Foto: red.com

Beginn des Ausstellungs-Rundganges unter Leitung von Gabriella Pál-Schmid

dem Nachlaß von Elfriede Schmid-Steiger in Wien, der Mutter des Künstlers, zu danken, daß eine komplette Übersicht ausgestellt werden kann. Dies erklärt auch, daß einige der Blätter persönliche Ergänzungen tragen und da und dort einigermassen vergilbt sind. Fünfeinhalb Jahrzehnte sind ein nicht unbe-

trächtlicher Teil des privaten und beruflichen Lebens des Architekten, Entwerfers, Lehrers und Forschers, der die meisten der Arbeiten entweder eigenhändig schuf oder aber der Inspirator bei den gemeinschaftlich zustande gekommenen Werken war.

<http://www.gabriella-peterschmid-red.com>

ÖAW traf Russische Akademie in Moskau

Mit unserem Besuch an der Russischen Akademie der Wissenschaften und der Lomonosov Moskau State University soll – seitens der Österreichischen Akademie der Wissenschaften – ein deutliches Zeichen der nachhaltigen Unterstützung der traditionell hervorragenden wissenschaftlichen Beziehungen zwischen der Russischen Föderation und Österreich gesetzt werden“, erklärte der Präsident der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW), Prof. Anton Zeilinger, im Anschluß an die Reise einer Spitzendelegation der ÖAW Anfang März nach Moskau.

Im Rahmen der dreitägigen Reise trafen Präsident Anton Zeilinger, Vizepräsident Michael Alram, Klassenpräsident Georg Brasseur und das ÖAW-Mitglied Gottfried Brem Vertreter des Präsidiums der Russischen Akademie, der Rossijskaja Akademija Nauk (RAN).

Dem folgte ein offizielles Treffen mit Spitzenvertretern der Lomonosov Moscow State University. Ergänzt wurde das Programm durch Besuche an Instituten der RAN, u.a. für Physik, Astronomie, Spektroskopie, Pferdezucht und Weltraumforschung. Diese Treffen, welche durch eine Reihe von wissenschaftlichen Fachvorträgen der Delegationsmitglieder begleitet wurden, dienen in erster Linie dem direkten Austausch zwischen den österreichischen Forschern und ihren jeweiligen Fachkollegen sowie Studierenden.

Die Kooperationen der ÖAW mit der Russischen Akademie reichen bis in die 1970er Jahre zurück. Einen zentralen gemeinsamen Forschungsbereich bildet dabei vor allem die Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung. Traditionell stark ist auch die Zusammenarbeit im Bereich der Weltraumforschung und Astronomie. Darüber hinaus wurden in den vergangenen Jahren u.a. Projektkooperationen mit russischen KollegInnen im Bereich der demographischen Forschung, der Teilchenphysik, der Quantenoptik, der angewandten Mathematik und der Gebirgsforschung etabliert.

Der Besuch der ÖAW-Delegation fand vor dem Hintergrund einer im Jahr 2013 begonnenen Reform der Russischen Akademie der Wissenschaften statt. Die wesentlichste Neuerung ist die Zusammenlegung der ehemaligen Russischen Akademie für Landwirtschaft und der ehemaligen Russischen Akademie für Medizin mit der Russischen Akademie der Wissenschaften.



Foto: ÖAW

v.l.: (nicht bekannt), ÖAW-Klassenpräsident Georg Brasseur, ÖAW-Präsident Anton Zeilinger, ÖAW-Vizepräsident Michael Alram, ÖAW-Mitglied Gottfried Brem; Sergey S. Markianov, Olga E. Glukhovtseva, Aleksandr O. Chubariyan, Gennady A. Romanenko, Lev. M. Zeleynyi und Daria A. Chernovanova

„Die Kooperation zwischen der Russischen und der Österreichischen Akademie der Wissenschaften ist von entscheidender Bedeutung, um Anstöße für die wissenschaftliche Weiterentwicklung beider Partner zu gewinnen. Die besondere Herausfor-

derung für die Wissenschaft in ihrer Gesamtheit ist es aber, eine unabhängige und unbeeinflusste Stimme des Dialogs zum Wohle der Gesellschaft beider Länder über alle Grenzen hinweg darzustellen.“, so Zeilinger. ■

<http://www.oeaw.ac.at>

Österreich Spiegel-Relaunch mit neuen Features und Übungen

Der „Österreich Spiegel“ bietet als Lern- und Übungsunterlage für den Unterricht von Deutsch als Fremd- oder Zweitsprache (DaF/DaZ) authentische Artikel und Hörbeiträge österreichischer Medien für Deutschlernende im In- und Ausland. In einer neuen Kooperation hat das Österreich Institut (ÖI) gemeinsam mit dem Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) an einem grundlegenden Relaunch des „Österreich Spiegel“ gearbeitet und präsentiert die erste Ausgabe 2015 mit zahlreichen inhaltlichen Neuerungen.

Der „Österreich Spiegel“ richtet sich an Deutschlernende und Deutschlehrende im und bietet aktuelle, deutschsprachige Medienbeiträge zu Themen wie Wirtschaft, Bildung, Kultur oder Sport. Die beiliegende CD des „Österreich Spiegel“ liefert zusätzlich Hörbeiträge aus dem österreichischen Rundfunk. In der didaktischen Beilage finden sich zahlreiche Übungen, die im Selbststudium zu Hause oder gemeinsam im Unterricht erarbeitet werden können.

Der überarbeitete „Österreich Spiegel“ bietet zahlreiche neue Rubriken wie „Tradition & Brauchtum“ oder „Ausflugziele in Österreich“ sowie Artikel speziell für Jugendliche und Deutsch-AnfängerInnen. In der didaktischen Beilage findet sich mit vier zusätzlichen Übungsseiten noch mehr Übungsmaterial. Auf <http://www.sprachportal.at> werden künftig weitere Übungen zum kostenlosen Download zur Verfügung stehen.

Franz Wolf, Geschäftsführer des ÖIF: „Der ÖIF konnte gezielt seine fundierte Erfahrung im Bereich Deutsch als Zweitsprache sowie die Perspektive von ZuwanderInnen einbringen. Damit bieten wir zahlreiche Anknüpfungspunkte für einen Deutschunterricht nahe am Alltagsleben von MigrantInnen in Österreich.“

Der „Österreich Spiegel“ erscheint vierteljährlich in einer Druckauflage von 7000 Stück und kann als Jahresabo bestellt werden. Weitere Informationen auch zur Bestellung eines Probeexemplars finden Sie hier:

<http://www.oesterreichinstitut.at> ■

Vom Kahlenberg nach Dubai

Die MODUL University Vienna als erster Campus einer österreichischen Privat-Uni außerhalb Europas wird Bachelor-, Master- und MBA-Studiengänge sowie Tourismuskollegs in den Vereinigten Arabischen Emiraten anbieten.

Der erste Campus einer österreichischen Privatuniversität außerhalb Europas wird von der MODUL University Vienna in Dubai, Vereinigte Arabische Emirate (VAE), errichtet werden. Das gab die international renommierte Privatuniversität am 20. März bekannt. Anlaß war die Unterzeichnung eines Kooperationsvertrages mit der DACH ADVISORY Group, einem Spezialisten für den Transfer deutschsprachiger Geschäftsmodelle in u. a. den arabischen Raum. Gemeinsam wird bis Herbst 2015 der Campus in optimaler Lage von Dubai errichtet und erste Studierende werden im Herbst 2016 begrüßt werden. Am neuen Campus werden dabei Studiengänge angeboten, die sowohl in Österreich als auch in den VAE akkreditiert sind. Die MODUL University Vienna leistet damit einen wichtigen Beitrag zum Bildungsexport und legt die Grundlage für die Intensivierung von internationalen Wirtschaftsbeziehungen.

Als erste österreichische Privatuniversität wird die zur Wirtschaftskammer Wien gehörende MODUL University Vienna einen eigenen Campus außerhalb Europas errichten. Die Fertigstellung des gemeinsam mit der DACH ADVISORY Group errichteten Campus ist bereits für den Herbst 2015 in bester Lage in Dubai, VAE, geplant. Alle dort angebotenen Studiengänge und Kollegs werden sowohl nach offiziellen österreichischen als auch nach den gültigen Standards der VAE akkreditiert werden und bieten damit eine einmalige Kombination an Qualitätsstandards.

Exportgut Bildungsqualität

Christian Hoffmann, Geschäftsführer der MODUL University Vienna, zu der Entscheidung, das Bildungsangebot der MODUL University Vienna in den arabischen Raum zu exportieren: „Wir sehen an unseren Studierendenzahlen, daß die Qualitätsstandards österreichischer Privatuniversitäten international einen sehr guten Ruf genießen. Die Entscheidung, diesen Standard nun auch zu exportieren, wurde auch von der Überlegung mitgetragen, das Profil von Österreich als Bildungsanbieter international zu schärfen.“ Tatsächlich sind sowohl die Österreichische



Foto: MODUL University Vienna

Zaid Maleh, CEO der DACH ADVISORY Group (l.) und Christian Hoffmann, Geschäftsführer der MODUL University Vienna nach der Vertragsunterzeichnung

Akkreditierungsbehörde (AQA – Agentur für Qualitätssicherung und Akkreditierung Austria) als auch jene des Emirats Dubai (Knowledge and Human Development Authority) in das gemeinsame Projekt der MODUL University Vienna und der DACH ADVISORY Group eingebunden und werden die hohe Qualität des geplanten Bildungsangebots offiziell bestätigen.

Neben englischsprachigen Bachelor-, Master und MBA-Studiengängen wird am Campus Dubai auch ein englischsprachiges Kolleg der Tourismusschulen MODUL angeboten werden. Sowohl die Universität als auch die Schule unterstreichen mit diesem gemeinsamen Auftritt die mehr als hundertjährige Tradition der Marke MODUL und ihre Expertise sowohl im Praxis- und Sekundarbereich als auch auf tertiärer Ebene. Insgesamt werden damit 300 bis 400 neue Studienplätze geschaffen werden, für die eine optimale Infrastruktur angeboten werden kann.

Neben der Chance, österreichische Bildungsstandards zu exportieren, sieht Hoffmann auch wirtschaftspolitische Vorteile durch den Schritt ins außereuropäische Ausland: „Durch die Etablierung eines eigenen Campus in einer der dynamischsten Wirtschaftsregionen der Welt legen wir auch eine starke Grundlage für nachhaltige wirtschaftliche Beziehungen zwischen Österreich und den VAE.“ Eine Ansicht, die der

CEO der DACH ADVISORY Group, Zaid Maleh, teilt: „Dubai ist ein ideales Umfeld für internationale Bildungsangebote. Als bedeutendster Geschäfts-, Finanz-, Handelsplatz und Bildungsstandort im gesamten Nahen Osten ist Dubai in den letzten beiden Jahrzehnten zu einer Metropole internationalen Formats geworden und setzt mit der Abhaltung der Expo 2020 diese Entwicklung fort. Österreichisches Know-how hat hier einen ausgezeichneten Ruf, weshalb wir als Experten in der Entwicklung und im Betrieb von internationalen Universitäten uns an die MODUL University als höchst renommierten Partner gewandt haben.“

MODUL-Qualität

Die Kooperation mit der in Dubai ansässigen und dort lizenzierten Investmentfirma DACH ADVISORY Group, die weitere Büros in Moskau und Wien unterhält, sieht dabei eine klare Aufgabenteilung vor. Während sie sich vollinhaltlich mit der Finanzierung, Errichtung und dem laufenden Betrieb des neuen Campus befaßt, wird die MODUL University Vienna ihren Fokus auf die Erstellung des Curriculums und die Bildungskonzepte legen. Weiters wird die MODUL University Vienna die akademische Qualitätssicherung gewährleisten.

Hoffmann zu dieser Kooperation: „Der Bildungsexport österreichischer Studienan-

Österreich, Europa und die Welt

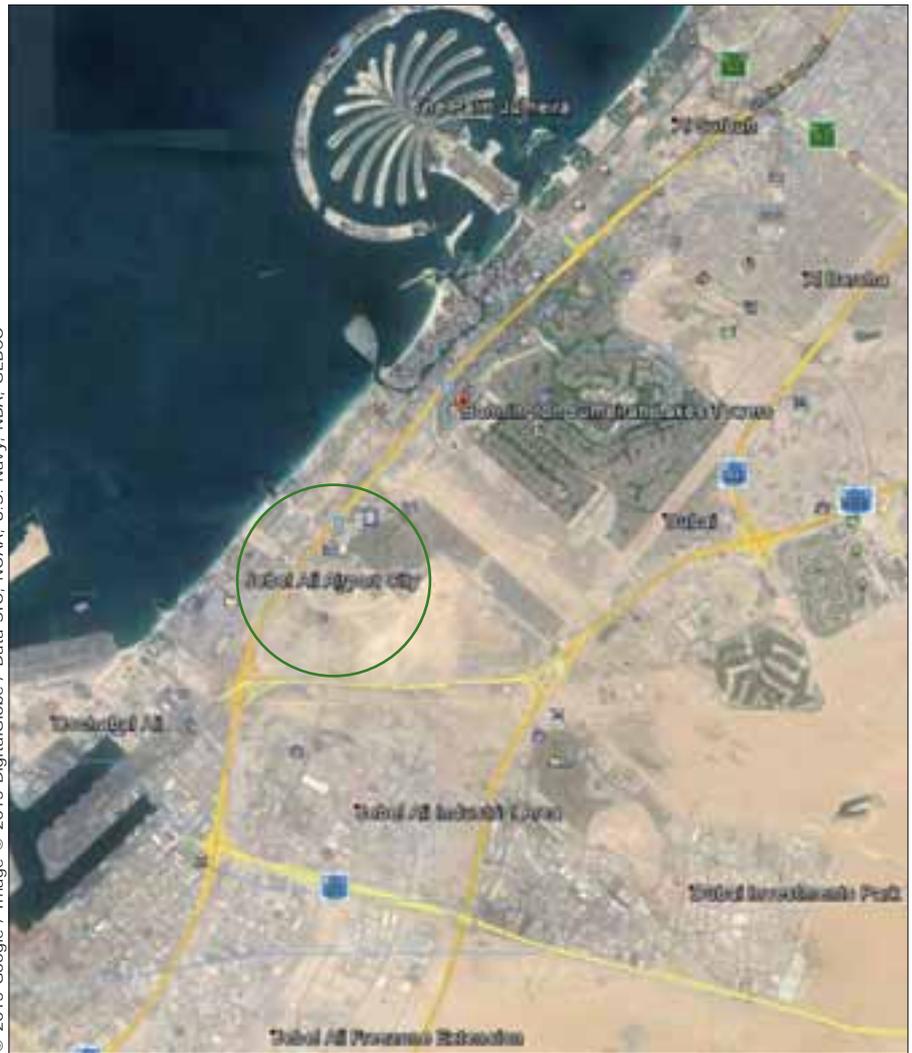
gebote kann nur bei garantiert hoher Qualität erfolgreich sein. Die für den Campus in Dubai vorgesehene Aufgabenteilung gibt uns die klare Möglichkeit, unseren gewohnt hohen Qualitätsstandard auch in Dubai zu etablieren. Dafür stehen wir dann auch mit unserer Marke MODUL, die ja bereits auf eine über 100jährige erfolgreiche Tradition zurückblicken darf."

Dank der umfassenden Erfahrung der DACH ADVISORY Group im Nahen Osten konnte bereits der Standort für den künftigen Campus in zentraler Lage, im Herzen Dubais, festgelegt werden: er soll in Jumeirah Lakes Platz finden und somit den Studierenden den höchsten Komfort mit optimaler Verkehrs- anbindung bieten.

Über die MODUL University Vienna

Die MODUL University Vienna, die internationale Privatuniversität der Wirtschaftskammer Wien, bietet Studienprogramme (BBA, BSc, MSc, MBA und PhD Programme) aus den Bereichen Internationale Wirtschaft und Management, Neue Medientechnologie, öffentliche Steuerung & Verwaltung und nachhaltige Entwicklung sowie Tourismus und Hospitality Management an. Die Studienprogramme erfüllen strenge Akkreditierungsrichtlinien und werden aufgrund der internationalen Ausrichtung in Englisch abgehalten. Der Campus der Universität befindet sich am Kahlenberg im 19. Wiener Gemeindebezirk. ■

<http://www.modul.ac.at>



Der durch den Ring markierte Bereich zeigt den Standort des neue Campus der MODUL University Vienna am Jumeirah Lakes Platz im Zentrum Dubais.

Gesundheits- und Sozialmanagement am MCI gehört zu Europas Spitze

Erstmals hat das renommierte European Consortium for Accreditation in Higher Education (ECA) international ausgerichtete Studiengänge an europäischen Hochschulen evaluiert. Die Internationalisierungsstrategie des Masterstudiums International Health & Social Management des MCI Management Center Innsbruck wurde als besonders beispielgebend bewertet und in Paris mit dem CeQuInt (Certificate for the Quality of Internationalisation in European Higher Education) ausgezeichnet.

Das am MCI 2008 eingerichtete Studium hat sich innerhalb weniger Jahre einen führenden Ruf in der akademischen Ausbildung zukünftiger Führungskräfte für das Sozial- und Gesundheitswesen Europas erworben. Bereits zwei Jahre nach Einführung des Programms finden sich unter den Lehrenden

und Unterstützern des Programms MitarbeiterInnen der Europäischen Union, der Weltgesundheitsorganisation oder der Weltbank; den AbsolventInnen stehen vielfältige Berufswegewe beispielsweise in internationalen Organisationen, im Bereich Public Health, in der Regionalentwicklung oder in nationalen und internationalen Gebiets- und Verwaltungskörperschaften offen.

Weltweite anerkannte Spitzenuniversitäten wie etwa die Erasmus Universität Rotterdam haben die internationale Ausrichtung und die Aktualität des am MCI bearbeiteten Themas zum Anlaß genommen, um aktiv die Kooperation mit der Unternehmerischen Hochschule® zu suchen. Diese Zusammenarbeit hat nun zur Entwicklung aufeinander abgestimmter Studienprogramme und Spezialisierungen in den Bereichen Gesund-

heitsökonomie, Gesundheitsmanagement, Public Health und Global Health geführt: ein umfassendes Angebot, das die Hochschulen durch ihre Kooperation in der ersten Liga der Europäischen Einrichtungen für die Ausbildung von Führungskräften im Sozial- und Gesundheitsmanagement positioniert hat.

Das Europäische Konsortium für Akkreditierung im Hochschulwesen stellt fest, daß dies ein beispielgebendes Vorhaben sei. Besonders hervorgehoben werden Art und Weise, wie das gemeinsame Studienprogramm entwickelt wurde, inhaltliche Qualität und Vielfalt der Studieninhalte, synergetische Zusammenarbeit zum Nutzen der Studierenden, gemeinsame Positionierung im weltweiten Hochschulmarkt und das von den Hochschulen gemeinsam vergebene Diplom. ■

<http://www.mci.edu>

Ungenutzte Stipendien

In der EU gibt es mehr als 12.000 Stipendienprogramme. Studien zeigen, daß von diesen Programmen bis zu 20 Prozent nicht in Anspruch genommen werden und daher verfallen. Eine neue Plattform zeigt diese (Nischen)Stipendien auf.

Bisher war es fast unmöglich, sich einen Überblick über die enorme Zahl an Stipendienprogrammen in der EU zu verschaffen. Die Auswahlkriterien der insgesamt mehr als 12.000 Förderprogramme reichen von klassischen Kriterien (z. B. akademische Leistungen, finanzielle Bedürftigkeit, soziales Engagement) hin zu eher exotischen Voraussetzungen (z. B. Geburtsort oder Familienstand). Mit european-funding-guide.eu – der ersten Stipendienplattform mit Matching-Verfahren in der EU – wurde die Suche nach Förderungen stark vereinfacht. „Erstmals werden jedem Studenten mit wenigen Klicks diejenigen Stipendien vorgeschlagen, die genau auf sein Profil passen“, sagt Mira Maier, Gründerin und Geschäftsführerin von European Funding Guide. Die Plattform wurde von der gemeinnützigen ITS Initiative für transparente Studienförderung entwickelt und von der EU-Kommission ko-finanziert. Die Nutzung der Plattform ist komplett kostenlos.

Sie hilft StudentInnen aller Fachrichtungen, in jedem Semester und in 16 EU-Ländern bei der Suche nach Finanzierung für ihr Studium. Auf der Plattform sind mehr als 12.000 Stipendien und andere Fördermöglichkeiten (u. a. staatliche Förderungen, Darlehen, Preise) mit einem jährlichen Förder volumen von insgesamt 27 Milliarden Euro hinterlegt. Mehr als 500 dieser Programme sind speziell für ein Studium in Österreich ausgelegt.

Einfache Funktionsweise

Die Funktionsweise der Plattform ist simpel: Studierende legen ihren Lebenslauf mit wenigen Klicks an. Eine Software gleicht vollautomatisch und in Echtzeit das Profil der Nutzerin/des Nutzers mit den hinterlegten Förderungen in der Datenbank ab. Anschließend erhält man eine Auswahl an Programmen, die wirklich zum eigenen Lebenslauf passen. European Funding Guide enthält u. a. finanzielle Unterstützung für den Lebensunterhalt, für ein Auslandssemester oder -praktikum, Stipendien für einen Sprachkurs im Ausland oder Fördermittel für ein Forschungsprojekt.

Der Mythos, Stipendien seien nur für Hochbegabte, Engagierte oder finanziell Be-



Foto: European Funding Guide

Gründer Alexander Gassner und Mira Maier, Gründerin und Geschäftsführerin von European Funding Guide

dürftige, ist auch in Österreich weit verbreitet. Aufgrund solcher Vorurteile und des bisher undurchsichtigen Gesamtangebots an Stipendien ziehen die meisten StudentInnen eine Stipendienbewerbung gar nicht erst in Betracht. Das größte Problem ist dabei das mangelnde Wissen über die große Vielfalt an Förderangeboten.

Mira Maier, selbst ehemalige Stipendiatin, weiß um die schlechte Informationslage zu Stipendien. „Von den 28 Prozent der Studierenden, die sich in Deutschland auf ein Stipendium bewerben, bewerben sich 92 Prozent bei 0,8 Prozent der Stiftungen. Die meisten Leute glauben einfach, Stipendien seien nur etwas für Hochbegabte, die zu gleich sehr bedürftig sind. Und für so toll halten sich dann doch die allerwenigsten. Manche Stiftungen zum Beispiel fördern Studenten, die im selben Ort wie der Stifter geboren sind. Wenn man zufällig aus diesem selben Ort stammt, hat man in der Regel sehr gute

Chancen, ein Stipendium zu bekommen. Viele kleinere Stiftungen haben Probleme ihre Gelder zu vergeben, weil sie nicht ausreichend Bewerbungen erhalten. Das wollen wir ändern.“ Deshalb hat Maier gemeinsam mit Alexander Gassner im Jahr 2011 die deutsche Plattform mystipendium.de gegründet, die als Pilotprojekt für European Funding Guide diente. „Jeden Monat nutzen 80.000 Studierende unser Portal für ihre Stipendien-suche. Mittlerweile helfen uns mehr als 2300 ehrenamtliche Unterstützer an 90 Prozent der deutschen Hochschulen, darunter HochschulpräsidentInnen, Dekaninnen, LeiterInnen von Studienberatungen und Studierendenvertretungen. Dieser Erfolg zeigt, wie groß die Nachfrage nach Stipendien ist. Daher war es mir ein wichtiges Anliegen, unser Angebot nun auf weitere 15 Länder innerhalb Europas auszuweiten.“

<http://www.european-funding-guide.eu>
<http://www.mystipendium.de>

»Hilfe direkt«

Der mittlerweile pensionierte Tischler Franz Grandits aus dem burgenländischen Stinatz hat sich über viele Jahre seines Lebens für die »direkte Hilfe« für notleidende Menschen in Burkina Faso eingesetzt.

Von Christa Mössmer.



Fotos: Verein »Hilfe direkt«

Franz Grandits mit seinen »Schützlingen« in Burkina Faso bei der Inbetriebnahme einer Pumpe in der Ortschaft Puni.

Es gibt Länder, da möchte man nicht unbedingt freiwillig hin. Länder in denen das Thermometer bis 50 Grad Celsius erreicht, und das fast ganzjährig, geprägt durch einen Wechsel von Trockenzeit, in der alles zu versengen scheint und einer Regenzeit, wo der Regen meist nicht fruchtbringend ist, sondern mit katastrophalen Überschwemmungen die Situation noch verschärft. Durch diese werden oft Millionen Menschen obdachlos. Die schwerwiegenden Dürren verursachen wiederum Hungersnöte, die diese Länder immer wieder erfassen. Eines davon heißt Burkina Faso und liegt in Afrika. Es ist ein Land, das 1960 seine Unabhängigkeit von Frankreich erlangte und Obervolta hieß, wie die Franzosen ihre Kolonie nannten. Erst unter dem fünften Präsidenten, Thomas Sankara, wurde das Land 1984 in Burkina Faso umbenannt – was übersetzt „Land der ehrenwerten Menschen“ oder „Land der Aufrichtigen“ bedeutet.

Mit rund 16,7 Millionen Einwohnern auf 274.200 km² ist Burkina Faso eines der ärmsten Länder der Welt. Hier öffnen sich die Tore zum Hunger, zu Krankheiten und unzählige Menschen ertragen unsagbares Leid. Dieses Land am Rande der Sahara versendet

jedes Jahr mehr, denn die Wüste läßt die noch feuchte Erde verschwinden und die Menschen, ohnehin schon arme Bauern, machen sich in großer Zahl auf den Weg und suchen Land, wo noch Regen fällt und hoffen, überleben zu können.

Diese Armut ist aber nicht nur bedingt durch das mörderische Klima, nein, denn Baumwolle würde in diesem Land en masse gedeihen und die Menschen könnten davon leben, ja sogar gut leben, wenn nicht eine unmenschliche Wettbewerbspolitik diesen Markt zerstört hätte. Mit Aber-Milliarden von Dollars subventionieren die USA ihre Baumwollbauern und die Preise für das „Weiße Gold“ sanken damit so radikal, daß man in den anderen Ländern der Welt davon kaum bis nicht mehr leben kann. Und internationale Hilfe kommt selten dort hin, wofür sie eigentlich vorgesehen ist. Die Folge: die Menschen, Infrastruktur, Bildung und Soziales bleiben auf der Strecke. Und das



Österreich, Europa und die Welt

wiederum trifft die Ärmsten der Armen, die weder etwas für ihre Situation können, noch die geringste Chance haben, sich selber daraus zu befreien. Die Politik vor Ort hat wohl kein Interesse, das Land von Grund auf zu verändern.

Was man dagegen tut? Gegen die Herrschenden nichts. Was bleibt, ist etwas für die Menschen zu tun.

Das sagte sich auch Franz Grandits aus Stinatz im Burgenland. Er arbeitete sein Leben lang als Tischler. Und er schaute nicht weg, ignorierte nicht die Armut, sondern er hilft. Still und leise. Jahr für Jahr. Auf seiner Homepage ist zu lesen: „Meine Eltern haben mich im christlichen Geist und mit sozialer Verantwortung erzogen. Was mich treibt, ist letztlich der Glaube, daß mich in jedem afrikanischen Gesicht Christus selbst ansieht.“

Franz Grandits ist geprägt vom Glauben an Gott und von der Überzeugung, daß man ganz einfach helfen muß. Er hat die Begabung, auch andere Menschen davon zu überzeugen, die dann tatkräftig mitgeholfen haben und aktuell mithelfen.

Auf Drängen seiner Familie und seiner Freunde hat der mittlerweile 78jährige Franz Grandits seine Erlebnisse niedergeschrieben. In seinem Buch „Ein Leben für Burkina Faso“ begleitet der Leser Franz Grandits über viele Jahre hinweg ein Land, wo noch Zustände herrschen, die bei uns nicht vorstellbar sind. Es ist ein harter Kampf der Einheimischen ums Überleben, aber auch ein harter Kampf jedes einzelnen Entwicklungshelfers. Jedenfalls ist es beachtlich, was Franz Grandits mit seinen Mithelfer zustande gebracht hat. „Hilfe direkt“, wie er seine Organisation nannte, konnte über die Jahre hindurch ungefähr 400 ständige Arbeitsplätze schaffen, darüber hinaus konnten 35 Schulen gebaut werden – was bedeutet, daß bereits 15.000 Kinder diese Schulen besucht haben. Nicht zu vergessen die vielen Wasserstellen, die Franz Grandits mit einem befreundeten Wünschelrutengänger aufspürte und in Brunnen fassen konnte, Kirchen, eine Zahnklinik, u.v.a.m.

Ein paar Beispiele

- In Poutenga hat „Hilfe direkt“ eine Grundschule für Volksschulkinder erbaut,
- in La Todin wurde in einer Rekordzeit von nur drei Monaten ein 64 m langes Gymnasium errichtet.
- In Zatgoulli wurde eine Tischler, Mechaniker und Elektriker-Berufsschule gebaut.
- In Kourrursi wurde ein Schule für hauswirtschaftliche Frauenberufe errichtet.



Franz Grandits bei der Verhandlung mit lokalen Baumeistern



In der Schneiderei beginnt der zweite Lehrgang.



Eine der von »Hilfe direkt« errichteten Kirchen wird eröffnet – und die Menschen kommen von Nah und Fern.

Fotos: Verein »Hilfe direkt«

Österreich, Europa und die Welt

Zwei Projekte, die derzeit in Bau sind

- In Bangasse, etwa 100 km nordwestlich der Hauptstadt Ouagadougou, wird zur Zeit eine Schule gebaut.
- Vor zwei Jahren hat „Hilfe direkt“ in Gilonkou mit dem Bau eines Kinderdorfes begonnen.

Glücklicherweise bleibt Franz Grandits' Leistung, trotz dessen Bescheidenheit, nicht unbemerkt. Vielfach wurde ihm schon gedankt für seinen Einsatz, sogar vom Vatikan – mit der Verleihung des „Papst Silvester-Ordens“ zu Weihnachten 2014.

Nun reicht der Raum hier naturgemäß nicht aus, um nur annähernd zu berichten, mit welchen Schwierigkeiten Franz Grandits konfrontiert war und bis heute immer noch ist. Die meisten von uns würden, zum Beispiel, schon daran scheitern, zu einem kostenlosen Container zu kommen, ihn mit mühsam gesammelten Gebrauchsgegenständen zu befüllen und ihn dann per Spedition und Schiff nach Burkina Faso zu bringen. Wer glaubt, damit wäre das meiste bereits überstanden, der irrt: Denn dort sind die Probleme erst so richtig losgegangen.

Josef Grandits hat in seinem Buch im Sinne des Wortes erzählt, was ihm in den Jahren alles widerfahren ist, wieviel Glück er trotz all dem in vielem Unglück gehabt hatte. Wievielen Menschen und auch Zufällen dem Erfolg seines Projekt zu danken hat. Und er erzählt, wie wenn er Ihnen gegenüber sitzen würde, interessant, berührend, herzerfrischend.



Das Buch – mit Vorworten von Ägidius J. Zsifkovics, Bischof, und Paul Iby, em. Bischof von Eisenstadt und zahlreichen Farb- und SW-Abbildungen auf 208 Seiten ist im Eigenverlag erschienen und kann zum Versand per Post bestellt werden bei:

Burkina Faso – Hilfe Direkt
 Hauptstraße 214, A-7552 Stinatz
 Telefon: ++43 / (0)3358 / 2449
 Telefax: ++43 / (0)3358 / 03358 / 2069
 email: mailto:hilfedirekt@hilfedirekt.at
 BIC: RLBBAT2E027
<http://www.hilfedirekt.at>

Wenn Sie sich an diesem Projekt beteiligen wollen, spenden Sie bitte hier:
 Raika Stinatz
 IBAN: AT97 3302 7000 0230 5100



Fließendes Wasser ist noch ein absoluter Luxus...



Auch Getreidemöhlen wurden gekauft und den Menschen übergeben.



Die schlechten Straßen verlangen dem Auto einiges ab...

Fotos: Verein »Hilfe direkt«

Von Wien nach Tauranga

Die Wienerin Birgit Anna Krickl ist nach reiflicher Überlegung vor acht Monaten nach Neuseeland ausgewandert. Sie wird sich in monatlichen Kolumnen mit kleinen und feinen Kulturunterschieden zwischen Österreich und ihrem Gastland auseinandersetzen. Doch in der **1. Folge** stellt sie sich erst einmal vor.



Foto: Birgit Anna Krickl

Ein Blick über saftige Hügel auf die rund 115.000 EinwohnerInnen zählende Hafenstadt Tauranga im Nordosten Neuseelands

Wir schreiben das Jahr 2013: Ich lebe in einer Mietwohnung in Wien und arbeite Vollzeit in einer Institution als Psychotherapeutin.

Nun schreiben wir das Jahr 2015: Ich lebe in einer Mietwohnung in Tauranga, Neuseeland, und arbeite Vollzeit als Psychotherapeutin.

Die Frage, die mir am häufigsten gestellt wird, ist: „Warum Neuseeland?“ Und gerade diese scheinbar einfache Frage ist für mich nicht mit wenigen Worten zu beantworten.

Ich hatte während meiner Studienzeiten immer wieder Gelegenheiten genutzt, um Erfahrungen im Ausland zu sammeln. Dabei ging es mir weniger ums Reisen, ich wollte vielmehr Land und Leute kennenlernen und erfahren, wie sie in ihrer jeweiligen Kultur ihr Leben meistern.

Alles, was ich über Neuseeland gelesen hatte, hatte mich sehr fasziniert und in mir

wuchs dieser Wunsch, dort zu leben. Ich hatte ein Bild von einem Land vor mir, in



Foto: privat

Birgit Anna Krickl

dem es noch friedlicher und gelassener zugeht, in dem noch mehr Freundlichkeit herrschte, in dem die Natur noch unberührt war und in dem Mitmenschlichkeit noch mehr zählte als Materialismus.

Ich informierte mich schon vor Jahren über die Möglichkeiten einer Auswanderung, doch es war nie der richtige Zeitpunkt, das umzusetzen. Also blieb dieser Traum nur ein Traum – vorerst.

Eines Tages war alles stimmig und ich traf die Entscheidung, die Auswanderung zu wagen. Ich mußte es einfach wissen, ich wollte sehen, ob es funktioniert. Und ich wußte, daß ich mir immer Vorwürfe machen würde, wenn ich es nicht zumindest probiert hätte. Dies hatte natürlich auch seinen Preis und ich mußte einiges aufgeben und zurücklassen.

Nachdem ich also meinen Entschluß gefaßt hatte, kam ich das erste Mal im März

Österreich, Europa und die Welt



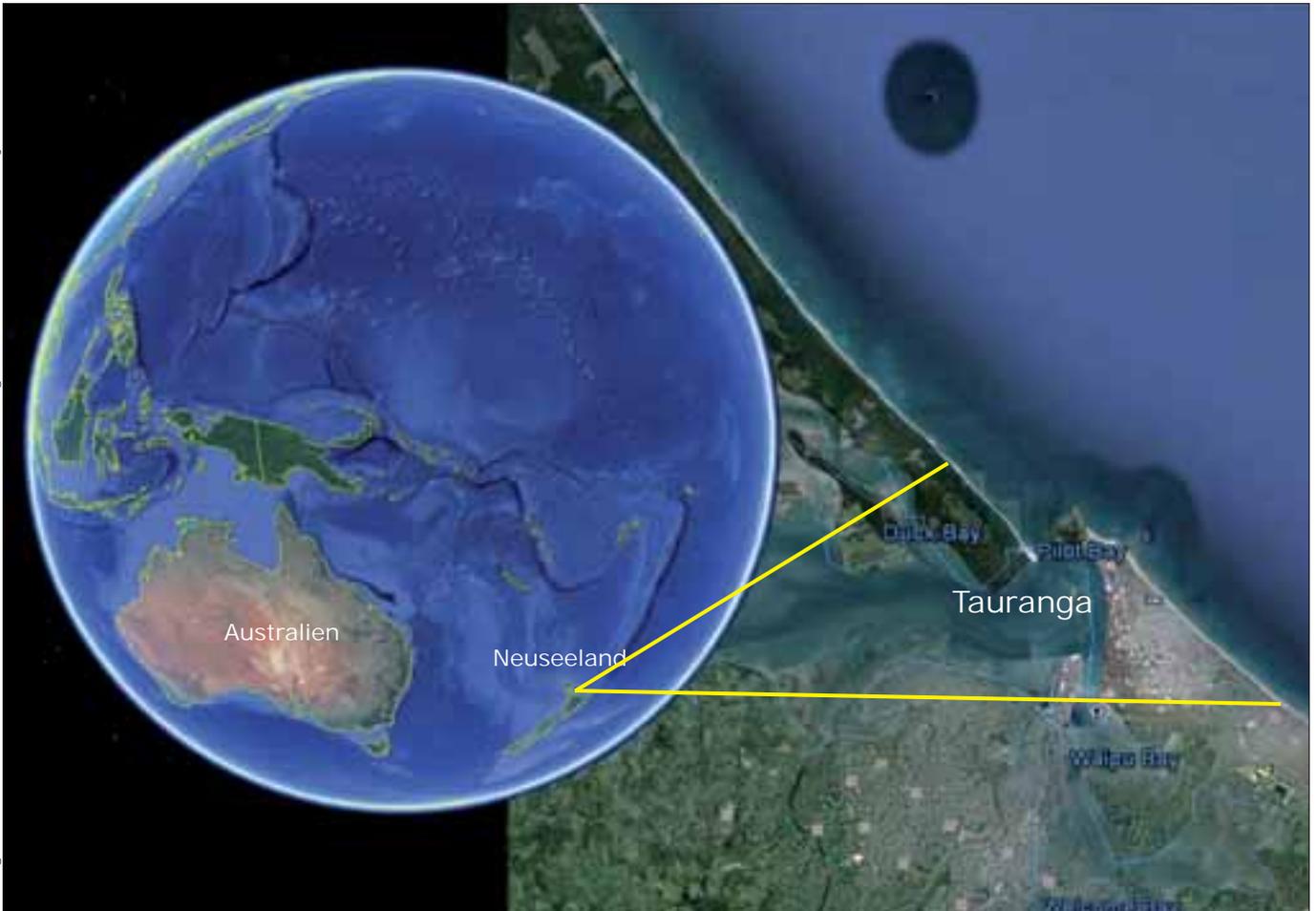
Foto: privat

Birgit Anna Krickl vor Wanganui, einer beliebten Ausflugsstadt zwischen Rotorua und Wellington

2014 für zwei Wochen nach Neuseeland, vorrangig, um meine „Immigration Advisers“ zu treffen, also BeraterInnen vor Ort, und Details für mein Visum zu besprechen. Und ich

hatte sofort das Gefühl, daß ich hier richtig war, daß es die richtige Entscheidung sein würde – auch wenn ich noch nicht genau wußte, wie alles funktionierte und vor allem,

ob ich hier einen Job finden würde. Zurück in Österreich traf ich in den folgenden Monaten alle Vorbereitungen – so gut wie möglich.



© Image Landsat / Data LDEO-Columbia, NSF, NOAA / © 2015 Google Data SIO, NOAA, U.S. Navy, NBA, GEBCO

Wien und Tauranga sind ~18.000 Kilometer Luftlinie von einander entfernt. Diese Bild zeigt Australien und Neuseeland, in der Vergrößerung rechts sehen Sie die Region Bay of Plenty. Lesen Sie hier mehr: <http://de.wikipedia.org/wiki/Tauranga>

Österreich, Europa und die Welt

Und im August 2014 landete ich dann mit einem Koffer am Flughafen in Auckland. Die ersten Tage hier verbrachte ich vor allem damit, diverse Institutionen aufzusuchen und nach offenen Stellen zu fragen. Doch bald merkte ich, daß dies nicht die Art und Weise ist, die die „Kiwis“ wünschen, wie die NeuseeländerInnen nach dem dort beheimateten Laufvogel (er ist auch im Wappen des Landes verewigt) gerne bezeichnet werden. Ich solle mich lieber online bewerben. Das tat ich dann auch.

Meine Reise ging anschließend weiter in den Norden, nach Whangarei, wo ich eine Österreicherin traf und mir Tipps holte. Und dann kam schon der Anruf für das erste Vorstellungsgespräch in Tauranga. Ich war erfolgreich! Diese Stelle ist zwar nur auf ein Jahr befristet, weil es eine Karenzvertretungsstelle ist, doch ich nahm die Gelegenheit wahr. Zumindest gab mir dieser Job mal ein Jahr Zeit, mich einzuleben und mich danach weiter umzusehen. Der Fuß war mal in der Türe.

Jetzt lebe und arbeite ich seit sechs Monaten hier in der Küstenstadt Tauranga und hoffe, daß es noch viel mehr Monate werden.

Ich finde, Neuseeland ist so ein faszinierendes Land und das ist auch der Grund, warum ich meine Erfahrungen hier – vor allem mit meinem österreichischen kulturellen Hintergrund – teilen möchte. Ich merkte erst in einem fremden Land, wer ich als Österreicherin bin. Es sind oft kleine, feine Unterschiede, doch zu Hause denkt man nicht darüber nach, weil so vieles selbstverständlich ist. Ein kleines Beispiel: In Österreich sind wir es gewohnt, uns zu Begrüßung und Verabschiedung die Hände zu schütteln. Hier



Foto: privat

Nicht nur durch die Kiwi-Ernte direkt vor der Haustüre unterscheiden sich Österreich und Neuseeland. Birgit Anna Krickl wird uns in ihrer Kolmune in den nächsten »Österreich Journal«-Ausgaben wohl noch vieles andere zu erzählen wissen...

ist das nicht so. Selten passiert es, daß dir jemand die Hand schüttelt. Und in meiner derzeitigen Rolle als Psychotherapeutin, in der ich mit Klienten arbeite, ist das ganz und gar nicht erwünscht. Es könnte sogar – im schlimmsten Fall – als Belästigung ausgelegt werden. Und das krasse Gegenteil dazu sind die Maori, wie das indigene Volk Neuseelands bezeichnet wird. Wenn ich Klientinnen betreue, begrüßen diese mich mit einer Umarmung und einem Kuß auf die Wange. An diesem kleinen Beispiel wird auch der Biculturalität Neuseelands sehr deutlich. Maori und „Paheka“ (Weiße) leben miteinander.

All meine Erfahrungen, die ich in den nächsten „Österreich Journal“-Ausgaben beschreiben werde, sind natürlich als subjektiv zu bewerten.

Abschließend möchte ich festhalten, daß ich den Schritt, hierher auszuwandern, nicht bereut habe, auch wenn es mit Einbußen verbunden ist. Was mich besonders stützt ist, daß der Kontakt zu Familie und Freunden Dank der modernen Technik weiterhin besteht. Vor allem meine Geschwister sind voll und ganz hinter meiner Entscheidung gestanden, auch wenn sie nicht ganz glücklich darüber waren. Das hat mich sehr gestärkt und dafür bin ich ihnen sehr dankbar.

Meine neue Heimat heißt nun Aoteaora („Neuseeland“ in Maori-Sprache) – „Das Land der langen weißen Wolke“.

Ich freue mich über interessierte LeserInnen und bin auch für Feedback und Fragen offen!

mailto:birgit_krickl@hotmail.com



Foto: Birgit Anna Krickl

Subtropisches Klima und milde Winter machen diesen traumhaften Strand zu einem der beliebtesten Reiseziele Neuseelands.

Die Steuerreform

Nach monatelangem Ringen um eine Einigung hat die Bundesregierung am 17. März im Ministerrat die Eckpunkte beschlossen. Eine Woche später erreichte die Debatte darüber den Nationalrat.

Die Bundesregierung hat am 17. März im Ministerrat die Eckpunkte zur Steuerreform beschlossen.

Faymann: Kaufkraftsteigerung ist das Wesentlichste

Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) zeigte sich im anschließenden Pressefoyer erfreut darüber, daß dieser Beschluß plan- und zeitgemäß gefaßt wurde. „4,9 Milliarden Euro gehen direkt in die Brieftaschen der Menschen, das bedeutet eine Senkung der Lohn- und Einkommenssteuer um durchschnittlich 18 Prozent. Ich sehe das als eine Maßnahme der Fairness, um Arbeit zu entlasten; als Maßnahme für die Wirtschaftskraft unseres Landes und für mehr Wachstum“, betonte der Bundeskanzler.

„Am wesentlichsten an dieser Reform ist die Kaufkraftsteigerung“, machte Faymann klar, der in diesem Zusammenhang auch die psychologische Dimension der Lohnsenkung hervorstrich: Sie solle zeigen, es gebe trotz der Krisenzeit allen Grund zum Optimismus, daß es in der wirtschaftlichen Entwicklung wieder aufwärts gehe. In der Darstellung der Steuerreform sei daher entscheidend, „zu zeigen, daß den Leuten mehr übrig bleibt und sie mehr Geld zur Verfügung haben“. Und weiter: „Das ist nicht unsere letzte Reform, sondern ein wichtiger Markstein. Wir werden auch in anderen Punkten – etwa bei Effizienzsteigerungen, in der Bildung, in der Forschung und Entwicklung und anderen Bereichen – Reformschritte setzen.“

Die beschlossenen Eckpunkte enthalten nicht nur die neuen Steuersätze, sondern auch Details im Bereich der Gegenfinanzierung und der Betrugsbekämpfung. Rund 40 Gesetze müssen nun auf den Weg gebracht werden. Schließlich sei die Umsetzung der Steuerreform „erst vollbracht, wenn auch im Parlament alle notwendigen Beschlüsse gefaßt worden sind“.

Mitterlehner: Haben unser Versprechen eingehalten

„Wir haben uns vorgenommen, bis zum 17. März die Punctuation für die Steuerreform fertig zu haben. Dieses Versprechen



Foto: BKA / Regina Aigner

Debatte zur Steuerreform im Nationalrat am 25. März. Im Bild oben: Nationalratspräsidentin Doris Bures, vorne (v.l.): Vizekanzler und Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner, Bundeskanzler Werner Faymann und Sozialminister Rudolf Hundstorfer

haben wir eingehalten“, unterstrich ÖVP-Bundesparteiobmann Vizekanzler Reinhold Mitterlehner nach dem Ministerrat. „Das vorliegende Paket ist mehr als die formale Erfüllung eines Versprechens. Es kann sich auch inhaltlich sehen lassen.“ Es bringt ArbeitnehmerInnen, UnternehmerInnen, Familien, Bäuerinnen und Bauern und PensionistInnen ein Entlastungsvolumen von 5 Milliarden Euro. „Die Steuerreform bringt sowohl im Bereich der Einkommenssteuer als auch bei der Lohnsteuer spürbare Entlastung. Das bedeutet mehr Netto vom Brutto für alle – Arbeitnehmer und Unternehmer“, unterstrich Mitterlehner. Insbesondere 900.000 Selbständige werden von den neuen Steuertarif-Stufen profitieren. Ebenso Familien, für die es zudem 100 Millionen Euro zusätzlich für Familienleistungen geben wird. „Mit der Reform stärken wir gleichzeitig die Konjunktur und den Konsum. Damit erreichen wir genau das, was wir derzeit brauchen: Belebung von Wachstum und Sicherung von Arbeitsplätzen“, hält der Wirtschaftsminister fest.

Die Regierung nehme Bedenken zur Reform ernst, betonte der Vizekanzler, der sich überzeugt zeigt, daß sich im Gespräch Pro-

bleme und Mißverständnisse noch klarstellen lassen, beispielsweise bei der Grunderwerbssteuer für Betriebsübergaben. Dort sei ein Stufentarif vorgesehen, sowie eine Erhöhung des Freibetrags bei Unternehmensübertragungen auf 900.000 Euro, damit die Übergabe von Familienbetrieben auch in Zukunft leistbar bleibt. Hier solle noch sichergestellt werden, daß es insbesondere im Tourismus zu keinen Schlechterstellungen kommen wird, so Mitterlehner, der festhält: „Klar ist aber: Insgesamt wird es am Gesamtpaket keine gravierende Änderung geben.“ Natürlich seien Teile der Reform „für den einen oder anderen unangenehm“, allerdings stelle sie „für niemanden eine existenzielle Bedrohung“ dar. „Ich will nichts schönfärben, aber es ist bewältigbar. Und wir müssen hier einige Dinge, die uns die Experten vorhalten, in der Gegenfinanzierung ganz konkret darstellen. Das haben wir auch gemacht“, unterstrich Mitterlehner.

Strache verlangt nachhaltige Maßnahmen gegen die kalte Progression

FPÖ Klubobmann Heinz-Christian Strache bedauerte in seinem Debattenbeitrag am

Innenpolitik

24. März im Nationalrat einleitend, daß die Oppositionsparteien bislang nicht in die Beratungen über die Steuerreform eingebunden waren und hielt es von daher für unverständlich, daß die Regierung nun in einzelnen Punkten um eine Zweidrittelmehrheit bitte.

Die Steuerreform habe mit 5 Mrd. Euro tatsächlich ein großes Volumen, räumte Strache ein. Dieser Betrag diene aber bedauerlicherweise nicht zur Gänze Steuersenkungen. In Wahrheit würde nur umgeschichtet und die Menschen würden nicht entlastet, obwohl Österreich die höchste Steuerquote in der EU habe. „Österreich ist Ausgaben- und Einnahmeweltmeister“, so Strache. Durch die Entlastung bei der Lohn- und Einkommensteuer werde den Menschen lediglich zurückgegeben, was ihnen der Finanzminister seit 2009 durch die kalte Progression aus der Tasche gezogen habe. Was die Senkung des Eingangssteuersatzes den Menschen bringe, werde ihnen in den kommenden Jahren von der kalten Progression bald wieder weggefressen werden, sagte Strache, der den Verzicht auf Maßnahmen gegen die kalte Progression in den Mittelpunkt seiner Kritik an den Steuerreformplänen der Regierung stellte.

Zudem wies Strache die Erhöhung von Mehrwertsteuersätzen, wie sie für Kino- und Theaterkarten, für Blumen oder Taxi- und Hotelrechnungen geplant ist, ebenso zurück wie die Erhöhung der Kapitalertragssteuer auf 27,5 Prozent, weil dies den Mittelstand sowie kleine und mittlere Unternehmen treffen. „Die Abgabenquote sinkt nicht“, klagte der FPÖ-Klubobmann. Auch halte er den Großteil der UnternehmerInnen nicht für Steuerhinterzieher, sagte Strache und problematisierte die Absicht auf jeder Almhütte eine Registrierkasse aufzustellen. Die Vorschläge seiner Fraktion für eine Steuerreform faßte Strache mit dem Hinweis auf nachhaltige Maßnahmen gegen die kalte Progression, auf eine Entlastung niedriger Einkommen von Sozialabgaben sowie auf Einsparungen durch eine Verwaltungsreform zusammen. Der Staat sollte bei Subventionen und bei überbeurteilten Bauvorhaben sparen, denn ohne eine Senkung der Steuer- und Abgabenquote „sehen die Menschen kein Licht am Ende des Tunnels“.

Glawischnig: Grüne für Ökosteuern und mehr Umverteilung

Die Klubobfrau der Grünen, Eva Glawischnig-Piesczek, anerkannte das große Volumen der geplanten Steuerreform, merkte aber kritisch an, daß Entlastungen mittlerer und hoher Einkommen im Fokus stünden

und die Reform dem Anspruch einer Strukturreform nicht gerecht werde. Die Klubobfrau vermißte Öko-Elemente und hielt es angesichts der schlechten Position Österreichs bei Maßnahmen gegen umweltschädliche Privilegien für verantwortungslos, Öko-Steuern abzulehnen, wie dies der Vizekanzler getan habe. Der internationale Kontext würde Umweltmaßnahmen im Steuerrecht durchaus zulassen, sagte Glawischnig-Piesczek.

Zudem mahnte sie einen größeren Beitrag hoher Vermögen bei der Gegenfinanzierung von Steuerentlastungen ein. Die Grünen haben dafür Vorschläge unterbreitet und würden eine Sekretärin mit einem Bruttoeinkommen von 1.400 Euro nicht bloß um 370, sondern um 660 Euro entlasten und eine zeitbeschäftigte Mutter mit einem Monatseinkommen von 800 Euro nicht nur um 209 pro Jahr, sondern um 1100 Euro pro Jahr. Im Gegenzug würden sich der Bundeskanzler und der Vizekanzler beim Steuermodell der Grünen nur über 208 Euro mehr pro Jahr freuen können, statt über 2175. Da die Gegenfinanzierung nicht gesichert, sondern zu 50 Prozent auf Sand gebaut sei, sprach Glawischnig-Piesczek die Befürchtung aus, die Menschen müßten mit Sparmaßnahmen und mit der Kürzung wichtiger Sozialleistungen rechnen.

Dietrich: Steuersystem vereinfachen, Unternehmen entlasten

Die Klubobfrau des Teams Stronach, Waltraud Dietrich, begrüßte die Tarifreform, die schon längst hätte gemacht werden sollen, wandte sich aber entschieden dagegen, der Wirtschaft Steuerhinterziehung zu unterstellen. Die Krise in Österreich sei hausgemacht, weil die Regierung sich als unfähig erweise, Reformen herbei zu führen. Dietrich mahnte insbesondere eine Verwaltungsreform ein, die die Staatskosten auf 5 Prozent reduziere. Von einer Steuerreform sei auch eine Vereinfachung des Steuersystems zu verlangen, meinte Dietrich und plädierte für Steuererklärungen, die auf einem Blatt Papier Platz haben. Österreich brauche eine Kultur der Ermunterung junger Menschen, UnternehmerInnen zu werden. Stattdessen schikaniere die Bundesregierung Wirte mit Allergieverordnungen und nun mit einer Registrierkassenpflicht. „Viele WirtInnen werden zusperrern“, befürchtete Dietrich und legte einen Entschließungsantrag zur Förderung des Wirtschaftsstandortes durch eine Steuerreform vor, die mit Verwaltungseinsparungen gegenfinanziert werden soll.

„Wir leisten uns eine Steuerentlastung auf Pump“, faßte Klubkollege Robert Lugar seine Beurteilung des Steuerpakets zusammen. Er hält eine Steuersenkung erst dann für machbar, wenn man diese durch Einsparungen verdient hat und ohne neue Schulden durchführen kann. Besonders hart kritisierte er die Belastungen für die Wirte und meinte, man müsse diesen erst die Möglichkeit geben, um überleben zu können. Ähnlich äußerte sich Georg Vetter, der die Befürchtung in den Raum stellte, daß österreichische Betriebe mit ihrem Geld von der Wiener Börse nach Asien abwandern. Den Grund dafür sieht er darin, daß im Mittelpunkt der Überlegungen der Bundesregierung der Verteilungskampf steht nicht aber die Wirtschaft.

Strolz: Diese Steuerreform ist nicht enkelfit

Auch wenn Matthias Strolz von den NEOS die Senkung der Lohn- und Einkommensteuer als richtig begrüßte, befürchtete er, daß diese Entlastung aufgrund der kalten Progression nur vorübergehend sein werde. Auch fehlen ihm Investitionen in Bildung und Innovation, weshalb die geplante Steuerreform den „Enkelfit-Test“ nicht bestehen werde. Die Regierung habe auch kein Rezept gefunden, die rasante Arbeitslosigkeit zu stoppen, so sein weiterer Kritikpunkt. Besonders schwer wiegt für Strolz auch der Umstand, daß die Regierung nach seinem Dafürhalten kein Verständnis für das unternehmerische Österreich und keinen Respekt für das Unternehmertum zeige. Vielmehr werde der Mittelstand abgewürgt, meinte Strolz, der seine Kritik an konkreten Punkten festmachte und prangerte vor allem an, daß die Regierung sich nicht durchringen konnte, die Parteienfinanzierung zu reduzieren, weshalb er auch einen diesbezüglichen Entschließungsantrag vorlegte. Strolz vermißte entschlossene Schritte gegen die aggressive Steuerflucht und forderte einmal mehr eine Modernisierung des Gewerberechts. Im Gegensatz dazu wolle die Regierung die Zwangsbeiträge für die Wirtschaftskammer und die Arbeiterkammer weiter erhöhen. Statt die 22 Sozialversicherungen zusammenzulegen, erhöhe man die Höchstbeitragsgrundlage, so sein weiterer Vorwurf. Auch habe die Regierung keinen Mut, die Pensionsprivilegien der BeamtInnen in Wien abzustellen. Aus diesem Grund machte Strolz Werbung für das Reformprogramm der NEOS, das eine Entlastung der BürgerInnen im Ausmaß von 8,4 Mrd. Euro über einen Zeitraum von 8 Jahren vorsieht. ■

Quellen: Parteien, Parlamentskorrespondenz

Steuerliche Maßnahmen der Steuerreform 2015/2016

1. Allgemeines

Mit der Steuerreform 2015/2016 soll eine gesamte Steuerentlastung in Höhe von 5,2 Mrd. € erreicht werden. Das entspricht 1,5% des Bruttoinlandsproduktes (BIP). Ein Betrag im Ausmaß von 4,9 Mrd. € ist für die Einkommensteuerentlastung sowie eine Rückerstattung von Sozialversicherungsbeiträgen vorgesehen.

Die Maßnahmen der Steuerreform treten grundsätzlich mit 01.01.2016 in Kraft. Derzeit wird im Bundesministerium für Finanzen (BMF) an den Details gearbeitet. Der Beschluß des Steuerreformgesetzes findet im Juli 2015 im Parlament.

Entlastungen im Überblick

- Senkung des **Eingangssteuersatzes** von 36,5% auf 25%.
- Erhöhung der **Arbeitnehmerabsetzbeiträge** um 55 €pro Jahr
- Erhöhung der **Sozialversicherungserstattung** (bisher „Negativsteuer“) für Menschen mit geringeren Einkommen von maximal 110 €auf maximal 400 € pro Jahr.
- Einführung der Sozialversicherungserstattung für Pensionistinnen und Pensionisten im Ausmaß von maximal 110 € pro Jahr.
- **50 %-Steuersatz** künftig ab 90.000 € statt wie bisher ab 60.000 €
- **Konjunkturpaket** (Erweiterung der Forschungsprämie, Senkung der Lohnnebenkosten).

Gegenfinanzierung im Überblick

- **Registrierkassenpflicht** (manipulationsgeschützte Apparate) für Betriebe mit überwiegend Barumsätzen ab einem Nettoumsatz von 15.000 €pro Jahr.
- **Belegerteilungspflicht** für jeden Geschäftsfall.
- **Kontoeinsichtsmöglichkeit** durch Prüfungsorgane der Abgabenbehörden
- Einführung eines **zentralen Kontenregisters** oder Einrichtung vergleichbarer Maßnahmen.
- Rückwirkende befristete **Meldepflicht von Banken** für hohe Barbehebungen oder Auslandstransfers.
- Schaffung eines **Sozialbetrugsbekämpfungsgesetzes**.
- **Barzahlungsverbot zwischen Unternehmen** in der Baubranche.
- Verstärkte **Bekämpfung des gewerbmäßigen Pfusches** und der Schwarzarbeit.
- Verstärkte **Bekämpfung des Karussellbetrugs**.
- **Bekämpfung der USt.-Hinterziehung** im Rahmen des Versandhandels.

2. Maßnahmen in der Einkommensteuer

Tarif

- Die **Senkung des Eingangssteuersatzes** von 36,5% auf 25% entlastet alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, unabhängig davon, in welcher Progressionsstufe sie sich befinden.

- Anstelle der bisher drei gibt es künftig sechs Steuerstufen. Dadurch ergibt sich eine **Abflachung der Progression**.
- Die Bemessungsgrundlage für den **50 %-Steuersatz** wird von 60.000 €auf **90.000 €** angehoben.
- Für Einkommensanteile **über 1 Million €** wird befristet ein Steuersatz von 55 % eingeführt.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Pensionistinnen und Pensionisten

- **Arbeitnehmerabsetzbetrag** wird in den **Verkehrsabsetzbetrag** integriert (in Summe derzeit 345 €). Der Verkehrsabsetzbetrag wird ab 2016 auf 400 € erhöht.
- **Erhöhung des Pendlerzuschlages** für geringverdienende Pendlerinnen und Pendler.
- Erstattung von **50 % der Sozialversicherungsbeiträge** für Kleinstverdiener (max. 400 €/Jahr für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern; max. 110 €/Jahr für Pensionistinnen und Pensionisten).
- Der **Sachbezug bei PKW** mit einem CO₂-Ausstoß von mehr als 120 g/km wird auf 2 % der Anschaffungskosten erhöht; für auch privat genutzte Dienstfahrzeuge mit Elektromotor wird zukünftig kein Sachbezug angesetzt.

Familien:

- Der **Kinderfreibetrag** wird auf 440 € **verdoppelt**

Steuertarif bis 31. 12 2015			Steuertarif ab 1. 1 2016		
über	bis	Steuersatz	über	bis	Steuersatz
0 €	11.000 €	0 %	0 €	11.000 €	0 %
11.000 €	25.000 €	36,5 %	11.000 €	18.000 €	25 %
			18.000 €	31.000 €	35 %
25.000 €	60.000 €	43,21 %	31.000 €	60.000 €	42 %
			60.000 €	90.000 €	48 %
60.000 €		50 %	90.000 €	1.000.000 €	50 %
			1.000.000 €		befristet 55 %

Innenpolitik

- Die **Familienbeihilfe** ist bereits (beginnend seit 1. 7. 2014) schrittweise bis 2018 **erhöht** worden.

Topf-Sonderausgaben

- Abschaffung des Topf-Sonderausgabenabzuges ab einem bestimmten Stichtag.
- Der Topf-Sonderausgabenabzug für Verträge, die zum Stichtag bereits bestehen, bleibt noch maximal **5 Jahre** erhalten.

Kapitalertragsteuer

- Die Kapitalertragsteuer wird auf **27,5 %** erhöht.
- ausgenommen von der Erhöhung ist die Kapitalertragsteuer auf Zinserträge aus Geldeinlagen bei Kreditinstituten (vor allem **Sparbuch- und Kontozinsen**).

Immobilien

- Für Gebäude im Betriebsvermögen gilt ab 1.1.2016 ein einheitlicher **Abschreibungssatz von 2,5 %** (statt bisher 2 %, 2,5 % oder 3 %).
- Die **Verteilung von Instandsetzungsaufwendungen** wird von 10 auf 15 Jahre verlängert.
- Die **Vermutung des Anteils von Grund und Boden** bei einem bebauten Grundstück wird den aktuellen Gegebenheiten angepaßt.
- Die **Immobilienveräußerungsteuer** wird von 25 % auf **30 %** angehoben.
- Bei Immobilienveräußerungen darf **kein Inflationsabschlag** mehr berücksichtigt werden.

Wirtschaft

- Die **Forschungsprämie** wird von 10 % auf 12 % **erhöht**.
- Die steuerfreie **Mitarbeiterkapitalbeteiligung** wird von 1.460 € auf 3.000 € pro Jahr **erhöht**.
- Eine **Zuzugsbegünstigung** für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Forscherinnen und Forscher soll eingeführt werden.
- Bei **kapitalistischen Personengesellschaften** wird eine Verlustverrechnungsbremse vorgesehen.
- Die steuerlichen Vorschriften zur **Einlagenrückgewähr** werden angepaßt.
- Der **Bildungsfreibetrag** und die **Bildungsprämie** werden **gestrichen**.

3. Maßnahmen in der Umsatzsteuer

- Erhöhung des **Umsatzsteuersatz** von 10 % bzw. 12 % auf **13 %** ab dem 1. 1.

2016 für: lebende Tiere etc, Saatgut etc, Pflanzen etc, kulturelle Dienstleistungen, Futtermittel, Holz, Jugendbetreuung, nationaler Luftverkehr, Bäder, Museen etc, Tiergärten etc, Filmvorführung etc, Ab-Hof-Verkauf von Wein; ab 1. 4. 2016 für Beherbergung.

- Zur **Eindämmung des Karussellbetriebs** sollen speziell geschulte Teams eingesetzt werden.

4. Maßnahmen in der Grunderwerbsteuer

Die Bemessungsgrundlage für unentgeltliche Grundstücksübertragung wird auf **Verkehrswerte** umgestellt (statt bisher 3facher Einheitswert); diese Verkehrswerte sollen auch pauschal ermittelt werden können. Dagegen gilt bei unentgeltlichen Übertragungen in der Land- und Forstwirtschaft weiterhin der einfache Einheitswert.

Der Einheitstarif wird auf einen **Stufenstarif** umgestellt: bis zu 250.000 € 0,5 %, bis 400.000 € 2 % und darüber: 3,5 %.

Der **Freibetrag** für die altersbedingte unentgeltliche Betriebsübertragung wird von 365.000 € auf **900.000 €** erhöht.

Für Härtefälle insbesondere im Tourismusbereich sollen noch Lösungen erarbeitet werden.

5. Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuer- und Sozialbetrug

Registrierkassenpflicht

- Betriebe mit überwiegend Barumsätzen müssen ab einem Nettoumsatz von 15.000 € pro Jahr ihre Einzelumsätze verpflichtend mit einer **Registrierkasse** aufzeichnen.
- Jede Registrierkasse ist mit einer technischen **Sicherheitslösung gegen Manipulationen** zu schützen.
- Für die Anschaffung einer Registrierkasse wird eine **Prämie von bis zu 200 €** ausbezahlt. Die Aufwendungen können

im Jahr der Anschaffung jedenfalls abgesetzt werden.

- Für jeden Geschäftsfall muß ein Beleg erteilt werden (**Belegerteilungspflicht**).
- Die **Kalte-Hände-Regelung** wird auf einen Nettoumsatz von max. 30.000 € beschränkt.
- „**Kleine Vereinsfeste**“ dürfen ihre Umsätze weiterhin mittels Kassasturz ermitteln.

Konteneinsicht

- Zukünftig soll aus Anlaß einer abgabenbehördlichen Prüfung (z.B. Betriebsprüfung, Umsatzsteuer-Sonderprüfung, GPLA) die **Einsichtnahme in bestehende Kontenverbindungen** möglich sein.
- Einführung eines **zentralen Kontenregisters** oder Einrichtung vergleichbarer Maßnahmen zur Gewährleistung eines effizienten Vollzugs
- Als Begleitmaßnahmen sollten die Banken befristet zur **Mitteilung höherer Kapitalabflüsse** (Barbehebungen, Verschiebungen ins Ausland) verpflichtet werden – und zwar bereits für Zeiträume vor dem Inkrafttreten des Steuerreformgesetzes.

Sozialbetrugsbekämpfung

- Der sogenannte **Anmeldungskauf** soll durch strukturierte Datenanalyse der Gebietskrankenkassen und die verbesserte Zusammenarbeit von Behörden zurückgedrängt werden.
- Die Ausstellung von Scheinrechnungen soll im Baubereich durch **Barzahlungsverbot** (mit Ausnahmen für Kleinstbeträge) im B2B Bereich bekämpft werden.
- Schwarzarbeit** im Rahmen des privaten Hausbaus und des gewerbsmäßigen Pfusches soll durch verstärkte Kontrollmaßnahmen bekämpft werden.

Ihr persönlicher Entlastungsrechner

Das Bundesministerium für Finanzen (BMF) stellt einen Online-Rechner zur Verfügung. Schnell und unkompliziert kann sich jeder Steuerzahler seine persönliche Entlastung ausrechnen. Mit der Eingabe des jeweiligen Gehalts in die Abfragemaske erfährt den ab 1. Jänner 2016 geltenden Steuervorteil.

Der Rechner berücksichtigt neben den neuen Tarifstufen auch folgende Neuerun-

gen: erhöhter Verkehrsabsatzbetrag, Sozialversicherungserstattung für ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen im Rahmen der Arbeitnehmerveranlagung.

Bitte beachten Sie, daß es sich bei den Berechnungsergebnissen um Richtwerte handelt, da nicht alle persönlichen berechnungsrelevanten Daten erfaßt werden können.

<http://bmf.gv.at/entlastung>

Grundsätzliches Ja zur stärkeren Einbindung der BürgerInnen in die Gesetzgebung

Im Hohen Haus am Ring fand am 11. März die vierte Sitzung der Enquete-Kommission »Demokratiereform« mit einer Zwischenbilanz der Fraktionen und Beiträgen von Initiativen der Zivilgesellschaft und Interessenvertretungen statt. Der Ruf nach mehr direkter Demokratie bleibt laut.



Foto: Parlamentsdirektion / Bildagentur Zolles KG / Mike Ranz

Direkte Demokratie und Parlamentarismus ergänzen einander. So der Konsens der Parlamentsfraktionen zur Halbzeit der Enquete-Kommission zur Stärkung der Demokratie in Österreich, die am 11. März zum vierten Mal unter dem Titel „Meinungsbild der organisierten Zivilgesellschaft“ zusammengetreten war. Konkret signalisierten die Fraktionen ein grundsätzliches Ja, was die stärkere Einbindung der BürgerInnen in die Gesetzgebung betrifft, die Vorstellungen über ihre Ausgestaltung gehen jedoch auseinander. Sieht die SPÖ hier noch Problematiken hinsichtlich Minderheiten, spricht sich die FPÖ klar für eine Volksgesetzgebung aus. Daß ein Mehr an Demokratie und Mitbestimmung im Besonderen informierte BürgerInnen braucht, darüber sind sich ÖVP, das Team Stronach und die NEOS einig. Die Grünen bleiben bei ihrem Vorschlag, das Modell der



Fotos: Parlamentsdirektion / Bildagentur Zolles KG / Mike Ranz

Norbert Hofer, Dritter Nationalratspräsident, eröffnete die Enquete.

dreistufigen Volksgesetzgebung einzuführen. Geleitet wurde die Sitzung vom Dritten Nationalratspräsidenten Norbert Hofer.

SPÖ: Minderheiten müssen von Mehrheiten geschützt werden können

Geht es nach der SPÖ, sind bei der Weiterentwicklung der direkten Demokratie noch bestehende Spannungsfelder zu lösen. Diese hätten sich auch durch die bisher 31 ExpertInnenmeinungen und Diskussionsbeiträge gezeigt, so Peter Wittmann. Konkret gehe es etwa um das Verhältnis zwischen der Exekutive und der Legislative. Der Legislative stärkeres Gewicht durch die weitere Partizipation der Bevölkerung gegenüber der Exekutive zu geben, sei grundsätzlich zu befürworten. Zur Zeit werde eine eher „exekutivlastige Politik“ in der Öffentlichkeit vertreten, das Spannungsverhältnis zwischen

Innenpolitik

Fotos: Parlamentsdirektion / Bildagentur Zolles KG / Mike Ranz



Peter Wittmann, SPÖ

dem Vollzug der Gesetze und der Schaffung der Gesetze müsse neu definiert werden, stellte Wittmann fest. Bei der stärkeren Einbindung des Bürgers in den Gesetzwerdungsakt ergeben sich aber auch Problematiken, sagte er, es stelle sich etwa die Frage, wie Minderheiten von Mehrheiten geschützt werden können und welche Mechanismen einzurichten sind. Außerdem sieht er die Gefahr, daß jenen, die sich Kampagnen leisten können, die Möglichkeit eingeräumt wird, sich Gesetzestexte zu bestellen. „Jene, die schwächer sind und sich in der Gesellschaft nicht so gut artikulieren können, dürfen nicht unter die Räder kommen“, warnte Wittmann.

ÖVP: Echte, ernstgemeinte Partizipation braucht informierte BürgerInnen

„Partizipation in einer repräsentativen Demokratie ist kein Systembruch, sondern eine logische Konsequenz“, sagte Wolfgang Gerstl für die ÖVP. Voraussetzung dafür seien informierte BürgerInnen, die Zusammenhänge verstehen können und konkrete Antworten auf spezifisch gestellte Fragen bekommen. Dieses Interesse gelte es, von Seiten der Politik zu nähren, wichtig sei, daß BürgerInnen Informationen auch fernab der „geschliffenen Presstexte“ einfordern können. „Lenken wir das Interesse auf uns, machen wir die interessierten BürgerInnen zu einem von uns“, sagte Gerstl und sprach sich für eine „echte, ernstgemeinte Partizipation“ und bessere politische Kommunikation aus. Der gemeinsame Nenner sollte die Sicherung der Demokratie sein, stärken könne man diese nur durch Partizipation. Dieses Mehr an Mitbestimmung muß auch definiert werden, wie Gerstl meinte, und plädierte für

eine breit unterstützte Liste an konkreten Vorstellungen für eine Demokratiereform. Schon hier sollten BürgerInnen in die direkten politischen Gesprächen miteingebunden werden.

FPÖ spricht sich klar für Volksgesetzgebung aus

Mit der Einführung einer Volksgesetzgebung würde die Demokratie in Österreich wesentlich weiterentwickelt werden, so die Position der FPÖ. Harald Stefan sah sich in der Forderung seiner Fraktion, der Bevölkerung ein verbindliches Initiativrecht einzuräumen, durch die bisherigen abgegebenen Expertisen in der Enquete-Kommission weitgehend bestätigt. Die Frage sei nun, ob



Harald Stefan, FPÖ



Daniela Musiol, Grüne



Wolfgang Gerstl, ÖVP

man bereit ist, diesen Schritt zu setzen, zu berücksichtigen sei auch der Schutz von Minderheiten, wie von Wittmann (S) angesprochen. Stefan sprach sich aber gegen eine „totale Eingrenzung von Themen“ beim Modell der Volksgesetzgebung aus, das würde direkte Demokratie nur wieder aushöhlen, wie er meinte. Die Forderung nach Stärkung der direkten Demokratie heiße für die FPÖ aber nicht, das Parlament zu schwächen, machte Stefan zudem klar. Der wesentliche Reiz bestehe darin, daß nicht nur vom Parlament, sondern aus der Bevölkerung selbst relevante Themen angesprochen werden.

Grüne für Modell der dreistufigen Volksgesetzgebung

Dem Souverän muß die Möglichkeit gegeben werden, auch zwischen den Wahlen verbindlich Einfluß nehmen zu können. Das funktioniere am besten mit dem Modell der dreistufigen Volksgesetzgebung auf Landes- und Bundesebene, führte Daniela Musiol den Standpunkt ihrer Fraktion aus. Es seien noch viele Fragen offen, an einem bestimmten Punkt müsse man aber von den Visionen in die Umsetzung übergehen. Ihr Appell sei daher, die Enquete-Kommission nicht nur zum Informationsaustausch zu nutzen und an „kleinen Rädchen zu drehen“, sondern „einen großen Wurf“ zu Stande zu bringen, auch auf die Gefahr hin, noch nachjustieren zu müssen. „Ich bin nicht bereit, hier am Ende einen philosophischen Maßnahmenkatalog abzuwinken“, stellte Musiol in den Raum und forderte spätestens im Herbst Vorschläge zu gesetzlichen Änderungen. Evident sei dabei, daß sich Parlamentarismus und direkte Demokratie nicht ausschließen.



Rouven Ertlshweiger, Team Stronach

Team Stronach hält am Modell der BürgerverterInnen fest

Geht es nach dem Team Stronach, soll direkte Demokratie eine Berücksichtigung der Anliegen der Bevölkerung als Basis für die Entscheidungsfindung durch politische Gremien sicherstellen. Es gehe aber nicht an, daß sie zu einer Abschiebung der Verantwortung auf die Bevölkerung führt, sagte Rouven Ertlshweiger. Außerdem dürfe direkte Demokratie nicht die Folge von sinkenden Umfragetiefs oder Politikverdrossenheit sein. Das Team Stronach stehe nach wie vor zum Modell der BürgerverterInnen auf Bundesebene, wie in Vorarlberg bereits erfolgreich eingeführt, so Ertlshweiger. Seine Fraktion halte außerdem vermehrte Volksbefragungen und Volksbegehren zu Ermessensfragen sowie verstärkte Information der Bevölkerung, insbesondere im Bereich der politischen Bildung im Unterricht, für sinnvoll. Außerdem stehe das Team Stronach für die verstärkte Einbindung von VertreterInnen qualifizierter Organisationen wie NGO's und Fachorganisationen in die Informationsbeschaffung etwa in parlamentarischen Ausschüssen und für Transparenz und weitgehende Information der Bevölkerung über die Vorgänge in der Politik.

NEOS: Direkte Demokratie funktioniert dann gut, wenn sie von unten kommt

„Klar ist, daß direkte Demokratie und Mitbestimmung nichts ist, wovor wir uns fürchten müssen“, sagte Nikolaus Scherak für die NEOS.

In der bisherigen Diskussion seien zudem viele Punkte eingebracht worden, warum Mit-



Nikolaus Scherak, NEOS

bestimmung momentan nicht wirklich funktioniere. Das habe damit zu tun, daß existierende Elemente so umgesetzt wurden, daß sie teilweise nicht ernstzunehmend waren, führte Scherak aus und bewertete dies als „Scheinpartizipation“. Direkte Demokratie funktioniere besonders dann gut, und das würden die bisherigen Expertisen und Diskussionen belegen, wenn sie von unten komme. Geht es nach den NEOS, muß das Parlament offener und transparenter sein, das etwa durch längere Begutachtungsverfahren oder einem „legal footprint“ von Gesetzesvorschlägen für die bessere Nachvollziehbarkeit, wie Initiativen entstehen. „Wir müssen die Menschen dauerhaft mitnehmen“, sagte Scherak. Parlamentarismus und



Herwig Hösele von der Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform

direkte Demokratie müßten als klares Miteinander gesehen werden, im Mittelpunkt dabei stehen Scherak zufolge aber die BürgerInnen.

Initiativen der Zivilgesellschaft und Interessenvertretungen am Wort

Man solle in Sachen direkter Demokratie endlich Nägel mit Köpfen machen und den Mut haben, die BürgerInnen stärker in die Gesetzgebung einzubinden. Das war der verbreitete Tenor in der vierten Sitzung der parlamentarischen Enquete-Kommission. Zu Wort kamen dieses Mal vorrangig VertreterInnen zivilgesellschaftlicher Initiativen, etwa von „mehr demokratie!“ und „Volksgesetzgebung jetzt“. Durch eine verstärkte Bürgerbeteiligung würde das Vertrauen in die Demokratie und die Legitimation gestärkt, Furcht vor dem Volk sei nicht angebracht, hielt etwa Herwig Hösele von der Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform stellvertretend für viele Wortmeldungen fest. Allerdings gab es auch einige skeptische Stimmen. So warnte Claudia Rosenmayr-Klemenz seitens der Wirtschaftskammer vor unerwünschten Folgewirkungen durch eine zu hohe Dosis direkter Demokratie.

Die Politikwissenschaftlerin Tina Olteanu plädierte dafür, einen stärkeren Fokus auf unkonventionelle Formen der Bürgerbeteiligung zu richten. Auch Flash-Mobs, organisierte Nachbarschaftstreffen oder Hashtag-Kampagnen könnten die öffentliche Meinung beeinflussen und damit etwas bewirken, gab sie zu bedenken. Namens des Auslandsösterreicher-Weltbunds erhob Gustav Chlestil die Forderung, endlich E-Voting zu ermöglichen und für AuslandsösterreicherInnen ein eigenes Nationalratsmandat zu reservieren. Die an der Enquete-Kommission teilnehmenden BürgerInnen nutzten die Sitzung auch dazu, konkrete inhaltliche Anliegen zu äußern. Gefordert wurde unter anderem die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare und ein Verzicht auf den Bau einer Schnellstraße in Hirschstetten.

Demokratie braucht gegenseitiges Vertrauen von Politik und Bevölkerung

Insgesamt waren zehn VertreterInnen von zivilgesellschaftlichen Initiativen, NGOs und klassischen Interessenvertretungen zur Sitzung geladen, wobei die VertreterInnen der Zivilgesellschaft nicht nur einen Ausbau der direkten Demokratie forderten. Dieser

Innenpolitik

sei zwar wichtig, aber kein Allheilmittel, hielt etwa der ehemalige ÖVP-Politiker Hösele (Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform) fest. Ergänzend dazu brauche es ein persönlichkeitsorientiertes Wahlrecht. Ein solches sei Voraussetzung für selbstbewußte MandatarInnen und würde den Einfluß von Parteiapparaten auf politische Entscheidungen zurückdrängen. Wesentlich ist für Hösele außerdem eine informierte Öffentlichkeit, dafür seien lebenslange politische Bildung sowie eine unabhängige und vielfältige Medienlandschaft erforderlich.

Daß eine Demokratiereform notwendig ist, folgert Hösele allein schon aus dem Umstand, daß bei der letzten Nationalratswahl die NichtwählerInnen die größte Gruppierung waren, noch vor der SPÖ. Für die Demokratie sei es wesentlich, daß die BürgerInnen der Politik und den Institutionen vertrauten und umgekehrt auch die PolitikerInnen den BürgerInnen, sagte er. Hösele sprach sich in diesem Sinn dafür aus, das aus der letzten Legislaturperiode offen gebliebene Demokratiepaket rasch zu beschließen. Für ihn ist der Kompromiß, erfolgreiche Volksbegehren mit einer Unterstützung von 10 bzw. 15 Prozent der Wahlberechtigten einer verpflichtenden Volksbefragung zu unterziehen, wenn das Parlament dem Anliegen des Volksbegehrens nicht Rechnung trägt, ein tauglicher. Damit bleibe die Letzt-Entscheidung im Parlament.

Mit einer unverbindlichen Volksbefragung am Ende eines Diskussionsprozesses über ein erfolgreiches Volksbegehren will sich Gerhard Schuster (Initiative „Volksgesetzgebung jetzt“) hingegen nicht begnügen. Es brauche eine verbindliche Volksabstimmung, bekräftigte er, alles andere sei undemokratisch. Das Modell der dreistufigen Volksgesetzgebung wäre für ihn eine wichtige Ergänzung zu Gesetzesbeschlüssen durch das Parlament. Auf diese komplementäre Säule solle man nicht verzichten. Um eine demokratische Willensbildung zu gewährleisten, müssen seiner Auffassung nach allerdings auch die Medien in die Pflicht genommen und dazu angehalten werden, Pro und Contra ausgewogen darzustellen. Zur Beschleunigung des Diskussionsprozesses zum Ausbau der direkten Demokratie regte Schuster eine gemeinsame Internet-Plattform für den Meinungsaustausch an.

Initiativen überzeugt: Bevölkerung will mehr direkte Demokratie

Für mehr direkte Demokratie machte sich auch Erwin Mayer (Initiative „mehr demo-



Erwin Mayer von der Initiative
»mehr demokratie!«

kratie!“) stark. Repräsentative Demokratie sei notwendig, sie müsse aber noch repräsentativer werden, hielt er fest. Das gehe nur durch mehr direkte Demokratie.

Bemerkenswert ist für Mayer, daß, wenn man sich die Stellungnahmen zum in der letzten Legislaturperiode ausgearbeiteten Demokratiepaket anschaut, in Summe der Ausbau der direkten Demokratie im Sinne von Verbindlichkeit, geringen Hürden und kein Themenaussschluß abgelehnt wird. Die Bevölkerung sehe das aber ganz klar anders, ist er überzeugt. Mayer regte daher an, seitens der Enquete-Kommission eine repräsentative Umfrage in Auftrag zu geben, um zu eruieren, ob eine Mehrheit der ÖsterreicherInnen für verpflichtende Volksabstimmungen über qualifiziert unterstützte Volksbegehren und Veto-Referenden eintritt und welche Hürden bevorzugt würden. Der Vorschlag wurde in weiterer Folge allerdings nur von Grün-Abgeordneter Daniela Musiol aufgegriffen.

Für immer wieder geäußerte Befürchtungen, Volksinitiativen könnten durch Boulevardmedien oder finanzkräftige Gruppierungen in unzulässiger Weise beeinflußt werden oder zu Lasten von Minderheiten gehen, zeigte Mayer kein Verständnis. Diese Gefahren seien bei direktdemokratischen Entscheidungen nicht größer als bei Entscheidungen des Parlaments, betonte er. Überdies könne der Verfassungsgerichtshof verfassungswidrige Gesetze jederzeit aufheben. Um Volksinitiativen eine Chance zu geben, forderte Mayer Kostenersatzregelungen und eine objektive Information der Bevölkerung nach

dem Vorbild des Abstimmungsbuchs in der Schweiz.

Auch Hans Asenbaum (Attac Österreich) sieht genug Möglichkeiten, um die Gefahr der Vereinnahmung von Volksinitiativen, etwa durch Parteien oder finanzstarke Einzelakteure, zu bannen. So kann er sich etwa Budgetlimits für Initiativen oder die Limitierung von Einzelbeiträgen vorstellen. Zudem würde seiner Ansicht nach eine reservierte Sendezeit im öffentlich-rechtlichen Rundfunk für Pro- und Contra-Argumente die ausgewogene Information der Bevölkerung fördern.

Die Einführung einer dreistufigen Volksgesetzgebung ist für Asenbaum allerdings nur einer von mehreren notwendigen Schritten, um BürgerInnen stärker in politische Entscheidungen einzubinden. Der Volkswille solle nicht nur quantitativ, durch Wahlen und Abstimmungen, sondern auch qualitativ erfaßt werden, betonte er. Konkret regte Asenbaum etwa die verstärkte Einrichtung von Bürgerräten und die intensivere Nutzung des Internets an.

NGOs besser in Gesetzgebung einbinden

Namens Global 2000 sprach sich Leonore Gewessler gegen zu hohe Hürden für direktdemokratische Instrumente aus. Würden nur jene Volksbegehren einer verpflichtenden Volksabstimmung bzw. Volksbefragung unterzogen, die von mehr als 10 Prozent der Wahlberechtigten unterschrieben wurden, würde man finanzschwache und kleine Initiativen ausschließen, warnte sie. Im Gegenzug trat sie dafür ein, die Hürde mit 100.000 Unterschriften festzulegen. Auch was den Ausschluß bestimmter Themen betrifft, äußerte sich Gewessler skeptisch: Alle Rechtsakte, über die das Parlament entscheidet, sollen auch für direktdemokratische Instrumente offen sein. Durch juristische Hilfe und Kostenersatz will die Expertin sicherstellen, daß auch Volksinitiativen ohne starken finanziellen Hintergrund erfolgreich sein können.

Gewessler ist allerdings nicht nur der Ausbau der direkten Demokratie ein Anliegen, sie plädierte auch vehement dafür, die organisierte Zivilgesellschaft stärker in die Gesetzgebung einzubinden. Dafür hält sie mehr Transparenz im Gesetzgebungsprozeß für erforderlich. Gesetzesvorhaben sollten von Anfang an kommuniziert und die Grundlagen dafür, etwa vorhandene Studien, veröffentlicht werden. Das Parlament sollte überdies stärker für die Expertise und das Wissen

Innenpolitik



Peter Kostelka,
Österreichischer Seniorenrat



Präsident Gustav Chlestil,
Auslandsösterreichischer-Weltbund

von NGOs geöffnet werden. Für wesentlich erachtet Gewessler außerdem ein Informationsfreiheitsgesetz.

Wirtschaftskammer, ÖGB und Seniorenrat für behutsame Vorgangsweise

Für eine behutsame Vorgangsweise beim Ausbau der direkten Demokratie trat hingegen Claudia Rosenmayr-Klemenz seitens der Wirtschaftskammer ein. Eine zu hohe Dosis an direkter Demokratie könnte zu unerwünschten Effekten führen, warnte sie. Die Letztentscheidung über ein Gesetz müsse im Parlament bleiben. Ansonsten drohe – bei geringer Abstimmungsbeteiligung – die Gefahr, daß eine kleine Bevölkerungsgruppe

überproportionalen Einfluß nehme. Das Wesentliche in der Politik sei der Kompromiß, argumentierte die Wirtschaftskammer-Vertreterin, eine verpflichtende Volksbefragung oder eine verpflichtende Volksabstimmung über ein erfolgreiches Volksbegehren würde dem aber nicht Rechnung tragen.

Auch ÖGB-Vertreter Martin Müller warnte vor überhasteten Schritten. Das System der repräsentativen Demokratie in Österreich habe Schwächen, räumte er ein, das gleiche treffe aber auch auf das Modell der direkten Demokratie in der Schweiz zu. Der ÖGB sei nicht der Ansicht, daß direkte Demokratie jedenfalls und immer besser sei als repräsentative Demokratie.

Müller sprach sich aber klar für eine Weiterentwicklung der Demokratie aus. Das Parlament müsse sich verstärkt mit den Anliegen von BürgerInnen auseinandersetzen. Konkret trat er dafür ein, die Möglichkeit zur elektronischen Unterstützung von Volksbegehren zu schaffen und im Parlament eine verpflichtende Enquete über das Anliegen eines Volksbegehrens abzuhalten. Überdies regte er an, BürgerInnen die Möglichkeit zu geben, schriftliche oder mündliche Anfragen an die Regierung, etwa im Rahmen einer BürgerInnen-Fragestunde im Parlament zu richten.

Einwände gegen das am Tisch liegende Demokratiepaket äußerte auch Peter Kostelka (Österreichischer Seniorenrat), wobei er vor allem die häufige Verwendung unbestimmter Gesetzesbegriffe kritisierte. Zudem gab Kostelka zu bedenken, daß es nur wenige Volksbegehren bis zu einer verpflichtenden Volksbefragung schaffen würden, geht man von der Zahl der Unterschriften bei bisherigen Volksbegehren aus. Positiv wertete Kostelka hingegen die geplante Zentrale Wählerevidenz und die Möglichkeit der elektronischen Einbringung von Petitionen. Generell hielt der Vertreter des Seniorenrates fest, NGOs erfüllten eine wichtige Funktion, sie seien aber nicht repräsentativ für die Gesamtgesellschaft.

AuslandsösterreichInnen fordern E-Voting und eigenes Nationalratsmandat

Gustav Chlestil, Präsident des Auslandsösterreichischer-Weltbunds, plädierte dafür, das Kapital der großen Zahl der AuslandsösterreichInnen stärker zu nutzen. Die Einführung der Briefwahl war für ihn ein wesentlicher Fortschritt, um AuslandsösterreichInnen die Teilnahme an Wahlen zu ermöglichen, es müßten seiner Ansicht nach aber weitere Schritte folgen. Für Chlestil ist



Tina Olteanu, Assistentin am Institut für
Politikwissenschaft der Universität Wien

es etwa unverständlich, warum es immer noch nicht möglich ist, eine Stimme mittels E-Voting abzugeben, schließlich ist seiner Einschätzung nach „sicherheitstechnisch längst alles gelöst“. Mit einer Verabschiedung des Demokratiepakets wären AuslandsösterreichInnen ihm zufolge außerdem endlich berechtigt, auch Volksbegehren zu unterstützen. Ein weiterer Wunsch Chlestils ist ein eigenes Nationalratsmandat für AuslandsösterreichInnen.

BürgerInnenhaushalte als Mittel für mehr Transparenz

Tina Olteanu, Assistentin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien, bedauerte, daß wenn über direkte Demokratie diskutiert wird, vor allem von Abstimmungen die Rede sei. Ihrer Meinung nach sollte man den Fokus stärker auf unkonventionelle Formen der Partizipation richten, auch wenn solche Instrumente oftmals belächelt würden. Auch Flash-Mobs, organisierte Nachbarschaftstreffen und Hashtag-Kampagnen könnten die öffentliche Meinung beeinflussen und damit etwas bewirken, ist sie überzeugt. Die BürgerInnen wollten sich oft nur kurzfristig und themenbezogen an politischen Entscheidungen beteiligen bzw. auf Mißstände aufmerksam machen. Als wichtig erachtet es Olteanu außerdem, sich darüber Gedanken zu machen, daß manche BürgerInnen weder konventionelle noch unkonventionelle Partizipationsmöglichkeiten wahrnehmen.

Olteanu brachte außerdem die Praxis der BürgerInnenhaushalte als direktdemokrati-

Innenpolitik

sches Mittel ins Spiel. Dabei erhalten BürgerInnen die Möglichkeit, auf Kommunebene über Teile der Haushaltsmittel mitzubestimmen. Olteanu riet im Falle einer Einführung, klaren politischen Willen zu BürgerInnenhaushalten zu zeigen, den BürgerInnen mehr zuzutrauen, zu bedenken, daß online-basierte Abstimmungsverfahren alleine keine Dialoginstrumente seien und daß es wichtig sei, die BürgerInnen ernsthaft und sinnvoll einzubinden, anstatt Scheinpartizipation zu betreiben.

Feri Thierry von den NEOS sieht in BürgerInnenhaushalten ein „gutes Mittel für mehr Transparenz“. Man brauche keine Angst vor den BürgerInnen zu haben, wenn es um direkte Demokratie geht, auch wenn es dafür natürlich Mut brauche, betonte er. Drei Phasen seien bei BürgerInnenhaushalten entscheidend: 1. Transparenz und Information, 2. Konsultation, 3. Rechenschaft über letztendlich getroffene Entscheidungen.

Daß die Angst vor unangenehmen Themen oder unerwünschten Ergebnissen kein Argument gegen direkte Demokratie sein könne, betonte Rechtsanwältin Susanne Fürst, die als Expertin von der FPÖ nominiert wurde. Gerade, wenn es um ihr Geld gehe, wollen die Menschen mitentscheiden, ist sie überzeugt: „Und sie haben auch das Recht dazu.“ Die VertreterInnen hätten sich dieser Ideen anzunehmen und sie weiterzuentwickeln. BürgerInnen pauschal zu unterstellen, sie würden nur ihre Interessen verfolgen und sich nicht informieren, sei überheblich und stimme nicht, so Fürst. Unbedingt brauche es unter anderem echte Beteiligung, niedrigere Hürden und Verbindlichkeit.

Image der Politik verbessern

Rege beteiligten sich wieder die BürgerInnen an dieser vierten Sitzung der Enquete-Kommission Demokratiereform. Einige bekräftigten ihre Wünsche und Forderungen aus den bereits vergangenen Sitzungen. Der Pensionist Heinz Emhofer etwa nahm die Sitzung zum Anlaß darzulegen, wie schlecht es seiner Einschätzung nach um das Image der Politik stehe. Letztlich verschweige die Politik Dinge, ohne daß es Konsequenzen gebe, so Emhofer. Das wiederum führe zu Politikverdrossenheit.

Die kaufmännische Angestellte Marlen Ondrejka zeigte sich nicht ganz überzeugt davon, ob mehr Demokratie tatsächlich von allen Parteien gewollt sei. Sie kritisierte unter anderem das System „vor der Wahl so, nach der Wahl so“, auch das führe zu Politikverdrossenheit. Es sei an der Zeit, daß

die Politik Vorschläge aus dem Volk annehme und umsetze, so Ondrejka.

Sich stärker an der Politik zu beteiligten, könne sie sich sehr gut vorstellen, betonte Michelle Missbauer (derzeit in Ausbildung). Mehr direkte Demokratie nach dem Vorbild Schweiz braucht es ihrer Meinung nach auch hierzulande. Denn: „Eigentlich sollte in einer Demokratie doch das Volk das Sagen haben.“ Würde man die Menschen mehr einbeziehen, stiege auch das Interesse an Politik.

Wunsch nach E-Voting bekräftigt

Die Einführung eines E-Votings ist nicht nur Chlestil, sondern auch dem Medizintechniker Harald Petz ein großes Anliegen, das betonte er erneut. An das Plenum gerichtet, meinte er: „Packen wir’s an!“ Ziel müsse es sein, am Ende der Enquete-Kommission zur Stärkung der Demokratie Ergebnisse zu beschließen, auf die alle stolz sein können.

Über die Bevölkerung werde „drübergefahren“, äußerte Helga Schattauer (kaufmännische Angestellte) ihr Gefühl. Sie bezweifle überdies die Sinnhaftigkeit von Befragungen und Umfragen und fragte, ob alles mit rechten Dingen zugehe. Zudem wies sie auf die hohen Kosten von Volksbefragungen hin: „Die verbrauchen wahnsinnig viel Steuergeld, aber was kommt dann?“

Darf das Recht nicht direkt vom Volk ausgehen?

In Österreich gebe es keine BürgerInnen-, sondern eine Parteienverfassung, kritisierte Erwin Leitner, Bundessprecher der Initiative „mehr Demokratie!“. Daher sei es gar nicht möglich, Entscheidungen herbeizuführen oder Volksabstimmungen zu initiieren. „Wir sind in unserem politischen System besachswaltet“, spitzte Leitner zu. Seine Forderung lautet daher: „Auch das Volk soll verbindliche Volksabstimmungen auslösen können.“

Universitätsdozent Paul Luif sieht vor allem in der Unverbindlichkeit von direktdemokratischen Mitteln ein Problem. Volksbegehren hätten sich nicht wirklich bewährt, weil sie zu keiner verpflichtenden Entscheidung führen. Obwohl es in der direkten Demokratie auch das „Bottom-up“-System gibt, das etwa in der Schweiz zur Anwendung kommt, setze man in Österreich bisher lediglich auf „Top-down“.

Mehr Lockerheit, weniger Angst vor Machtverlust

Barbara Ruhmann, die in der Öffentlichkeitsarbeit tätig ist, nutzte ihre Redezeit un-

ter anderem, um einen Vorschlag der IG Demokratie einzubringen: Bei der Parteienfinanzierung wäre es angebracht, Förderungen aliquot nach Wahlbeteiligung auszuzahlen, schlug Ruhmann vor. Jener Teil, der durch die Menge der Nichtwähler nicht ausbezahlt würde, könnte an Projekte zur Stärkung der direkten Demokratie gehen. Es sei nun an der Zeit, das System zu öffnen und BürgerInnenbeteiligung zuzulassen, so Ruhmanns Eindruck. An die PolitikerInnen appellierte sie, mehr Mut zur Lockerheit zu zeigen und weniger Angst vor Machtverlust zu haben. Noch allerdings zeigte sie sich nicht besonders vom aktuellen Dialogprozeß überzeugt.

Grüne fordern konkrete Ergebnisse

Diesen Dialogprozeß zu gestalten, darum gehe es jetzt, antwortete ihr Daniela Musiol (Grüne). Das brauche Zeit. Allerdings müsse man nun tatsächlich Nägel mit Köpfen machen. Spätestens nach der nächsten Sitzung im April müsse man konkret werden beziehungsweise in konkrete Verhandlungen zwischen den Parteien eintreten, um zu guten Ergebnissen zu kommen.

Angst vor den BürgerInnen sehe er keine, betonte Josef Cap (SPÖ). Angst bestehe vielmehr vor dem Einschlafen von Bürgerbeteiligungsprozessen. Am besten packe man alles Gesagte in ein „praktisch zu handhabendes Modell“. Angesichts der vielen Überlegungen zur direkten Demokratie und damit einhergehender Kritik an bestehenden Entscheidungsprozessen wies er aber auch auf die Legitimation des Parlaments hin. Ja, es brauche Lösungen, aber keine Umgehung des Parlaments, so Cap.

Die nächste Sitzung der Enquete-Kommission findet am 15. April statt und wird sich vor allem mit der Rolle der Medien beschäftigen. ■

Die Anhörungen der Enquete-Kommission sind öffentlich und werden via Live-Stream auf <http://www.parlament.gv.at> übertragen. Über den Twitter-Hashtag #EKDemokratie können BürgerInnen ihre Ideen direkt in die Diskussion einbringen.

Auch Stellungnahmen per E-Mail zu den einzelnen Diskussionsblöcken sind möglich, senden Sie diese bitte mit dem jeweiligen Betreff an: <mailto:demokratie@parlament.gv.at> Weitere Informationen dazu finden Sie auf <http://www.parlament.gv.at>

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Die ersten drei Beiträge zu diesem Thema lesen Sie in den Ausgaben 138, 139 und 140 <http://www.oesterreichjournal.at>

»Würde am Ende des Lebens«

Parlamentarische Enquete-Kommission Enquetekommission fordert Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung – Gertrude Aubauer, Johannes Jarolim und Dagmar Belakowitsch-Jenewein präsentierten Bericht mit 51 Empfehlungen.

Von einer großen Willenskundgebung des Parlaments und einem guten Tag für den Parlamentarismus sprach ÖVP-Abgeordnete Gertrude Aubauer am 3. März bei der Präsentation des Berichts der Enquetekommission zum Thema „Würde am Ende des Lebens“ im Parlament. Das einstimmige Votum der Abgeordneten sei ein Auftrag, die Empfehlungen nun rasch umzusetzen, meinte die Obfrau der Enquetekommission übereinstimmend mit ihren beiden Stellvertretern Johannes Jarolim (SPÖ) und Dagmar Belakowitsch-Jenewein (FPÖ). Die Arbeit der Enquetekommission sei auch eine Premiere in Sachen Bürgerbeteiligung gewesen, unterstrich Aubauer und erinnerte daran, daß rund 700 BürgerInnen Anliegen an das Parlament herangetragen haben. Das Papier zielt vor allem darauf ab, die Hospiz- und Palliativmedizin auszubauen und zudem den Zugang zu Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht einfacher und kostengünstiger zu gestalten.

Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung: Jeweils 18 Mio. € in den ersten beiden Jahren des Stufenplans

Hospiz- und Palliativversorgung soll für jeden erreichbar und leistbar sein, unabhängig vom sozialen Status und der Region, lautet der Grundsatz des Berichts. Konkret fordert die Enquetekommission einen Stufenplan für den Ausbau der Hospiz- und Palliativmedizin und geht dabei für die erste Etappe von einem Finanzbedarf von jeweils rund 18 Mio. € in den Jahren 2016 und 2017 zusätzlich zum Status Quo aus. Die mobile Hospiz- und Palliativversorgung soll einerseits von den Krankenanstalten und andererseits aus den Mitteln der Pflegefinanzierung finanziert werden, für die Finanzierung der stationären Hospizversorgung ist hingegen an einen zweckgewidmeten Sondertopf im Pflegefonds gedacht. Die stationäre Palliativversorgung in Krankenanstalten wiederum soll, geht es nach den Empfehlungen der Enquetekommission, im bestehenden System der Leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung ausfinanziert werden. Zur Unterstützung und Begleitung der Umsetzung des Stufenplans soll ein österreichweiter, unab-



Foto: Parlamentsdirektion / Bildagentur Zolles KG / Mike Ranz

Die Nationalratsabgeordneten Johannes Jarolim (SPÖ), die Vorsitzende der Kommission Gertrude Aubauer (ÖVP) und Dagmar Belakowitsch-Jenewein (FPÖ)

hängiger Hospiz- und Palliativkoordinator eingesetzt werden, der einmal jährlich dem Parlament Bericht erstattet. Großen Wert legt die Kommission auch auf eine spezifische palliativmedizinische Ausbildung der Ärzte und auf eine gute Zusammenarbeit zwischen den Krankenanstalten und den Hausärzten.

Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht sollen attraktiver und leichter zugänglich werden

Das Papier reagiert auch auf den Umstand, daß nur 4 Prozent der Bevölkerung eine Patientenverfügung abgeschlossen haben, mit der für die Zukunft bestimmte medizinische Behandlungen abgelehnt werden können. Die Empfehlungen der Enquetekommission laufen zunächst auf bessere Information hinaus, wobei es überdies darum geht, die Patientenverfügung leichter zugänglich und kostengünstiger zu machen. Letzteres soll vor allem durch Einbindung der Patientenanwaltschaften ermöglicht werden, im Raum steht aber auch der Vorschlag einer Finanzierung im Wege der Sozialversicherung. Die Patientenverfügung soll jedenfalls auf der E-Card ersichtlich sein. Vereinfachen und attraktivieren wollen die Abgeordneten auch die Vorsorgevollmacht, mit der bestimmt wird, wer Entscheidungen

treffen darf, wenn man selbst dazu nicht mehr in der Lage ist. Sämtliche Überlegungen im Zusammenhang mit Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht sind dabei von dem Grundsatz getragen, der Selbstbestimmung zum Durchbruch zu verhelfen. ■

In der Ausgabe 137 unseres „Österreich Journal“ pdf-Magazins vom 1. Dezember 2014 haben wir über die erste öffentliche Sitzung der parlamentarischen Enquete-Kommission zum Thema „Würde am Ende des Lebens“ berichtet, in der auf die komplexe inhaltliche Dimension dieser Fragestellung eingegangen wurde.

Unter dem Titel „Hospiz- und Palliativversorgung: ExpertInnen für Rechtsanspruch“ finden Sie die Fortsetzung zu diesem überaus interessanten Thema, das wir aus Platzgründen nicht hier aufnehmen konnten, in unserem online-Angebot unter der Adresse

<http://www.oe-journal.at/Aktuelles/!2014/1214/W3/41712pkHospiz.htm>

Unter dem Titel „Patientenverfügung auf dem Prüfstand der Enquete-Kommission“ finden Sie eine Zusammenfassung der letzten Runde der öffentlichen Anhörung im Parlament in unserem online-Angebot unter der Adresse

<http://www.oe-journal.at/Aktuelles/!2015/0115/W3/12601pkAnhoerung.htm>

Infrastrukturprojekt GrenzBahn

Expertenteam empfiehlt Realisierung – Studie belegt wirtschaftlichen Betrieb und empfiehlt den Ausbau der Eisenbahnstrecken Friedberg – Oberwart – Szombathely und Sopron – Ebenfurth

Der Ausbau bzw. streckenweise Neubau und die Modernisierung der Bahnstrecken Friedberg – Oberwart - Szombathely und der Bahnstrecke Sopron – Wulkaprodersdorf sind ein gutes Stück nähergerückt, gaben Landeshauptmann Hans Niessl und der ungarische Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten Magyar Levente gemeinsam mit österreichischen und ungarischen Experten am 17. März bei einem Pressegespräch in Sopron bekannt. Ein österreichisch-ungarisches Expertenteam hat im Rahmen des grenzüberschreitenden ETZ-Projektes „GrenzBahn“ eine Kosten-/Nutzenanalyse vorgenommen und die Bestandssanierung bzw. den teilweisen Neubau der Strecken empfohlen. Die Gesamtprojektkosten für die Bestandssanierung Friedberg – Oberwart – Szombathely werden mit 119 Mio. Euro beziffert. Die Fahrzeit von Friedberg bis Szombathely soll weniger als eine Stunde betragen, womit die notwendige Wirtschaftlichkeit gegeben ist. Eine Anbindung Richtung Wiener Neustadt und Wien via Aspangbahn ist gegeben. Die Einreichplanung soll sofort starten, Baubeginn könnte 2019, Inbetriebnahme 2023 sein. Die Kosten der Kapazitätsausweitung durch den Ausbau der Bahnstrecke Sopron – Ebenfurth werden in der Studie mit 43 Millionen Euro angegeben.

Projekt wertet den Wirtschaftsstandorts Burgenland auf

„Der Ausbau der Eisenbahninfrastruktur wertet den Wirtschaftsstandort Burgenland auf. Wir brauchen noch bessere grenzüberschreitende Verkehrsverbindungen, um den Wirtschaftsstandort Burgenland noch attraktiver zu machen. Das Projekt ist auch in den Juncker-Plan aufgenommen worden, damit besteht die große Chance auf eine EU-Finanzierung. Die Bewertung der volkswirtschaftlichen Effekte durch das IHS hat gezeigt, daß für die Region Burgenland-Westungarn langfristige positive Effekte durch den Bau und den Betrieb dieser Eisenbahnstrecke zu erwarten sind, beispielsweise durch die Ansiedlung von Betrieben, durch zusätzliche Arbeitsplätze und eine steigende Siedlungsentwicklung. Das kann auch eine positive Entscheidungsgrundlage für eine Fi-



v.l.: Csaba Székely (Leiter Raaberbahn Zweigniederlassung Wien), Csaba Ungvári (Raaber Bahn), Landeshauptmann Hans Niessl und Tamás Fodor (Bürgermeister von Sopron)



v.l.: Der ungarische Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten Magyar Levente, Landeshauptmann Hans Niessl und der Bürgermeister von Sopron, Tamás Fodor, begrüßen die Pläne zur Realisierung des Projekts GrenzBahn.

nanzierung des Projektes durch die Europäische Investitionsbank darstellen. Auch für den Ausbau der Strecke Sopron – Ebenfurth wollen wir EU-Fördertöpfe nutzen. Die ÖBB und das Infrastrukturministerium tragen das Projekt mit und das Land Burgenland wird auch einen Beitrag zur Kofinanzierung leisten“, so Niessl, der davon überzeugt ist, daß „die Realisierung der Grenz-

Bahn eine wichtige Investition in die Zukunft ist.“ Niessl betont auch den positiven Effekt für den Schutz der Umwelt, bedingt durch eine verstärkte Verlagerung des Gütertransports auf die Schiene. Initiiert wurde das Projekt GrenzBahn bei einem Treffen zwischen Landeshauptmann Hans Niessl und dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán vor zwei Jahren.



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Verkehrslandesrat Helmut Bieler und Verkehrskoordinator des Burgenlandes, Peter Zinggl, stellten Studie zum Projekt »GrenzBahn« vor

Bestandssanierung und Neubau der Bahnstrecke (Friedberg-) Oberwart – Szombathely

„Um den Ausbau einer Regionalbahn wirtschaftlich und fachlich begründen zu können, muß man sowohl den Personen- als auch den Güterverkehr genau ansehen, und zwar was den Bestand betrifft, aber auch dahingehend, was in der Zukunft machbar ist“, sagt Harald Frey vom Institut für Verkehrswissenschaften an der TUI Wien. „Verkehrsachsen tragen wesentlich zur Stabilisierung einer Region bei und wirken auf internationaler, nationaler und regionaler Ebene.“

Für die Bahnverbindung Friedberg – Oberwart – Szombathely wurde aus mehreren Varianten eine Trassenführung ausgewählt und näher untersucht, die auf burgenländischer Seite weitgehend der Bestandsstrecke folgt und über eine neu zu errichtende Grenzübertrittsstelle bei Schachendorf in den ungarischen Streckenteil mündet. Diese Neubaustrecke bindet von Norden kommend in die Bestandsstrecke der Raaberbahn am Bahnhof Szombathely ein.

Der große Vorteil dieser Variante ist, daß eine Fahrzeit zwischen den beiden Endstellen Friedberg und Szombathely von weniger als einer Stunde der Ausarbeitung des Betriebskonzeptes zugrunde gelegt werden konnte. Dadurch kann eine Durchbindung von Zügen in Richtung Wiener Neustadt und Wien durch eine Zugkoppelung mit den bestehenden Zügen der Aspangbahn („Flügelkonzept“) vorgesehen werden. Weiters hat das Fahrplankonzept gezeigt, daß die knottengerecht zur vollen Stunde in Szombathely abfahrenden Züge erreicht werden können

und dadurch eine Durchbindung von Zügen in Richtung Eisenstadt und Wien über Szombathely möglich ist.

Die Prognosekosten dieser Auswahlvariante betragen im österreichischen Streckenabschnitt ca. 89 Millionen Euro und im ungarischen Teil 30 Millionen Euro. Die Gesamtsumme beträgt somit 119 Millionen Euro. Die Kosten-Nutzen-Analyse zeigt, daß eine Kostendeckung des laufenden Betriebs im Bereich des Machbaren liegt und die jährlichen Erlöse die zu erwartenden Kosten um ca. 200.000 Euro überschreiten.

Kapazitätsausweitung durch Ausbau der Bahnstrecke Sopron – Ebenfurth

„Die Zielsetzung für die Betrachtung der Bahnstrecke Sopron – Ebenfurth war es, festzustellen, inwieweit die bestehende Eisenbahninfrastruktur ausgebaut werden muß, um einerseits eine Kapazitätsausweitung des Güterverkehrs zwischen Sopron bzw. Eisenstadt und Wien im Güterverkehr zu ermöglichen und um andererseits eine dauerhafte Fahrplanstabilität im Personenverkehr sicherzustellen. Dabei wurden folgende Varianten untersucht und verglichen“, so der burgenländische Verkehrskoordinator Peter Zinggl.

Die Varianten

Als Ergebnis dieser Variantenuntersuchung wurde ein selektiv zweigleisiger Ausbau ohne Schleife Eisenstadt mit folgenden Maßnahmen empfohlen:

- Errichtung einer Schleife in Ebenfurth (kürzeste Variante),
- Errichtung der Schleife Eisenstadt/Wulkaprodersdorf,

- zweigleisiger Ausbau zwischen der Schleife Eisenstadt/Wulkaprodersdorf und dem Bahnhof Neufeld/Leitha und
- geänderte Streckenführung zwischen dem Bahnhof Sopron und der Grenzübertrittsstelle bei Schattendorf.

Die Prognosekosten dieser Auswahlvariante betragen im österreichischen Streckenabschnitt ca. 33 Millionen Euro und im ungarischen Teil 10 Millionen Euro. Die Gesamtsumme beträgt somit 43 Millionen Euro. Im Vergleich dazu hätte ein vollständiger zweigleisiger Ausbau der Strecke Investitionskosten von ca. 81 Millionen Euro für den österreichischen Streckenteil verursacht. Auf der Strecke Sopron – Ebenfurth gäbe es ein Potential, die Fahrgastzahlen um 40 Prozent zu steigern, so Frey.

Chance auf Finanzierung durch die Europäische Investitionsbank

Das Projekt sei auch in den Juncker-Plan aufgenommen worden, damit bestehe die große Chance auf eine EU-Finanzierung, zeigte sich Verkehrslandesrat Helmut Bieler überzeugt: „Die Bewertung der volkswirtschaftlichen Effekte durch das IHS hat gezeigt, daß für die Region Burgenland-Westungarn langfristige positive Effekte durch den Bau und den Betrieb dieser Eisenbahnstrecke zu erwarten sind, beispielsweise durch die Ansiedlung von Betrieben, durch zusätzliche Arbeitsplätze und eine steigende Siedlungsentwicklung. Das kann auch eine positive Entscheidungsgrundlage für eine Finanzierung des Projektes durch die Europäische Investitionsbank darstellen“. Ein weiteres wichtiges Argument sei, so Verkehrskoordinator Peter Zinggl, die Anbindung an den SETA-Korridor. „Hier werden europäische Interessen berührt. Wir zeigen auf, wo wir die Region an diesen internationalen Korridor anschließen können. Das ist eine große Chance, Potentiale einer ganzen Region, im Burgenland und in Ungarn, zu heben.“

Jetzt gilt es, die Partner – Steiermark, Bund, Ungarn – zu überzeugen. Bieler ist optimistisch: „Die Chance auf die Realisierung dieser Verbindung war nie größer als jetzt. Es gibt bereits positive Signale aus Ungarn, und wir nehmen auch sofort Gespräche mit der Steiermark und dem Bund auf. Wir wollen keine Zeit verlieren und beginnen sofort mit der Einreichplanung. Wenn die Partner mitziehen, kann 2019 mit dem Bau begonnen werden, die Inbetriebnahme ist 2023 möglich. Das ist ein realistischer Zeitplan.“ ■

Landesfinanzen auf stabilem Fundament

Neuverschuldung halbiert – Vorläufige Ergebnis des Rechnungsabschlusses 2014 zeigt größeren Einsparungseffekt als vorgesehen: 3 Mio. Euro weniger Schulden

Der Rechnungsabschluss 2014 des Landes Burgenland hat ein sehr erfreuliches Ergebnis gebracht“, zog Finanzlandesrat Helmut Bieler am 9. März in Eisenstadt Bilanz. „Wir haben durch gutes Wirtschaften in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld um 3 Millionen Euro weniger Schulden gemacht als ursprünglich geplant. Das, obwohl wir 69 Millionen Euro zusätzlich zu den geplanten Ausgaben in die Wirtschaft investiert und so den Arbeitsmarkt gestärkt haben. Die geplante Neuverschuldung wurde von 6 auf 3 Millionen Euro reduziert. Das heißt, der Gesamtschuldenstand des Landes beträgt 278 Millionen Euro, statt, wie ursprünglich geplant, 281 Millionen Euro.“

Neuverschuldung trotz Wirtschaftskrise laufend gesenkt, Überschuß nach Maastricht

Seit 2010 habe das Burgenland seinen Haushalt sozial verträglich konsolidiert, betont Bieler. „Wir haben die Neuverschuldung halbiert, im nächsten Jahr werden wir überhaupt keine neuen Schulden mehr machen.“ Gelungen sei dies durch Kreditsperren, an die sich die einzelnen Ressorts auch gehalten hätten, sowie durch viele kleine und größere Schritte in der Verwaltungsreform und ein umsichtiges Personalmanagement der Landesspitze. „Wir setzen seit Jahren die oft beschworene Verwaltungsreform um. Unser Weg kann sich sehen lassen. Nach Maastricht haben wir im Vorjahr 89,77 Millionen Euro Überschuß erwirtschaftet, nimmt man die ausgelagerten Bereiche mit hinein, beträgt der Maastricht-Überschuß noch immer 46,32 Millionen Euro“, so der Finanzlandesrat. Der Ländervergleich zeigt, daß das Burgenland den höchsten Maastricht-Überschuß erwirtschaften wird. Nur zwei weitere Bundesländer erwirtschaften ebenfalls einen solchen.

Dennoch sei im Jahr 2014 ein Nachtragsbudget notwendig gewesen: „Trotz zusätzlicher Investitionen haben wir weniger Schulden gemacht als geplant. Wir konnten das zusätzlich machen. Der Nachtragsvorschlag hat das Ergebnis nicht beeinflusst“, rechnet Bieler vor.



Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: WHR Engelbert Rauchbauer (Abteilungsvorstand der Abteilung Finanzen und Buchhaltung am Amt der Bgld. Landesregierung), Hauptreferatsleiterin Monika Stiglitz (Hauptreferat Finanzverwaltung und Haushaltswesen, Finanzlandesrat Helmut Bieler und Referatsleiterin OARin Ursula Feracsak (Referat Finanzverwaltung und Krankenanstalten)

Standard & Poor's bestätigt Finanzkraft

Die Zahlen würden zeigen, so Bieler, daß das Burgenland sehr gut wirtschaftete und über stabile Finanzen verfüge. „Wir scheuen uns nicht davor, uns jedes Jahr von der internationalen Rating-Agentur Standard & Poor's genau überprüfen lassen.“ Am 14. November 2014 wurde durch die Ratingagentur das Top-Rating AA/A1+/stabil bestätigt. Die Analysten von Standard & Poor's zeichneten das Burgenland wieder kurzfristig mit der bestmöglichen Bewertung A1+ aus – langfristig mit AA. Der Ratingausblick ist stabil. „Die Investitionsquote konnte weiter gesteigert werden und liegt nun bei 20 Prozent – im Österreichvergleich im Spitzenfeld. Jeder 5. Euro des Budgets wird für nachhaltige Maßnahmen investiert. Gleichzeitig sinkt die Schuldenquote – im Gegensatz zum Bund. Ab 2015 wird es im Burgenland keine Neuverschuldung mehr geben. Ein Jahr früher als vom Bund eingefordert“, ergänzt Bieler. Trotz einer halben Milliarde Folgekosten aus dem Bank Burgenland-Erbe und 450 Millionen Euro Kosten für die Ko-

Finanzierung von EU-Förderungen hat das Burgenland seine Schulden von 2001 bis 2013 von mehr als 355 auf 275 Millionen Euro reduziert.

Im Vergleich dazu sei der Bund mit Staatsverschuldung von mehr als 80 Prozent des BIP „Schuldenmeister“, so Bieler. „Die Verschuldung des Burgenlandes im Kernhaushalt liegt nach Bruttoregionalprodukt bei weniger als 4 Prozent! Inclusive öffentlicher Einheiten laut ESVG sind es nur rund 13 Prozent!“

Burgenland ist Wachstumssieger

Das Burgenland war zwei Mal in Folge, 2012 und 2013, Wirtschaftswachstumssieger im Österreichvergleich, 2014 landete auf Platz Zwei hinter Vorarlberg.

„Zwei Drittel aller Ausgaben 2015 entfallen auf die Bereiche Bildung, Gesundheit, Soziales und Wohnbauförderung und kommen somit direkt den Menschen im Lande zugute. Als Beispiel: Alleine 250 Millionen werden in die Bildung der Burgenländerinnen und Burgenländer investiert“, betont Bieler. ■

Infrastrukturoffensive im Bezirk Mattersburg

Niessl: »Die Menschen im Bezirk Mattersburg profitieren vom größten Infrastruktur-Kraftpaket in der Geschichte des Landes.«

Von der Infrastrukturoffensive des Landes Burgenland profitiert auch der Bezirk Mattersburg deutlich. Vor allem die Modernisierung des Bahnhofs Mattersburg und die Schaffung einer neuen Park & Ride-Anlage werden die Rahmenbedingungen für die PendlerInnen der Region deutlich verbessern. Landeshauptmann Hans Niessl, Klubobmann Christian Illedits und Mattersburgs Bürgermeisterin LAbg. Ingrid Salamon informierten am 20. März über Details der Infrastruktur-Offensive im Bezirk. Neben den bereits erwähnten Projekten in der Bezirkshauptstadt steht auch die Modernisierung des Bahnhofs Baumgarten auf der Aufgabenliste. Darüber hinaus wurde auch ein Investitionsprogramm zur Attraktivierung der Raaberbahn geschnürt. So wird künftig am Bahnhof Baumgarten ein Halt in beide Fahrtrichtungen möglich sein.

„Wir haben heuer das größte Infrastruktur-Kraftpaket in der Geschichte des Landes mit 193 Millionen Euro auf die Beine gestellt. Davon fließen in den Öffentlichen Verkehr rund 60 Millionen Euro, zum Teil in den Ausbau von Bahnhöfen wie nun auch in Mattersburg. Aber auch Land und die Stadtgemeinden fördern diesen Ausbau der Infrastruktur“, so Niessl. Auch zur Modernisierung der Raaberbahn habe man ein Investitionspaket geschnürt. Niessl: „Künftig wird ein Halt in beide Fahrtrichtungen möglich sein. Ab 2016 wird das Projekt umgesetzt.“

Modernisierung Bahnhof Mattersburg, Ausbau der Park&Ride Anlage

Am Bahnhof Mattersburg wird ein barrierefreier Mittelbahnsteig mit Überdachung sowie ein Personentunnel mit drei Liften zum Mittelbahnsteig und ein Behinderten-WC errichtet. Außerdem werden Maßnahmen zur Vorbereitung für die Elektrifizierung der Strecke getroffen.

Die Kosten der Modernisierungsmaßnahmen in Mattersburg betragen rund 15 Millionen Euro. Darin enthalten sind auch die Kosten zur Renovierung des Viadukts und der Gleisbauarbeiten. Die Kosten werden zu einem guten Teil von den ÖBB getragen,



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Bürgermeisterin LAbg. Ingrid Salamon, Landeshauptmann Hans Niessl und Klubobmann Christian Illedits und bei der Präsentation der geplanten Baumaßnahmen

Land und Stadtgemeinde tragen je 755.000 Euro dazu bei.

Die Kosten für die Modernisierung des Bahnhofs Mattersburg und den Ausbau der Park&Ride Anlage betragen 10,4 Millionen Euro, davon 710.000 für die Park & Ride Anlage. Investitionen, die sich rechnen und wichtig seien, so Niessl, denn: „Der Bahnhof Mattersburg stellt nicht nur für die Mattersburgerinnen und Mattersburger eine wichtige Verkehrsanbindung an Wiener Neustadt und Wien dar, sondern auch für die Bewohner des gesamten Bezirkes.“ Niessl weiter: „Durch die Attraktivierung des Bahnhofs Mattersburg werden weitere Anreize zum Umstieg auf die Bahn gesetzt. Der neue Bahnhof wird modern, bequem und sicher. Und er macht damit das Bahnfahren so attraktiv wie nie zuvor.“ Mit dem Ausbau der Park&Ride-Anlage Mattersburg wird nun ein zweites dringliches Anliegen der PendlerInnen gelöst. Bei der Bürgerbefragung, die im Vorfeld der Arbeiten zur Gesamtverkehrsstrategie durchgeführt wurde, wurden der Ausbau des Bahnhofs Mattersburg sowie der Park & Ride Anlage als dringlichste Anliegen genannt.

„Mattersburg ist nicht nur eine Schulstadt, sondern auch das Wirtschaftszentrum der Region mit mehr als 400 Betrieben und über 3700 Arbeitsplätzen. Allein in der Innenstadt sind 120 Betriebe angesiedelt.“ Darüber hinaus zähle das Forschungs- und

Entwicklungszentrum zu den größten Schulungshäusern des Landes“, begrüßt Mattersburgs Bürgermeisterin LAbg. Ingrid Salamon die Investitionen.

„Wir kümmern uns um die Anliegen der Bevölkerung auch dann, wenn es nicht paßt. Für das Problem überfüllter ÖBB-Morgenzüge auf der Strecke Mattersburg – Wiener Neustadt gab es rasch eine Lösung: betreffenden Züge sind nun mit doppelten Garnituren unterwegs“, sagt Klubobmann Christian Illedits, das zeige, „daß die Österreicherischen Bundesbahnen auch auf regionale Probleme rasch und flexibel reagieren“, betont Klubobmann Christian Illedits.

Bezirk Mattersburg wirtschaftlich gut aufgestellt

„Die wirtschaftlich gute Position unseres Bezirkes zeigt sich auch bei den Pendlerströmen“, so Illedits. Demnach hätten 40 Prozent der ArbeitnehmerInnen aus dem Bezirk ihren Arbeitsort auch im Bezirk Mattersburg, „rund ein Drittel pendelt in den Bezirk Eisenstadt oder Wiener Neustadt, nur 16 Prozent nach Wien. Das heißt: Im Bezirk ist der wohnortnahe Arbeitsplatz für die Mehrheit der Bevölkerung Realität!“ Die Pendlerströme zeigen auch, daß der Bezirk im Infrastrukturbereich gut aufgestellt sei. So gebe es mittlerweile beispielsweise sieben P&R-Anlagen im Bezirk mit fast 500 Abstellplätzen. ■

»171 Ideen«

Rezar: Wettbewerb soll neue und innovative Beschäftigungsideen für mehr Jobs in den Gemeinden fördern – Ideenwettbewerb startet

Ende Feber hat Soziallandesrat Peter Rezar gemeinsam mit dem ÖIR-Projekthaus in Zusammenarbeit mit der PROSPECT Unternehmensberatung die Ergebnisse einer raumstrukturellen Analyse des Burgenlandes vorgestellt. Diese Studie wird nun als Grundlage dafür herangezogen, einen Ideenwettbewerb „171 Ideen“ im Rahmen der Initiative „Jobs im Dorf“ zu starten. „Der Ideenwettbewerb soll neue und innovative Beschäftigungsideen fördern. Wir laden alle Gemeinden des Burgenlands ein, konkrete Vorschläge für Projekte zur Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen einzureichen“, sagte Soziallandesrat Peter am 18. März in Eisenstadt. Das Projekt richtet sich an alle 171 Gemeinden. Diese können Ideen bis 29. April einreichen, Detail-Informationen dazu erhalten alle burgenländischen Ortschefs auf dem Postweg. Alle eingereichten Ideen können im Rahmen einer Abschlußveranstaltung von den einreichenden Gemeinden Mitte Mai öffentlich präsentiert werden. „Die fünf besten Projekte werden prämiert und in Folge bis zur Umsetzung von uns begleitet. Wir stehen natürlich schon während der Einreichphase beratend zur Seite“, so Cornelia Krajasits vom ÖIR-Projekthaus.

„Ich bin überzeugt, daß es in den meisten burgenländischen Gemeinden sehr gute Ideen für Projekte gibt, die auf lokaler Ebene Beschäftigung schaffen können. Manche dieser Vorschläge liegen vielleicht schon seit Jahren in Schubladen, weil der entscheidende Anstoß für die Umsetzung fehlt“, so Rezar. Wenn damit nachhaltige Beschäftigung geschaffen werden könne, dann sollen diese Ideen auch realisiert werden. Wichtig ist, daß bei der Entwicklung einer Idee die jeweilige Gemeinde mit im Boot ist. „Ist das der Fall, dann sind sie auch in das Gemeindeleben integriert, sie haben entsprechende Unterstützung und damit auch eine bessere Chance auf nachhaltigen Erfolg. Wir werden gemeinsam mit den Gemeinden Arbeit für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger schaffen. Kreativität ist unsere Antwort auf die globale Krise“, erklärt der Soziallandesrat.

„Die Projekte sollen sich sehr stark am Bedarf der Gemeinden sowie der Region und natürlich auch der Betroffenen orientieren. Kriterien sind Innovationsgehalt, Beschäftigungseffekt und Nachhaltigkeit sowie Markt-



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Startschuß für Ideenwettbewerb: Landesrat Peter Rezar mit Cornelia Krajasits vom ÖIR-Projekthaus

potential und Kundennutzen“, erklärt Krajasits. Vorstellbar seien Ideen in vielen Bereichen, zum Beispiel Soziales und Betreuung, Umwelt und Recycling, private Dienstleistungen oder Sport und Freizeit. „Es muß nicht eine Gemeinde alleine sein, die eine Idee einbringt. Auch Kooperationen zwischen mehreren Gemeinden oder einer Gemeinde mit einem Verein sind können bei der Entwicklung von Projekten ihrer Kreativität freien Lauf lassen“, so Krajasits.

Neues Förderprogramm für ältere Arbeitskräfte in den Gemeinden seit März

Bereits Anfang März wurde, ein Förderprogramm – ebenfalls im Rahmen der Initiative „Jobs im Dorf“ – für die zusätzliche, längerfristige Beschäftigung älterer Arbeitskräfte in den Gemeinden gestartet. „Wir fördern hier bewußt in jenen Bereichen, die das AMS – offenbar aus budgetären Gründen – nicht finanziert. Das heißt die längerfristige Beschäftigung von älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern durch die Gemeinden, unabhängig davon, ob sie in die Richtlinien des AMS passen oder nicht“, erläutert

Rezar. Der bisherige Erfolg belege, daß man mit dem Förderprogramm richtig liege. „Die zahlreichen Rückmeldungen der Gemeinden belegen die Richtigkeit unseres Ansatzes. Wir erwarten uns von dieser Maßnahme zumindest 200 zusätzliche Arbeitsplätze allein in den nächsten zwei Monaten“, zeigt sich Rezar optimistisch.

Es sei für ihn eine der wichtigsten Herausforderungen, Beschäftigung für jene Personengruppen schaffen, denen die Wirtschaft keine Chance gibt, so Rezar weiter. „Gerade weil die Arbeitsmarktzahlen belegen, daß das Burgenland hier deutlich besser agiert als der Rest Österreichs haben wir die Chance, aber auch die Verantwortung, uns auf diese Bevölkerungsgruppen zu konzentrieren.“

Im wesentlichen gehe es darum, „Beschäftigung für jene Personengruppen zu schaffen, denen die Wirtschaft keine Chance gibt. Hinzu kommt, daß eines der zentralen Merkmale des burgenländischen Arbeitsmarktes generell die zu geringe Zahl an Beschäftigungsmöglichkeiten für die lokale, arbeitsfähige Bevölkerung ist“, erläuterte das Regierungsmitglied. ■

Frauenbericht 2014

Daten & Fakten als Fundament für effiziente Frauenförderung – Dunst: »Wichtige Basisarbeit, um Maßnahmen und Projekte gezielt auf die Bedürfnisse der Frauen zuschneiden zu können.«



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Haben den burgenländischen Frauenbericht 2014 vorgestellt (v.l.): Judith Mantel, Prof. (FH) Roland Fürst (DSA, Departmentleitung, Studiengangsleitung), Sabrina Luimpöck, Marion Rabelhofer, Karina Ringhofer (Leiterin des Referats Frauenangelegenheiten am Amt der Burgenländischen Landesregierung), Christian Pfeiffer und Landesrätin Verena Dunst

Frauenlandesrätin Verena Dunst hat am 11. März den Burgenländischen Frauenbericht 2014 präsentiert. Ein fünfköpfiges Team aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Forschung Burgenland und dem Department Soziales der Fachhochschule Burgenland hat von Juli 2014 bis Ende Jänner an dessen Umsetzung gearbeitet. Dieser Bericht zeigt die Situation der Frauen sowie geschlechtsspezifische Unterschiede im Burgenland auf. Der Frauenbericht sei notwendig und eine wichtige Basisarbeit für effiziente und zielgerichtete Frauenpolitik, erklärt Dunst: „Das erhobene Zahlenwerk ermöglicht uns Maßnahmen, die gesetzt wurden, zu evaluieren. Welche Maßnahmen greifen und sollten fortgesetzt werden, wo stehen die Frauen im Burgenland? Das zu wissen ist auch deshalb wichtig, weil die neue EU-Förderperiode vor der Tür steht. 2,7 Millionen Euro stehen für innovative Frauenprojekte bereit.“ Neben aktuellen Zahlen, Daten und Fakten soll der Frauenbericht aber vor allem auch Ursachen näher beleuchten, Interpretationen für gegenwärtige Zustände liefern und langfristige Trends hinterfragen. Erstellt wurde der Bericht im Auftrag von Landesrätin Dunst von der Forschung Bur-

genland in Kooperation mit der FH Burgenland Department Soziales und über ESF-Mittel sowie über Mittel des Landes finanziert.

Damit eine Vergleichbarkeit mit den Berichten aus den Vorjahren gewährleistet ist, orientiert sich der Frauenbericht 2014 im wesentlichen an der inhaltlichen Konzeption des letzten Frauenberichts aus 2011. „Wir haben in unseren Untersuchungen den Fokus auf die Themenbereiche Bevölkerung, Bildung, Erwerbsarbeit, Kinderbetreuung, Einkommen, Gesundheit, Kunst & Kultur und Politik gelegt“, sagte Marion Rabelhofer, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Projekts.

Der Frauenbericht 2014 zeigt eine durchaus positive Entwicklung in der burgenländischen Frauenförderung.

Mehr Maturantinnen, mehr Arbeitstätigkeit

Bei den Ergebnissen seien das Ineinandergreifen der einzelnen Lebensbereiche und ihre Abhängigkeiten zueinander gut erkennbar, betont Dunst: Generell zeigt sich der anhaltende Trend, daß mehr Frauen als Männer maturieren und ein Studium abschließen. Frauen sind die Gewinnerinnen der Bildungs-

offensive. 58 Prozent der Maturaabschlüsse und 61 Prozent der Uniabschlüsse leisten Frauen. Das höhere Bildungsniveau beeinflusst in Folge auch deren Beschäftigungsquote, die seit 2005 kontinuierlich gestiegen ist. „Die weibliche Erwerbsbeteiligung – vor allem in der Gruppe der 35- bis 44jährigen – ist gestiegen. „Dem kommt das burgenländische Kinderbetreuungsangebot entgegen – 60 Prozent nutzen ganztägige Betreuungsangebote“, faßte Rabelhofer zentrale Studienergebnisse zusammen. Vor allem zwei- bis fünfjährige Kinder besuchen institutionelle Betreuungseinrichtungen, Volksschulkinder wiederum – im Gegensatz zu Gesamtösterreich – eher weniger.

Teilzeitarbeit überwiegt nach wie vor

Der Frauenbericht legt aber auch den Blick auf noch immer bestehende Benachteiligungen von Frauen frei. Im Gegensatz zu Männern sind Frauen häufiger teilzeiterwerbstätig. „Die Teilzeiterwerbsquote bei Frauen liegt bei 86,8 Prozent. So ergeben sich beim Einkommen und in Folge bei den Pensionseinkommen starke Unterschiede“, erklärt die Frauenlandesrätin. Unter den Vollzeiterwerbstätigen verdienten Frauen im Jahr 2013

»Burgenland Journal«

um ein Fünftel weniger als Männer. Hier zeigt sich auch, daß die einkommensbezogenen Unterschiede je nach Erwerbstätigen-Gruppe variieren und Auswirkungen auf Pensionseinkommen, Arbeitslosengeld und Notstandshilfe haben. „Kurz zusammengefaßt, untermauern die Daten aus der Studie, was vielerorts im Alltag augenscheinlich wird: Frauen arbeiten häufiger in schlecht bezahlten Branchen und sind seltener in Führungspositionen vertreten“, so Rabelhofer. Ein Vergleich der Bruttoeinkommen von Männern und Frauen im Jahr 2013 belegt dies: Während Frauen 20.547 Euro verdienten, durften sich die Männer über 33.986 Euro freuen. Ähnlich der Vergleich bei den Bruttopensionen 2013: diese betrug bei den Frauen 13.259 Euro, bei den Männern 23.302 Euro.

Erstes Forschungsprojekt des neuen FH-Departments »Soziales«

„Der Frauenbericht ist das erste Forschungsprojekt, welches das im Herbst 2014 neu gegründete Department für Soziales an

der Fachhochschule Burgenland abschließen konnte“, berichtet Department- und Studiengangsleiter Prof. (FH) Roland Fürst, der auch die wissenschaftliche Leitung für das Projekt übernommen hat. Das Thema passe „wunderbar zum Schwerpunkt Kinder-, Jugend- und Familienhilfe des Departments Soziales. Dieser Schwerpunkt wird nicht nur im neuen Bachelorstudiengang Soziale Arbeit abgebildet, sondern auch in der Forschung und Entwicklung“, so Fürst.

Sozialwissenschaft für gesellschaftlich brennende Fragestellungen

„Wir verstehen die Wissenschaft als Übersetzer von vielleicht komplexen Sachverhalten, damit möglichst viele Menschen damit etwas anfangen können“, erläutert Fürst einen Grundsatz im Department Soziales, wo schon zahlreiche Forschungsaktivitäten stattfinden. „Mit diesem Forschungsansatz orientieren wir uns hier an der FH Burgenland an den Grundsätzen der empirischen Sozialforschung.“ Dieser sozialwissenschaftliche Forschungsansatz ist für die gesell-

schaftlich brennenden Fragestellungen relevant, um rechtzeitig die Grundlagen für Antworten in der Sozialplanung zu liefern. Nicht zuletzt deshalb habe man beispielsweise zu jedem Kapitel des Frauenberichts einen Experten oder eine Expertin befragt und deren Stellungnahmen eingearbeitet. Eine spezielle inhaltliche Erweiterung erfolgte durch das Kapitel „genderAtlas“. In diesem gleichnamigen Projekt der Technischen Universität Wien, der Universität Wien und der ÖIR-Projekthaus GmbH werden mittels virtueller Aufbereitung geschlechtsspezifische Daten und Informationen dargestellt. Das Zahlenmaterial wurde vorwiegend der Statistik Austria sowie aktuellen Berichten wie etwa dem Einkommensbericht des Rechnungshofes entnommen. Die Statistik Burgenland stellte ebenso Datenmaterial und im Bericht dargestellte Burgenlandkarten zur Verfügung. Die grafische Gestaltung des Berichts, der ab sofort beim Referat für Frauenangelegenheiten bezogen werden kann, erfolgte über die Eisenstädter Grafikerin Kerstin Kriks. ■

<http://www.burgenland.at/buerger-service/buergerservice/frauen-maedchen/>

Eisenstadt: Neues Vorzeige-Projekt »Digitale Schule«

Ein neues Vorzeige-Projekt präsentierte Eisenstadts Bürgermeister Thomas Steiner am 19. März. Unter dem Titel „Digitale Schule“ werden die städtischen Schulen mit Computern, Tablets und Notebooks sowie der notwendigen Lern-Software ausgestattet, um für das digitale Zeitalter gerüstet zu sein. Insgesamt investiert die Stadtgemeinde hier rund 76.000 Euro. „Uns war wichtig, die städtischen Schulen für die digitale Zukunft zu rüsten. In allen Bildungseinrichtungen wurden Bedarfserhebungen durchgeführt, um zu erörtern, welche Anschaffungen notwendig sind und welche Anforderungen an die technische Ausstattung gerichtet werden“, erklärte Steiner.

So wurde z.B. in den drei Volksschulen für jede Klasse ein Notebook gekauft, damit können die Schüler erste Schritte im Internet machen. Sie lernen den Umgang mit einem Computer und üben am PC: Sowohl bestimmte Lernsoftware als auch Online-Leseprogramme werden in den Volksschulen eingesetzt. Die Schulen bieten auch Informatik als unverbindliche Übung an. In der VS Eisenstadt wurde auch ein „Tablet-Koffer“ mit 14 Tablets angeschafft, dadurch kann der Unterricht sehr individuell gestaltet werden.

Zu allen Geräten wurden natürlich auch die benötigten Lizenzen beschafft und mit dem passenden Zubehör ausgestattet. Z.B.



Foto: Magistrat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt

Bürgermeister Thomas Steiner mit SchülerInnen und den neuen Computern

wurden auch Beamer, Head Sets und Boxen gekauft. "Ich bin davon überzeugt, daß wir mit dem Projekt die Schulen für die nächsten

Jahre technisch auf einen guten Weg gebracht haben", ist Bürgermeister Thomas Steiner überzeugt. ■

Bezirkshauptfrau Nicole Wild offiziell im Amt eingeführt

Seit Anfang 2015 leitet Nicole Christina Wild die Geschicke der BH Güssing. Am 30. März wurde die neue Bezirkshauptfrau in feierlichem Rahmen und im Beisein von Landeshauptmann Hans Niessl, Landesrätin Verena Dunst und Landesamtsdirektor WHR Robert Tauber offiziell ins Amt eingeführt. „In der Bezirkshauptmannschaft Güssing wird sehr gut gearbeitet, hier sind wir nahe beim Bürger, bei den Bedürfnissen der Menschen. Für dieses Engagement danke ich der neuen Bezirkshauptfrau und den engagierten MitarbeiterInnen, die sich tagtäglich mit hohem Maß an Einsatz und Kompetenz um die Anliegen der Bevölkerung bemühen“, so Landeshauptmann Hans Niessl, der sich bei seinem Besuch auch über die laufenden Umbaumaßnahmen informierte. Das Amtsgebäude der Bezirkshauptmannschaft Güssing wird mit einem Mitteleinsatz von rund 1,4 Mio. Euro schrittweise modernisiert, adaptiert und zur modernen Verwaltungseinrichtung ausgebaut. Verantwortlich dafür ist die BELIG Beteiligungs- und Liegenschafts GmbH. Das Gebäude wird barrierefrei ausgestattet, Sanitäreanlagen erneuert und die



Bezirkshauptfrau Nicole Christina Wild und Landeshauptmann Hans Niessl

Heizung wird saniert. Darüber hinaus werden das Amtsgebäude mit neuen EDV-Leitungen versehen sowie die Räumlichkeiten adaptiert und Maßnahmen gesetzt, um modernen Sicherheitsstandards zu entsprechen. Im Erdgeschoß entsteht eine moderne Bürgerservicestelle. Im Dezember 2016 sollen die Arbeiten abgeschlossen sein. In der BH

Güssing sind derzeit 34 MitarbeiterInnen beschäftigt.

„All diese Maßnahmen haben eine effiziente, kundenorientierte Verwaltung zum Ziel. Dem Land Burgenland als Arbeitgeber ist es auch ein großes Anliegen, daß die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihrer tagtäglichen Arbeit zufrieden sind“, betont Niessl. ■

Durch's ganze Land um 59 Euro

Mit der Burgenland Card kommt die Merste landesweit gültige und erhältliche Gästekarte auf den Markt. Burgenland Tourismus macht sich hierbei ein bewährtes Konzept der Tourismusbranche zu Nutze – eine Verkaufskarte, die das touristische Angebot des gesamten Landes bündelt und bequem konsumierbar macht. Einmal erstanden, öffnet die sonnengelb-weiße Errungenschaft im Scheckkartenformat ihrer Besitzerin/ihrer Besitzer ein Jahr lang die Tür zu einem landesspezifisch einzigartigen Angebotsmix heimischer Leistungspartner aus allen Regionen und sämtlichen Sparten des Freizeitangebots. Fast 100 Betriebe bieten Kulturelles, Sehenswürdigkeiten, Naturerlebnisse, Thermenaufenthalte und vieles mehr kostenlos oder erheblich vergünstigt – meist um 50 Prozent.

Bei optimaler Nutzung bringt die Karte Erlebnisse im Wert von 400 Euro und Umfang von 250 Stunden. Ganz nebenbei erhalten Interessierte einen kompakten und attraktiven Überblick über das touristische Gesamtangebot des Landes – ein Land, eine Karte, viele Vorteile.

Snowboard-Queen und Burgenland Card-Testimonial Julia Dujmovits. „Ich finde es



v.l.: Direktor von Burgenland Tourismus, Mario Baier, Tourismuslandesrätin und Präsidentin von Burgenland Tourismus, Michaela Resetar, Olympiasiegerin Julia Dujmovits und LH und gf. Präsident von Burgenland Tourismus, Hans Niessl

genial, daß einem mit einer Karte so viele Möglichkeiten offen stehen,“

Zu kaufen gibt es die Burgenland Card online sowie bei 26 Vertriebspartnern, aufgelistet unter <http://burgenland.info/card> – doch damit nicht genug: Während die Card 2015 auf den Markt kommt, laufen bereits die ersten Vorbereitungen für das kommende Jahr. 2016 genießen Card-Besitzer noch

mehr, noch länger – man darf gespannt sein.

Laut Landeshauptmann – und geschäftsführendem Präsidenten von Burgenland Tourismus – Hans Niessl erfüllt die Burgenland-Card mehrere Funktionen: „Die Card soll neue Gäste ins Land bringen und jene, die uns regelmäßig beehren, auf die Vielzahl der Möglichkeiten aufmerksam machen.“ ■

Ist Ehebruch tödlich?

»Der Preis des Monsieur Martin« von Eugène Labiche als zwerchfellerschütternde Komödie bei den Schloß-Spielen in Koberndorf von 30. Juni bis bis 26. Juli 2015



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Kulturlandesrat Helmut Bieler (3. v.l.) und Intendant Wolfgang Böck (3. v.r.) freuen sich auf »Der Preis des Monsieur Martin« als zwerchfellerschütternde Komödie von Eugène Labiche bei den diesjährigen Schloß-Spielen in Koberndorf.

Eine zwerchfellerschütternde Melange aus Ehepleiten, Liebespech und Racheplänen entwickelt sich mit „Der Preis des Monsieur Martin“ von 30. Juni (Premiere) bis 26. Juli 2015 bei den Schloß-Spielen Koberndorf im zwölften Jahr der Intendanz von Wolfgang Böck im wahrsten Sinne des Wortes zu einem Mordsspaß. Denn als Ferdinand Martin erfährt, daß ihn seine Frau Loïsa ausgerechnet mit seinem besten Freund Agénor Montgommier betrügt, plant er, den untreuen Weggefährten bei einem hochalpinen Ausflug aus dem Weg zu räumen.

Bei dieser aberwitzigen Komödie in der pointierten Übersetzung des österreichischen Dichters H.C. Artmann, in der es der französische Autor Eugène Labiche wie kaum ein anderer versteht, die Abgründe der menschlichen Existenz mit lautem Gelächter zu überbrücken und die Absurditäten des Alltags in humoristische Höhen fliegen zu lassen, zeichnet der französische Regisseur Patrick Guinand für die Inszenierung, Erich Uiberlacker für das Bühnenbild und die Lichtgestaltung, Gerti Rindler-Schantl für die Kostüme, Oliver Binder für die Dramaturgie und Karin Gollowitsch für die Pro-

duktionsleitung verantwortlich. Für das Schauspielensemble konnte Intendant Wolfgang Böck, der selbst die Hauptrolle als „Hernandez Martinez“ übernehmen wird, u.a. Wolf Bachofner, Konstanze Breitebner, Olaf Schürmann, Sebastian Knözinger, Walter Ludwig und Bettina Schwarz gewinnen.

„Wolfgang Böck hat in den Jahren seiner Intendanz sowohl in der Auswahl der Stücke und des Ensembles, als auch in der grandiosen Umsetzung die Schloß-Spiele Koberndorf zu einem Ort kultureller Begegnung gemacht. Mit Unterstützung des Landes und durch die Kooperationen mit namhaften Sponsoren wird den Schloß-Spielen als eines der Aushängeschilder auf dem vielfältigen kulturtouristischen Kalender des Burgenlandes auch in dieser Saison die Möglichkeit geboten, 2015 den qualitativen Höhenflug der vergangenen Jahre zu prolongieren und hochwertiges Sommersprechtheater auf höchstem Niveau zu bieten“, betonte Kulturlandesrat Helmut Bieler gegenüber Medienvertretern in den Räumlichkeiten der „Energie Burgenland“ in Eisenstadt, die in bereits traditioneller Art und Weise neben dem burgen-

ländische Getränkeherzeuger „Waldquelle“ auch in diesem Jahr als Hauptsponsor fungieren wird.

Wie man einen Theaterbesuch in Koberndorf auch mit einer motorisierten Ausfahrt unter Gleichgesinnten verbinden kann, zeigt Intendant Wolfgang Böck, wenn er an ausgewählten Tagen die Spitze der Konvois mit einem klassischen Jaguar bzw. einem Motorrad anführt, um theaterbegeisterte FahrerInnen zum Vorstellungsbuchung nach Koberndorf zu geleiten. Fixpunkte im Begleitprogramm der Schloß-Spiele sind deshalb auch 2015 die Biker-Fahrt am 11. und die Oldtimer-Fahrt am 19. Juli.

Im Vorjahr setzte Wolfgang Böck mit Erfolg Nestroys „Der Zerrissene“ auf den Spielplan: Insgesamt knapp 15.000 BesucherInnen nutzen an 18 Abenden die Möglichkeit, die Aufführung dieses aberwitzigen Verwirrspieles zu sehen. Damit waren die Schloß-Spiele in ihrer 43. Saison zu 98,7 Prozent ausgelastet.

Der Kartenverkauf für die aktuelle Saison läuft sehr gut. Bisher wurden mehr als 7000 Karten verkauft. ■

<http://www.koberndorf.at>

Der »Tosca-Engel« entsteht

Ein Bühnenbild der Superlative im Steinbruch St. Margarethen: Ein 25 Meter hoher Engel und bildgewaltige Projektionen auf 340m² LED-Fläche



© Amra Bergman

Der 25 Meter hohe »Tosca-Engel« wird im kommenden Sommer den ProtagonistInnen eine gigantische Spielfläche bieten.

Durch eine gemeinsame Romreise mit Regisseur Robert Dornhelm zu den Originalschauplätzen der Oper „Tosca“ inspiriert, entwarf Amra Bergman ein Bühnenbild, das im Steinbruch St. Margarethen ganz neue Akzente setzt: Der „Tosca-Engel“ mit einer Gesamthöhe von mehr als 25 Metern wird im kommenden Sommer eine gigantische Spielfläche für die ProtagonistInnen des Stücks bieten. Auf dieser eindrucksvollen Bühne, die technische Feinheiten mit bildgewaltigen Projektionen vereint, nimmt das Geschehen von Puccinis „Opernkrimi“ ab 8. Juli im Steinbruch St. Margarethen seinen Lauf.

Bei der Visualisierung des Opernstoffes spielt die Inspiration durch die Monumente in Rom ebenso eine Rolle, wie die beeindruckende Felsenlandschaft der Freiluft-Opernbühne. Der Steinbruch ist für die vielseitige Künstlerin Bergman „eine 3D-Spielstätte, die eine großartige Herausforderung darstellt. Mein Bühnenbild wird den kraftvollen Background der Felsenlandschaft nutzen und damit zu einer Einheit mit der Natur verschmelzen“.

Die Arbeiten in den Werkstätten des Bühnenbauers „Art for Art“, sind bereits in vol-



Foto: Arenaria / Steve Haider

Der Tosca-Engel entsteht: Bildhauer Ionut Anghel (li) und Vladimir Reischwich

lem Gange. Insgesamt fünf Modelle der Bühnenentwürfe von Amra Bergman werden hergestellt, die als Vorlage für die Stahlbauten, Gerüstbauten und die überdimensionalen Dekorationsteile dienen. Vor Ort im Steinbruch beginnt der Aufbau bereits Ende März. Ein gigantischer Torso und mehr als 1000 m² Engelsflügel werden ab Mai montiert. Ab Juni steht dann die spielbereite Bühne für die Proben zur Verfügung. Bis dahin werden etwa 50 Tonnen Stahl, eine Menge

Kreativität und unzählige Arbeitsstunden investiert, um den beeindruckenden „Tosca-Engel“ zu fertigen. An 18 Abenden im Juli und August steht „Tosca“ in einer Inszenierung von Robert Dornhelm im Steinbruch von St. Margarethen auf dem Programm. Für die musikalische Leitung zeichnet Michael Güttler verantwortlich. Mehr als 50.000 der aufgelegten Tickets für „Tosca“ sind bereits verkauft. ■

<http://www.arenaria.at/>

Qualität aus Südtirol auf Expo 2015

Südtirol wird auf der Weltausstellung in Mailand nicht nur mit einem Stand aus Lärchenholz auf sich aufmerksam machen, sondern vor allem durch die Qualität seiner Produkte die Herzen – und Gaumen – der Besucher erobern.

Die Expo „vor der Haustür“, die von 1. Mai bis 31. Oktober 2015 in Mailand abgehalten wird, lassen sich auch die Südtiroler Apfel- und Weinproduzenten nicht entgehen, um ein Millionenpublikum auf die Qualität der heimischen Produkte aufmerksam zu machen. Dazu sind sie eine Partnerschaft mit Expo-Südtirol eingegangen.

Am 25. März haben Andrea Zeppa, Direktor des Wirtschaftsressorts des Landes, Werner Waldboth, Marketingleiter des Konsortiums Südtirol Wein, Georg Kössler, Präsident des Südtiroler Apfelkonsortiums, Paul Zandanel, Leiter der EOS-Abteilung Marketingsupport, und Marion Pristinger, die das Südtirol-Restaurant auf der Expo führen wird, den Expo-Auftritt der Qualitätsprodukte im Rahmen einer Pressekonferenz vorgestellt.

„Die Expo in Mailand ist nicht nur ein Schaufenster, um unsere Vorzeigeprodukte Besuchern aus aller Welt vorzustellen“, erklärte Zeppa, „sondern es handelt sich vor allem auch um eine einmalige Gelegenheit, um Netzwerke aufzubauen und neue Beziehungen mit internationalen Partnern zu knüpfen.“ Die Expo ermögliche es nämlich, mit Menschen in direkten Kontakt zu treten und Produkte mit allen Sinnen zu erfahren und wahrzunehmen, unterstrich Zeppa.

Darauf daß der Wein ein wichtiger Teil des gastronomischen Angebotes ist und während aller sechs Monate auf dem Südtirol-Stand vertreten sein wird, wies Werner Waldboth vom Konsortium Südtiroler Wein hin. „Von Anfang an war für uns klar, daß der Wein auf keinen Fall beim Südtiroler Expo-Auftritt fehlen darf“, betonte Waldboth, „die Weinkarte im Restaurant wird monatlich gewechselt, und jeden Monat kommen andere Kellereien mit Südtirols Leitsorten auf die Karte. Daneben bleibt aber auch noch Platz für die Präsentation lokaler Besonderheiten.“ Auf 5300 Hektar produzieren die Südtiroler Winzer gerade ein Prozent des Weines in Italien. Gemessen an der Anbaufläche sei es aber jenes Gebiet, das in den letzten Jahren die meisten Auszeichnungen erhalten habe, berichtete Waldboth. Die Gesamtheit aller geographischen, geologischen, vegetativen



Foto: EOS

v.l.: Andrea Zeppa, Direktor Lanesressort Wirtschaft, Werner Waldboth vom Konsortium Südtirol Wein, Georg Kössler vom Südtiroler Apfelkonsortiums, Marion Pristinger und Paul Zandanel, Leiter EOS-Abteilung Marketingsupport.

und klimatischen Faktoren sei zusammen mit der Art und Weise, wie die Südtiroler Winzer die Eigenheiten der Region und des Weinanbaugebietes einfangen, für den Charakter und die besondere Qualität des Südtiroler Weines verantwortlich, so Waldboth.

Im Apfelanbau kann sich Südtirol hingegen zurecht als Großmacht fühlen: Mit 18.000 Hektar ist es das größte geschlossene Obstanbaugebiet Europas und die jährlich rund eine Million Tonnen Äpfel, die das Land produziert, stellen gut ein Zehntel der gesamten europäischen und zirka die Hälfte der italienischen Apfelproduktion dar. „Wir haben aber nicht den Anspruch groß zu sein, sondern gut zu sein“, sagte Georg Kössler, Präsident des Südtiroler Apfelkonsortiums. So sollen in Mailand auch keine großflächigen Plakate auf dieses für Südtirol so typische Produkt hinweisen, sondern eine mit Äpfeln in verschiedenen Farben gestaltete Rückwand im Südtirol-Stand. „Die Expo ist keine Verkaufsveranstaltung, sondern wir möchten, daß die Gäste mit einer Botschaft nach Hause gehen“, so Kössler, „und diese Botschaft lautet, daß der Apfel zu Südtirol gehört.“

Marion Pristinger vom 4-Sterne-Boutique-Hotel Zum Rosenbaum in Nals hat die Ausschreibung für die Führung des Restaurants am Expo-Stand gewonnen. Als sie

von der Expo erfuhr, war sie gleich begeistert und wollte unbedingt präsent sein. „Der Slogan ‚Feeding the Planet – Energy for Life‘ ist geradezu maßgeschneidert für Südtirol“, zeigte sich Pristinger überzeugt, „Erdbeeren aus Martell, Spargeln aus Terlan, Obst und Käse zeigen die kulinarische Vielfalt, die unser Land zu bieten hat. In einer Showküche werden wir auch die verschiedenen Formen der Zubereitung vorführen.“ Frisch, gesund, nahrhaft, traditionell und energiesparend – das sind die Eigenschaften, die nach ihrer Meinung die Qualität der Südtiroler Produkte und Küche auszeichnen.

Der Leiter der EOS-Abteilung Marketingsupport, Paul Zandanel, stellte abschließend noch das Genußfestival vor, auf das im Rahmen einer Themenwoche vom 11. bis 16. Mai in Mailand hingewiesen wird. Das Genußfestival findet dann vom 29. bis 31. Mai zum dritten Mal in Bozen statt. „Wir möchten auf der Expo die Presse und das Fachpublikum ansprechen“, berichtete Zandanel, „hoffen aber auch, daß die einen oder anderen Besucher der Weltausstellung auf der Heimreise in Südtirol Halt machen oder einen Abstecher hierher einplanen, um sich im Rahmen des reichhaltigen Programms selbst ein Bild von der Lebenswelt in Südtirol zu machen.“

www.expo2015.org/en/

Auf dem Weg zu einer neuen EU-Nachbarschaftspolitik

Die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Kommission, Federica Mogherini, und der Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen, Johannes Hahn, leiteten am 4. März eine Konsultation zur Zukunft der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) ein. Zuletzt wurde die ENP im Jahr 2011 überprüft. Angesichts der tiefgreifenden Entwicklungen, die seither in der Nachbarschaftsregion stattgefunden haben, ist es nun von entscheidender Bedeutung, eine grundlegende Überprüfung der Grundsätze dieser Politik und ihres Geltungsbereichs vorzunehmen sowie Überlegungen darüber anzustellen, wie die verfügbaren Instrumente eingesetzt werden können.

„Die EU hat ein vitales Interesse an der Schaffung starker Partnerschaften mit ihren Nachbarn. Die jüngsten Entwicklungen in der Region stellen uns vor immer größere Herausforderungen: von wirtschaftlichem Druck bis hin zu illegaler Einwanderung und Sicherheitsrisiken. Wir brauchen eine starke Politik, um diese Probleme angehen zu können. Wir müssen auch ein besseres Verständnis für die unterschiedlichen Ziele, Werte und Interessen unserer Partner entwickeln. Dies sollte Gegenstand der Überprüfung sein, wenn wir stabile politische Beziehungen zu unseren Nachbarn pflegen wollen“, sagte die Hohe Vertreterin/Vizepräsidentin Federica Mogherini.

„Die EU hat selber ein Interesse daran, Frieden, Stabilität und Wohlstand an ihren Grenzen zu fördern. Die Überprüfung unserer Politik wird uns dabei helfen, wirksamere Methoden zu entwickeln, durch die diese Ziele erreicht werden können. Ich wünsche mir eine ausgewogenere Partnerschaft, die Ergebnisse bringt“, fügte EU-Kommissar Johannes Hahn hinzu.

Ziel ist es, bis Ende Juni eine möglichst breit angelegte Konsultation sowohl mit den Partnern in den Nachbarländern als auch mit Interessenträgern in der gesamten EU durchzuführen. Nach dieser Konsultation wird im Herbst eine Mitteilung mit Vorschlägen für die künftige Ausrichtung der ENP folgen.

Die Konsultation ist auf folgende vier Schwerpunktbereiche ausgerichtet: Differenzierung, Fokussierung, Flexibilität, Eigen-



Die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Kommission, Federica Mogherini, und der Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen, Johannes Hahn

verantwortung und Sichtbarkeit. Fünf Bereiche, in denen beide Seiten gemeinsame Interessen verfolgen, wurden bereits ermittelt: Handel und wirtschaftliche Entwicklung, Netzverbindungen, Sicherheit, Governance, Migration und Mobilität.

Zur Konsultation

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat angegeben, daß die ENP im ersten Jahr der Amtszeit der neuen Kommission einer Überprüfung unterzogen werden soll. Um die Debatte zu strukturieren, nahmen die Europäische Kommission und die Hohe Vertreterin am 4. März 2015 ein gemeinsames Konsultationspapier an, in dem einige erste Ergebnisse in Bezug auf die Lehren enthalten sind, die aus der ENP gezogen werden können, sowie zentrale Fragen aufgeworfen werden, die bei den Gesprächen mit den Partnern und sonstigen Interessenträgern erörtert werden sollen.

Zur ENP

Gemäß Artikel 8 Absatz 1 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) entwickelt die Union besondere Beziehungen zu den Ländern in ihrer Nachbarschaft, um einen Raum des Wohlstands und der guten Nachbarschaft zu schaffen, der auf den Werten der Union aufbaut und sich durch enge, friedliche Beziehungen auf der Grundlage der Zusammenarbeit auszeichnet.

Die ENP wurde 2003 konzipiert, um engere Beziehungen zwischen der EU und ihren

Nachbarländern zu entwickeln. Sie deckt im Süden Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Marokko, die Palästinensischen Gebiete, Syrien und Tunesien und im Osten Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Moldau und Ukraine ab.

Das Ziel der ENP, die im Jahr 2011 nach den Ereignissen in der arabischen Welt überarbeitet wurde, besteht darin, diejenigen Partnerländer zu unterstützen, die Reformen auf dem Weg zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten durchgeführt haben, einen Beitrag zu ihrer inklusiven wirtschaftlichen Entwicklung zu leisten und parallel zu den Beziehungen zu den Regierungen auch eine Partnerschaft mit den Gesellschaften zu fördern. Die erneuerte ENP zielt auf die Intensivierung der Zusammenarbeit in den Bereichen Politik und Sicherheit sowie auf die Unterstützung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, die Schaffung von Wachstum und Beschäftigung, die Stärkung des Handels und die Intensivierung der Zusammenarbeit in anderen Bereichen.

Das neue Europäische Nachbarschaftsinstrument (ENI) stellt mit einem Budget von 15,4 Mrd. Euro für den Zeitraum 2014-2020 den Großteil der Finanzmittel für die 16 ENP-Partnerländer bereit. Der auf Anreizen beruhende Ansatz bietet eine gewisse Flexibilität bei der Differenzierung der finanziellen Unterstützung auf der Grundlage der Fortschritte der einzelnen Länder auf dem Weg zu Demokratie und Achtung der Menschenrechte. ■

Unsicherheit bremst Konjunktur

WIFO-Prognose für 2015 bis 2016

Nach dem geringen Wachstum im Jahr 2014 dürfte die österreichische Wirtschaft auch Anfang 2015 nur sehr verhalten expandieren. Die Vorlaufindikatoren geben weiterhin keine nennenswerten Hinweise auf eine Konjunkturbelebung. In der ersten Jahreshälfte sind somit die Voraussetzungen für eine Erholung kaum gegeben. Erst im Jahr 2016 könnte eine etwas günstigere Entwicklung in Gang kommen. Neben dem Anziehen der Weltkonjunktur sollten sowohl die Euro-Schwäche als auch die niedrigen Rohstoffpreise der heimischen Wirtschaft wieder etwas Schwung verleihen. Ausgehend von einem Wachstum von 0,3 % im Jahr 2014 dürfte das BIP 2015 in Österreich um 0,5 % und 2016 um 1,3 % zunehmen.

Die österreichische Wirtschaft büßte im III. und IV. Quartal 2014 an Schwung ein und schwenkte auf einen Stagnationspfad ein. Zur Zeit fehlen expansive Impulse sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland. Die Schwäche der Binnennachfrage und der Exporte sowie der Rückgang der Wertschöpfung in der Sachgütererzeugung und im Bauwesen prägten die Entwicklung im IV. Quartal 2014. Die Kombination aus ungünstiger Auftragslage, Abnahme der in- und ausländischen Endnachfrage und trüber Stimmung resultiert in einer Zurückhaltung der Investitionen. Die der Wirtschaftsentwicklung vorlaufenden Indikatoren kündigen auch für die kommenden Monate keine Belebung an, großteils verschlechterten sie

sich zuletzt sogar. Vieles spricht dafür, daß die heimische Wirtschaft die träge Entwicklung der Vorquartale im Frühjahr 2015 beibehält. Allerdings gibt es auch keine Hinweise auf ausgeprägtere rezessive Tendenzen. Das heimische Konjunkturmilieu dürfte daher weiterhin anfällig für Rückschläge bleiben. Das Wachstum wird vor diesem Hintergrund 2015 ähnlich ausfallen wie 2014. Die Schwächephase hält schon seit 2012 an. Im Jahr 2016 dürfte sich die Wirtschaft geringfügig günstiger entwickeln. Sie bleibt damit deutlich unterausgelastet. Die Produktionslücke (Output Gap) wird sich bis Ende 2016 nicht schließen.

Trotz der leichten Wachstumsbeschleunigung im Prognosezeitraum sollte der Preis-

Hauptergebnisse der WIFO-Prognose

	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt						
Real	+ 3,1	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,5	+ 1,3
Nominell	+ 4,9	+ 2,8	+ 1,7	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,7
Herstellung von Waren ¹⁾ , real	+ 9,0	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,2	+ 1,0	+ 2,5
Handel, real	+ 3,6	- 0,1	- 1,6	- 0,8	± 0,0	+ 0,8
Private Konsumausgaben, real	+ 0,7	+ 0,6	- 0,1	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,9
Bruttoanlageinvestitionen, real	+ 6,8	+ 0,5	- 1,5	+ 0,5	+ 1,0	+ 1,5
Ausrüstungen ²⁾	+ 9,8	- 0,6	- 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 2,5
Bauten	+ 2,6	+ 1,2	- 2,2	+ 0,4	+ 0,5	+ 1,0
Sonstige Anlagen ³⁾	+ 12,9	+ 0,5	+ 0,3	- 1,2	+ 1,5	+ 1,2
Warenexporte⁴⁾						
Real	+ 7,1	+ 0,6	+ 2,8	+ 2,1	+ 2,5	+ 4,0
Nominell	+ 11,3	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,5	+ 4,7
Warenimporte⁴⁾						
Real	+ 8,3	- 0,9	+ 0,2	+ 0,9	+ 2,2	+ 3,3
Nominell	+ 8,3	- 0,9	+ 0,2	+ 0,9	+ 2,2	+ 3,3
Leistungsbilanzsaldo in Mrd. €	+ 5,06	+ 4,73	+ 3,32	+ 4,45	+ 4,79	+ 3,31
in % des BIP	+ 5,06	+ 4,73	+ 3,32	+ 4,45	+ 4,79	+ 3,31
Sekundärmarktrendite ⁵⁾ in %	3,3	2,4	2,0	1,5	0,5	0,5
Verbraucherpreise	3,3	2,4	2,0	1,5	0,5	0,5
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen (Eurostat) ⁶⁾	3,3	2,4	2,0	1,5	0,5	0,5
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁷⁾	6,7	7,0	7,6	8,4	9,1	9,4
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁸⁾	+ 1,9	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,7
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition) in % des BIP	- 2,6	- 2,3	- 1,5	- 2,8	- 2,2	- 1,9

Q: EWIFO-Konjunkturprognose. ¹⁾ Nettoproduktionswert, einschließlich Bergbau. ²⁾ Einschließlich sonstiger militärischer Waffensysteme. ³⁾ Geistiges Eigentum und Nutztiere/-pflanzungen. ⁴⁾ Geistiges Eigentum und Nutztiere/-pflanzungen. ⁵⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). ⁶⁾ Labour Force Survey. ⁷⁾ Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice. ⁸⁾ Ohne Bezug von Karenz- oder Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst.

Wirtschaft

druck etwas abnehmen. Nach einer Teuerungsrate von 1,7 % im Jahr 2014 dürfte der VPI 2015 um 1,3 % und 2016 um 1,5 % steigen. Neben einem mäßigen Wachstum des Konsums der privaten Haushalte wird auch die Investitionstätigkeit etwas zunehmen. Die Außenwirtschaft dürfte über den Prognosehorizont insgesamt keinen positiven Wachstumsbeitrag leisten. Zwar haben sich die Wachstumsaussichten für die österreichische Exportwirtschaft in den letzten Monaten verbessert, eine nachhaltige Erholung ist allerdings angesichts der Marktanteilsverluste und der ungünstigen Exportstruktur nicht zu erwarten.

Die österreichische Wirtschaft ist trotz der verhaltenen Entwicklung relativ beschäftigungsintensiv, in erster Linie aufgrund des Rückganges der durchschnittlichen Arbeitszeit. Ausgehend von einem Anstieg der Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten von 0,7 % 2014 erwartet das WIFO für 2015 einen weiteren Anstieg von 0,5 % und 2016 von 0,7 %. Primär wird diese Entwicklung vom Dienstleistungsbereich getragen. Aufgrund der starken Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes wird die Arbeitslosigkeit über den Prognosehorizont aber weiter zunehmen. Nach einem Anstieg der Arbeitslosenquote (nach nationaler Definition) um 0,8 Prozentpunkte auf 8,4 % im Jahr 2014 prognostiziert das WIFO für 2015 eine Quote von 9,1 % und einen weiteren Anstieg auf 9,4 % für 2016. Hier überzeichnet der Rückgang der Zahl der Personen in Schulungen des AMS die Situation.

Trotz der verhaltenen Konjunktur dürfte sich die Situation der öffentlichen Haushalte über den Prognosehorizont nicht weiter verschlechtern. Ausgehend von -2,8 % des BIP im Jahr 2014 wird das Budgetdefizit nach Maastricht-Definition geringfügig auf -2,2 % 2015 und -1,9 % 2016 zurückgehen. Ein ausgeglichener Staatshaushalt (nach Maastricht-Definition) und ein strukturell nahezu ausgeglichenes Budget werden aufgrund des prognostizierten Konjunkturverlaufes und der angenommenen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen im Prognosezeitraum nicht erzielt.

Methodische Hinweise und Kurzglossar

Periodenvergleiche

Zeitreihenvergleiche gegenüber der Vorperiode, z. B. dem Vorquartal, werden um jahreszeitlich bedingte Effekte bereinigt. Dies schließt auch die Effekte ein, die durch eine unterschiedliche Zahl von Arbeitstagen in der Periode ausgelöst werden (etwa Ostern). Im

Text wird auf „saison- und arbeitstägig bereinigte Veränderungen“ Bezug genommen.

Die Formulierung „veränderte sich gegenüber dem Vorjahr...“ beschreibt hingegen eine Veränderung gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres und bezieht sich auf unbereinigte Zeitreihen.

Die Analyse der saison- und arbeitstägig bereinigten Entwicklung liefert genauere Informationen über den aktuellen Konjunkturverlauf und zeigt Wendepunkte früher an. Die Daten unterliegen allerdings zusätzlichen Revisionen, da die Saisonbereinigung auf statistischen Methoden beruht.

Wachstumsüberhang

Der Wachstumsüberhang bezeichnet den Effekt der Dynamik im unterjährigen Verlauf (in saisonbereinigten Zahlen) des vorangegangenen Jahres (t_0) auf die Veränderungsrate des Folgejahres (t_1). Er ist definiert als die Jahresveränderungsrate des Jahres t_1 , wenn das BIP im Jahr t_1 auf dem Niveau des IV. Quartals des Jahres t_0 (in saisonbereinigten Zahlen) bleibt.

Durchschnittliche Veränderungsrate

Die Zeitangabe bezieht sich auf Anfangs- und Endwert der Berechnungsperiode: Demnach beinhaltet die durchschnittliche Rate 2005/2010 als 1. Veränderungsrate jene von 2005 auf 2006, als letzte jene von 2009 auf 2010.

Reale und nominelle Größen

Die ausgewiesenen Werte sind grundsätzlich real, also um Preiseffekte bereinigt, zu verstehen. Werden Werte nominell ausgewiesen (z. B. Außenhandelsstatistik), so wird dies eigens angeführt.

Saisonbereinigung

Das WIFO verwendet in der Diskussion der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung immer die Trend-Konjunktur-Komponente, da diese eine bessere Einschätzung der aktuellen Konjunkturlage ermöglicht als die ausschließlich um Saison- und Arbeitstageeffekte bereinigten Datenreihen. Sie wurde bis zur Umstellung auf das ESVG-2010-Konzept in den WIFO-Publikationen als „saison- und arbeitstagsbereinigt“ ausgewiesen und so auch Eurostat zur Verfügung gestellt. Seit der Umstellung auf das ESVG 2010 im Herbst 2014 liefert das WIFO nicht mehr diese Trend-Konjunktur-Komponente an Eurostat, sondern nur mehr die ausschließlich um Saison- und Arbeitstageeffekte bereinigten Datenreihen. Diese

Daten enthalten aber auch irreguläre Schwankungen, die rezente Konjunkturinformationen verdecken können.

Produzierender Bereich

Diese Abgrenzung schließt die NACE-2008-Abschnitte B, C und D (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Herstellung von Waren, Energieversorgung) ein und wird hier im internationalen Vergleich verwendet.

Inflation, VPI und HVPI

Die Inflationsrate mißt die Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr. Der Verbraucherpreisindex (VPI) ist ein Maßstab für die nationale Inflation. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) ist die Grundlage für die vergleichbare Messung der Inflation in der EU und für die Bewertung der Preisstabilität innerhalb der Euro-Zone.

Die Kerninflation als Indikator der Geldpolitik ist nicht eindeutig definiert. Das WIFO folgt der gängigen Praxis, für die Kerninflation die Inflationsrate ohne die Gütergruppen unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie zu verwenden. So werden knapp 87 % der im österreichischen Warenkorb für den Verbraucherpreisindex (VPI 2010) enthaltenen Güter und Dienstleistungen in die Berechnung der Kerninflation einbezogen.

Arbeitslosenquote

Österreichische Definition: Anteil der zur Arbeitsvermittlung registrierten Personen am Arbeitskräfteangebot der Unselbständigen. Das Arbeitskräfteangebot ist die Summe aus Arbeitslosenbestand und unselbständig Beschäftigten (gemessen in Standardbeschäftigungsverhältnissen). Datenbasis: Registrierungen bei AMS und Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Definition gemäß ILO und Eurostat: Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Als erwerbstätig zählt, wer in der Referenzwoche mindestens eine Stunde selbstständig oder unselbständig gearbeitet hat. Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, und Lehrlinge zählen zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivildienstler. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen (Arbeitslose plus Erwerbstätige). Datenbasis: Umfragedaten von privaten Haushalten (Mikrozensus). ■

<http://www.wifo.ac.at>

Nachhaltige Erholung verschiebt sich

Die Industrieproduktion wuchs 2014 mit 1 Prozent nur gering – 2015 erreicht das Produktionswachstum etwa zwei Prozent – wesentliche Impulsgeber sind die Fahrzeugherstellung und Elektroindustrie.

Österreichs Wirtschaft kommt nach der leichten Aufhellung des Konjunkturklimas zur Jahreswende vorerst nicht vom Fleck. „Aktuelle Konjunkturumfragen bestätigen, daß sich die Wirtschaftserholung zumindest in die zweite Jahreshälfte 2015 verschieben wird. Aus den Reihen der industriellen Schwergewichte kommen die Wachstumsimpulse im Wesentlichen von der Fahrzeugherstellung und der Elektroindustrie“, faßt Stefan Bruckbauer, Chefvolkswirt der Bank Austria, den aktuellen Branchenüberblick zusammen.

Industrieaufschwung verschiebt sich auf 2016

Österreichs Industrie hat 2014 mit dem Produktionsplus von 1 % das dritte Jahr in Folge seinen Wachstumspfad der letzten 20 Jahre, von durchschnittlich 3,5 % im Jahr, weit verfehlt. Voraussichtlich wird der Sektor 2015 zwar wieder an Tempo zulegen, letztlich aber das langfristige Ergebnis wieder nicht erreichen können, da die Industriekonjunktur weiterhin unter fehlenden Exportaufträgen und der schwachen Investitionsnachfrage im Inland leidet. Im Februar 2015 signalisierten die wachsende Zahl pessimistischer Unternehmensstimmen ebenso wie der Konjunkturindikator der Bank Austria, daß sich die Erholung des Sektors zumindest in die zweite Jahreshälfte verschiebt. Vorausgesetzt die Wachstumsprognosen für die wichtigen Absatzmärkte der österreichischen Industrie halten, sollte die Produktionsleistung des Sektors 2015 im Vergleich zum Vorjahr um etwa 1,7 % zulegen.

Stärkere Wachstumsimpulse im Bereich von 4 % kommen einmal mehr von der Fahrzeugherstellung und der Elektroindustrie. Diese Industrieschwergewichte tragen in Summe 22 % zur Sektorwertschöpfung bei. Bank Austria Ökonom Günter Wolf erwartet, daß „die heimische Fahrzeugherstellung ihre Position an der Wachstumsspitze der österreichischen Industrie 2015 mit der Elektroindustrie teilen wird, auch wenn der Anteil optimistischer Produktionserwartungen An-

fang des Jahres in beiden Branchen gesunken ist.“

Darüber hinaus können Österreichs Maschinenbauer 2015 wieder einen Wachstumsvorsprung zum Industriedurchschnitt aufbauen. Aber noch fehlen der Branche stärkere Impulse von den Investitionsgütermärkten. Dazu Wolf: „Wie die Auftragsrückgänge der Maschinenbauer in den letzten Monaten vermuten lassen, ist trotz der günstigen Rahmenbedingungen, den niedrigen Zinsen und Rohstoffpreisen und dem vorteilhaften Wechselkurs, die Investitionsbereitschaft im Inland wie in wichtigen europäischen Absatzmärkten noch nicht gestiegen. Entsprechend vorsichtig sind die Produktionserwartungen der Unternehmen in den ersten Monaten 2015. Unter der Annahme, daß das Unternehmensvertrauen auf europäischer Ebene weiter steigt, werden aber spätestens im zweiten Halbjahr 2015 die seit Jahren aufgestauten Investitionspläne zumindest teilweise umgesetzt werden.“

Eine weitere zentrale Industriebranche, die Nahrungsmittel- und Getränkeherstellung, verbuchte 2014 noch ein überdurchschnittliches Produktionswachstum von 1,6 %. Ein Ergebnis, das die Branche 2015 aufgrund der Konjunkturschwäche, vor allem in Österreich selbst, voraussichtlich nicht mehr erreichen wird können. Grundsätzlich bleibt aber die Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie, die noch 2014 ihre Beschäftigung um 1,3 % aufstockte, ein wichtiger, vor allem stabiler industrieller Arbeitgeber in Österreich.

Baukonjunktur verliert 2014 erheblich an Schwung

Die Baukonjunktur hat im Lauf von 2014 erheblich an Schwung verloren. Unterstützt vom Tiefbau war zwar noch ein Umsatzplus von 1,4 % nominell möglich, preisbereinigt ist der Branchenumsatz aber leicht gesunken. Auch die kurzfristigen Aussichten der Bauwirtschaft haben sich nicht verbessert. Zur Jahreswende 2014/2015 sind die Auftragseingänge der Branche gesunken und es

wurden Arbeitsplätze abgebaut. Entsprechend den pessimistischen Einschätzungen der Unternehmen im Jänner und Februar 2015 ist in den nächsten Monaten mit weiter rückläufigen Produktionsergebnissen zu rechnen.

Der Hochbau beendete 2014 mit einem Umsatzminus von 1 % nominell. Die Rückgänge wurden im Wesentlichen im Industriebau, zum Teil im Wohnbau und gegen Jahresende auch im Wirtschaftsbaubereich verzeichnet. Aktuell sind die Wohnbau-Aussichten für 2015 auf jeden Fall günstiger als für den Nicht-Wohnbau. Dafür sprechen steigende Baugenehmigungen in der zweiten Jahreshälfte des Vorjahres, die Ankündigung weiterer öffentlicher Investitionen im Wohnbau und die attraktiven Finanzierungsbedingungen. Hingegen kann die Bauwirtschaft vom Unternehmenssektor 2015 kaum Impulse erwarten.

Wesentliche Stütze der Baukonjunktur war 2014 der Tiefbau mit einem nominellen Umsatzwachstum von rund 9 %. Gegen Ende 2014 kündigten stark rückläufige Bauaufträge in der Sparte eine Abkühlung der Tiefbaukonjunktur an, die Anfang 2015 auch eintrat. Zudem sind die Einschätzungen der Unternehmen in den letzten Monaten sukzessive pessimistischer geworden. Das bedeutet, daß mit einer Stabilisierung und weiteren Zuwächsen der Tiefbauproduktion erst im Lauf des Jahres gerechnet werden kann. Das Ausmaß der Erholung wird zum Teil auch davon abhängen, in welchem Umfang mögliche Spin-Off-Effekte der Umsetzung der Investitionspläne auf EU-Ebene der Finanzierung von Infrastrukturprojekten auf nationaler Ebene zugute kommen.

Stagnierende Konsumnachfrage bremst Handel

Die stagnierende Konsumnachfrage bremste 2014 den Einzelhandel und noch stärker den Kfz-Handel. Zudem litten der Autohandel und Teile des Großhandels unter der schwachen Investitions- und Industrieentwicklung. Die Einzelhandelskonjunktur

hat sich erst gegen Jahresende gefestigt, womit im Jahresdurchschnitt noch ein geringes Umsatzplus von 1,1 % nominell und 0,4 % real möglich war. Im Einzelhandel sind stärkere Zuwächse auch 2015 unwahrscheinlich, da sich die Konsumnachfrage voraussichtlich nur wenig erholt – das heißt, daß das Konsumausgabewachstum unter 1 % real bleiben wird. Das laufende Jahr prägen noch angespannte Arbeitsmarktdaten und eine mäßige Einkommensentwicklung. Erst 2016 sollte zumindest die Steuerreform die Kaufkraft und Konsumlaune der ÖsterreicherInnen wieder stärken.

Der Kfz-Handel verbuchte 2014 ein Umsatzminus von 2,3 % nominell und damit das dritte negative Wirtschaftsjahr in Folge. Mit Ausnahme des Motorradhandels endete das Jahr für alle Sparten negativ. Nach den ersten Ergebnissen 2015, die Neuzulassungen sind im Jänner und Februar vor dem Hintergrund hoher Vorziehkäufe im selben Vorjahreszeitraum massiv gesunken, hat sich die Absatzsituation im Fahrzeughandel weiter verschlechtert.

Die Abhängigkeit des Großhandels von der Industrie- beziehungsweise der Exportentwicklung, die 2014 nicht in Schwung kam, verursachte einen Umsatzrückgang von 2,4 % nominell. Überdurchschnittlich hohe Einbusen berichteten der Brennstoff- und Maschinengroßhandel, während der Großteil der Sparten im Handel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern Umsatzzuwächse erreichte.

Dienstleistungsbranchen fehlt der Schwung

Im Vorjahr konnten sich viele Dienstleistungsbranchen der Konjunkturverlangsamung, vor allem den Auslastungsschwierigkeiten der Industrie und der Exportschwäche nicht entziehen. Der Sektorumsatz ist um geringe 1,2 % nominell gestiegen und damit weit unter dem langfristigen Durchschnitt von über 2 %. „Relativ hohe Umsatzeinbußen erlitten 2014 wirtschaftsnahe Dienstleistungssparten, wie das Verkehrswesen, die Werbung und die Arbeitskräftevermittler, aber auch die Telekomanbieter und die Verlage. Ende 2014 hat die Dienstleistungskonjunktur kurzfristig an Tempo zugelegt, jedoch auch wieder rasch an Schwung verloren, wie die vorsichtigen Geschäftserwartungen im Jänner und Februar 2015 zeigten. Im Lauf von 2015 kann aufgrund der unsicheren Investitions- und Exportnachfrage in den meisten wirtschaftsnahen Dienstleistungssparten mit keiner nennenswerten Erholung gerechnet werden“, analysiert Wolf.

Im Bereich Verkehr ist der Umsatz 2014 mit Ausnahme im Landverkehr in allen Branchen kontinuierlich gesunken. Bei den Anbietern sonstiger Verkehrsdienstleistungen, wie der Lagerei oder Speditionsdiensten, genauso wie bei Kurierdiensten und der Luftfahrt. Der Landverkehr, die anteilmäßig wichtigste Sparte des Bereichs, profitierte zwar im ersten Halbjahr noch von der lebhaften Baukonjunktur, mußte aber im vierten Quartal ebenfalls Umsatzrückgänge verbuchen. Anfang 2015 hat sich die Transportkonjunktur nicht wieder belebt, wie das schwindende Unternehmensvertrauen der letzten Monate erkennen läßt. Die Befragungsergebnisse im Jänner und Februar signalisierten aber zumindest für das zweite

Quartal erste Anzeichen einer Erholung der Transportnachfrage und der Nachfrage nach Kurierdiensten.

Das Beherbergungs- und Gaststättenwesen blieb 2014, wie in den drei Jahren davor, die wesentliche Wachstumsstütze des Dienstleistungssektors. Nach einer kurzen Abkühlung der Branchenkonjunktur zur Jahreswende kann der Bereich, entsprechend den mehrheitlich optimistischen Unternehmens einschätzungen im Februar 2015, seine Spitzenposition in den nächsten Monaten wieder einnehmen. Unter der Voraussetzung, daß sich die Konjunktur in Europa stärker erholt, kann der Bereich das Wachstum auch im weiteren Jahresverlauf verteidigen. ■

<http://www.bankaustria.at>

Moderate Konjunkturerholung

Das Wirtschaftswachstum fiel in Österreich im Jahr 2014 mit +0,4 % enttäuschend aus. In der ersten Jahreshälfte 2015 profitiert Österreichs Wirtschaft von der Erholung im Euroraum, niedrigen Energiepreisen und der Abwertung des Euro. Diese Impulse sollten stark genug sein, um trotz der gegenwärtig schlechten Stimmung unter den heimischen Konsumenten und Unternehmen zu einem moderaten Konjunkturaufschwung in Österreich zu führen. Die Ergebnisse des OeNB-Konjunkturindikators vom März signalisieren für das erste und zweite Quartal 2015 ein Wachstum des realen BIP von +0,2 % bzw. +0,3 % (saison- und arbeitstäglich bereinigt gegenüber dem Vorquartal). Damit dürfte das Wachstum in Österreich aber weiterhin hinter dem Deutschlands und des Euroraums zurückbleiben.

Die Voraussetzungen für eine zumindest moderate Konjunkturerholung Österreichs in der ersten Jahreshälfte 2015 haben sich verbessert. Im Euroraum hat der Aufschwung deutlich an Kraft gewonnen. Nicht zuletzt aufgrund des erweiterten Programms zum Ankauf von Vermögenswerten hat die EZB ihre jüngste Wachstumsprognose für den Euroraum nach oben revidiert. Hinzu kommt, daß die Wirtschaft unseres wichtigsten Handelspartners, Deutschland, zurzeit kräftig expandiert.

Bis jetzt haben sich diese Impulse aber noch nicht im erwarteten Umfang auf die heimische Wirtschaft übertragen. Die Erholung in Österreich hinkt der europäischen Entwicklung hinterher. Auffällig ist das im europäischen Vergleich niedrige Vertrauen

der heimischen Konsumenten und Unternehmen. Neben geopolitischen Risiken wie dem Russland-Ukraine Konflikt und dessen Auswirkungen auf den gesamten CESEE-Raum verunsichern die Entwicklungen rund um die Hypo-Alpe-Adria-Abbaugesellschaft Heta sowie die anhaltenden Diskussionen über anstehende wirtschaftspolitische Entscheidungen.

Das Wachstum der Industrie drehte im vierten Quartal 2014 wieder leicht ins Plus und auch die Exportwirtschaft verzeichnete einen Aufwärtstrend. Der auf LKW-Fahrleistungsdaten der ASFINAG basierende OeNB-Exportindikator signalisiert für das vierte Quartal sogar ein recht kräftiges Wachstum der Güterexporte von 1,9 %. In den kommenden Monaten sollte nicht nur die Erholung im Euroraum sondern auch die Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar und dem Schweizer Franken die Exporttätigkeit zusätzlich beflügeln.

Die Inlandsnachfrage entwickelte sich im vierten Quartal hingegen noch schwach. Während Signale für ein Anziehen der Investitionskonjunktur weiterhin fehlen, haben sich die Aussichten für den privaten Konsum verbessert. Der Einzelhandel verbuchte im Dezember und Jänner ein deutliches Plus. Wichtigster Impulsgeber sind die niedrigen Energiepreise, die zu einem deutlichen Rückgang der Inflationsrate geführt haben. In Folge wachsen die Reallöhne zurzeit so stark wie seit gut fünf Jahren nicht mehr und lassen auch für die kommenden Monate Spielraum für zusätzliche Konsumausgaben. ■

Rasanter Anstieg bei Immobilienverkäufen

RE/MAX-ImmoSpiegel 2014: Immobilien-Handelsvolumen 2014 um +21,9 % auf 19,5 Mrd. Euro gestiegen

Exakt 96.197 Immobilienverkäufe im Wert von 19,5 Mrd. Euro wurden 2014 im Amtl. Grundbuch in ganz Österreich verbüchert, meldet RE/MAX, Österreichs größtes Immobilien-Experten-Netzwerk.

Dies sind um +3,4 % mehr Immobilienkäufe als im starken Jahr 2012 und sogar +2,5 % mehr als im Rekordjahr 2010. „Der Immobilienmarkt hat 2013 aufgrund des eingeschränkten Angebots massiv geschwächt. Das steigende Angebot, die weiterhin gute Nachfrage nach Immobilien und die deutlich abflachende Preiskurve waren 2014 die Hauptgründe für den rasanten Anstieg von 18,1 % bei den Immobilienverkäufen im Vergleich zum Jahr 2013“, erklärt Bernhard Reikersdorfer, MBA, Geschäftsführer von RE/MAX Austria.

Das gesamte Handelsvolumen stieg 2014 im Vergleich zum Vorjahr um stolze 3,5 Mrd. Euro, das sind +21,9 %. Der bisherige Rekordwert an gehandelten Immobilien aus dem Jahr 2012 wurde damit noch um +1,1 Mrd. Euro übertroffen.

Sicherheit aus dem Grundbuch

„Die Grundlagen für die verlässlichsten verfügbaren Immobilien-Marktdaten in Österreich liefert das Grundbuch mit seinen öffentlich zugänglichen Kaufverträgen, die von IMMOUnited – Roland Schmid in der Kaufvertrags-Sammlung komplett erfaßt und von RE/MAX Austria ausgewertet und analysiert werden“, erklärt Anton Nening, Managing Director bei RE/MAX Austria, und „sie sind betreffend Treff-Sicherheit allen Preisschätzungen oder Internet-Angebotspreisen haushoch überlegen.“

Wien

Der wertmäßig wichtigste Immobilienmarkt in Österreich ist die Bundeshauptstadt Wien: Knapp ein Drittel (30,6 %) des gesamten gehandelten Immobilienwertes wechselte in Wien die Besitzer, nämlich 6,0 Mrd. Euro. Das sind um +23,4 % mehr als 2013 und +16,6 % mehr als im bisher stärksten Jahr 2012. Auch die Anzahl der Kaufverträge stieg kräftig: +18,1 % zu 2013 und +3,4 % zu 2012 auf insgesamt 15.189 Verträge.

Die meisten Transaktionen (1.252) waren in der Donaustadt (22.) zu verzeichnen, gefolgt von Floridsdorf (21.) mit 1.118 Verkäufen und Favoriten (10.) mit 1.027 Verträgen. Schlußlichter im Wiener-Ranking waren die Josefstadt (8.) und die Innere Stadt. Die Bezirke mit den höchsten gehandelten Immobilienwerten sind die Donaustadt mit 465,8 Mio. Euro, gefolgt von Döbling mit 453,7 Mio. Euro und Landstraße mit 360,8 Mio. Euro.

Die dicksten Brocken, die das Grundbuch 2014 in Wien registrierte, sind ein Bürohaus um 102 Mio. Euro, ein Bürogebäude um 87 Mio. Euro – jeweils in Wien 1 – und eine Liegenschaft in der Mariahilfer Straße um 43 Mio. Euro, gleich gefolgt von einem Zinshaus, ebenfalls in der Mariahilfer Straße, um 42 Mio. Euro.

Niederösterreich

Der mengenmäßig wichtigste Immobilienhandelsplatz ist unverändert Niederösterreich. 20.133 Häuser, Grundstücke und Wohnungen wechselten die Besitzer. Damit liegt das Land unter der Enns bei den Verkäufen zwar um +11,4 % über 2013, aber doch um -4,1 % unter 2012. Diese Immobilienverkäufe stellten 2014 einen Wert von 2,75 Mrd. Euro dar, das sind um +5,0 % mehr als im Jahr 2013 und +4,4 % mehr als 2012.

In Niederösterreich wurden die meisten Immobilien im Bezirk Baden verkauft, nämlich 1.760 – dies entspricht einem Plus von +14,8 % im Vergleich zum Vorjahr. An zweiter Stelle liegt der Bezirk Mödling mit 1.640 Verkäufen und auf Platz 3 der Bezirk Gänserndorf mit 1.616. Am Ende des NÖ-Bezirks-Rankings findet sich der Bezirk Lilienfeld mit 224 Verkäufen.

Herausragende Immobilienbewegungen in Niederösterreich waren ein Gebäude um 15,3 Mio. Euro in Leopoldsdorf und um 15,0 Mio. Euro ein Baumarkt in Baden, ein Grundstück in Wiener Neudorf um 10,9 Mio. Euro und ein Gebäudekomplex in der Tullner Innenstadt um 8,7 Mio. Euro.

Steiermark

Die Steiermark hat mit 2,24 Mrd. Euro wieder einen Platz gut gemacht und liegt

beim gehandelten Immobilienwert wieder auf Rang 3. Wertmäßig +34,6 % über 2013 und +17,8 % über 2012 bedeuten die österreichweit massivste Steigerung des Immobilien-Transaktionsvolumens. Daß dies nicht nur auf Preissteigerungen, sondern vor allem auf mehr Verkäufen beruht, zeigen die Verkaufsziffern: 14.430 Verträge sind gegenüber 2013 eine Steigerung von +24,9 % und von +9,4 % im Vergleich zu 2012.

Nach der Anzahl der Verkäufe sieht das Ranking in der Steiermark außerhalb der Stadt Graz folgendermaßen aus: Graz-Umgebung (1.774), Leibnitz (1.116) und Liezen (1.047). Graz selbst führt mit 4.138 Immobilien. Das Schlußlicht in der „Grünen Mark“ ist der Bezirk Murau mit 274 Verkäufen.

Besonders auffällig war ein Verkauf im Bereich der Therme in Bad Gleichenberg im Wert von 19,5 Mio. Euro, sowie der Verkauf eines Handels-Gebäudes in Rosental an der Kainach bei Voitsberg um 17,8 Mio. Euro. Weitere interessante Transaktionen waren ein Gebäude in Knittelfeld um 12,3 Mio. Euro und ein Zinshaus in Graz am Jakominiplatz um 12 Mio. Euro.

Oberösterreich

Oberösterreich ist 2014 nach Wert und Menge der viertwichtigste Immobilienhandelsplatz in Österreich. 13.660 verkaufte Objekte sind um -1,4 % weniger als 2012, aber um +17,6 % mehr als 2013. Der Immobilienwert der 2014 verbücherten Transaktionen wird mit 2,2 Mrd. Euro angegeben, das sind +23,9 % mehr als 2013 und +2,5 % mehr als 2012.

Spitzenreiter unter den oberösterreichischen Bezirken ist – nach der Landeshauptstadt Linz mit 1.698 Verbücherungen – der Bezirk Vöcklabruck mit 1.343 Objekten. Gmunden und Linz-Land folgen auf den Plätzen zwei und drei mit 1.311 und 1.245 Transaktionen. Die Bezirke Schärding mit 503 und Eferding mit 238 Objekten befinden sich am Ende des Rankings. Beim Wert der verbücherten Immobilien liegt die Stadt Linz mit 457,3 Mio. Euro vor Linz-Land (264,6 Mio. Euro).

Wirtschaft

Mit 13 Mio. Euro wertete 2014 ein Gebäude mit Handelsflächen in Braunau die Verbücherungs-Statistik auf, ebenso ein Firmensitz-Gebäude in Linz um 12 Mio. Euro und ein Zinshaus in Wels um 9,3 Mio. Euro.

Tirol

In Tirol, im Bundesländer-Ranking die Nummer 5, kletterten die Verkaufszahlen auf 8.882 Verträge. Das sind stattliche +21,2 % über 2013 und sogar +14,3 % über dem Rekordjahr 2012. Mit einer Steigerung des Handelswertes von +26,1 % auf 2,14 Mrd. Euro verzeichnet Tirol den zweithöchsten Anstieg zu 2013 unter allen Bundesländern.

Die meisten Immobilienverkäufe wurden 2014 in Tirol in den Bezirken Innsbruck Land (2.192), Innsbruck Stadt (2.013), Kitzbühel (1.084) und Kufstein (1.053) verbüchert. Beim verkauften Immobilienwert sind hingegen Innsbruck Stadt, Innsbruck-Land und Kitzbühel beinahe gleichauf.

Besonders erwähnenswert sind eine Grundstückstransaktion in Hall um 11,7 Mio. Euro und ein ehemaliges Hotel in St. Johann um 7 Mio. Euro. Weiters wechselte ein Einfamilienhaus in Innsbruck um stolze 6,4 Mio. Euro und ein Haus am Kitzbüheler Lutzenberg um 6,1 Mio. Euro die Besitzer.

Salzburg

Im Land Salzburg hat noch zur Jahresmitte 2014 alles darauf hingedeutet, daß zwar die Anzahl, aber nicht der Wert der Immo-Verkäufe massiv in die Höhe geht. Schließlich finden sich zum Jahreswechsel 2014 insgesamt 7.084 Immobilien mit neuen Eigentümern im Grundbuch, das sind um 1.608, also beinahe ein Drittel, mehr als 2013.

Der Wert der Immobilienverkäufe stieg jedoch um +25,9 % zu 2013 oder +22,5 % gegenüber 2012 auf 1,72 Mrd. Euro. Gesamt betrachtet läuft das zwar auf eine Verbilligung hinaus, jedoch nicht so deutlich, wie noch zur Jahresmitte erwartet.

Mit 1.848 Verkäufen ist der Flachgau an erster Stelle des Bezirks-Rankings hinter der Stadt Salzburg mit 2.169, gefolgt von Pinzgau (1.405) und Pongau (841). Das größte Transaktionsvolumen ist – wenig überraschend – ebenfalls in der Stadt Salzburg mit 617,5 Mio. Euro zu finden. Stadt und Flachgau machten zusammen über 60 % des gesamten Immobilien-Handelswertes des Bundeslandes aus.

Wertmäßige Spitzenreiter in der Verbücherungsstatistik 2014 sind in der Stadt Salzburg ein Gebäude um 9,4 Mio. Euro, ein Gebäude

in der Judengasse um 7,4 Mio. Euro und ein Objekt in Obertrum um 6,0 Mio. Euro.

Vorarlberg

Vorarlberg hatte zur Jahresmitte 2014 exakt dieselben Statistikwerte für Immobilientransaktionen wie ein Jahr zuvor. Mit Jahresende hat sich das Blatt allerdings gewendet: +15,2 % mehr Immo-Verkäufe und eine Wertsteigerung von +23,3 % zu 2013.

Im Vergleich zu 2012 sind die Steigerungsraten allerdings nicht mehr so dramatisch: Minus 3,1 % bei der Anzahl und +9,6 % beim Wert. In absoluten Zahlen lautet das Ergebnis 2014 für Vorarlberg: 4.749 Immobilien-Kaufverträge um 1,10 Mrd. Euro.

Das Immobilientransaktions-Ranking 2014 in Vorarlberg führt der Bezirk Bregenz mit 1.638 Verkäufen und 404,8 Mio. Euro Wert an.

Die Vorarlberger Top-Verkäufe nach dem Kaufpreis 2014 waren eine Liegenschaft in Lauterach um 10,6 Mio. Euro, gefolgt von einem Gebäude in Kennelbach um 9,4 Mio. Euro und einem in Mäder um 8,0 Mio. Euro.

Kärnten

Kärnten hat nach einem Durchhänger 2013 wieder ordentlich zugelegt, allerdings das Niveau von 2012 noch nicht erreicht: 6.857 Verbücherungen sind um +19,3 % mehr als 2013, aber um -1,2 % weniger als 2012. Der Gesamtverkaufswert liegt mit 1,03 Mrd. Euro um +23,2 % über 2013, aber -6,6 % unter 2012.

Der höchste Immobilienverkaufswert wurde 2014 in der Stadt Klagenfurt (280,1 Mio. Euro) erzielt, gefolgt von Villach (Stadt+Land) mit 235,8 Mio. Euro. Bei der Anzahl der Immobilienverkäufe lag Villach (VI+VL) mit 1.587 Verbücherungen an erster Stelle, auf Platz zwei folgte die Lindwurm-Stadt und auf Rang 3 Spittal/Drau.

Schlusslicht in Kärnten ist der Bezirk Hermagor mit 281 Verkäufen um insgesamt 35,2 Mio. Euro.

Highlights der Kärntner Immobilientransaktionen waren in Pörschach eine Landwirtschaft mit 96.000 m² um 11,9 Mio. Euro und eine Liegenschaft am See um 9,9 Mio. Euro. Ein Grundstück und ein Gebäude in Klagenfurt kosteten 11,3 und 8,0 Mio. Euro, ein Hotel in Steindorf am Ossiachersee 5,9 Mio. Euro.

Burgenland

5.213 Kaufverträge wurden 2014 im Burgenland gezählt, das sind um +3,1 % mehr als 2013, aber um -8,1 % weniger als 2012. Der Wert beläuft sich auf 366 Mio. Euro, das ist ein Plus von 13,4 % zu 2013 oder +12,2 % zu 2012. Wenn man allerdings ein Großobjekt in Parndorf außer Acht läßt, liegt die Steigerung nur mehr bei +11,7 % im Vergleich zu 2013.

Der Bezirk Oberwart ist mit 1.109 Verkäufen der Spitzenreiter im Bezirks-Ranking. Danach folgen die Bezirke Neusiedl (959) und Güssing mit 740 Verbücherungen. Der Wert der gehandelten Immobilien war im Bezirk Neusiedl mit 143,1 Mio. Euro am höchsten und in Jennersdorf mit 15,4 Mio. am niedrigsten.

Erwartungen für 2015

Für das Jahr 2015 erwartet Reikersdorfer stabile Marktverhältnisse: „Die Anzahl der Immobilienverkäufe in Österreich wird sich auch im heurigen Jahr auf hohem Niveau einpendeln. Es ist mit einem leicht steigenden Angebot, einer guten Nachfrage und weitgehend konstanten Preisen zu rechnen. Lediglich bei hochpreisigen Wohnimmobilien und bei Gewerbeliegenschaften wird es vielerorts zu deutlichen Preiskorrekturen nach unten kommen.“

<http://www.remax.at>

Statistik Austria berechnet neue Häuser- und Wohnungspreisindizes

Der von Statistik Austria berechnete und ab März 2015 quartalsweise publizierte Häuserpreisindex (HPI) weist für das Jahr 2014 eine Preissteigerung von 3,5% zum Vorjahr aus. Die Preisdynamik war damit 2014 wesentlich geringer als in den Jahren zuvor (2011: +6,3%, 2012: +7,3%; 2013: +5,2%). Die Kaufpreise für gebrauchten Wohnraum

stiegen – mit Ausnahme von 2014 – seit 2010 stärker als jene für neuen Wohnraum. Grundlage der Erhebung sind die von Privathaushalten getätigten Käufe von neuen und bestehenden Häusern und Wohnungen. Es werden die tatsächlichen Transaktionspreise erfaßt und quartalsweise ausgewertet.

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/preise/haeuserpreisindex/index.html

TierQuarTier Wien

Tierversorgung in Wien wurde auf völlig neue Beine gestellt

Eine erste positive Bilanz zog Tierschutzstadträtin Ulli Sima am 25. März zum TierQuarTier Wien: „Ich bin stolz darauf, daß wir mit dem TierQuarTier die Tierversorgung auf völlig neue Beine gestellt haben. Wir versorgen alle entlaufenen und herrenlose Hunde, Katzen und Kleintiere und vermitteln sie rasch wieder an TierliebhaberInnen“, so Sima. Das TierQuarTier in der Donaustadt soll ein Ort der Begegnung von Mensch und Tier in der Millionenstadt sein. Von der Stadt Wien werden jährlich rund 3500 heimatlose Tiere versorgt. Konzipiert ist das Haus in der Donaustadt auf einer Fläche von 9700 m² für bis zu 300 Katzen, 150 Hunde und hunderte Kleintiere. Derzeit sind rund 68 Katzen, 53 Hunde und 55 Kleintiere im TierQuarTier untergebracht.

Im Gegensatz zum Wiener Tierschutzverein in Vösendorf übernimmt das TierQuarTier keine Privatabgaben, sondern betreut jene Tiere, für die die Stadt Wien gesetzlich verpflichtet ist, also herrenlose, entlaufene und beschlagnahmte Tiere.

Moderne Vergabesysteme im neuen TierQuarTier

Um Tiere nicht zu stressen, wurde für das neue Haus ein spezielles Vergabesystem entwickelt. Die BesucherInnen können nicht in den Hundebereich, sondern werden die Tiere in „Wohnzimmer-Atmosphäre“ in eigenen Räumen kennenlernen. Weiters können BesucherInnen nur ausgewählte Katzenkäfige besichtigen. Für die Kleintiere gibt es auch einen Besucherraum, wo sich Mensch und Tier entspannt kennenlernen können. Vor einer Vergabe erfolgt eine ausführliche Beratung durch TierpflegerInnen. Aufgebaut wird ab Mai auch ein Voluntär-System, bei dem sich TierliebhaberInnen um Tiere kümmern können, die zu Hause kein eigenes Tier halten können. Dazu bedarf es einer Ausbildung im Vorfeld.

Robuste Materialien für ein Haus der Zukunft

„Ziel war es, ein modernes, tierschutzgerechtes Haus zu errichten, das auch in 30 Jahren noch in Top-Zustand ist“, so Sima. Verwendet wurden daher kratzfeste, unverwüstliche Materialien. Für die Böden wird „Feinsteinzeug“ eingesetzt, das keine Flüssigkeiten durchläßt und auch das Fugenmaterial ist



Foto: PID / Fürthner

Gut aufgehoben, bis sie ein neues Zuhause findet: »Hanni« im TierQuarTier Wien

resistent gegen Nässe und Urin. Die Käfige werden mit Edelstahlgittern versehen, die nicht rosten. Wien orientiert sich bei der Bauweise an best-practice-Beispielen vor allem aus England.

Moderne Architektur für Mogli, Bello & co

Es gibt tiergerechte gestaltete Zwinger, Außenbereiche und Käfige, in denen sich die Tiere wohl fühlen, modernste Quarantänestationen, durchdachte Lüftungs- und Heizungssysteme mit hohem Komfort. Die Luft wird über Aggregate am Dach gefiltert, somit gibt es keine Geruchsbelästigungen. Jeder einzelne Käfig, sowohl bei den Hunden, als auch bei den Katzen, wird mit Frischluft versorgt bzw. die verbrauchte Luft abgesaugt. So ergibt sich eine zehnfache Luftwechselrate, das heißt, pro Stunde wird die Raumluft zehn Mal gewechselt.

Durch viel Glas und Lichtkuppeln kommt möglichst viel Tageslicht in das Innere der Gebäudeteile. Jeder Hundekäfig hat auch einen Außenkäfig, der zur Hälfte mit Holzdach und zur Hälfte mit durchsichtigen Steg-

platten überdacht ist. Damit sind die Hunde wettergeschützt, können aber zwischen Schatten und Sonne wählen.

TierQuarTier Wien – ein Öko-Vorzeigeprojekt

Im TierQuarTier wird moderner Tierschutz mit aktivem Umweltschutz verbunden. Eine Fotovoltaikanlage liefert 50 KW für die Haustechnik. Die Wärme bezieht man in Form von Abwärme bei der Verstromung des Deponiegases der Nahen Deponie Rautenweg. Die Fußbodenheizung kann im Sommer auch als Kühlung genutzt werden, indem

Kooperation mit dem WTV

Mit dem Wiener Tierschutzverein (WTV) gibt es eine sehr gute Kooperation im Sinne der Tiere. So hat die Stadt Wien einen Leistungsvertrag abgeschlossen, der regelt, daß der WTV Vögel, Aquarienfische und Wildtiere im Auftrag der Stadt betreut. Im Gegensatz zum TierQuarTier übernimmt der WTV auch Privatabgaben von Tieren. ■

<http://www.tierquartier.at>

Chronik

Stadt: Gärten: 62.000 Blumen bringen Salzburg zum Blühen

Gänseblümchen, Vergißmeinnicht, Stiefmütterchen und Goldlack – über 62.000 Frühlingsboten verschönern rechtzeitig vor Ostern die Stadt Salzburg. „Salzburgs grüne Profis von den Stadt:Gärten waren wieder im Einsatz und so erfreuen bunte Blumen in Parks, Grünanlagen und Verkehrsinseln Einheimische und Gäste gleichermaßen. Alles ist nach Plan gelaufen, das Wetter hat gepasst und die Pflänzchen waren rechtzeitig zur Auspflanzung bereit“, freut sich Ressortchef Harry Preuner.

Allein im Mirabellgarten wurden rund 35.000 Pflanzen, die meisten davon Stiefmütterchen, per Hand in Reih und Glied gepflanzt. Diese bilden mit den Tausenden im Herbst des vergangenen Jahres gesetzten Zwiebelpflanzen (200 Kaiserkronen, 1000 Narzissen und 8000 Tulpen) das bekannte Frühlingsflair in der denkmalgeschützten Schloßparkanlage.

Die Pflanzen wurden in 3000 m² „Hochglas“ in den Gewächshäusern der Stadt:Gärten gezogen. Und hier mußte rechtzeitig für die „Sommerware“ Platz geschaffen werden. Jetzt werden rund 3600 Begonien und 4200



Foto: Stadt Salzburg / Johannes Killer

Peter Ebner mit Ressortchef Vbgm. Harry Preuner, Johann Sperr und Sabrina Sibr im Mirabellgarten.

Wandelröschen in den Glashäusern in der Karl-Höllner-Straße für die Sommerauspflanzung im Mai gezogen. Daneben wachsen Geranien und Studentenblumen, die im Sommer auch den Mirabellgarten verschönern.

Insgesamt 160 FloristenInnen, LandschaftsplanerInnen, HandwerkerInnen und

TechnikerInnen kümmern sich um knapp 2,5 Mio. m² Grün mit 21.000 Bäumen im öffentlichen Raum. Die Wasserspiele und der Park von Schloß Hellbrunn werden ebenso gehegt und gepflegt, wie die 15 Parkanlagen und 82 Spielplätze. 19 Fußballfelder, 1800 Verkehrsinseln und mehr als 1200 Pflanztröge werden in Schuß gehalten. ■

»mi subrs Ländle« in über 50 Vorarlberger Gemeinden

Am 14. März startete wieder der „mi subrs Ländle“-Aktionszeitraum: In über 50 Vorarlberger Gemeinden machten sich BürgerInnen, Vereine, Schulen und Unternehmen bei Flurreinigungen für eine saubere Umwelt auf den Weg. Umweltlandesrat Johannes Rauch richtete einen Appell an die Bevölkerung, sich aktiv an der Flurreinigung zu beteiligen: „Saubere Umwelt braucht jede und jeden von uns! Ich danke daher allen Freiwilligen, die mit ihrem Engagement dazu beitragen, daß unsere Natur, unsere Umwelt sauberer werden.“

Unternehmen, Land, Gemeinden und viele andere wenden laufend hohe Summen und viel Einsatz dafür auf, um weggeworfene Abfälle zu beseitigen. Wiesen, Ufer, Straßen, Haltestellen, Plätze, Freizeiteinrichtungen und viele andere Orte wären sonst in kurzer Zeit „zugemüllt“, die Belastung für Pflanzen, Tiere, Wasser, Boden und auch für uns Menschen untragbar. Umwelt, Lebensqualität und Sicherheit stehen auf dem Spiel – eigentlich bei jedem achtlos weggeworfenen Gegenstand. „Wer daher auch in diesem Bereich mit der Umwelt sensibel und verantwortungsvoll umgeht, wirkt mehrfach positiv.“



Foto: Anna Tschegg, Umweltverband

Gemeinsam mit Umweltverbandsobmann Rainer Siegele, Marco Ortner von der Fachgruppe Abfallwirtschaft in der Wirtschaftskammer, dem Bregenzer Bürgermeister Markus Linhart und ORF-Landesdirektor Markus Klement stellte Landesrat Johannes Rauch die diesjährige Flurreinigungsaktion in der Mehrerau vor.

Flurreinigungen und ähnliche Aktionen gehören in Vorarlbergs Gemeinden seit Jahrzehnten zum Standard. Seit mehreren Jahren verstärkt der ORF Vorarlberg gemeinsam mit Land, Umweltverband und der Fachgruppe Abfall- und Abwasserwirtschaft der Wirtschaftskammer die Wirkung dieser Aktivitä-

ten. Das landesweite Dach, die breite Information, in die viele Engagierte miteinbezogen werden oder eine kleine Aufmerksamkeit für die TeilnehmerInnen sind unterstützende Bausteine dafür. Heuer kamen Samentüten mit einer speziell auf Bienen ausgerichteten Blumenmischung zur Verteilung. ■

Der harte Kampf hat sich gelohnt

Das österreichische Weinjahr 2014



Foto: Niederösterreich-Werbung/Lois Lammerhuber

Weltkulturerbe Wachau – ein beeindruckender Blick über die Weingärten auf Spitz an der Donau

Nach den bekannt schwierigen Witterungsverhältnissen im Sommer und Herbst 2014 hatte Österreichs Winzerschaft in den Weingärten alle Hände voll zu tun, um gesundes und reifes Traubengut zu gewinnen. Mit vermehrten Anstrengungen und sehr hohem Leseaufwand ist es letztendlich gelungen, trinkfreudige, schlanke Weine zu erzielen, freilich um den Preis einer geringen Erntemenge, die mit rund zwei Millionen Hektolitern weit unter dem langjährigen Durchschnitt liegt.

Nach einem sehr milden Winter und einem trockenen, wunderschönen Frühlingsbeginn hat der überaus nasse und kühle Mai als erste Warnung gedient. Die Blüte verlief bei günstigem Wetter noch problemlos, bloß setzte nach einer kurzen Hitzewelle erneut feuchte Witterung ein, die sich mehr oder weniger über den gesamten Sommer erstreckte. Speziell der August war äußerst trüb und sonnenarm, wobei selbst in diesem Monat noch alle Vorzeichen für einen sehr

guten Jahrgang gegeben schienen. Die endgültige Wende zum Schwierigen brachte dann der äußerst nasse, traditionell für die Hauptlese ausschlaggebende September. Erst im Oktober wendete sich das Blatt dann ein wenig zum Positiven.

Niederösterreich – fruchtbetont-frische Veltliner und feine Rieslinge

Diese Wetterkapriolen galten für das größte österreichische Weinbaugebiet Niederösterreich vollinhaltlich, da und dort kamen noch punktuelle Hagelschläge hinzu. Dennoch haben sich bei penibler Selektion etwa für die Haus-und-Hof-Sorte Grüner Veltliner sehr fruchtbetonte, schlanke bis mitteltgewichtige Weine mit frischer, aber nie aggressiver Säurestruktur ergeben; höhere Mostgewichte waren allerdings nur vereinzelt möglich. Auch für die Rieslinge zahlte sich längeres Zuwarten bei der Ernte aus und wurde mit angenehm reifen Exemplaren, die zum Teil von exotischen Fruchtkomponen-

ten à la Ananas und Mango geprägt sind, belohnt. Hier sind die Säurewerte zwar schmeckbar höher, fügen sich aber gut in das Gesamtbild ein. Auch die Weißburgunder und Chardonnays fallen rund und strukturiert aus, während die Bukettensorten wie Muskateller und Traminer mit vielerlei Schwierigkeiten zu kämpfen hatten, sodaß die Ausfälle für diese Gruppe recht hoch waren. Auf dem roten Sektor lassen sich ausgewogene, von heller Frucht durchzogene, wenn auch etwas schlankere Gewächse erwarten, die vermutlich frühes Trinkvergnügen bereiten werden.

Burgenland – rotbeerige Rote und animierende Weiße

Im Burgenland war die Situation ähnlich wie im übrigen Österreich, allerdings führte das allzu heiße Blütewetter bereits zu Verrieselung und in der Folge deutlichen Ertrags-einbußen. Auch einige Top-Selektionen und Lagenreserven wird es 2014 aufgrund der fehlenden Zuckereinlagerung in den Trauben

Gastronomie & Kulinarisches

nicht geben. Für viele weiße Fröhsorten, aber auch für den empfindlichen Zweigelt war im September rasches Handeln gefordert, um eine entsprechende Menge an gesundem Traubenmaterial einzufahren. Von den Rotweinsorten scheint der dickschalige und robuste Blaufränkische im Vorteil gewesen zu sein, wie speziell die Winzer aus dem mittleren und südlichen Burgenland berichten. Schwierig war die Situation für die französischen Rebsorten, von denen der Merlot am ehesten reüssieren konnte. St. Laurent und Zweigelt zeigen sich zugänglich und einladend, mit geschmeidiger Frucht und eleganter Struktur bei moderatem Alkohol; der Blaufränkisch präsentiert sich heuer mit eher dunkleren Fruchtnoten als gewöhnlich. Prinzipiell sind im Burgenland schlanke, jedoch zugängliche und einladende, rotbeerig anmutende Rotweine zu erwarten. Für die Süßweine ist eine Prognose noch sehr früh, sie zeichnen sich jedoch bisher durch ihr filigrane und elegante Struktur mit prägnanter Säure aus, die ihnen einen sehr frischen und jugendlichen Charakter verleiht und großes Lagerpotenzial erwarten läßt. Für die trockenen Weißweine ist wieder auf die geringe Erntemenge hinzuweisen. Die frühreifen Weißweinsorten wie Bouvier, Muskat Ottonel oder Sauvignon Blanc präsentieren sich fruchtbetont, spät gelesene Weine wie Grüner Veltliner, Chardonnay oder Weißburgunder bestechen durch ihre Frische und Spritzigkeit mit vielen Assoziationen an exotische Früchte.

Steiermark – fruchttiefe Sauvignons, geschmeidig-balancierte Burgunder

Auch in der Steiermark verlief das Weinjahr ganz ähnlich, wobei speziell der September ausgedehnte Regenmengen mit sich brachte, welche die Rebsorten aufgrund des Fäulnisdrucks in unterschiedlicher Weise be- trafen. Zudem hatte das Vulkanland Steiermark (Südoststeiermark) Anfang September noch ein Hagelunwetter zu verzeichnen. Umso erfreulicher ist unter diesen Voraussetzungen, daß sich auch die steirischen Weißweine, die bis dato verkostet werden konnten, sehr animierend und lebhaft bei etwas geringerem Alkoholgehalt als üblich präsentieren. Dieses „Manko“ wird aber durch trinkfreudige, harmonische Art und vor allem tiefe Frucht ausgeglichen, welche die Sortenattribute bestens zur Geltung bringt. Sehr knusprig und erfrischend präsentieren sich beispielsweise die Welschrieslinge, noch etwas zurückhaltend hingegen die Muskateller. Von den allerwichtigsten

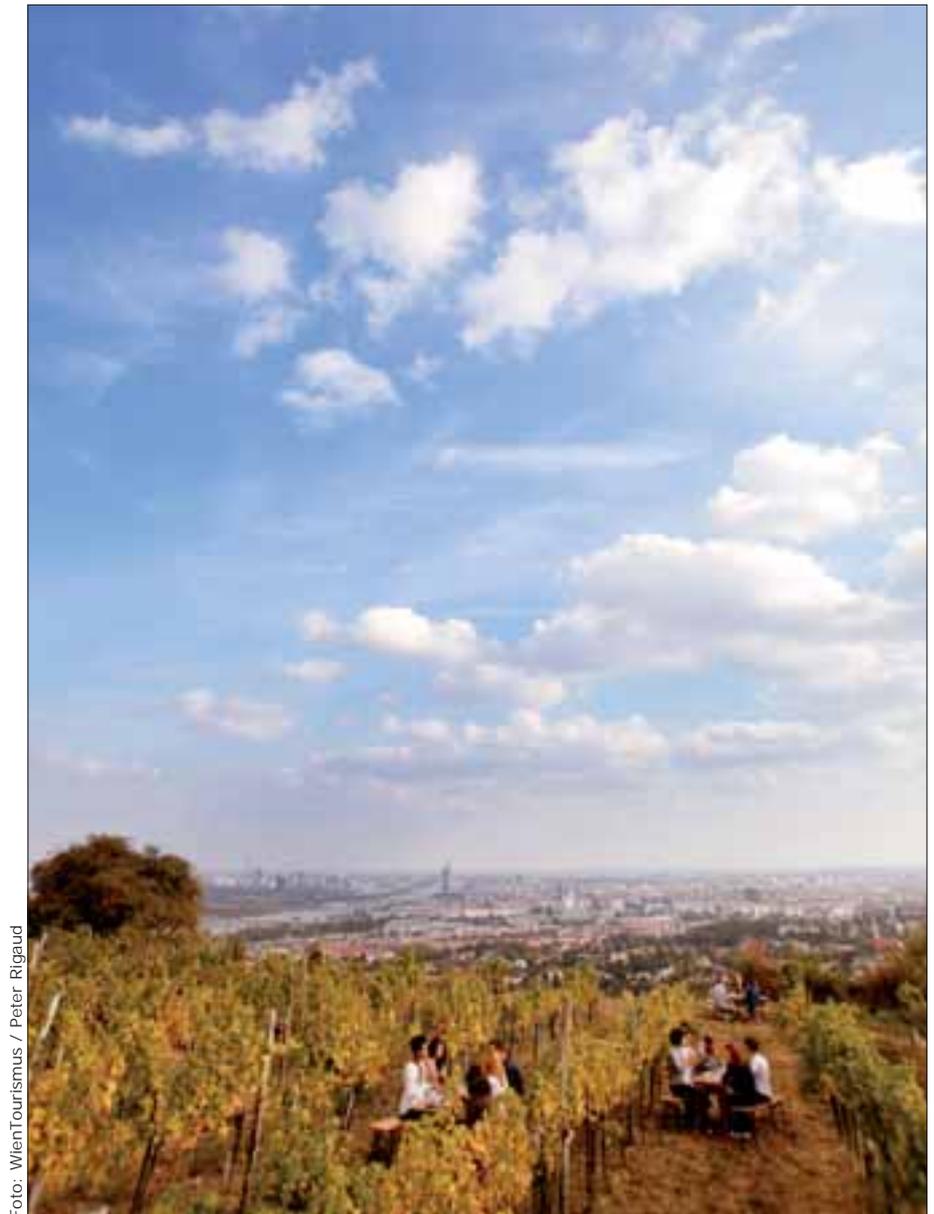


Foto: WienTourismus / Peter Rigaud

Weinlese beim Wieninger am Nußberg mit Blick auf Wienerstadt und Donau

Rebsorten ist der Sauvignon Blanc sehr typisch und fruchttief ausgefallen, wobei die schotigen Akzente zum Teil etwas im Vordergrund stehen. Die Weißburgunder und Morillons sollten sich als geschmeidig wie balanciert erweisen, was auch für die Schilcher der Weststeiermark gilt, die nach drei kräftigen Jahren wieder einmal im leichten Bereich liegen.

Vielschichtige Wiener Gemischte Sätze

In Wien hatte das schwierige Weinjahr bereits mit einem Donnerschlag in Form eines heftigen Hagelgewitters Anfang Mai begonnen, das vor allem am berühmten Nußberg erhebliche Schäden und in der Folge drastische Ernteeinbußen verursachte. Glücklicherweise blieben andere Döblinger Lagen, aber auch die Weingärten am Bisamberg und

in Mauer verschont. Nach diesem Schock im Frühjahr verlief die Witterung im Großen und Ganzen wie in den anderen Gebieten, wobei die Reife da und dort sogar einen Tick höher lag. Auch die Weißburgunder und Chardonnays sind in ihrer schmelzigen, runden Verfassung gut geraten, bei den Rieslingen sind da und dort leichte Botrytis-Einflüsse merkbar, die aber von der rassigen Säure gut konterkariert werden. Vor allem beim stark im Aufwind befindlichen Wiener Gemischten Satz scheint es gelungen zu sein, sehr balancierte und auch vielschichtige Gewächse hervorzubringen, welche die Eigenarten ihrer Herkunftslagen in den Vordergrund rücken. Im roten Segment sind schlanke, rotbeerige Tropfen zu erwarten, die aber über dem Niveau des Jahres 2010 liegen. ■

<http://www.oesterreichwein.at>

Rudolf Kirchschräger

zum 100. Geburtstag und 15. Todestag des beliebten Bundespräsidenten (1915-2000)



Foto: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Heinz Fischer bei Präsentation des Buches »Rudolf Kirchschräger. Ins Heute gesprochen«

Anlässlich des 100. Geburtstages sowie der 15. Wiederkehr des Jahrestages des Ablebens von Bundespräsident von Rudolf Kirchschräger (geboren am 20. März 1915, verstorben am 30. März 2000) hat Bundespräsident Heinz Fischer im Gedenken an seinen verewigten Amtsvorgänger am 20. März bei der Präsidentengruft auf dem Wiener Zentralfriedhof einen Kranz niedergelegt. An der Zeremonie haben auch Angehörige der Familie Kirchschräger teilgenommen.

»Rudolf Kirchschräger. Ins Heute gesprochen«

Rudolf Kirchschräger hat im Laufe seiner Amtszeit rund 1200 Reden verfaßt. Anlässlich des 100. Geburtstags Kirchschrägers hat sein Sohn Walter Zitate daraus entnommen und thematisch geordnet. Unter dem Titel „Rudolf Kirchschräger. Ins Heute gesprochen“ sind sie nun in Buchform verfügbar.

Zu elf Themen hat Walter Kirchschräger, emeritierter Theologieprofessor und von 1970 bis 1973 Sekretär von Kardinal Franz König, Textpassagen aus der Amtszeit seines Vaters (1974 bis 1986) ausgewählt. Der thematische Bogen reicht vom Verständnis des

öffentlichen Amtes über das politische und gesellschaftliche Leben in Österreich bis zur Wissenschaft, der Ethik und der Religion.

Bundespräsident Heinz Fischer hat dem bei styria premium erschienen Buch ein Vorwort beigesteuert. Er verhehle nicht, „daß ich die feste Absicht habe, den einen oder

anderen Gedanken, der in diesem Buch enthalten ist, als – wenn auch nicht unmittelbar – Nachfolger von Rudolf Kirchschräger zu verwenden, und nach Möglichkeit zu beherzigen“, so der Bundespräsident.

Ebenfalls am 20. März fand im Wiener Stephansdom ein von Kardinal Christoph



Foto: Bundesheer / Harald G. M. Minich

Bundespräsident Heinz Fischer gedachte Altbundespräsidenten Rudolf Kirchschräger mit einer Kranzniederlegung vor der Präsidentengruft.

Personalia

Schönborn geleiteter Gottesdienst zum Gedenken an Rudolf Kirchschräger statt, an dem auch Bundespräsident Heinz Fischer und seine Gemahlin teilnahmen.

Rudolf Kirchschräger war der fünfte Bundespräsident der Zweiten Republik Österreich. Er übte zunächst den Beruf eines Richters in Niederösterreich und Wien aus und wurde später Beamter des Österreichischen Außenministeriums. Im Jahr 1970 wurde der parteilose Jurist als Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten in die Regierung des Bundeskanzlers Bruno Kreisky berufen, der er bis zu seiner Wahl zum Bundespräsidenten im Jahr 1974 angehörte. Nach sechsjähriger Amtszeit wurde Bundespräsident Kirchschräger mit fast 80 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen neuerlich zum Bundespräsidenten gewählt. Nach dem Ende seiner zweiten Amtszeit im Jahr 1986 zog er sich ins Privatleben zurück und verstarb kurz nach seinem 85. Geburtstag in Wien.

Bundespräsident Dr. Heinz Fischer würdigte seinen Amtsvorgänger als „im In- und Ausland hoch angesehenen österreichischen Staatsmann und als moralische Autorität, dem unser Land für sein Wirken zu großem Dank verpflichtet ist und stets ein ehrendes Gedenken bewahren wird“.

Als „einen großen österreichischen Staatsmann“ würdigte Nationalratspräsidentin Doris Bures den ehemaligen Bundespräsidenten. „Rudolf Kirchschräger hat sich durch eine hohe soziale Gesinnung, durch Weitblick und eine beispielhafte Integrität ausgezeichnet. Seine Beliebtheit war nicht nur seiner menschlichen und politischen Größe geschuldet, sondern auch einer besonderen Bescheidenheit, die Kirchschräger zeitlebens und auch im höchsten Amt des Staates nie abgelegt hat. Vor allem aber war Rudolf Kirchschräger eine moralische Instanz. Viele seiner weisen Worte sind von zeitloser Gültigkeit“, so die Nationalratspräsidentin.

Oberösterreichs Landeshauptmann Josef Pühringer würdigte den ehemaligen Bundespräsidenten „als großen Oberösterreicher, der als Staatsoberhaupt durch seine Glaubwürdigkeit und Integrität, seinen Mut und seine Bescheidenheit, seine Grundsatztreue und seine Humanität für unser Land menschliche und politische Maßstäbe gesetzt hat. Rudolf Kirchschräger hat Zeit seines Lebens vor allem durch seine gelebte Übereinstimmung von politischer Überzeugung und Lebenspraxis beeindruckt. Leben, Tun und Rede waren bei ihm deckungsgleich“, so Pühringer.

Seine beeindruckende Biographie, sein



Foto: Land OÖ / Deedl

Nach dem Festakt in Kirchschrägers Geburtsort Niederkappel (v.l.): Vizekanzler Reinhold Mitterlehner, LH Josef Pühringer, Christa Stadler (Tochter) und Univ. Prof. Walter Kirchschräger (Sohn v. Rudolf Kirchschräger) und Bgm. Josef Wögerbauer

Mut und seine Grundsatztreue hätten die natürliche Autorität Rudolf Kirchschrägers ausgemacht. In seiner Amtszeit und darüber hinaus seien das Wort und seine Reden sein wirkungsvollstes Instrument gewesen.

„Durch seine Reden zieht sich wie ein roter Faden, daß er immer wieder zu Fragen der Ethik im täglichen Leben Stellung genommen hat. Er hat jede Möglichkeit, die sich ihm geboten hat, genutzt, um darauf hinzuweisen, daß Verantwortung zu den angeborenen Menschenpflichten gehört.“

»Dahoam is dahoam« hatte für Rudolf Kirchschräger zeitlebens Gültigkeit

Ein ganzes Wochenende stand in Oberösterreich im Zeichen des Kirchschräger-Gedenkens. Am 20. März wurde in Kronstorf, wo Kirchschräger seine Kindheit verbracht hat und dessen Ehrenbürger er war, eine

Gedenkausstellung eröffnet und eine Sonderpostmarke präsentiert: „Rudolf Kirchschräger hat Zeit seines Lebens seine Beziehung zu Oberösterreich im allgemeinen und zu Kronstorf im besonderen nie abgebrochen.“ Kirchschräger habe das selbst in einer Rede, die er im Mai 1982 anlässlich der Markterhebung von Kronstorf gehalten hat, ganz besonders zum Ausdruck gebracht. Er hat damals gesagt: „Dahoam is dahoam. Dieser Satz gilt umso mehr, je mehr man in der Welt herum kommt, je länger man von zu Hause weg ist, desto stärker spürt man dies.“

Tags darauf wurde im Linzer Landhaus das „Dr. Rudolf Kirchschräger-Stipendium“ der Österreichischen Jungarbeiterbewegung übergeben. Am 22. März fand in Kirchschrägers Geburtsort Niederkappel eine Festmesse mit einem anschließenden Festakt statt. ■ http://de.wikipedia.org/wiki/Rudolf_Kirchschräger



Foto: Land OÖ / Stinglmayr

v.l.: Bürgermeister Christian Kolarik, Landeshauptmann Josef Pühringer, Volksschul-Direktorin Eva Hofer, Harald Birkhuber und Rupert Dworak bei der Ausstellungseröffnung in Kronstorf mit einem Portrait von Rudolf Kirchschräger

Karl Moik ist tot

Als Erfinder und langjähriger Moderator des »Musikantenstadls« begeisterte er über einen Zeitraum von 25 Jahren Millionen ZuseherInnen. Am 26. März im Alter von 76 Jahren im Landeskrankenhaus Salzburg gestorben.

Mit Karl Moik verliert die Volksmusik der Alpenländer Österreich, Deutschland und der Schweiz einen der bekanntesten Vertreter. Jemanden, der über Jahrzehnte mit dem von ihm erfundenen Musikantenstadl für großes Publikum sorgte und für viele Musikerinnen und Musiker Wegbegleiter wurde“, so Kulturminister Josef Ostermayer zum Tod Karl Moiks. Moik bleibe vielen Menschen als großer Entertainer in Erinnerung, der neben der Moderation auch mit Gesang und Humor bei seinen Fans gepunktet hat. „Mein Mitgefühl, meine Anteilnahme und mein aufrichtiges Beileid gilt in diesen schweren Stunden seiner Familie und seinen Freunden“, so Ostermayer.

ORF, BR und SRF trauern um Karl Moik

ORF-Generaldirektor Alexander Wrabetz: „Karl Moik war als Erfinder des ‚Musikantenstadls‘ Wegbereiter für einen unvergleichbaren Erfolgslauf volkstümlicher Musiksendungen im Fernsehen. Er brachte mehr als 25 Jahre lang den Menschen rund um den Globus populäre österreichische Volkskultur näher. Seine unermüdliche Begeisterung, sein aufopfernder Enthusiasmus und sein Gespür für Unterhaltung machten Karl Moik zum ‚Mister Musikantenstadl‘, der das Format zu weltweiter Bekanntheit führte. Unser tiefes Mitgefühl gehört seiner Frau und seiner Familie.“

ORF-Fernsehdirektorin Kathrin Zechner: „Karl Moik war ein einzigartiger Entertainer, ein herausragender Mensch, der mit seinem Charme und seiner unbändigen Liebe zur Volksmusik unsere Herzen stets erheitern konnte. Er wird als einer der großen unvergesslichen deutschsprachigen Entertainer, schillernde Persönlichkeit und Förderer der deutschsprachigen Volksmusikszene in Erinnerung bleiben.“ Moik sei ein Vorbild für alle jene, die für ihre Arbeit brennen, die es schaffen, KünstlerInnen aus aller Welt zusammenzubringen und live für ein Millionenpublikum eine wunderbare Show zu machen. Die traurige unerwartete Nachricht von seinem Tod hinterläßt einen tiefen Schmerz.“

Annette Siebenbürger, Leiterin Programmbereich Bayern und Unterhaltung, Bayerischer Rundfunk: „Karl Moik hat den ‚Musikantenstadl‘ mit seiner Persönlichkeit, Kraft und Kreativität zu einer starken und beliebten Marke gemacht, die seither regelmäßig Millionen Zuschauer in drei Ländern begeistert. In seiner Ära hat der ‚Musikantenstadl‘ die Welt bereist.“



Foto: ORF / Ali Schaffner

»Mister Musikantenstadl« Karl Moik

Christoph Gebel, Abteilungsleiter Unterhaltung, Schweizer Radio und Fernsehen: „Das Schweizer Fernsehpublikum liebte Karl Moik als Begründer und Moderator des ‚Musikantenstadl‘.“ Das Schweizer Publikum, die Volksmusikszene und Schweizer Radio und Fernsehen seien ihm für sein Schaffen ungemein dankbar. „Mit ihm verlieren wir eine Identifikationsfigur für dieses Genre. Unsere Gedanken sind bei der Familie, den Angehörigen und seinen Freunden.“

Als Erfinder und langjähriger Moderator des „Musikantenstadl“ begeisterte Karl Moik über einen Zeitraum von 25 Jahren Millionen Zuseherinnen und Zuseher und galt als absoluter Spezialist des Genres.

Moik wurde am 19. Juni 1938 in Linz geboren und wuchs in Hallein bei Salzburg auf. Ab 1973 moderierte Moik im ORF-Landesstudio Oberösterreich die von ihm gestaltete Rundfunksendung „Volkstümliche Hitparade“. 1980 konzipierte er die Fernsehsendung „Musikantenstadl“, die am 5. März 1981 live aus Enns erstmals auf Sendung ging. Was folgte, waren 25 Jahre Fernsehgeschichte.

Am 31. Dezember 2005, nach mehr als 180 Ausgaben und zahlreichen Reisen um die Welt, verabschiedete sich Karl Moik in Klagenfurt zum letzten Mal von seinem Publikum mit „Servas, pfiat Gott und auf Wiedersehen“. Für seine Verdienste um die Kultur wurde Moik im Jahre 2003 mit dem Großen Goldenen Ehrenzeichen der Stadt Linz ausgezeichnet, außerdem wurde ihm im August 2004 der Ehrenprofessorentitel verliehen. 2004 und 2007 erhielt der Publikumsliebbling jeweils eine „Krone der Volksmusik“.

http://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Moik

Tirol gratuliert Tobias Moretti zum Großen Schauspielpreis

Ob als Freiheitsheld Andreas Hofer in „Die Freiheit des Adlers“, als Untoter in „Der Vampir auf der Couch“, als Hans Brenner in „Das finstere Tal“, bei den Salzburger Festspielen als Teufel und guter Gesell im „Jedermann“ oder als Faust im gleichnamigen Drama von Goethe am Burgtheater Wien – Tobias Moretti ist in allen Genere der Schauspielkunst zu Hause. Für seine Verdienste um die österreichische Filmkultur erhielt der 55jährige bei der Diagonale in Graz den Großen Schauspielpreis. Tirols Landeshauptmann Günther Platter gratulierte dem Tiroler am 23. März bei einem Empfang im Landhaus zur Auszeichnung.

„Trotz seines großen Renommées und seiner zahlreichen Engagements im In- und Ausland ist Tobias Moretti stets eng mit seiner Heimat Tirol verbunden“, betonte der Landeshauptmann. Moretti ist nicht nur Theater- und Filmschauspieler, sondern auch Bauer. Er betreibt in Ranggen bei Innsbruck einen 400 Jahre alten Bauernhof. „Tobias Moretti ist ein herausragender Künstler mit großer Bandbreite. Ich bin überzeugt, daß er mit seinem facettenreichen schauspielerischen Können noch viele Erfolge feiern wird. Ich wünsche ihm für seine Zukunft im Namen der gesamten Tiroler Landesregierung weiterhin viel Erfolg.“



Foto: Land Tirol / Wikipil

LH Platter gratulierte Tobias Moretti zum Großen Diagonale-Schauspielpreis.

Neben dem Großen Diagonale-Schauspielpreis, dem Bayerischen Filmpreis oder dem deutschen Filmpreis „Lola“ erhielt Moretti unter anderem auch die Goldene Romy und zwar drei Mal als beliebtester Serienstar und drei Mal als beliebtester Schauspieler. 2012 wurde er mit dem Ehrenzeichen des Landes Tirol bedacht. Mit der Auszeichnung

würdigt das Land Tirol hervorragendes öffentliches und privates Wirken, insbesondere auf politischem, wirtschaftlichem, kulturellen und humanitären Gebiet.

Seit 2014 ist Moretti „Ökonomierat“. Dieser Berufstitel ist die höchste staatliche Auszeichnung in Österreich für in der Landwirtschaft Tätige. ■

Fischler als Präsident des Europäischen Forums Alpbach bestätigt

Franz Fischler, langjähriger EU-Kommissar und seit 2012 Präsident des Europäischen Forums Alpbach, wird auch in den nächsten drei Jahren die Geschicke des Forums lenken. Sein Stellvertreterteam, bestehend aus Caspar Einem, ehemaliger Innen-, Wissenschafts- und Verkehrsminister, Sonja Puntischer Riekmann, Universitätsprofessorin und Leiterin des Salzburg Centre of European Union Studies, Claus J. Raidl, Präsident der Oesterreichischen Nationalbank und Ursula Schmidt-Erfurth, Leiterin der Universitätsklinik für Augenheilkunde und Optometrie der MedUni Wien, wurde ebenso einstimmig bestätigt.

„Egal ob Klimawandel, Terror oder Wirtschaftskrisen – die Probleme der Welt haben komplexe Ursachen und betreffen uns alle. Daher ist es wichtiger denn je, Menschen aus allen Disziplinen, Kulturen und Generationen in einen Dialog zu bringen. Ich freue mich, das Europäische Forum Alpbach mit vielen motivierten Menschen weiter zu einer Wissenskonferenz im Weltformat entwickeln zu



Foto: Forum Alpbach / Philipp Naderer

Franz Fischler, Präsident des Europäischen Forums Alpbach

können“, so Franz Fischler über sein Engagement.

Dank der Kontinuität in den Führungsgremien wird das Europäische Forum Alpbach seine Position als internationale und interdisziplinäre Plattform weiter stärken können. Zusätzlich zur Seminarwoche und den acht mehrtägigen Alpbacher Gesprächen organisiert der Verein interaktive Formate wie den „Alpbach in Motion“ Summit, die „Alpbacher Medienakademie“ oder das politische Innovationslabor „Re:think Austria“. Zwei neue Sommerschulen zu den Themen „Entrepreneurship“ und „Facilitation & Participatory Leadership“ stehen heuer erstmals am Programm.

Die nächste Ausgabe des Europäischen Forums Alpbach findet von 19. August bis 4. September 2015 statt. Das gesamte Programm wird am 21. April 2015 präsentiert.

Das vorläufige Programm und Informationen zu den umfassenden Stipendien finden Sie unter

<http://www.alpbach.org>

Kulturminister Ostermayer ehrt Adi Hirschal

Adi Hirschal ist einer der vielseitigsten Künstler Österreichs. Er ist Schauspieler, Sänger, Produzent, Intendant, Regisseur und Theatergründer. Ein außergewöhnlicher Allrounder, dabei gleichermaßen populär wie auch sehr ernsthaft in der künstlerischen Ausführung“, sagte Kulturminister Josef Ostermayer am 27. März bei der Verleihung des Berufstitels „Professor“ an Hirschal. Er sei ein engagierter Künstler, der ein Herz habe für die Charaktere, die er darstellt und besingt: „Ein Herz für die Menschen der Vorstadt, denen es vielleicht nicht so gut geht, die um ihre Existenz kämpfen müssen.“

Hirschal, geboren im Jahr 1948 in Innsbruck, aufgewachsen in Linz, fand früh zur Musik: er war Sängerknabe. Nach dem Abschluß des Max-Reinhardt-Seminars widmete er sich zunächst dem Theater und spielte an zahlreichen großen Bühnen in Wien und Deutschland. Im Jahr 1977 machte er seine „zweite Reifeprüfung“, stieg aus dem Theaterbetrieb aus und war mit eigener Musik und Texten auf Europas Straßen unterwegs. 1985 kehrte er nach Wien zurück, spielte Theater, sang mit Georg Danzer die „Lieder



Foto: BKA / Georg Stefanik

Kulturminister Josef Ostermayer (l.) und Adi Hirschal im Bundeskanzleramt

ohne Grund“, tourte mit Wolfgang Böck und den „Strizziliedern“ durch Österreich und Deutschland. Er bestritt auch zahlreiche Soloprogramme. Hirschal wirkte ebenso in einer Reihe von Film- und Fernsehproduktionen wie „Kaisermühlen Blues“ oder „Der Bockerer“ mit. Seine Intendantentätigkeit begann er beim Theatersommer Haag, im Jahr

2004 gründete er das Wiener Lustspielhaus am Hof und übernahm 2012 den Kultursommer Laxenburg.

Die Laudatio hielt der Schriftsteller Franzobel, dessen Klassikerbearbeitungen, wie zuletzt der „Jedermann“ oder „Othello“ Hirschal sein Theater brachte. ■

<http://www.adihirschal.at>

Salzburger Auszeichnung für Heinrich Spängler

Salzburgs Landeshauptmann Wilfried Haslauer zeichnete am 16. März Kommerzialrat Heinrich Spängler anlässlich dessen 70. Geburtstags mit dem „Salzburger Marmorstier“ aus, gefertigt aus Adneter Marmor. Spängler leitete 14 Jahre lang als Vorstand das Bankhaus Carl Spängler Co. AG, davon zehn Jahre als dessen Sprecher. Seit 2010 ist Spängler Vorsitzender des Aufsichtsrates in der Bankhaus Carl Spängler & Co Aktiengesellschaft der – 1828 gegründeten – ältesten Privatbank Österreichs, die sich seit sieben Generationen erfolgreich im Familienbesitz befindet.

Haslauer betitelte in seiner Laudation das Bankhaus als renommierte Privatbank, „deren Erfolgsgeschichte ohne Zweifel in einer überaus umsichtigen und weitblickenden Unternehmenspolitik liegt“. „Die Spänglerbank spielt im Konzert unserer Wirtschaft und seiner Gesellschaft eine bedeutende Rolle und ist dem Land stets ein verlässlicher Partner zur Stärkung der Wirtschaftskraft.“ Sie verbinde Herkunft und Moderne und stehe für Anstand, Vertrauen und Fairness.

Haslauer verwies auch auf die Rolle des Bankiers Heinrich Spängler im Kunst- und Kulturbereich. So war Spängler von 1995



Foto: LMZ / Neumayr / SB

v.l.: LH Wilfried Haslauer, Eva Spängler (Gattin), KR Heinrich Spängler und Helmut Gerlich, Vorstandssprecher des Bankhauses Spängler, nach der Verleihung

bis 1999 Kassier der „Freunde der Salzburger Festspiele“ und ist seit 1999 deren Präsident. In seiner Amtszeit haben die „Freunde“ 3,5 Millionen Euro zum „Haus für Mozart“ beigetragen, weitere 3,2 Millionen für das Dach der Felsenreitschule und 250.000 Euro für die Sanierung des Bühnenturms an die Salzburger Festspiele gezahlt. Jährlich unterstützt der Verein die Salzburger Festspiele mit einem Spielplanzuschuß in Höhe von 2,4

Millionen Euro und zusätzlichen 300.000 Euro für Projekte wie das Fest zur Festspielerröffnung und die Aktion „Festspielkarte = Busticket“. „Heinrich Spänglers Integrität, Weltoffenheit und exzellente Kontakte ermöglichen dem Verein – und damit den Festspielen – so manche Tür ‚aufzustoßen‘, die sonst verschlossen bliebe“, so der Landeshauptmann. ■

<http://www.spaengler.at>

Weltraumnation Österreich

TU Graz holt ESA-Satellitenprojekt in die Steiermark – ESA-Mission »OPS-SAT« testet als »Labor im All« neue Weltraumtechnologien; TUGSAT-1 liefert sensationelle Ergebnisse an die TU Graz-Bodenstation.

Mit dem Zuschlag für das 2,4 Millionen Euro schwere Nanosatellitenprojekt „OPS-SAT“ an die TU Graz ist Österreichs Position als Weltraumnation weiter gestärkt. Nach dem Start der beiden ersten rot-weiß-roten Satelliten TUGSAT-1 und UniBRITE, die beide ihre Mission bereits erfüllt haben und ein großer Erfolg sind, wird 2017 OPS-SAT ins All starten, wie Weltrauminister Alois Stöger, TU Graz-Rektor Harald Kainz und Harald Posch, Vorsitzender des Rates der Europäischen Weltraumorganisation ESA, am 5. März gemeinsam bekanntgaben. Die TU Graz leitet das Projekt federführend mit sieben internationalen Partnern, darunter die österreichischen Unternehmen Magna Steyr Engineering und Unitel.

Österreich ist im Weltraum auf Erfolgskurs

Weltrauminister Alois Stöger ist stolz auf die Bedeutung Österreichs als Weltraumnation: „Wir sind international anerkannt und unsere Beiträge werden hochgeschätzt. Unsere heimischen Technologien haben einen exzellenten Ruf und mittlerweile gibt es kaum mehr eine Mission der NASA oder ESA, die ohne Technik und Know-How aus österreichischen Bildungseinrichtungen, Instituten und Unternehmen durchgeführt wird.“

Das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT) investiert jährlich rund 65 Millionen Euro im Bereich der Weltraumtechnologien und der Weltraumforschung. Stöger: „Wer im Bereich des Weltraums besteht, befindet sich im absoluten Spitzenfeld der Forschung. Auch als Industriesektor wird die Weltraumtechnik immer stärker und ist wichtiger Motor für Wirtschaft und Beschäftigung: Es gibt in Österreich mittlerweile über 50 Raumfahrtunternehmen, die über 1000 Arbeitsplätze sichern und von denen viele KMU als Zulieferbetriebe profitieren. Österreich ist im Weltraum auf Erfolgskurs.“

Für FFG-Geschäftsführer Klaus Pseiner ist der Launch der BRITE-Satelliten zweifellos ein historisches Ereignis und ein Erfolg für Österreich. „Denn nicht zuletzt deshalb ist Österreich im Weltraumthema mittendrin

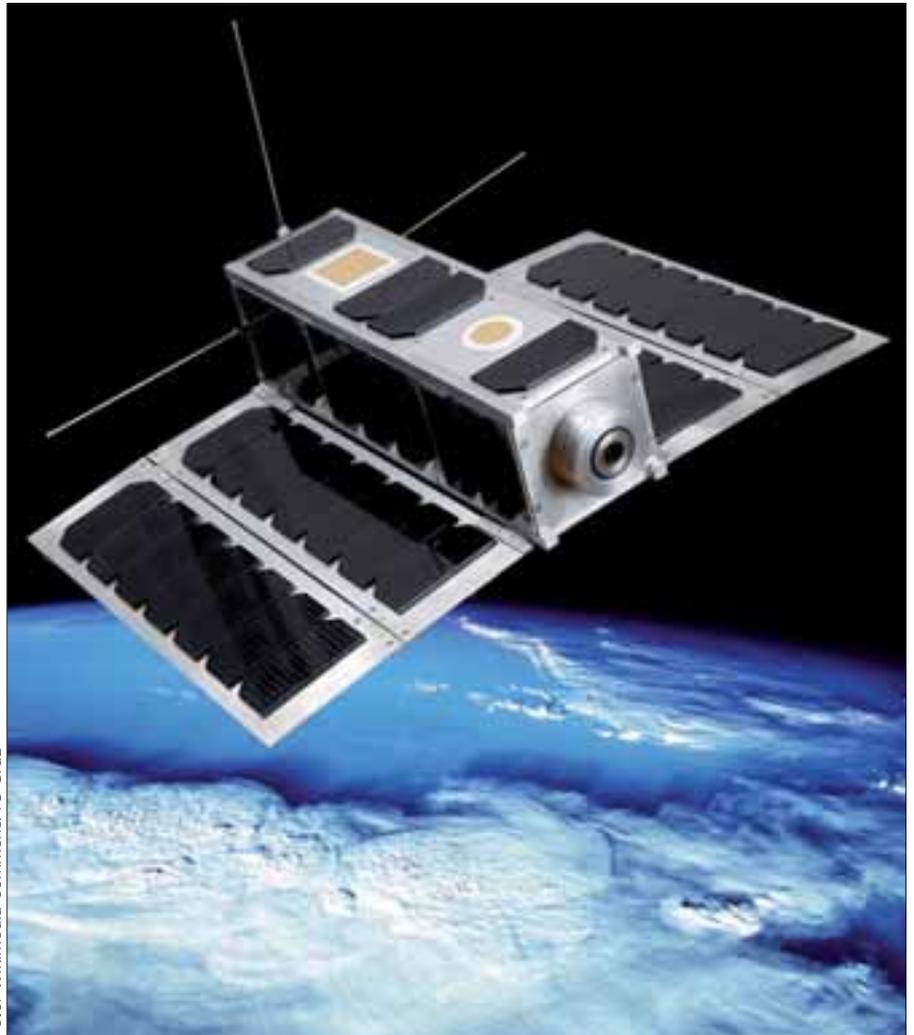


Foto: Wikimedia Commons/TU Graz

Fliegendes Weltraum-Labor: OPS-SAT ist die erste Nanosatellitenmission der ESA und soll 2017 ins All starten - unter der federführenden Leitung der TU Graz.

statt nur dabei. Das Medium ‚Space‘ fasziniert aber auch Alt und Jung und macht neugierig auf Wissenschaft, Forschung, Technik und Mathematik. Und das wiederum lässt hoffen, daß viele junge Menschen sich für ein Studium in einem MINT-Fach entscheiden und später als Top-Fachkräfte reüssieren und Erfolge einfahren.“

Harald Posch, Vorsitzender des Rates der Europäischen Weltraumorganisation ESA, bestätigt, daß auf europäischer Ebene im Rahmen der ESA ergänzend zu wissenschaftlichen Großprojekten verstärkt Initiativen im Bereich von Kleinsatelliten gestartet werden. „Dabei kann Österreich aufgrund seiner Expertise sehr gut seiner Rolle als anerkannter

Mitgliedsstaat gerecht werden. Diese Initiativen dienen sowohl der Ausbildung, der Technologiedemonstration aber auch wichtigen wissenschaftlichen Missionen. Und gerade Cube-Satelliten sind vor allem für junge Studierende eine gute Gelegenheit, Hands-On-Erfahrungen beim Bau von Weltraumobjekten zu sammeln.“

Graz: International sichtbares Zentrum der Weltraumforschung

Harald Kainz, Rektor der TU Graz, zeigt sich hochofreut über die Erfolge seiner Universität im All: „Das Team der TU Graz rund um ‚Satellitenvater‘ Otto Koudelka hat mit TUGSAT-1 den ersten österreichischen Sa-

tellen ins All geschickt, der seit zwei Jahren hervorragende Arbeit leistet. Die ESA nimmt diesen Erfolg zum Anlaß, mit OPS-SAT das nächste, hochkarätige Nanosatellitenprojekt in die Hände der TU Graz zu legen.“ Zum Erfolg der Weltraum-Uni TU Graz trägt auch die enge Vernetzung mit den großen nationalen Playern sowie die lokale Infrastruktur bei. Rektor Harald Kainz: „Wir arbeiten sehr eng mit dem Institut für Weltraumforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften zusammen, haben mit dem Observatorium Lustbühel eine international anerkannte Messstation für Weltraumprojekte aller Art, betreiben am Campus der TU Graz die Bodenstation für die ebenfalls internationale Satellitenmission BRITE und haben österreichische Pioniere der Weltraumforschung wie Willibald Riedler, Hans Sünkel und Wolfgang Baumjohann im Lande. Österreich, insbesondere Graz, ist heute zweifelsfrei ein international sichtbares Zentrum der Weltraumforschung“.

OPS-SAT: ESA-Testfeld für neue Weltraumtechnologien

Die ESA will neue Weltraumtechnologien entwickeln und testen. Otto Koudelka, Leiter des Instituts für Kommunikationsnetze und Satellitenkommunikation der TU Graz, schildert: „Derzeit herrschen im Satellitengeschäft Kommunikationsstandards aus dem Jahr 1984. Die IT-Infrastruktur ist nicht viel jünger: Die Prozessoren in der Weltraumtechnik sind praktisch steinalt, der leistungsfähigste Prozessor im All ist ein 486-Prozessor aus den 1990er-Jahren. Es wird höchste Zeit für etwas Neues.“ Die in die Jahre gekommenen Technologien haben aber auch ihre Daseinsberechtigung: Aus Gründen der Zuverlässigkeit setzt die ESA ebenso wie andere Weltraumorganisationen auf Bewährtes, geht sozusagen auf Nummer sicher. In-Orbit Tests von Weltraumsoftware waren bislang absolut Tabu. Der Kleinsatellit OPS-SAT wird unter der Federführung von Otto Koudelka und seinem Team der TU Graz als „Labor im All“ neue operationelle Konzepte der ESA im Flug validieren. „Das Ziel der Mission ist es, neue leistungsfähige Prozessoren, Funkempfänger und Weltraum-Software unter realen Weltraumbedingungen risikoarm zu testen. Eine zur Erde gerichtete Kamera ist ebenfalls mit an Bord, außerdem steht die erste Datenübertragung eines Nanosatelliten via Licht am Plan, und zwar zwischen OPS-SAT und dem Observatorium Lustbühel in Graz“, erklärt Otto Koudelka.



Foto: BMVIT / Rastegar

v.l.: ESA-Ratsvorsitzender Harald Posch, Doktorandin Manuela Unterberger, Bundesminister Alois Stöger, »Satellitenvater« Otto Koudelka und TU Graz-Rektor Harald Kainz mit einem 1:1 Modell von OPS-SAT.

TUGSAT-1 übertrifft alle Erwartungen

Während OPS-SAT gerade an der TU Graz gebaut wird, hat Österreichs erster Satellit im All, der TUGSAT-1, die Erde bislang bereits mehr als 10.000 Mal umrundet und dabei über 450 Millionen Kilometer zurückgelegt. Er hat damit die spezifischen wissenschaftlichen Anforderungen an die Mission nach zwei Jahren im Orbit bereits erfüllt. TUGSAT-1 ist Teil der BRITE-Mission, die fünf Nanosatelliten aus Österreich, Polen und Kanada umfaßt und sich als weltweit erste Nanosatellitenkonstellation einer wissenschaftlichen Fragestellung widmet. Am 25. Februar 2013 war TUGSAT-1 gemeinsam mit seinem Wiener Schwestersatelliten UniBRITE mit einer indischen Rakete gestartet, um Daten über Helligkeitsschwankungen bestimmter Sternbilder zu sammeln. Der Grazer Satellit wurde als erstes von der Trägerrakete losgelöst und ist damit der erste rot-weiß-rote Satellit im All. „Die wissenschaftlichen Anforderungen an die Mission sind bereits erfüllt. Das Ziel war, TUGSAT-1 zwei Jahre als Datensammler und -lieferanten im Orbit zu betreiben. Nach derzeitigem Stand werden es vier Jahre. Danach wird uns die Auswertung der wertvollen Daten auf Trab halten“, ist Otto Koudelka zufrieden.

Von Orion bis Centaurus

Im Fokus der BRITE-Mission, BRITE steht für „Bright Target Explorer“, stehen massereiche Sterne. Diese etwa 300 sehr hellen Sterne sind von der Erde aus mit freiem Auge sichtbar, bislang aber ein noch zu weiten Teilen ungelöstes Rätsel. „Das feine Pulsieren der Sterne erlaubt Rückschlüsse

auf ihren Aufbau, ihre chemische Zusammensetzung und ihr Alter. Nach vollständiger Auswertung der Meßergebnisse erwarten wir uns neue Erkenntnisse über die Rotation und die inneren chemischen Vorgänge der leuchtenden Himmelskörper, um die Theorien über die Entstehung dieser Sterne und letztlich unseres Universums zu verbessern“, erläutert Otto Koudelka. Plangemäß hat TUGSAT-1 bisher die Helligkeitsschwankungen der Sternfelder Orion, Centaurus und Perseus aufgezeichnet; aktuell ist Vela Pupis im Visier.

Studierende mit Schlüsselrolle

Der wissenschaftliche Nachwuchs spielt im Team rund um Otto Koudelka eine entscheidende Rolle. Aus der TUGSAT-1 Mission sind an der TU Graz schon bisher drei Dissertationen, acht Masterarbeiten und zahlreiche detaillierte wissenschaftliche Publikationen hervorgegangen. Auch beim Folgeprojekt OPS-SAT sind Studierende in alle Phasen – von der Konzeption und dem Bau über den Test bis zum Betrieb der Satelliten – intensiv eingebunden und spielen im Management der komplexen Weltraumprojekte eine unverzichtbare Rolle. Manuela Unterberger, Doktorandin am Institut für Kommunikationsnetze und Satellitenkommunikation der TU Graz, war bereits bei der im Jänner 2014 abgeschlossenen Designstudie zu OPS-SAT mit an Bord. Gemeinsam mit weiteren Nachwuchs-ForscherInnen der TU Graz ist sie Teil des OPS-SAT-Kernteams, das für das Gesamtdesign der Mission, die Projektkoordination und den Prozessor an Bord von OPS-SAT verantwortlich ist. Schon im Vorgängerprojekt TUGSAT-1 war Manuela Un-

terberger mittendrin statt nur dabei, anfangs als Diplomandin, später auch im Zuge ihrer Dissertation. „Ich habe TUGSAT-1 von den ersten Tests bei uns am Institut bis zum Start vor Ort in Indien betreut. Besonders in der wochenlangen, sehr heiklen Kommissionierungsphase nach dem Start habe ich die ein oder andere Nachtschicht im Kontrollzentrum unserer Bodenstation verbracht“, schmunzelt die Wissenschaftlerin. „Dieses ‚Baby‘ haben wir erfolgreich großgezogen, und ich freue mich sehr, daß es mit OPS-SAT nun eine Nummer größer und internationaler weiter geht. Es ist schon sehr besonders, bereits als Doktorandin derart intensiv in internationale Satellitenprojekte eingebunden zu sein und seine Arbeit tatsächlich im Weltraum zu wissen“.

Nanosatelliten boomen international

Die Kosten des BRITE Austria-Beitrags belaufen sich seit 2006 auf 2,2 Millionen Euro, geteilt zwischen der TU Graz und der Uni Wien, die mit UniBRITE ebenfalls einen Nanosatelliten im All hat. Otto Koudelka veranschaulicht: „Eine klassische Satellitenmission schlägt mit mehreren 100 Millionen Euro zu Buche, eine Nanosatellitenmission wie BRITE ist deutlich kostengünstiger und auch rascher umsetzbar“. Das ist mit ein Grund, warum der internationale Nanosatellitenmarkt derzeit boomt: Die Industrie und Weltraumagenturen wie die NASA, die ESA oder die japanische JAXA, sind ebenso wie Forschungsinstitutionen hoch aktiv am Kleinsatellitensektor. Mehr als 200 Nanosatelliten sind bereits gestartet, bis 2020 werden rund 2000 weitere folgen. „Bisher fanden Nanosatelliten ‚nur‘ in der Ausbildung von Studierenden Anwendung. In den vergangenen Jahren gab es einen deutlichen Paradigmenwechsel in der Weltraumbranche: Sie hat nicht zuletzt dank der BRITE-Mission erkannt, daß Kleinsatelliten eine interessante Möglichkeit sind, rasch und kostengünstig neue Technologien und Verfahren im All zu testen“, folgert Koudelka. Das BMVIT hat einen Ideenwettbewerb zur Entwicklung eines neuen Nanosatelliten gestartet. Das beste Projekt wird vom BMVIT die Entwicklung, den Bau und den Start des Satelliten finanziert bekommen. „Damit wollen wir einerseits Kooperationen zwischen Universitäten, Fachhochschulen und unseren Weltraumunternehmen fördern und andererseits die Kreativität des österreichischen Forschungsnachwuchses anregen und damit auch die Innovationskraft stärken“, so Weltrauminister Stöger, dem die Förderung junger

ForscherInnen besonders am Herzen liegt. „Schließlich braucht Österreich auch in Zukunft exzellente Köpfe in der Forschung um sich in der Spitzengruppe der Forschungsnationen behaupten zu können“, betont Stöger den Ausbildungseffekt des Ideenwettbe-

werbs. Gleich zwei der fünf „Fields of Expertise“ genannten Forschungsschwerpunkte der TU Graz finden sich in den Projekten vereint: Information, Communication & Computing und Mobility & Production. ■ <http://www.tugsat.tugraz.at/>

Outernet

Freier, anonymer Zugang zu Daten auf der ganzen Welt

Nicht jeder hat Zugang zum Internet, doch das „Outernet“ ist für alle da. Speziell ausgewählte Daten werden über Satelliten weltweit übertragen. Mit relativ einfachen Geräten kann man sie in entlegenen Gegenden abrufen, auch wenn weit und breit kein Mobilfunknetz zur Verfügung steht. Die Forschungsgruppe für Fernerkundung der TU Wien bereitet Klimadaten auf, um die Bodenfeuchte abschätzen und Dürrekatastrophen vorhersagen zu können. Diese Daten werden nun in „Outernet“ integriert. Nach der Harvard University ist die TU Wien erst die zweite Universität weltweit, die sich an dem Projekt beteiligt.

Information für alle

„Gerade in schlecht entwickelten Regionen, wo an flächendeckenden Handyempfang noch lange nicht zu denken ist, wäre es wichtig, den Zugang zu Bildung und Information sicherzustellen“, sagt Markus Enenkel vom Department für Geodäsie und Geoinformation der TU Wien. Er arbeitet seit Jahren mit „Ärzte ohne Grenzen“ zusammen, um mit Hilfe von Satellitendaten Dürrekatastrophen besser zu verstehen. Ob mangelnder Niederschlag zu Problemen, beispielsweise Hungersnöten, führt, hängt nämlich von vielen Faktoren ab – von der Bodenfeuchte bis zu den sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Ein wesentliches Problem bei diesem Projekt war bisher aber die mangelnde Netzabdeckung in den betroffenen Regionen Afrikas. Die besten Informationen bringen nichts, wenn sie vor Ort von den Hilfsorganisationen und der betroffenen Bevölkerung nicht abgerufen werden können.

Deshalb werden die Daten der TU Wien demnächst zur Datensammlung gehören, die vom Outernet-Server weltweit gratis angeboten wird. Ohne ein Telekommunikationsnetzwerk zu benötigen kann man diese Daten mit recht einfachen, billigen Geräten empfangen, die sich durch Akkus oder Solarpaneele mit Energie versorgen lassen. Eine

Empfangsstation kann die Daten dann über kurze Strecken weitergeben indem sie einen WLAN-Hotspot erstellt, sodaß eine größere Zahl von Personen mit Mobiltelefonen auf sie zugreifen kann. Längerfristig soll die Outernet-Zugriffsmöglichkeit direkt in Handys integriert werden. Erst kürzlich veröffentlichte Outernet eine Meldung, in der der erste eigene Mikrosatellit angekündigt wurde.

Nur das Wichtigste – aber das gratis

„Man kann sich das vorstellen wie einen globalen Teletext – aber eben mit viel größeren Datenmengen“, erklärt Markus Enenkel. Relevante Daten vom Nachrichtentext bis zu aktuellen Dürrevorhersagen werden so aufbereitet, daß sie möglichst wenig Speicherplatz benötigen. Hochaufgelöste Videos oder Bilder gibt es im Outernet bis jetzt daher nicht. „Wenn man sich rein auf Text beschränkt, dann können ein paar Megabyte schon äußerst hilfreich sein“, meint Enenkel. In den nächsten Monaten wird es möglich sein die Download-Rate auf einige Gigabyte pro Tag zu erhöhen.

Ein wichtiger Grundgedanke von Outernet ist die Freiheit der Daten: Wichtige Informationen werden zwar kostenpflichtig auf Outernet geladen, jedoch ist der Download gratis. Von den Empfängergeräten werden keine Daten zurückgesendet. Der Zugriff ist also völlig anonym. Zusätzlich ist es auf experimenteller Ebene bereits möglich Daten über Outernet nicht nur zu empfangen, sondern auch zu senden. Jegliche Schaltpläne, um die Empfangsbox selbst nachzubauen, sowie alle Codes sind öffentlich verfügbar.

„Es ist unglaublich, wie rasant sich das Projekt derzeit entwickelt“, sagt Markus Enenkel. „Normalerweise plant man solche komplexen globalen Vorhaben über Jahre hinweg, bei Outernet denkt man in Tagen und Wochen. Schon jetzt ist der Datenempfang fast global möglich.“ Es ist also damit zu rechnen, daß Outernet rasch weiterwächst – und die TU Wien ist mit dabei. ■ <https://www.outernet.is/en/> (englisch!)

Genauer als die beste Atomuhr

Mit vier Millionen Euro fördert die EU ein internationales Forschungsprojekt, das von der TU Wien geleitet wird. Ziel ist die Entwicklung einer Thoriumkern-Uhr.



Foto: TU Wien

Eine Scheibe, die Thorium-229-Kerne enthält. Sie sollen in künftigen Kern-Uhren den Takt angeben.

Diese Thoriumkern-Uhr soll in ihrer Genauigkeit alle heutigen Messmethoden in den Schatten stellen. Atomuhren sind die genauesten Messinstrumente überhaupt, sie gehen erst nach Milliarden Jahren um eine Sekunde vor oder nach. An der TU Wien möchte man aber noch einen Schritt weitergehen. Mit Hilfe von Thorium-229-Kernen soll eine Atomkern-Uhr entwickelt werden, die noch deutlich präziser und gleichzeitig einfacher und robuster ist als bisherige Atomuhren. Damit ließe sich sogar untersuchen, ob die Naturkonstanten tatsächlich konstant sind, oder sich im Lauf der Zeit minimal verändern.

Im Rahmen des Wissenschaftsförderungsprogramms Horizon 2020 fördert die EU nun das Forschungsprojekt „nuClock“ für vier Jahre mit insgesamt vier Millionen Euro, an dem neben der TU Wien auch andere Universitäten und Firmen aus, Deutschland und Finnland beteiligt sind.

Der Atomkern als Taktgeber

Jede Uhr braucht eine möglichst konstante Schwingung, die den Takt angibt. Das kann die Schwingung eines Pendels sein, die Oszillation eines Kristalls in einer Quarzuhr – oder aber der Schwingungstakt des Lichts, das von Atomen absorbiert wird.

„Nach den Gesetzen der Quantenmechanik können sich die Elektronen eines Atoms

nur in bestimmten Zuständen mit bestimmter Energie befinden“, erklärt Prof. Thorsten Schumm. Mit einem Laser, dessen Lichtfrequenz genau zur Energiedifferenz zwischen zwei solchen Niveaus paßt, kann man ein Elektron vom tieferen in das höhere Energieniveau anheben. Danach fällt es wieder in den ursprünglichen Zustand zurück und sendet wieder Licht mit derselben Frequenz aus. Mit solchen Methoden kann man den Energieunterschied zwischen zwei Quantenzuständen extrem präzise messen und damit eine Frequenz sehr genau definieren. Die Sekunde ist heute als jene Periode definiert, in der das charakteristische Licht des Übergangs zwischen zwei Zuständen des Cäsium-Atoms genau 9.192.631.770 mal schwingt.

Atomkern-Uhr statt Atomuhr

Alle bisherigen Atomuhren nutzen Übergänge in der Elektronenhülle des Atoms. Viel besser wäre es allerdings, statt der Elektronen im Atom den Atomkern selbst zu verwenden. Der Atomkern ist tausendmal kleiner als die Elektronenhülle und viel weniger anfällig für Störungen von außen. „In gewöhnlichen Atomuhren müssen die Atome mühsam gegen elektromagnetischen Feldern abgeschirmt werden, unsere Atomkern-Uhr wäre viel robuster“, sagt Thorsten Schumm. Die Thorium-Kerne muß man nicht einmal isoliert untersuchen, man kann sie sogar in

Kristalle einbauen und wird noch immer dieselben Energiezustände messen. Für eine Atomkern-Uhr braucht man kein speziell präpariertes Labor, man könnte sie relativ kompakt bauen und dann beispielsweise in einem Satelliten ins All schießen, für die nächste Generation des Navigationssystems GPS.

„Das Problem dabei ist allerdings, daß die Übergänge zwischen Zuständen des Atomkerns meist auf einer ganz anderen Energieskala stattfinden“, erklärt Simon Stellmer (ebenfalls Atominstitut, TU Wien). Wenn Elektronen ihren Zustand ändern, entsteht typischerweise Licht im Bereich von einigen Elektronenvolt, bei Zuständen des Atomkerns können es auch einmal 100.000 Elektronenvolt sein. Man braucht daher einen ganz besonderen Atomkern, der zwei Zustände aufweist, die beinahe dieselbe Energie haben.

Thorium-229

„Der beste Kandidat dafür ist Thorium-229, ein sehr seltenes Isotop, das nur künstlich hergestellt werden kann.“, sagt Thorsten Schumm. Weniger als ein Milligramm davon steht der Wissenschaft heute weltweit zur Verfügung. „Es gibt derzeit viele Hinweise darauf, daß der Kern von Thorium-229 einen angeregten Zustand besitzt, der bloß etwa sieben Elektronenvolt oberhalb des Grundzustands liegt.“ Für kernphysikalische Ver-

hältnisse ist das eine winzige Energiedifferenz. Die Lebensdauer dieses Zustands ist extrem lang: Erst nach tausenden Sekunden kehrt der Atomkern vom angeregten Zustand wieder in den Grundzustand zurück – meist hat man es in der Quantenphysik mit Lebensdauern von winzigen Sekundenbruchteilen zu tun.

„Quantenphysikalisch ist die Lebensdauer mit der Präzision der Messung verknüpft“, sagt Simon Stellmer. „Je länger der angeregte Zustand lebt, umso präziser ist die Energie der dazugehörigen Strahlung definiert.“ Einerseits ist das sehr positiv: Das Licht, das dem Übergang zwischen den beiden Thorium-Kernzuständen entspricht, soll schließlich eine möglichst genau definierte Frequenz haben, damit man einen möglichst genauen Taktgeber für die Zeitmessung zur Verfügung hat. Allerdings ist damit auch ein großes Problem verbunden: Ebenso genau muß man nämlich die richtige Frequenz treffen, um den Übergang überhaupt zu finden.

Die Thorium-Nadel im Frequenz-Heuhaufen

„Es ist die sprichwörtliche Suche nach der Nadel im Heuhaufen“, sagt Thorsten Schumm. „Man muß den Thoriumkern mit genau der richtigen Lichtfrequenz bestrahlen, dann absorbiert er die Strahlung, geht in den etwas höheren Energiezustand über,

wechselt dann ein paar tausend Sekunden später wieder in den ursprünglichen Zustand zurück und sendet dabei wieder Licht aus, das wir messen können. Doch wegen der extrem hohen Genauigkeit, die man hier braucht, ist es sehr schwierig, den Übergang tatsächlich zu finden und seine exakte Frequenz zu bestimmen.“ Jede mögliche Frequenz auszuprobieren würde unüberschaubar lange dauern, daher arbeitet das Team an verschiedenen Möglichkeiten, der exakten Thoriumkern-Frequenz auf die Spur zu kommen.

„Wenn wir den gesuchten Kernübergang erst mal zweifelsfrei identifiziert haben, dann kann man eine ganze Menge damit machen“, ist Simon Stellmer sicher. „Alle nötigen Technologien zur technischen Nutzung dieses Phänomens sind mittlerweile verfügbar – grundsätzlich haben wir nun ein gutes Verständnis davon, was zu tun ist.“

Wie konstant sind die Naturkonstanten?

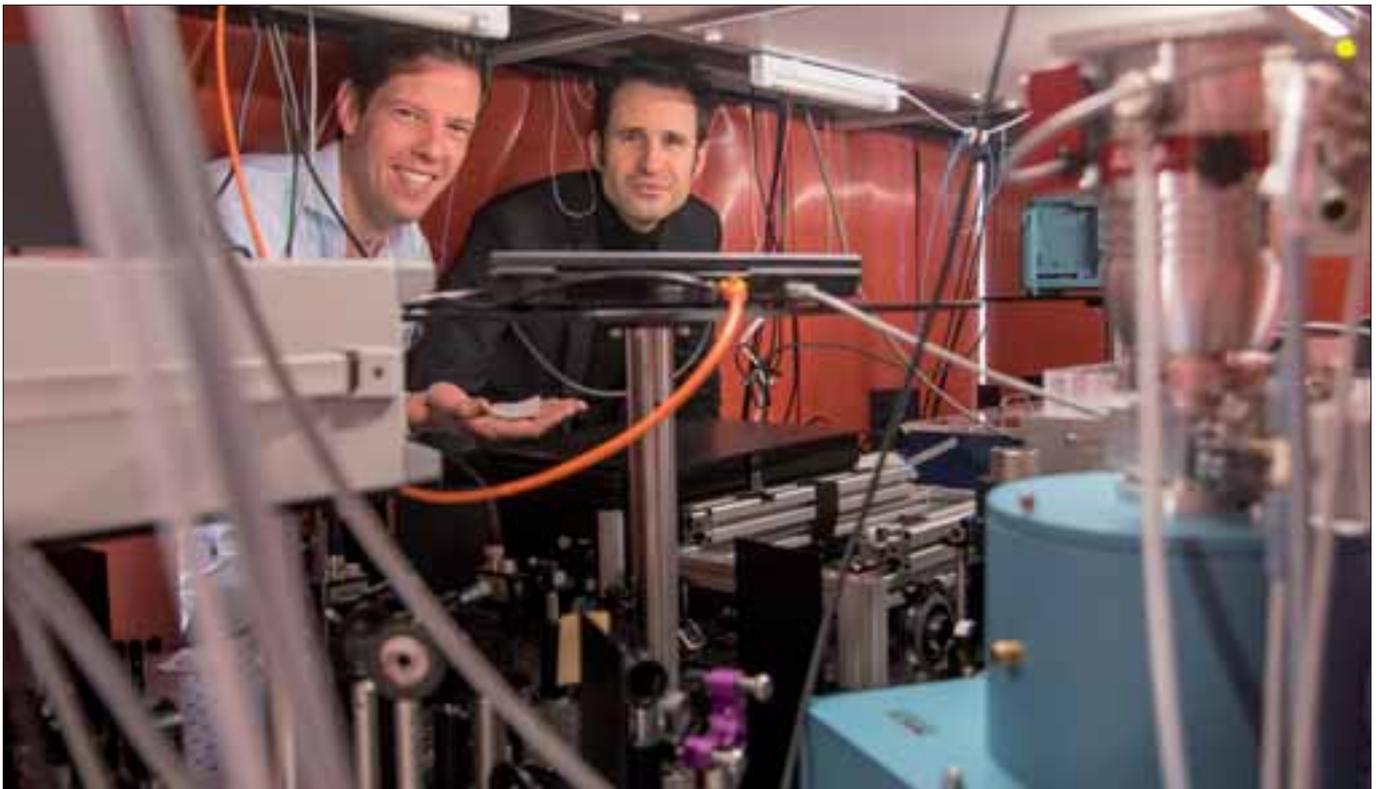
Wenn die Atomkern-Uhr erst funktioniert, wird es viele spannende Anwendungsmöglichkeiten geben. „Man wird damit nicht nur Zeit messen, man möchte auch überprüfen, ob die grundlegenden Konstanten der Physik wirklich konstant sind. Es gibt Theorien, die nahelegen, daß sich gewisse physikalische Größen, wie etwa die Stärke der elektromagnetischen Wechselwirkung, im Lauf

der Zeit langsam verändern“, sagt Schumm. „Wenn sich herausstellt, daß sich die Naturkräfte über Milliarden Jahre wandeln, dann würde das unser Verständnis vom frühen Universum völlig umkrempeln.“ Atomkern-Uhren wären so empfindlich, daß man solche Veränderungen, sollte es sie tatsächlich geben, bereits im Lauf einiger Jahre messen könnte.

Hochdotierte EU-Förderung

Die Entwicklung der Atomkern-Uhr ist eine hochkomplexe Aufgabe, sie benötigt die besten experimentellen Techniken, Detektoren und Laser aus ganz unterschiedlichen Forschungsbereichen. Daher holte sich das Team der TU Wien noch eine ganze Reihe von Partnerorganisationen an Bord. Im Projekt „nuClock“, das von der TU Wien geleitet wird, werden in den nächsten vier Jahren nun auch Universitäten aus Deutschland und Finnland und ein Industriepartner mitarbeiten.

Gefördert wird das Projekt mit vier Millionen Euro – als eines von nur 24 Forschungsprojekten aus allen Fachbereichen in ganz Europa, die im Rahmen der FET-Open Ausschreibung des Wissenschafts-Förderprogramms Horizon 2020 finanziert werden. Weniger als 4 Prozent der eingereichten Projekte wurden akzeptiert, die Förderung gilt daher als große Auszeichnung. ■



Simon Stellmer (l) und Thorsten Schumm im Labor an der TU Wien

JKU-Forscher gelingt Druck von elektronischen Komponenten

Geometrisch einfache Leiteranordnungen (wie z.B. in Sensoren, Antennen und anderen elektronische Komponenten benötigt) anzufertigen ist eine zeitaufwendige Angelegenheit.

Zu zeitaufwändig, fand Christoph Beisteiner vom Institut für Elektrische Meßtechnik an der Johannes Kepler Universität (JKU) Linz. Er entwickelte eine Methode, häufig benötigte elektronische Komponenten zu drucken – mit einem normalen handelsüblichen Tintenstrahldrucker.

Unter Leitung von Institutsvorstand Prof. Bernhard Zagar arbeitet Beisteiner an energieautarken low-power Systemen. Die Energie für seine low-power Systeme gewinnt er dabei mittels Antennen, bestehend aus ebenen Leiterstrukturen, welche die in der Umgebung vorhandenen Rundfunk- und Wi-Fi bzw. Handystrahlung nutzen. Solche Antennen wurden bisher mittels komplexer Fertigungsverfahren hergestellt – selbst die Fertigung kleinster Antennen dauerte schon rund vier Stunden.

Beisteiner ging einen anderen Weg: Er experimentierte mit Flüssigkeiten, bestehend aus nanokristallinen Partikeln, die er mittels eines handelsüblichen Tintenstrahldruckers auf herkömmliches Fotopapier druckte. Dabei wurde die herkömmliche Tinte durch eine wasserbasierte Spezialtinte, der z.B. Kupfer- oder Silbernanopartikel beigelegt sind, ersetzt. Das Ergebnis: Das Wasser in der Tinte verdunstet, und eine Schicht aus leitfähig verbundenen Nanopartikeln bleibt zurück.

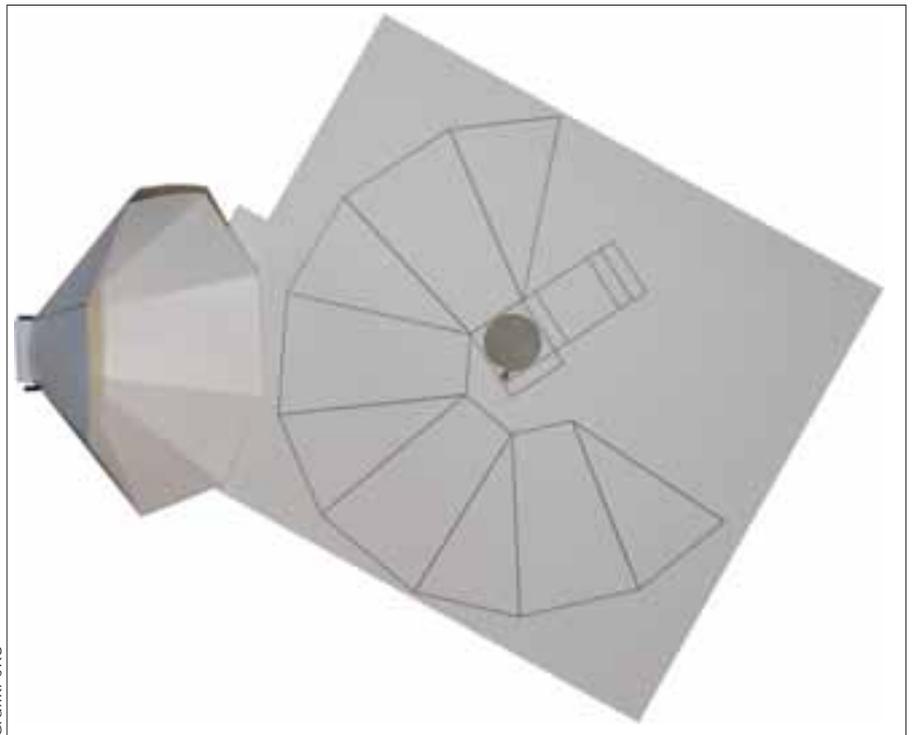
Erfolgreiche Tests

Auf Grund der ersten erfolgreichen Tests mit gedruckten Antennen wurde die Herstellung komplexerer Strukturen gewagt, wie z.B. Lautsprecher, kapazitive Touch-Sensoren, Dehnungssensoren bzw. Schaltungen („elektronische Leiterblätter“).

Der Vorteil liegt auf der Hand: Leiterstrukturen für elektronische Schaltungen und druckbare Sensoren können in kürzester Zeit bei geringen Kosten (100 A4 Blätter einschließlich der Nanotinte kosten ca. 150 Euro) hergestellt werden.

Riesiges Potential

Der Tintenstrahldruck elektronischer Schaltungen ist technologisches Neuland mit



Grafik: JKU

Ein mit 3D-Druck hergestellter Lautsprecher

großem Potential – auch wenn es gegenüber der herkömmlichen Methode Nachteile gibt. Das Bestücken von Bauteilen (wie z.B. Mikroprozessoren) auf den „elektronischen

Leiterblättern“ ist auf Grund der vergleichsweise geringeren Temperaturbeständigkeit und der benötigten relativ hohen Löttemperaturen etwas aufwendiger.

Aber die Entwicklung steht ja noch am Anfang, weiß auch Institutsvorstand Prof. Zagar. „Wir haben es geschafft, selbst komplizierte elektronische Komponenten einfach und billig zu drucken, die voll funktionsfähig sind. Das ist ein großer Schritt. Das ganze Potential ist noch gar nicht abzusehen.“

Die nächsten Schritte sind die Verbesserung der Technik – und das Ausloten der Möglichkeiten im Aktorik- und Sensorbereich. Damit beschäftigt sich am Institut für Elektrische Messtechnik eine eigens dafür gegründete Arbeitsgruppe.

Sobald diese Versuche abgeschlossen sind, sollen die Ergebnisse der Fachwelt vorgestellt werden. Den Artikel dazu wird Beisteiner allerdings noch selbst schreiben müssen, anstatt ihn von einem 3D-Drucker erstellen zu lassen. ■



Foto: JKU

Christoph Beisteiner

250 Jahre Veterinärmedizinische Universität Wien

Am 24. März 1765 beschloß Kaiserin Maria Theresia die Gründung der Veterinärmedizinischen Universität Wien. Das Jubiläum zum Vierteljahrtausend steht unter dem Motto »Verantwortung für Tier und Mensch«.



Foto: Vetmeduni Vienna / Julius Silver

Der Campus der Vetmeduni Vienna befindet sich im 21. Wiener Gemeindebezirk und ist 15 Hektar groß.

Das Jubeljahr ist gespickt mit zahlreichen Veranstaltungen, darunter ein Jubiläums-Festakt mit internationalen Gästen, ein Didaktik-Symposium, eine tierische Ballnacht im Wiener Rathaus und ein Tag der offenen Tür am Campus der Universität.

„Mit einem Blick zurück und einem nach vorne bin ich überzeugt, daß unsere Universität für das nächste Vierteljahrtausend gerüstet ist“, betont die Rektorin der Vetmeduni Vienna, Sonja Hammerschmid. Aktuell bildet die einzige veterinärmedizinische Universität in Österreich 2300 Studierende aus, zählt 1300 MitarbeiterInnen und betreut jährlich mehr als 40.000 Tierpatienten in ihren fünf Universitätsklinik

Die Ursprünge der Wiener Veterinärmedizin

Die Veterinärmedizinische Universität Wien ist die älteste veterinärmedizinische Bildungs- und Forschungsstätte im deutschsprachigen Raum. Nach Lyon und Alfort in Frankreich war sie weltweit die dritte Veterinärerschule, die gegründet wurde. Kranke Tiere waren bis dahin selbsternannten HeilerInnen überlassen. Der erste Unterricht wurde 1767 an der damaligen „Pferde-Curen- und Operationsschule“ aufgenommen. Ursprünglich stand die Behandlung von Militärpferden im Zentrum. Erst mit dem 1775 geschaffenen Lehrstuhl für Viehseuchen an der me-

dizinisch-chirurgischen Fakultät der Universität Wien unter dem Humanmediziner Paul Adami wurden die „Viehkrankheiten“ im Sinne einer frühen Nutztiermedizin mit Schwerpunkt auf Seuchenprävention bedacht.

Das 1777 eröffnete „k. k. Thierspital“ vereinigte schließlich die Pferde- und Nutztiermedizin. Die Idee eines Tierspitals stellte ein innovatives Konzept dar: Es bot den umliegenden TierbesitzerInnen die Möglichkeit, kranke Tiere behandeln zu lassen und den Lehrern und Schülern einen permanenten Zustrom an Patienten. Daraus entwickelte sich das Konzept, Behandlung, Forschung und Lehre zu verbinden. Das Patientenspektrum erweiterte sich über die Jahrhunderte.

Die Veterinärmedizin war lange Zeit ein Zweig der Humanmedizin. Professoren waren bis ins späte 19. Jahrhundert in erster Linie Humanmediziner, die sich in der Veterinärmedizin fortbildeten. Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts waren nur StudentenInnen und AbsolventInnen der Humanmedizin sowie Schmiede zum tierärztlichen Studium zugelassen. Erst 1849 konnten auch Zivilisten, die „nur“ eine normale Schule besucht hatten, Veterinärmedizin studieren. Gleichzeitig erhielt die Veterinärmedizin mit Einführung des Titels „magister medicinae veterinariae“ einen akademischen Abschluß. Das Promotionsrecht wurde erst 1908 verliehen.

Frauen durften erstmals 1919 studieren. Es vergingen noch 20 Jahre bis 1939 die erste Frau ihr Veterinärmedizin-Studium abschloß. Das Geschlechterverhältnis hat sich seither gewandelt. Aktuell sind 80 Prozent der Veterinärmedizin-Studierenden weiblich.

Die Wiener veterinärmedizinische Universität war auch Mutterschule für viele andere Vet-Universitäten wie beispielsweise Lemberg und Budapest, die bis heute bestehen.

Einzigartig in Österreich – International anerkannt

Die Veterinärmedizinische Universität Wien ist die einzige Fachuniversität ihrer Art in Österreich und bietet die einzige Möglichkeit, Veterinärmedizin in Österreich zu studieren. Europaweit zählt sie zu den führenden veterinärmedizinischen Forschungs- und Ausbildungsstätten und ist eine der wenigen Vet-Universitäten, die in vollem Ausmaß von der zuständigen Qualitätssicherungsagentur European Association of Establishments for Veterinary Education (EAEVE) akkreditiert ist.

Innovatives Studienangebot

Seit dem Wintersemester 2014/2015 gibt es an der Vetmeduni Vienna ein neues Curriculum für das zwölfsemestrige Diplomstudium der Veterinärmedizin. Kompetenz-



Foto: Vetmeduni Vienna

Tierärzte setzen eine Sonde beim Pferd. Reproduktion eines Glasdias aus dem Historischen Archiv der Vetmeduni Vienna.

genmerk gilt der Tiergesundheit ebenso wie der präventiven Veterinärmedizin, dem öffentlichen Gesundheitswesen genauso wie der Lebensmittelsicherheit. Forschungsergebnisse kommen so Tier und Mensch gleichermaßen zu Gute („One Health“). Ihr Forschungsinteresse richtet sich auch auf die Schaffung wissenschaftlicher Grundlagen für das Wohlbefinden von Tieren, auf die Verbesserung der Tierhaltung, den Tierschutz und die Tierethik.

**Universitätskliniken –
medizinische Versorgung**

Tierpatienten werden an den fünf Universitätskliniken rund um die Uhr nach dem aktuellen Stand der Wissenschaft versorgt. Die Universitätskliniken dienen – damals wie heute – als Lehrspital für die Studierenden und zugleich als Überweisungsklinik für niedergelassene TierärztInnen. Auch den TierhalterInnen stehen die Pforten der Universitätskliniken für tierärztliche Leistungen und Eingriffe offen. Klinisch und wissenschaftlich anspruchsvolle Fälle bringen dabei oft wichtige wissenschaftliche Erkenntnisse, die am Ende des Tages wieder dem Wohl der tierischen Patienten zugutekommen. 2014 wurden rund 45.000 Tierpatienten medizinisch versorgt, mehr als je zuvor. Davon wurde mehr als ein Drittel stationär aufgenommen. Für Spezialfälle stehen internationale FachtierärztInnen („Diplomates“) zur Verfügung. ■

<http://www.vetmeduni.ac.at>

erwerb, fächerübergreifendes Lernen und der Fokus auf das selbständige Erarbeiten von Inhalten stehen im Vordergrund. „Die Anforderungen an Veterinärmedizinerinnen und Veterinärmediziner steigen kontinuierlich. Das reformierte Curriculum ist problem- und lösungsorientiert. Neben veterinärmedizinischen Fachkompetenzen zielt es auf Soft Skills wie Kommunikationsfähigkeit ab“, so Hammerschmid. Das sei für die praktische Arbeit essentiell. Man denke an die emotionalen Situationen mit TierhalterInnen – beispielsweise bei der Vermittlung von Diagnosen.

Das Diplomstudium der Veterinärmedizin ist längst nicht mehr das einzige Studium, das die Vetmeduni Vienna anbietet. Neben der klassischen Tiermedizin werden beispielsweise Biomedizin und Biotechnologie, Pferdewissenschaften sowie ein Master zur Mensch-Tier-Beziehung angeboten. Alle Masterprogramme werden englischsprachig abgehalten. Die Vetmeduni Vienna bietet zudem ein PhD-Programm an.

**Forschen für die
Gesundheit von Tier und Mensch**

Die Vetmeduni Vienna steht für veterinärmedizinische und übergreifend naturwissen-

schaftliche Grundlagenforschung sowie für angewandte und klinische Forschung. Ihr Schwerpunkt liegt an der Schnittstelle Tier, Mensch und Umwelt, ihre Themen haben hohe gesellschaftliche Relevanz. Das Au-



Foto: Vetmeduni Vienna / Citronenrot

Studierende der Vetmeduni Vienna können zwischen acht Vertiefungsrichtungen wählen. Eine davon ist die Geflügel- und Schweinemedizin.

WIKINGER!

Mit »WIKINGER!« wurde am 27. März auf der Schallaburg die bisher umfassendste Ausstellung in Österreich zu diesem Thema eröffnet. Sie ist bis 8. November 2015 zu sehen.



Foto: Schallaburg

Die Wikinger faszinieren. Wenn wir an sie denken, tauchen Stimmungen und Bilder auf, die von Literatur und Kunst, von liebevoll gezeichnetem Kinderfernsehen oder gründlich recherchierten Historienserien gefärbt sind. Doch es gibt noch viel mehr zu erfahren über diese Menschen, die sich vor Hunderten von Jahren im Norden auf Reisen begaben und – möglicherweise zu Recht – nicht immer gastfreundlich empfangen wurden. Die große Faszination mag auch eben daran liegen: daß wir noch immer vieles über sie lernen können.

Dem trägt die Ausstellung „WIKINGER!“ auf der Schallaburg Rechnung: In Kooperation mit dem Swedish History Museum Stockholm, MuseumsPartner Innsbruck und dem Lokschuppen Rosenheim dokumentiert die Schallaburg aktuelle Erkenntnisse und den zeitgemäßen Blick der Wissenschaft auf die Wikinger – jenseits der Klischees und Stereotype. Denn in den letzten Jahrzehnten haben archäologische und historische Forschungen die Vorstellungen, die wir von der Epoche zwischen ca. 750 und 1100 n. Chr. in Skandinavien haben, erheblich verändert. Mit 500 hochkarätigen Exponaten und einer spannenden Architek-



Foto: Schallaburg / Martina Siebenhandl

tur beweist die bisher umfassendste Wikinger-Ausstellung in Österreich auf 1300 Quadratmetern, daß die wahre Geschichte der skandinavischen Völker im Frühmittelalter noch spannender ist als sämtliche Mythen, die sich um sie ranken.

Wenn eine Legende ihre Hörner abstößt...

Die so genannten „Wikinger“ nannten sich selbst gar nicht so. Diese Bezeichnung stammt aus der Zeit der Romantik, in der die mehrheitlich bäuerliche Bevölkerung Skandinaviens von 750 bis 1100 nach Christus zur Konstruktion nationaler Identitäten erhalten mußte. Auf „viking“ zu gehen bedeutete, eine weite Schiffsreise, eine Handelsfahrt oder einen Plünderungszug zu unternehmen. Die Wikinger könnten also auch die „Leute aus der Bucht“ sein. Die Hörner auf den Helmen der Wikinger gehen auf eine Erfindung von Richard Wagners Oper „Ring des Nibelungen“ zurück. Archäologisch konnten sie nie nachgewiesen werden.

Ein falsches Bild der Wikinger?

Anhand neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse aus aktuellen archäologischen



Im Dorf, in Haithabu, in Walhall und auf Reisen...

Entgegen dem Klischee der brandschatzenden bärtigen Männer, spielte die Familie eine große Rolle im frühmittelalterlichen skandinavischen Dorf. Die Ausstellung beleuchtet speziell die Rolle der Frauen und Mädchen im wikingerzeitlichen Norden. Neben dem Adelsstand und der mehrheitlich bäuerlichen Bevölkerung gab es auch Sklaven, mit denen Handel getrieben wurde. Keramik-Funde und erhaltene Runenschriften beleuchten das Alltagsleben im Dorf. Totenkult und Gräber geben Auskunft über Götter und Religionen zu dieser Zeit, in der die Zeichen zunehmender Christianisierung nicht zu übersehen sind. Handwerkskunst, speziell das Schmieden oder Weben von Stoffen sind ebenso Thema wie die Handelsfahrten und Raubzüge der „Nordleute“ und das dazugehörige wendige und schnelle Schiffe.

Spannende Wegbegleiter durch die Ausstellung

Die innovative Ausstellungsgestaltung macht diesen spannenden Teil nordeuropäischer Geschichte zu einer Erlebniswelt mit Tiefgang. Start ist am Parkplatz mit Fragestellungen rund um die Ausstellung, die zum „TREFFPUNKT ICH UND WIR“ führen. Der stellt – ausgehend von archäologischen Funden – die passende Frage, wer wir eigentlich sind. Was sagen die archäologischen Funde über das Skandinavien des Frühmittelalters aus? Was werden andere Menschen über uns denken, wenn wir unsere Alltagsgegenstände in eine Zeitkapsel stecken, die im Jahr 3015 ausgegraben wird?

Diese Ansicht aus der umfangreichen Ausstellung zeigt zwei Wikinger in »Kampfausrüstung« und ein stillisiertes Schiff.

Grabungen präsentiert die Schallaburg mit der Ausstellung „WIKINGER!“ von 28. März bis 8. November 2015 das wikingerzeitliche Leben in all seinen Aspekten. Dabei wird die Suche nach der wahren Geschichte der so genannten „Wikinger“ auch zur Suche nach der eigenen Identität.

Nach einer historischen und geographischen Verortung wird der aktuelle Stand der Forschung präsentiert gegenübergestellt. Allerdings bleibt der Blick auf archäologische Funde oft wie ein Blick in ein Kaleidoskop. Denn was glauben wir zu sehen und was befindet sich tatsächlich vor unseren Augen? Welche Schlüsse können wir daraus wirklich ziehen? Und was ist aus der Zeit der „Wikinger“ in unserem heutigen Wortschatz übrig geblieben? So leitet sich der „Donnerstag“ etwa von Gott Donar und der „Freitag“ von der Göttin Freya ab.



Foto: Schallaburg / Martina Siebenhandl

Für den Rundgang durch die Ausstellung haben „zunder zwei“ eine eigene Navigationskarte erstellt, die auf unterschiedlichen Routen Funde, Forschungsergebnisse, Überlieferungen und Wikinger-Bilder von heute anschaulich verknüpft. Ein Landungssteg führt durch den ersten Raum der Ausstellung hin zu einer Steuerpinne, an der sich die BesucherInnen durch das Frühmittelalter navigieren können.

Vorbei an Rekonstruktionen wikingerzeitlicher Gewänder geht es durch ein Wikinger-Haus zu einem Geisterschiff, von dem das übrig ist, was archäologische Funde üblicherweise freigeben: Es besteht ausschließlich aus Nieten. Anspruchsvoll präsentiert wird die Handwerkskunst der Wikinger, ein eigenes Mythenkino bietet die Möglichkeit, Mythen der Wikinger sowohl visuell als auch akustisch wahrzunehmen.

Die richtige Lektüre für eine »viking«

Der Katalog zur Ausstellung ist selbstverständlich nicht in Runen geschrieben, sondern enthält spannend und kurzweilig 25 Artikel von 27 AutorInnen, in denen die geeigneten LeserInnen auf rund 260 Seiten nicht nur vertiefende Informationen zu den Ausstellungsinhalten erfahren, sondern auch nachlesen können, wie der Mythos der Wikinger zur Bildung nationaler Identitäten beigetragen hat. Der Katalog „WIKINGER!“ ist im Shop, an der Kassa und auch über das Büro der Schallaburg erhältlich.

Wenn Dir ein Wikinger ins Netz geht...

Harald Blauzahn gilt als der große Völkerverständiger und Netzwerker der Wi-



© Archäologische Staatssammlung München, M. Eberlein.

Das Lindauer Evangelium wurde in der zweiten Hälfte des 9. Jahrhunderts im Kloster St. Gallen angefertigt. Sein Rückendeckel entstand weitaus früher, nämlich um 800, vermutlich in einer Werkstatt im Salzburger Raum. Er besteht aus vergoldetem, graviertem Silber und Einlagen aus Edelsteinen und Email. Ein Großteil der damals bekannten Welt ist symbolisch auf diesem Buchdeckel vereint: Die Darstellungen verbinden Mitteleuropa, die Britischen Inseln, den Mittelmeerraum und Skandinavien – sowohl stilistisch, als auch was die Herstellungstechniken betrifft. Die skandinavischen Elemente bilden die runden »Greiftier-Medaillons« auf den Kreuzarmen.



© SHM

Darstellung einer sitzenden schwangeren Frau mit großer Prunkfibel und mehrreihiger Perlenkette - womöglich Freyja, die schöne Göttin der Liebe und Fruchtbarkeit (Rekonstruktion).

kingerkultur und verband mit seinen weitreichenden Entdeckungsfahrten weite Teile Nordeuropas. Ganz im Sinne des großen Wikingerkönigs nutzt auch die Schallaburg alle Möglichkeiten um die Besucherinnen und Besucher der „WIKINGER!“-Ausstellung zu vernetzen. Die kostenlose App zur Ausstellung bietet mit einer Audiotour, Fotos und Videos eine spannende Möglichkeit zur Vertiefung der Inhalte und lädt mit einem Quiz dazu ein, das eigene Wissen zu den Wikingern zu testen. Darüber hinaus bietet auch die Facebook-Seite der Schallaburg Raum zum gegenseitigen Austausch und versorgt mit den neuesten Infos rund um die Ausstellung. Damit all das unmittelbar vor Ort mög-

lich ist, stehen den BesucherInnen kostenlose W-LAN Hotspots zur Verfügung. Blauzahns Fähigkeit, Verbindungen zu knüpfen, wurde auch in der Technik verewigt: Bluetooth war geboren. Das Symbol für Bluetooth leitet sich daher auch aus einem Runenzeichen ab.

Stockholm, St. Pölten, Loosdorf und Melk

Das internationale Ausstellungszentrum setzt den erfolgreichen Weg einer intensiven Vernetzung mit der Region weiter fort. Neben gegenseitigen Ticketermäßigungen zwischen den Sommerspielen Melk und der Schallaburg werden auch heuer wieder die

Kultur

Kulturprojekte der Sommerspiele Melk, der Stadt Melk und der Schallaburg gemeinsam beworben. Mit einem „Tag der Loosdorfer“ und einem „Tag der St. Pöltner“ werden dieses Jahr die BewohnerInnen der beiden Orte in die Welt der „Wikinger“ entführt.

Zur Anreise braucht es kein Schiff...

Die Wachau-Buslinie WL 1 verbindet heuer erstmals über die gesamte Ausstellungssaison die Schallaburg mit dem Bahnhof Melk mit einer attraktiven Verbindung viermal täglich. Mit dem ÖBB Kombiticket Kulturgenuß erhalten Sie eine Bahnfahrt zum Bahnhof Melk & retour, ein Ticket für die Wachau-Buslinien WL 1 hin & retour sowie einen Eintritt zur Schallaburg ab 23,- Euro pro Person. Auch die Aktion „Hunger auf Kunst und Kultur“ ist auf der Schallaburg gültig.

Schallaburg – das Kulturjuwel im Herzen des Mostviertels

Als schönstes Renaissanceschloß nördlich der Alpen ist die Schallaburg zusammen mit dem Stift Melk Niederösterreichs beliebtestes Ausflugsziel. Mit ihrem charakteristischen Aussehen durch die architektonisch reizvolle Verbindung des mittelalterlichen Palas und des ausladenden Terrakotta-Arkadenhofs im Stil der Renaissance zählt die Schallaburg zu den größten Kulturschätzen des Landes. Nur fünf Kilometer von Melk entfernt hat sich die Schallaburg seit dem Ankauf durch das Land Niederösterreich 1968 und seiner Wiedereröffnung 1974 als Ausstellungszentrum auf internationalem Niveau etabliert, das weit über die Grenzen Niederösterreichs hinaus wirkt. Knapp fünf Millionen Menschen haben die Schallaburg seit 1974 besucht.

Ausstellungszentrum auf internationalem Niveau

Seit ihrer Eröffnung mit der Niederösterreichischen Landesausstellung „Renaissance in Österreich“ (1974) wird die Schallaburg mit jährlich wechselnden Ausstellungen bespielt. Dabei reicht das Spektrum von zeitgeschichtlichen Themen wie „Österreich ist frei“ (2005) anlässlich des 50jährigen Jubiläums der Unterzeichnung des Staatsvertrages über Fragen der Populärkultur wie „Die wilden Fünfziger-Jahre“ (1985) oder „Die 60er. Beatles, Pille und Revolte“ (2010) bis hin zu ethnografischen Ausstellungen wie „Indianer – Ureinwohner Nordamerikas“ (2008). Im Jahr 1983 („Peru durch die Jahrtausende“) wurde die Schallaburg



Dieser Halsschmuck besteht aus verschiedenfarbigen Glasperlen, Anhängern und Kettenhaltern aus Bronze. Er wurde einer Frau auf Gotland mit ins Grab gegeben.



»Thors Hammer« – Silber mit filigranen Ornamenten (Rekonstruktion)

zum zweiten Mal Austragungsort einer Niederösterreichischen Landesausstellung. Die Ausstellungen „Venedig – Seemacht, Kunst & Karneval“ (2011), „Das Goldene Byzanz & der Orient“ (2012), „Das Indien der Mahadschas“ (2013) sowie „Jubel & Elend“ (2014) begeisterten ein zunehmend internationales Publikum. Mit der Kombination aus Ausstellungszentrum (1300 Quadratmeter), Architekturjuwel und dem historischen Garten konnte die Verweildauer der Gäste auf der Schallaburg nachhaltig gesteigert werden.

Um die Ausstellungen für die ganze Familie zum Erlebnis zu machen, bereiten eigene museumspädagogische Programme die Inhalte der Ausstellungen spannend und leicht verständlich auf. Interaktive Bereiche, spezielle Objekttexte und interaktive Publikationen laden die jüngsten BesucherInnen der Schallaburg zum Entdecken, Mitdenken und Hinterfragen ein.

Zwischen Mittelalter und Renaissance

Das wertvollste Exponat aller Ausstellungen ist zweifellos die Schallaburg selbst, was auch an der wechselhaften und spannenden Geschichte des Herrschaftssitzes deutlich wird. Die ältesten Teile der Burg gehen auf die zweite Hälfte des 11. Jahrhunderts zurück. Der Palas, auch das „Feste Haus“ genannt, zählt heute zu einer der ältesten erhaltenen Wohnbauten Österreichs. Die Errichtung des Palas und der dazugehörigen Ringmauer, der so genannten „Bering“, sowie der romanische Kapelle werden Sieghard dem X. aus dem Geschlecht der Sieghardinger zugeschrieben. Die erste urkundliche Erwähnung der Schallaburg 1121 ist mit seinem Sohn, Graf Sieghard XI. verbunden, der bereits den Beinamen „zu Schal(l)a“ trug.

Nach dem Tod des letzten Grafen von Schalla fiel das Schloß wechselnden BesitzerInnen zu. 1450 erbt das wohlhabende Geschlecht der Losensteiner die Burg. Unter Christoph Losenstein und unter seinem Sohn Hans Wilhelm wurde die Schallaburg zum dreiflügeligen Renaissanceschloß ausgebaut. Nach dem Vorbild italienischer Palazzi schufen sich die Losensteiner einen Herrensitz, dessen beeindruckende Silhouette heute weithin zu sehen ist. Von 1572 bis 1600 wurde neben dem Garten auch der große Arkadenhof mit seinen repräsentativen zweigeschoßigen Laubengängen und dem einzigartigen Terrakotta-Schmuck errichtet. Im 16. Jahrhundert spielte die Schallaburg für die evangelische Bewegung eine bedeutende Rolle.

Die Terrakottareliefs und -skulpturen, bestehend aus etwa 1.600 Einzelteilen, stam-

men vom Halleiner Hafnermeister Jakob Bernecker und stellen mythologische Szenen, zahlreiche Wappen in gemalter wie plastischer Form, Fabelwesen, Masken und Fratzen dar. Auch das Hundefräulein, dem eine Sage der Schallaburg zugrundeliegt, ist unter den Terrakotten verewigt. Die Geburt des Mädchens mit dem Hundekopf und Hundepfoten soll nur eine von vielen unheimlichen Begebenheiten rund um einen blutigen Bruderzwist der Losensteiner gewesen sein. Der Legende zufolge sucht der Geist des Hundefräuleins noch heute die Schallaburg heim und kündigt den Tod eines Burgbewohners an.

Die Wiedergeburt des Kulturjuwels

Nach seinem Tod 1601 hinterließ Hans Wilhelm von Losenstein seinem Neffen Georg Christoph viele Schulden, daher übernahm sein Schwiegervater Georg von Stubenberg die Schallaburg. Ein Nachfolger, der Barockdichter Johann Wilhelm von Stubenberg, sah sich angesichts der Gegenreformation jedoch gezwungen, die bisher

protestantische Schallaburg 1660 an die katholische Familie Kletzl von Altenach aus dem Elsass zu verkaufen. Ab Mitte des 18. Jahrhunderts war die Schallaburg bis 1940 im Eigentum der Freiherren von Tinti, einem Geschlecht italienischer Herkunft. Nach dem Kauf der Burg durch den deutschen Baron Nagel-Doornick 1940 wurde die Schallaburg 1945 als deutsches Eigentum beschlagnahmt und in die russische Verwaltung eingegliedert.

1955 erhielt die Republik Österreich mit der Unterzeichnung des Österreichischen Staatsvertrags das Kulturjuwel zurück. Mit dem Erwerb der Schallaburg durch das Land Niederösterreich 1968 begannen umfangreiche Umbau- und Restaurierungsmaßnahmen, die am 17. Mai 1974 abgeschlossen werden konnten. Da die Gestalt des ursprünglichen Renaissancegartens damals nicht bekannt war, wurde die Grünanlage 1973/74 im Rahmen eines Projektes der Gartenbauschule Schönbrunn dem Vorbild historischer Gärten nachempfunden.



Dieser Bildstein aus När auf Gotland stellt einen Zweikampf und eine Schiffsreise dar – Motive, die vermutlich auf Jenseitsvorstellungen zurückgehen.

Den Geheimnissen der Schallaburg auf der Spur

Die Restaurierung und Erhaltung der Schallaburg bleibt weiterhin ein Schwerpunkt bei der Arbeit mit dem Renaissancejuwel. So bekam etwa die Burgkapelle nach über 70 Jahren im März 2011 ihre beiden Glocken wieder. In enger Kooperation mit dem Bundesdenkmalamt finden immer wieder Workshops auf der Schallaburg statt, bei denen sich auch ein Team von ExpertInnen mit konkreten konservatorischen Fragestellungen des Renaissancejuwels auseinandersetzt. Seit 2012 brennt und löscht die Schallaburg ihren eigenen Kalk. Im Jahr 2013 wurden auch Versuche zu einem eigenen Terrakottenbrand gestartet.

Um die Renovierungsarbeiten mit der nötigen Umsicht durchführen zu können, ist eine stetige wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Bausubstanz und Geschichte der Burg erforderlich. Die Analyse der Gebäude bis auf jeden einzelnen Stein, modernste Technologien wie Bodenradar oder Dendrochronologie, die das Alter von Holzkonstruktionen bestimmen kann, sowie die Verknüpfung aller Informationen bringen immer wieder neue, spannende Erkenntnisse: So ist etwa der Palas wesentlich älter als angenommen. Im Zuge historischer Forschungen ist erstmals eine beachtliche Beschreibung des Turniergartens zutage getreten.

Die Ergebnisse der intensiven interdiszi-

plinären Forschung der vergangenen drei Jahre wurden in der umfangreichen Publikation „Die Schallaburg. Geschichte – Archäologie – Bauforschung“ zusammengefaßt. Im Jahr 2013 ist ein weiteres Buch zur Schallaburg erschienen: Der Bildband „Die Schallaburg im Bild“ vereint Darstellungen des Renaissancejuwels von 1650 bis in die Gegenwart, angefangen von einfachen Postkartenmotiven bis hin zu Gemälden namhafter KünstlerInnen. Beide Werke sind im Shop der Schallaburg erhältlich. In Form von interaktiven Burgführungen laden die KulturvermittlerInnen zu einer Reise durch die Geschichte des Kulturjuwels ein.

Umfangreiches Programm für die ganze Familie

Als schönstes Renaissanceschloß nördlich der Alpen lädt die Schallaburg jedes Jahr aufs Neue mit einem abwechslungsreichen Programm zum Staunen, Entspannen und Genießen ein. Die BesucherInnen können im Rahmen von interaktiven Führungen die Schallaburg und ihre reichhaltige Geschichte erkunden. Das Schloßrestaurant im großen Arkadenhof verwöhnt seine Gäste mit Köstlichkeiten aus dem Mostviertel und passenden Gerichten zu den jeweiligen Ausstellungen. Vielfältige Veranstaltungen machen die Schallaburg zum Festplatz der ganzen Region. Vom bunten Familienfest, über die köstlichen Schmankerlwochen, dem Tag

der Goldenen Generation bis hin zum Naturgartenfest ist sprichwörtlich für jeden Geschmack und jedes Alter etwas dabei. Für individuelle Festivitäten wie Hochzeiten, Betriebsfeiern, Tagungen, Seminare, Geburtstags- und Weihnachtsfeiern oder Ritteressen bietet die Burg ebenfalls ein ideales Ambiente. Eine besondere Attraktion für kleine BurgbesucherInnen ist der außergewöhnlich gestaltete Abenteuerspielplatz im Burggraben. Der 30 Meter lange Drache läßt Kinder aus seinem Maul herausrutschen, in seinem Körper herumklettern und seine vielen Geheimnisse entdecken.

Ein Ausflugsziel im Herzen des Mostviertels

Nicht nur der historische Garten mit seinen bezauberten Stauden, Blumen, Kräutern, Knotenbeeten, Rosenstöcken und Apfelhainen lädt zum Spazieren und Verweilen ein. Die zahlreichen Wanderwege rund um die Burg verführen zur Entdeckung des Mostviertels mit seiner kontrastreichen Landschaft: Der milde, fruchtbare Norden steht der wildromantischen alpinen Bergwelt im Süden gegenüber. Mittlerweile wird die Schallaburg immer mehr zum Grund für einen Ausflug in die Wachau und ins Mostviertel und die Schallaburg darf gleichzeitig bei keinem Besuch des Mostviertels oder der Wachau fehlen. ■

<http://www.schallaburg.at/Ungebautes>



Foto: Schallaburg / Manfred Horvath

Die Schallaburg lädt – als schönstes Renaissanceschloß nördlich der Alpen – zum Staunen, Entspannen und Genießen ein.

RINGSTRASSE. Ein jüdischer Boulevard

Ausstellung im Jüdischen Museum Wien anlässlich des 150-Jahr-Jubiläums der Errichtung von Wiens Prachtstraße von 25. März bis 4. Oktober 2015



© JMW, Sig. JMW, Inv. Nr. 4048

Das von Theophil Hansen erbaute Palais Todesco in der Kärntner Straße 51 (um 1880) liegt gegenüber der Staatsoper.

Als nach der Schließung der Wiener Stadtmauern rund um die Wiener Innenstadt ein Prachtboulevard entstand, wurde dieser zur ersten Adresse des Adels und des Großbürgertums. Wien sollte zu einer Metropole und der Ring ein sichtbares Symbol des Kaiserreiches werden – auch wenn die Monarchie bereits dem Untergang geweiht war. Unter den Bauherren der prächtigen Palais entlang der Ringstraße waren zahlreiche jüdische Unternehmer und Bankiers, die zum wirtschaftlichen Aufschwung der Gründerzeitjahre beitrugen, als Kunstsammler und Mäzene in Erscheinung traten und dem Kaiser zur Hilfe kamen.

Der Aufstieg einer kleiner jüdischen Elite im Wirtschaftsboom der Gründerjahre steht ebenso im Fokus der Ausstellung wie beispielsweise die Entstehung der Psychoana-

lyse hinter den beeindruckenden Fassaden der Palais.

Das Jüdische Museum Wien stellt die wichtigsten Protagonisten der Ringstraßenära sowie deren Familiengeschichten und Schicksale vor und beleuchtet die Stiftertätigkeit der jüdischen Großbürger. Der neu errichtete Boulevard galt für viele als Zeichen der gesellschaftlichen Akzeptanz und zahlreiche Palais wurden zu wichtigen Orten des Austausches für Intellektuelle, Wissenschaftler und Künstler in den so genannten Salons. Kunst, Kultur, Wissenschaft und somit die gesamte Gesellschaft wurden auf diese Weise gefördert.

All dies konnte jedoch eine zunehmende politische Radikalisierung und die wachsenden sozialen Probleme der breiten Masse nicht aufhalten. Die k.u.k. Residenzhaupt-

stadt Wien war in dieser Zeit magischer Anziehungspunkt für Zuwanderer aus allen Teilen der Monarchie, die sich hier neue Lebenschancen erhofften. Unter ihnen waren auch sehr viele JüdInnen, die der Diskriminierung und wirtschaftlichen Perspektivlosigkeit des Shtetls entkommen wollten. Dies verschärfte die sozialen Gegensätze: Besonders das Kleinbürgertum war als klassischer Modernisierungsverlierer empfänglich für den wachsenden politisch geschürten Antisemitismus, der sich gleichermaßen der Stereotype des „armen, zerlumpte Ostjuden“, des „sozialistischen, jüdischen Aufwieglers“ oder des „kapitalistischen Wiener Börsejuden“ bediente. Diese massiven ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen im Wien des ausgehenden 19. Jahrhunderts und damit die Kehrseiten der glanz-

Kultur

vollen Ringstraßenfassaden sind ebenso ein zentraler Aspekt der Ausstellung wie die politischen Folgen im 20. Jahrhundert: 1938 nach der Annexion Österreichs durch das nationalsozialistische Deutschland waren die Nachkommen jener jüdischen Familien, die entscheidend zum wirtschaftlichen Aufschwung der so genannten Gründerzeit beigetragen hatte, gezwungen, zu emigrieren oder sie wurden in Konzentrationslager deportiert.

Die prächtigen Palais tragen noch ihre Namen – Todesco, Schey, Königswarter, Goldschmidt, Ephrussi, Lieben oder Auspitz – aber die Familien sind nicht mehr an Österreich gebunden. Weder wurden sie nach dem Zweiten Weltkrieg eingeladen, zurückzukehren, noch erhielten sie jene Werte zurück, die sie unter Zwang hatten zurücklassen müssen. Es dauerte bis in die Gegenwart, daß die Geschichten hinter den Fassaden der prachtvollen Palais wieder in das kollektive Wiener Bewußtsein rückten, stellvertretend sei hier die Familie Ephrussi genannt, deren Bedeutung für Wien durch das Buch „Der Hase mit den Bernsteinaugen“ wieder bekannt wurde.

Auch das heutige Jüdische Museum ist mit der Ringstraße in mehrfacher Weise verbunden: Das erste Jüdische Museum befand sich in unmittelbarer Nähe des Rings und unter dessen Gründern, Stiftern und Spendern waren viele Ringstraßen-Familien. 1938 wurde das Museum geschlossen, die Sammlungen beschlagnahmt und für eine antisemitische Ausstellung im Naturhistorischen Museum missbraucht. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Idee für die Wiedergründung in einem Ringstraßenpalais geboren – in einer Wohnung am Schottenring richtete der Geschäftsmann und Judaika-Sammler Max Berger, der als einziger Überlebender der Schoa in seiner Familie nach 1945 über Polen nach Wien kam, in den 1970er-Jahren ein kleines Privatmuseum ein. Seine Sammlung bildete das Herzstück des Jüdischen Museums Wien, das 1988 auf Initiative des Wiener Bürgermeister Helmut Zilk gegründet wurde und ist bis heute zentraler Bestandteil der Ausstellung im Palais Eskeles.

Zur Ausstellung, die zahlreiche spannende Aspekte von Geschichte und Gegenwart der Ringstraße aufgreift und die Glanz- und Schattenseiten der Ringstraßenära thematisiert, erscheint ein zweisprachiger Katalog im Amalthea Verlag (ISBN-Nr. 978-3-85002-915-5) zum Preis von €29,95, der ab sofort im Bookshop des Museums und im Buchhandel erhältlich ist. ■

<http://www.jmw.at>



Interieur des Palais Todesco



Das Palais Lieben bildet mit dem Palais Ephrussi eine architektonische Einheit, Mölker Bastei 5, um 1875



Sicht auf den Schottenring, um 1870

© JMW, Slg. JMW, Inv. Nr. 4048

Foto: Carl Haack, Wien Museum

© Sammlung Helfried Seemann

Ungebautes Salzburg

Das Museum der Moderne Salzburg erweckt mit seiner Ausstellung nicht realisierte bauliche Ideen zu neuem Leben. Von 28. März – 12. Juli 2015.



Foto: Architekturmuseum TU Berlin, Inv.-Nr. 2768

Hans Poelzig, Festspielhaus Salzburg: 1. Projekt: Freitreppe, Perspektivische Ansicht, 1920, Kohle auf Transparent, 54 x 81 cm

Das Museum der Moderne Salzburg widmet erstmals eine Ausstellung der Stadt Salzburg mit ihren verworfenen baulichen Ideen, gescheiterten Konzepten und Utopien und eröffnet damit einen völlig neuen Blick auf die Mozartstadt. Über die Jahre und Jahrhunderte haben hervorragende BaukünstlerInnen für Salzburg gearbeitet und der Stadt einen einzigartigen Charakter verliehen – doch nicht immer wurden die Pläne verwirklicht. In Kooperation mit der Initiative Architektur wurden für die Ausstellung aus einer fast unüberschaubaren Zahl an Studien und Wettbewerbseinreichungen 32 Projekte ausgewählt. „Meine Intention mit dieser Ausstellung ist es, eine Diskussion über das Museum und seine Rolle in der Stadt sowie über die Stadt als modernes Lebensumfeld zu lancieren“, betont Sabine Breitwieser, Direktorin am Museum der Moderne Salzburg, und fügt hinzu: „Die Menschen arbeiten und leben hier in einer Stadt, die als museales Baudenkmal konzipiert ist. Wie funktioniert das auf lange Sicht, welche Psychologie verbirgt sich hinter der Ablehnung von Bauprojekten und welche Perspektiven ergeben sich daraus vor allem für die junge und künftige Generation?“ Gastkurator Roman Höllbacher von der Initiative Architektur betont, daß

„die Auseinandersetzung mit verworfenen Projekten sich aus vielen Gründen lohnt. Diese Entwürfe waren nicht selten heftig diskutierte Alternativen zum Status quo und sie beschreiben – vielleicht prägnanter, als die gebaute Stadt dies je kann – die Befindlichkeiten, Ideen und Sehnsüchte einer ganzen Epoche. Es ist das besondere Verdienst des Museum der Moderne Salzburg,

diese verdrängte Thematik aufzugreifen und sich als Ort der Diskussion über die Stadt und ihre Zukunft anzubieten.“

Der zeitliche Schwerpunkt der in der Ausstellung präsentierten Projekte wurde ab dem 20. Jahrhundert gesetzt. Sie rufen ungebaute Alternativen zur gebauten Realität in Erinnerung. Die Entwürfe sind nach Themen gegliedert und behandeln wiederkehrende



© HMGB Architekten Heike Matcha und Günter Barczik GbR

HMGB Architekten, Paracelsus Spa Salzburg, 2012, Rendering

städtebauliche Problemstellungen. Dabei stellt sich die faszinierende, mitunter aber auch beklemmende Frage, wie sich die Stadt heute darstellen würde: Wie würde Salzburg aussehen, wenn beispielsweise der Domentwurf von Vincenzo Scamozzi aus dem Jahr 1606 und nicht der deutlich kleinere Kirchenbau von Santino Solari (ab 1614) realisiert worden wäre? Welche Entwicklung hätten die Salzburger Festspiele genommen, stünde Hans Poelzig's mystische Vision eines Festspielhauses, die er ab 1919 entwickelte, heute im Schloßpark von Hellbrunn?

Es werden aber auch Konzepte und architektonische Ideen vorgestellt, die in einem konstruktiven Widerspruch zueinander stehen, so beispielsweise Álvaro Sizas Projekt für den Umbau des Casino Winkler (1986), Delugan_Meissl's Panoramalift (2003) an der Felswand des Mönchsbergs und Hans Holleins epochales Guggenheim-Museum (ab 1989) für ebendiesen Ort. Somit wird in der Ausstellung auch die Baugeschichte des Museum der Moderne Salzburg erzählt.

Die Ausstellung wirft keinen nostalgischen Blick auf verpaßte Chancen. Vielmehr blickt sie in die Zukunft und unterstreicht die Freiheit des Entwurfs und seine Bedeutung für die Vorstellung davon, wie die Stadt gestaltet sein kann. Und dennoch ist eine Stadt weit mehr als die Summe der Bauten und Projekte: Sie ist ein soziales Ganzes. In diesem Sinne spricht das Museum der Moderne Salzburg ein Angebot aus – nämlich die Möglichkeit für alle, die in Salzburg leben, und jene, die diese Stadt besuchen, über die Zukunft Salzburgs nachzudenken. ■

<http://www.museumdermoderne.at>



© Archiv Hans Hollein

*Bild oben: Hans Hollein, Guggenheim Museum im Mönchsberg, 1990, Schnittmodell
Bild unten: Otto Reitter und Otto Strohmayer, Gauforum auf dem Kapuzinerberg (Imberg) mit Gauhalle, Gauhaus, Versammlungsplatz und Festspielhaus, Variante mit Adolf-Hitler-Schule, um 1940*

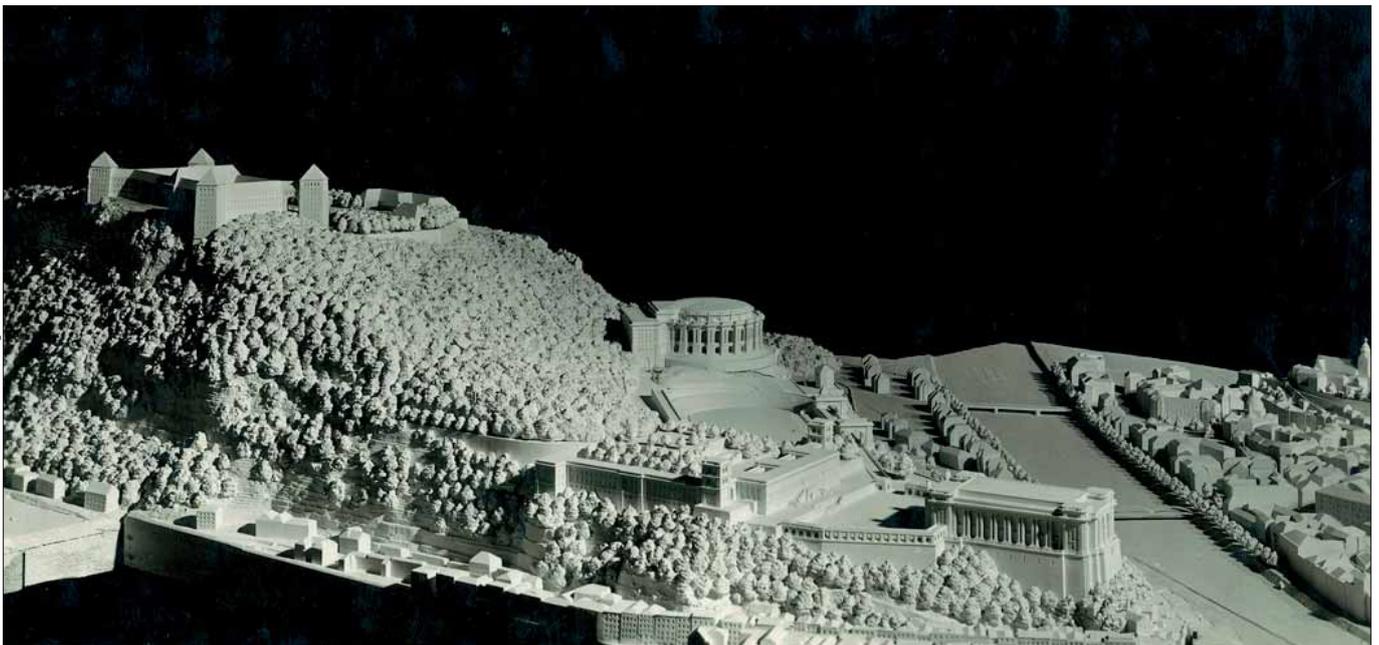


Foto: Ernst H. Börner, Berlin / Karl Peyrer-Heimstatt

Feines Porzellan. Hohe Politik.

Zum Caffee beim Wiener Congress 1814-1815. Eine Ausstellung des Porzellanmuseum im Augarten, Wien von 9. März bis 30. Mai 2015.



»Der Presse Club«, kolorierte Umrißbradierung, Verlag Friedrich Campe, Nürnberg, 1815

Die neue Sonderausstellung des Porzellanmuseum im Augarten in Wien beleuchtet einen besonderen Aspekt der Diplomatie während des Wiener Congresses der Jahre 1814-1815: Alle gekrönten Häupter, hochrangige Politiker, aber auch die kultivierten Schaulustigen dieses denkwürdigen Zusammentreffens in der kaiserlichen Residenzstadt ließen es sich nicht nehmen, der Porzellanmanufaktur einen Besuch abzustatten. Listen diplomatischer Geschenke, Tagebücher und Reiseberichte schildern die Bewunderung, die der Kaiserlichen Manufaktur und ihren Produkten entgegengebracht wurde. Im Mittelpunkt der Ausstellung stehen „Caffeeschalen“ der Zeit um den Wiener Congress, die durch ihre aufwendige Gestaltung eine einmalige historische und gesellschaftliche Situation repräsentieren.



Medaillon mit Bildnis Fürst Clemens Wenzel Lothar von Metternich-Winneburg (1773-1859)

Wenige Jahre vor dem friedlichen Zusammentreffen der Staatsmänner und Monarchen Europas verschickte die Wiener Porzellanmanufaktur ihre kostbarsten Bestände sicher verpackt auf einem Schiff Richtung Budapest, stand doch Napoleon 1809 einmal wieder vor den Toren Wiens. Einige Mitarbeiter der Manufaktur fielen in den Schlachten gegen die Franzosen. Nach der Einnahme Wiens installierte sich Napoleon in Schloß Schönbrunn und forderte Tafelporzellan aus der Manufaktur, um mit seinen Generälen standesgemäß zu speisen. Während all des politischen und militärischen Machtragens um die Vorherrschaft in Europa nahmen die Direktoren der Porzellanmanufakturen in Wien und Sèvres freundschaftlichen Kontakt auf. Sie tauschten ihre Erfahrungen und sogar Materialproben aus.

Kultur

Die Ausstellung „Feines Porzellan. Hohe Politik“ möchte anhand ausgewählter Exponate, darunter Leihgaben des MAK – Österreichisches Museum für angewandte Kunst/ Gegenwartskunst, Wien, der Silberkammer, Wien sowie aus Privatsammlungen den politischen Entwicklungen seit den Koalitionskriegen bis hin zu den privaten und öffentlichen Festlichkeiten des Wiener Congresses nachspüren.

Nicht zuletzt bedrohte Napoleon auch eine der liebsten Tätigkeiten der WienerInnen, das Kaffeetrinken. Durch die Kontinentalsperre von 1811 war die Einfuhr von Kaffee nicht mehr möglich. Zahlreiche Zeitdokumente beschreiben die Sehnsucht nach dem anregenden Getränk, das im Jahrhundert zuvor Einzug in Europa gehalten hatte und seitdem nicht mehr aus dem Tagesgeschehen wegzudenken gewesen war. Auch die Porzellanmanufaktur erlitt erhebliche Verluste durch diese Umstände. Im Zuge der Aufhebung des Einfuhrverbots im Jahr 1813 konnte die Porzellanmanufaktur über den Verkauf von unvorstellbaren „35.000 Paar Kaffeeschalen“ jubeln.

Auch die Tafeln des Wiener Congresses wollten kostbar ausgestattet sein, gab es doch erhebliche Lücken in der kaiserlichen Silberkammer sowie jenen des höfischen Adels, da die langen Kriegsjahre das Vermünzen und damit das Einschmelzen der Silberservice zur patriotischen Pflicht gemacht hatten.

Der Congress dauerte bekanntlich weit aus länger als erwartet, das Unterhaltungsprogramm mußte täglich erweitert werden. Die Kaiserliche Porzellanmanufaktur, damals in der Vorstadt Rossau, stand als eine der nationalen Sehenswürdigkeiten auf dem Besichtigungsprogramm der Kongreßteilnehmer. Daß diese sich oft bei Lustbarkeiten und in den Salons auch politisch näher kamen, spricht für die verbindende Wirkung des geselligen Vergnügens. Umso behaglicher ist solch ein Zusammensein bei angenehmen Speisen in großer Gesellschaft oder bei Kaffee und Tee in intimer Runde. Die vielen erhaltenen Kongreßtagebücher erwähnen die Wichtigkeit solcher Stimmungen für die Neugestaltung Europas. Auch ausgelassene Volksfeste sind überliefert, unter der Teilnahme des Hochadels, wie jenes auf Initiative des Hoftraiteurs Jahn rund um sein beliebtes Café im Saalgebäude im Augarten, dem heutigen Standort unseres Museums, am 6. Oktober 1814.

Porzellan diente zu jener Zeit als Mittel der Kommunikation, es zeigte die Bedeu-



© Sammlung APR

Kaffeetasse mit Untertasse, Amethystdekor, Wien, um 1808



Foto: © Marton Museum, Samobor

Kaffeetasse mit Untertasse, schwarzer Fond und Golddekor, Wien, um 1816

tung des Gastgebers, seinen erlesenen oder auch seinen fortschrittlichen Geschmack und wurde zum Bildträger der während der Congresszeit diplomatisch bedeutenden Kunst der Miniaturmalerei. Bildnisse des Kaisers



© MAK Wien / Katrin Wiskirchen

Kaffeetasse mit Henkel aus vergoldeter Bronze, mit Untertasse, Bildnis Kaiser Franz I. (1768–1835)

oder des Fürsten von Metternich, und selbst die Kaiserhymne von Joseph Haydn finden sich auf dem Porzellan der Zeit. Die Ästhetik des französischen Empire und der durch Napoleons Feldzüge wieder aufgeflamten Ägyptomanie fand ebenso Eingang in die Porzellangestaltung wie die aufkommende Ritterromantik, die sich deutlich von diesen französischen Moden distanzierte. Gemäldekopien aus den kaiserlichen Sammlungen in Wien und Ansichten der wichtigen Gebäude der Stadt waren ebenfalls begehrte Motive unter den Kongreßtouristen.

Die hohe Qualität der Malerei und Vergoldung, wie sie in der Wiener Manufaktur praktiziert wurde, führte schließlich zu zahlreichen Bestellungen diplomatischer Geschenke durch das Kaiserhaus, die nach dem Congress an alle befreundeten Höfe verschickt wurden.

<http://www.augarten.at/experience-augarten/museum/>

wean hean 2015

Das Wienerliedfestival – von 16. April bis 11. Mai 2015



Foto: Stephan Mussil

Mit zwei Konzerten läßt wean hean die Neuen Wiener Concert Schrammeln anlässlich ihres 20-Jahr-Jubiläums hochleben.

Neuestes vom Wienerlied! Das Festival wean hean wirft zwischen 16. April und 11. Mai 2015 zum 16. Mal seine Anker in Wien aus. Frischer Wind treibt in die Stadt und zerstreut in heftigen Böen Wienerlieder und Weana Tanz in alle Richtungen. 13 Veranstaltungen an acht verschiedenen Schauplätzen eifern mit dem blauen wean hean Himmel um die Wette, aber auch gegen den Wind gestrichene Abende zeichnen ein Monat lang ein plastisches Wienerlied-Panorama.

wean hean steht für Traditionell-Originäres mit Haltekraft, denn ohne Anker trägt uns der Wind davon. wean hean bürgt aber auch für Bockbeiniges und Kratzbürstiges. Deshalb lichtet das Wienerliedfestival die Anker, hißt die Segel und hält Kurs auf Neuland. Geht kein Wind, dann heißt es rudern. Was zählt ist der Ankerwurf in die Zukunft. Das Tempo bestimmt in diesem Fall nicht, was gute Wiener Musik ist.

Das Startsignal ertönt in Wien-Favoriten. In der Loft City der ehemaligen Ankerbrot-

fabrik, einem der aufstrebenden und zurzeit spannendsten Kunst- und Kulturareale der Stadt, steht Zeitgenössisches im Mittelpunkt.



© Herbert Zotti

Am 16. April ist die Loft City Tummelplatz für die wean hean Festivaleröffnung. Die imposante Expedithalle sowie das über Wien blickende Maleratelier Hermann Kremsmayer bieten viel Raum für die urban-lokalen Klänge der diesjährigen Musiker. Mit dabei sind: die swingende Barbara Bruckmüller Big Band feat. Jetlag Allstars, die legendäre Wiener Tschuschenkapelle, die modern schrammelnde Kombo von Martin Spengler und den foischn Wienern sowie das feine Wienerliedschätze darbietende Mondscheintrio.

Mit gleich zwei Konzerten läßt wean hean die Neuen Wiener Concert Schrammeln anlässlich ihres 20-Jahr-Jubiläums hochleben. Unter dem Titel "Schau ma ein!" öffnen sich die Türen zum Wiener Konzerthaus, wo das maßgebliche Schrammelquartett der Stadt unter der musikalischen Leitung von Alexander Kukulka gemeinsam mit den Film- und TV-Lieblingen Wolf Bachofner und Karl Markovics ihre besten Wienerlieder präsentieren.



© Lena Appl

2015 mit dabei: die swingende Barbara Bruckmüller Big Band feat. Jetlag Allstars, die legendäre Wiener Tschuschenkapelle

Im Rahmen des Schrammel-Montags im Bockkeller ist der zweite Auftritt der Neuen Wiener Concert Schrammeln programmiert. Nach der Aufführung alter und neuester Schrammelwerke im ersten Teil des Abends dürfen wir gespannt sein, wer in der für jeden Schrammelmusikanten offenen Runde des zweiten Teils spontan den Weg auf die Bühne findet.

Im luftigen, musikalisch atmosphärischen Bockkeller-Saal werden in diesem Jahr noch drei weitere Musikereignisse über die Bühne gehen: Der bei wean hean gern gesehene Gitarrist Helmut Jasbar bringt diesmal den Perkussionisten Peter Rosmanith und ein erlesenes, der Gitarre gewidmetes Wien-Programm mit. Die beiden Musiker korrespondieren mit musikalischen Vorfahren des frühen „Melting Pot“ Wien. Jasbar und Peter Rosmanith beschäftigen sich mit musikalischen Schätzen in Bearbeitungen, Improvisationen und neuen Stücken.

Auf eine hochkarätige Auseinandersetzung dürfen wir gespannt sein, wenn Peter Matic und Chris Pichler in die Vortrags-Rollen von Karl Kraus und Alice Schalek schlüpfen. Der an Polemik nicht zu überbietende Schriftsteller und Journalist Kraus führte mit der ebenfalls scharf munitierten Autorin, Journalistin und Fotografin Alice Schalek heftige Kontroversen. Das Duo Catch Pop String Strong wird mit Cello, Geige und Gesang dabei musikalisch zu Grenzüberschreitungen beitragen.

Den für Wien so typischen instrumentalen Vortragstücken, den sogenannten Weana Tanz (Wiener Tänzlen) wird ein eigener Gesprächsabend gewidmet. Die geladenen Spe-



© Thomas Reinagl

Die »Mondscheinbrüder« Robert Reinagl und Walter Czipke mit Schrammelharmonika

zialisten Walter Deutsch, Hermann Fritz, Roland Neuwirth, Wolfram Tuscher und Simon Wascher diskutieren unter der Moderation von Susanne Schedtler über diese Wien spezifische Musikgattung und illustrieren in divergierenden Perspektiven und mit musikalischen Einsprengseln Geschichte, Entwicklung und Erscheinungsformen der Weana Tanz.

Nach den erfolgreichen Hermann Leopoldi und Fritz Rotter Abenden in den Vorjahren steht heuer wean hean im Zeichen des großartigen Liedschöpfers Walter Jurmann. Sein Schlager „Veronika, der Lenz ist da“ (Text: Fritz Rotter) ging um die Welt und ließ ihn berühmt werden. Jurmann wurde

1903 in Wien geboren und machte mit Schlagern und Filmsongs international Karriere – in Berlin, Frankreich und Amerika. Er konnte geniale Wiener Walzer, freche Berliner Schlager, charmante Pariser Chansons wie swingenden amerikanischen Jazz komponieren. Die berühmtesten Stars seinerzeit sangen seine Lieder: darunter Richard Tauber, Greta Keller, Hans Albers, Judy Garland oder Jan Kiepura. Im Rahmen von wean hean 2015 werden die heutigen Größen aus Theater, Film und Fernsehen Wolf Bachofner, Lilian Klebow, Julian Loidl und Retschko & Remy unter der künstlerischen Leitung von Bela Koreny die besten Jurmann-Lieder zu neuer Lebendigkeit verhelfen.



© Herbert Zotti

Karl Hodina – er hat in und für Wien den Begriff des Wiener Chansons mitgeprägt.

Im Porgy & Bess präsentiert eine ausgeklügelte Jazztruppe um Oskar Aichinger ein Ereignis mit Unterhaltungs- und Experimentiercharakter. Die gestellte Aufgabe und Leitformel muß in Anbetracht eines Wienerliedfestivals freilich Wien ergeben. Angesichts des hehren, aber realistischen Zieles zwölf Töne und Wienerlied unter dem Siegel Jazz zu einem besonderen Ergebnis zu bringen, trägt die Show den verheißungsvollen Titel „s wirdshow“. Angela Maria Reisinger, Raumschiff Engelmayer, Oskar Aichinger, Lukas Kranzelbinder und Paul Skrepek bestehen diese Herausforderung wohl mit links.

Im Ehrbarsaal bietet wean hean dem Publikum die Möglichkeit, die Kunstform des Dudelns zu enträtseln und zu genießen. Als Gemischtes Doppel werden Agnes Palmisano, Daniel Fuchsberger sowie Maria & Helmut Stippich im Duo, Trio und Quartett singen und experimentierfreudig Neues schaffen. Agnes Palmisano wird zudem mit den Österreichischen Salonisten ausgewählte Koloraturjodler und das eine oder andere zeitgenössische Stück darbieten.

Ein besonderes Event erwartet uns am 8. und 9. Mai in der Ottakringer Brauerei: Die Kooperationsveranstaltung „Wiener Welle“, ein Kultur-Festival mit Musik, Literatur und Kulinarik präsentiert aktuelles Kulturschaffen aus Wien, das nicht davor zurückschreckt, auf das Wienerlied, die Wiener Kaffeehausliteratur oder die Wiener Küche Bezug zu nehmen. Dabei geht es aber weniger darum, eine Tradition um ihrer selbst

willen weiterzuführen, sondern vielmehr um einen spielerischen Umgang mit Altbekanntem. So entstehen spannende und zeitgenössische Neuinterpretationen.

Zum Ausklang von wean hean am 11. Mai steht das Chanson in seiner französischen und wienerschen Ausprägung im Mittelpunkt. Im Theater Akzent wird die Schauspielerin mit der großen Stimme, Vasiliki Roussi, unter der musikalischen Leitung von Willy Daum und unter Begleitung der Spitzenmusiker Krzysztof Dobrek am Akkordeon und Herwig Thöny am Kontrabaß ihre grandiose Interpretation von Piaf-Liedern erstmals in Wien zu Gehör bringen.

Karl Hodina hat in und für Wien den Begriff des Wiener Chansons mitgeprägt. Gemeinsam mit der nicht minder stimmgewaltigen Tini Kainrath und dem Diknu Schneeberger Trio wird Karl Hodina seine besten Chansons präsentieren – ohne Zweifel ein stimmungsvoller Abschluß des diesjährigen Wienerliedfestivals. ■

<http://www.weanhean.at>



© Julia Grandegger

Agnes Palmisano wird zudem mit den Österreichischen Salonisten ausgewählte Koloraturjodler und das eine oder andere zeitgenössische Stück darbieten.

Serie »Österreicher in Hollywood«

Der Wiener Autor Rudolf Ulrich dokumentiert in seinem Buch »Österreicher in Hollywood« 400 Einzelbiografien mit beigeschlossenen Filmografien und über 12.000 Film- und Fernsehproduktionen aus Hollywood mit österreichischer Beteiligung. In der **87. Folge** portraitiert er

Carl Esmond (Willy Eichberger)

Schauspieler



Carl Esmond (Willy Eichberger)

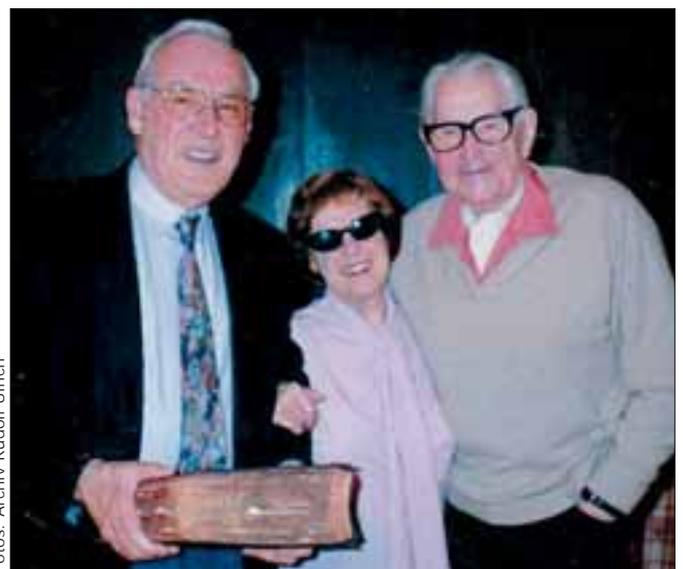
Willy Eichberger (eigtl. Carl Caesar Willy Simon)*, geboren am 14. Juni 1902 in Wien, stammte väterlicherseits aus einer böhmischen Familie. Sein Weg führte über das Bankwesen und den Besuch der Akademie für Musik und darstellende Kunst, nach Annahme des Mädchennamens der Mutter Maria Eichberger, 1927/28 an das Burgtheater, später ans Volkstheater sowie an Bühnen in Berlin, Chemnitz und Hamburg. Bemerkenswerte Rollengestaltungen in den beiden Filmen „Kaiserwalzer“ (1932) von Friedrich Zelnik und Max Ophüls' Meisterwerk „Liebelei“ (1933), basierend auf Arthur Schnitzlers Theaterstück, prädestinierten den attraktiven Vertreter der jüngeren Schauspielergeneration als einen der zukunftsreichsten Darsteller des deutschsprachigen Films.

Aufgrund guter Kritiken in ausländischen Medien ermöglichte ihm seine nach England emigrierte Agentin Zugang zum britischen Film, damit den Beginn einer internationalen Karriere. Eichberger reüssierte 1934/35 bei British International Pictures und Gaumont British unter dem den Briten geläufigeren Künstlernamen Carl Esmond in den musikalischen Romanzen „Blossom Time“ (Richard Tauber als Franz Schubert), „Evensong“ mit seinem gewichtigen Landsmann Fritz Kortner und in „Invitation to the Waltz“ als Partner des britisch-deutschen Stars Lilian Harvey. Am 20. Dezember 1934 debütierte er auf der Bühne des Winter Garden Theatre neben der

Wiener Schauspielerin Lea Seidl in der Operette „A Waltz Dream“ („Ein Walzertraum“) von Oscar Straus.

Eichberger ging anschließend wieder nach Wien, um in mehreren Filmen mitzuwirken, die bekanntesten davon „Die Pompadour“ (1935) und Willi Forsts „Burgtheater“ (1936). Der Theaterunternehmer Gilbert Miller holte ihn jedoch für ein weiteres Bühnengastspiel an die Themse. Amerikaner sahen den „charming young actor“ 1937 im Lyric Theatre als überaus erfolgreichen Darsteller des Prinzgemahls Albert in Laurence Housmans Stück „Victoria Regina“, dies führte zur Verpflichtung durch Metro-Goldwyn-Mayer. Eichberger war nicht unbedingt darauf aus, er hatte genügend Angebote in Europa, MGM-Vice President Louis B. Mayer vermochte ihn jedoch umzustimmen. Der Schauspieler kam damit nicht als bedrängter Emigrant im Jänner 1938 in Hollywood an, er behielt den Namen Esmond bei, beabsichtigte auch nur kurz zu bleiben, die Geschehnisse in Österreich im folgenden März und der Kriegsausbruch 1939 verhinderten jedoch die geplante Rückkehr. Die USA wurden dem Wiener zur Wahlheimat.

Mayer hatte seiner Neuerwerbung beim Vertragsabschluss in London eingeschärft, den leichten österreichischen Akzent als interessante Nuance für das amerikanische Publikum beizubehalten. Esmonds Start verlief indes nicht sehr verheißungsvoll, er lehnte die ihm angebotene Mitwirkung in der Verfilmung des kurz zuvor in Amsterdam erschienenen Romans von Erich Maria Remarque „Three Comrades“ („Drei Kameraden“) aufgrund von Hetztiraden gegen ihn in einem deutschen SS-Blatt ab, zumal Auswirkungen auf seine Familie in Wien zu befürchten waren. Weitere für ihn vorgesehene Rollen wurden letztlich anderweitig besetzt, wonach die sechsmonatige Vertragsdauer verstrichen war. Die verzögerte Hollywood-



Fotos: Archiv Rudolf Ulrich

März 1995: Autor Rudolf Ulrich (l.) anlässlich eines Research-Besuchs bei Carl Esmond und Gattin Ruth in deren Heim im vornehmen Brentwood an der Westside von Los Angeles

Serie »Österreicher in Hollywood«



v.l.: Hans Schumm, Carl Esmond, Ted North, Joan Bennett und J. Norton Dunn in der von Otto Preminger inszenierten Komödie »Margin for Error«, eine Adaption des populären Broadway-Hits der 20th Century-Fox von 1944.

Karriere des Newcomers begann erst nach Monaten bei Warner Bros. im Antikriegs-drama „The Dawn Patrol“, in dem er neben Errol Flynn ein deutsches Fliegerass spielte, nachempfunden der Person des „Roten Barons“ Manfred von Richthofen. Seitdem verband ihn eine langjährige Freundschaft mit Flynn. Die Ähnlichkeit mit ihm und die gleiche unbekümmerte Art stempelten den smarten Europäer ebenso zum Typ jener Filmhelden, deren Erfolg nicht nur vom Äusseren, sondern auch vom Wesen her bestimmt wird.

Esmond arbeitete als Freelancer bei allen großen Studios. Als Ende 1941 und dem Kriegseintritt der USA in Hollywood die Flut von Kriegs- und Anti-Nazi-Filmen einsetzte, wurde er bis 1944 häufig in Rollen als „Deutscher“ oder „Nazi“ gedrängt. In Filmen wie „Sundown“, „The Navy Comes Through“ (Esmond als Nazi-Flüchtling aus Wien), „First Comes Courage“ (dt. Major im besetzten Norwegen), „Address Unknown“, „The Story of Dr. Wassell“, das dokumentarische Feature „Resisting Enemy Interrogation“ (deutscher Lagerkommandant), gedreht für die US-Army Air Force zur Aufklärung über feindliche Verhörtaktiken im Falle der Kriegsgefangenschaft und Fritz Langs Agentendrama „Ministry of Fear“. Ein Fach, das ihm am wenigsten zusagte, Aufgaben aber, die er aus Überlebensgründen annehmen mußte, wobei er sich um Differenzierung der Charaktere bemühte.

Nach dem Krieg gelang es Esmond sich zu etablieren und von Klischees zu lösen. Amerika schätzte den urbanen, eleganten Akteur in facettenreichen, verbindlichen und oft arroganten Charakterstudien wie auch als gefragten Partner vieler Leinwand-Größen von Spencer Tracy, Merle Oberon, Katharine Hepburn, Hedy Lamarr, Yvonne de Carlo bis Ray Milland und Gregory Peck. In den reizenden Komödien „Without Love“, „Her

Highness and the Bellboy“ (1945), „Lover Come Back“ (1946) und „Slave Girl“ (1947), in den Dramen „Smash-Up: The Story of a Woman“ (1947) und „Mystery Submarine“ (1950) oder den Abenteuerfilmen „The Desert Hawk“ (1950), „The World in His Arms“ (1952) und „Morituri“ (1965). Von 1951 bis 1971 war Esmond weitgehend für das Fernsehen tätig, zusätzlich auch im Bereich TV-Commercials (u.a. für Columbia



Fotos: Archiv Rudolf Ulrich

Carl Esmond und Ann Blyth in der Universal-Verfilmung »The World in His Arms« des gleichnamigen Abenteuerromans von Rex Beach, inszeniert 1952 von Raoul Walsh. Angesiedelt um 1850 zwischen dem damals noch russischen Alaska und San Francisco.

Serie »Österreicher in Hollywood«



Foto: Archiv Rudolf Ulrich

Gary Cooper (l.) in der Titelrolle und Carl Esmond als holländischer Lt. Dirk van Daal in dem auf Java während der japanischen Besetzung spielenden, von Cecil B. DeMille produzierten und inszenierten biografischen Kriegsfilm »The Story of Dr. Wassell« (1944)

Records). In der eigentlichen Arbeit und der Mentalität der Filmleute sah er keinen Unterschied zwischen Europa und Hollywood.

Nach 15 Jahren in der Neuen Welt brachte ihn ein Angebot aus Deutschland erstmals wieder auf den heimatlichen Kontinent zurück. Universal International erlaubte dem Künstler für die deutsche Algefa-Produktion „Lieberwachen“ (1953) von F. W. Gaik seinen vormaligen Namen Eichberger zu benutzen. Sein Urlaub von Hollywood führte dank der regen Nachfrage von Produzenten und Regisseuren zu einem massiven Comeback vor europäischen Kameras. Bei Roxy München entstand 1954 unter der Regie des Hollywood-Veteranen Kurt Neumann „Regina Amstetten“ nach einer Erzählung von Ernst Wiechert, im Anschluß an die Aufnahmen zu Max Ophüls' beeindruckender Cinemascope-Attraktion „Lola Montez“ (F/D, 1955) wirkte er in London in der Episode „The Sword Strikes“ im Rahmen der Anthologie „Errol Flynn Theatre“ mit.

Ein kleiner, im Verlauf einer Stunde abgedrehter Part in der CBS-Verfilmung der Lebensgeschichte seines Freundes Errol Flynn, „My Wicked, Wicked Ways“, war 1985 Esmonds letzte Filmaufgabe. Seine Filmografie nennt insgesamt an die 90 Titel, davon 54 deutsch- und englischsprachige Spielfilme, dazu über 40 Segmente in einer Reihe bekannter und beliebter Bildschirmserien: „Stars Over Hollywood“, „Schlitz

Playhouse of Stars“, „Crossroads“, „Soldiers of Fortune“ oder „Climax!“, 1955 porträtierte er bei „Lux Video Theatre“ in der Episode „Casablanca“ den aus dem gleichnamigen Warner Bros.-Kultfilm bekannten Widerstandskämpfer Victor Laszlo. Carl Esmond, mit der Literatur-Agentin Ruth Taub verheiratet, die er 1936 in Berlin kennen lernte, seit 1943 US-Bürger, einer der letzten großen Überlebenden der Emigrantinnen-Ära, starb am 4. Dezember 2004 im Stadtteil Brentwood im westlichen Los Angeles. ■

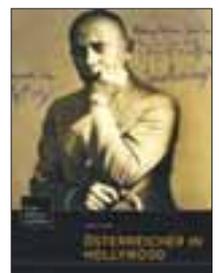
* Geburtsjahr gemäß Auskunft der MA 61 der Stadt Wien vom 12. März 2003. Davon abweichend werden in der internationalen Film-literatur Jahreszahlen von 1904 bis 1908 genannt, da Eich-

Mit dem Buch „Österreicher in Hollywood“ legte der Zeithistoriker Rudolf Ulrich die lang erwartete Neufassung seines 1993 erstmals veröffentlichten Standardwerkes vor. Nach über zwölfjährigen Recherchen konnten 2004 die Ergebnisse in Form einer revidierten, wesentlich erweiterten Buchausgabe vorgelegt werden. „Diese Hommage ist nicht nur ein Tribut an die Stars, sondern auch an die in der Heimat vielfach Unbekannten oder Vergessenen und den darüber hinaus immensen Kulturleistungen österreichischer Filmkünstler im Zentrum der Weltkinematographie gewidmet: „Alles, was an etwas erinnert, ist Denkmal“, schließt der Autor.

berger selbst einige Jahre seines Alters subtrahierte. Aufgrund der langjährig bekannten Vita des Schauspielers galt „Eichberger“ stets als dessen Geburtsname. Erst aufgrund einer Passage in Barbara Essers Buch, in dem sie die Geschichte einer vor Hitlers Schergen nach London geflohenen Verwandten Carl Esmonds erzählt, konnte beim Magistrat Wien festgestellt werden, daß Eichberger der Mädchennamen der Mutter war. Der Name des 1942 in Theresienstadt umgekommenen jüdischen Vaters lautete Armin Willi Simon. (Vgl. Esser, Barbara: „Sag beim Abschied leise Servus – Eine Liebe im Exil“, Wien 2002.). Für Eichberger ergab sich durch die frühe Namensänderung ungeahnt die Möglichkeit, bis 1936 im deutschsprachigen Film zu arbeiten und die rigiden Restriktionen der Nazi-Machthaber zu umgehen.

Rudolf Ulrich und der Verlag Filmarchiv Austria bieten Ihnen, sehr geehrte Leserinnen und Leser, die Möglichkeit, im „Österreich Journal“ einige Persönlichkeiten aus dem Buch „Österreicher in Hollywood“ kennenzulernen.

Rudolf Ulrich
„Österreicher in Hollywood“; 622 Seiten,
zahlreiche Abb., 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, 2004; ISBN 3-901932-29-1;
<http://www.filmarchiv.at>



Erlebnispark Hög

Sommerurlaub in einer neuen Dimension in Serfaus-Fiss-Ladis



Foto: Serfaus-Fiss-Ladis / Andreas Kirschner

Die passende Erfrischung liefert der Högsee mit Wasserabenteuern für jedes Alter.

Auch in den Sommermonaten dreht sich in der mehrfach ausgezeichneten Tiroler Urlaubsregion Serfaus-Fiss-Ladis alles um abwechslungsreiche Urlaube mit der ganzen Familie. Tag für Tag erleben Jung und Alt ein buntes Programm an der frischen Luft des Hochplateaus. Zum Sommer 2015 werden die Erlebniselwelten um eine weitere aufwendig gestaltete Attraktion erweitert: der Erlebnispark Hög am Alpkopf in Serfaus. Mit Familien-Coaster, Badesee mit Wassersportmöglichkeiten, Abenteuer- und Spielbereichen und genügend Platz für Ruhesuchende eröffnet sich eine neue Urlaubsdimension für den Sommer in der Alm- und Bergwelt von Serfaus-Fiss-Ladis.

Steigt man an der neuen Mittelstation der Alpkopfbahn auf 1820 m in Serfaus aus, blickt man auf eine weite Hochfläche, die von einem märchenhaften Wald umrandet ist. In der Mitte glitzert der Högsee im Sonnenlicht, rund herum laden Wohlfühlstatio-



Foto: Serfaus-Fiss-Ladis / Seilbahn Komperdell GmbH

Die neue Sommer- und Winterrodelbahn, der Familien-Coaster »Schneisenfeger«.

ÖJ-Reisetip

nen und Badestege mit bequemen Liegen und Bänken zum Verweilen, Sonnenbaden und Träumen ein. Und auch das Restaurant Seealm Hög strahlt dank seiner rustikalen Bauweise und Einrichtung ein wohliges Gefühl von Heimat und Geborgenheit aus.

Doch ganz so ruhig geht es hier nicht zu: Im Erlebnispark Hög dreht sich an liebevoll inszenierten Spiel- und Infostationen alles um die Themen Alm- und Forstwirtschaft. So erfahren kleine und große Gäste in einer überdimensionalen Milchkanne alles Wissenswerte über die Entstehung des Högsees. Eine riesige Holzkugelbahn, zwei Kuhfladen-Trampoline, das Wasserlabyrinth oder der Bereich der alten Stallung laden zum Entdecken, Spielen und Toben ein. Die passende Erfrischung liefert der Högsee mit Wasserabenteuern für jedes Alter. Abkühlung bietet ein Sprung ins klare Wasser, spannend ist eine Tour mit dem Ruder- oder Tretboot. Geschicklichkeit ist beim Stand-Up-Paddeln und im Flößerparcours gefragt. Sogar eine schwimmende Insel gilt es zu erobern und für die kleinsten Urlauber ist ein eigener Flachwasserbereich zum Planschen angelegt.

Für rasantere Abenteuer sorgt die neue Sommer- und Winterrodelbahn, der Familien-Coaster „Schneisenfeger“. Vom Einstieg in einem alten Sägewerk werden die Rodler vorbei an Szenerien über die Holzwirtschaft des Hochplateaus bis an den Startpunkt am oberen Alpkopf gezogen. Dort angekommen startet das Rodelvergnügen auf der 1,5 km



Foto: www.foto-mueller.com

Familien Spaß am Högsee

langen Talfahrt durch Wald und Wiesen. Es warten rasante Kurven, aufregende Jumps, zwei spektakuläre Kreisel, Wellen und einem Tempo von bis zu 42 km / h auf die kleinen und großen Piloten, und das teilweise sogar in bis zu 8 Metern über dem Boden!

Nach so viel Abenteuer und Action verwehnt das Restaurant Seealm Hög hungrige

Mägen mit frisch zubereiteten Gerichten auf der Sonnenterrasse und in den heimeligen Stuben. Passend zum kühlen Naß des Högsees, stehen viele Fischspezialitäten auf der Karte.

Ruhesuchende finden am hinteren Ende des Högsees mit der Familien-Lichter-Kapelle einen Ort zum Innehalten. Ihr Altar besteht aus einem imposanten Findling, der bei der Errichtung des Högsees gefunden wurde. Bereits auf dem Weg zur kleinen Anhöhe lässt man das bunte Stimmengewirr des Erlebnispark Hög hinter sich und hat Zeit zu Muße und Meditation in der nun stillen Umgebung des Waldes mit Vogelgezwitscher und dem sanften Läuten der Kuhglocken aus der Ferne.

Der Erlebnispark Hög wird zum Start in die Sommersaison am 13. Juni feierlich mit einem Gottesdienst an der Familien-Lichter-Kapelle um 10 Uhr eingeweiht. Das ganze Wochenende über können die Gäste die neuen Attraktionen ausprobieren. Dazu gibt es rund um den Högsee viele Spiel- und Mitmachaktionen, bei denen auch das Maskottchen Murmli nicht fehlen wird. Zünftig geht es am Sonntag, dem 14. Juni, beim Frühschoppen im Restaurant Seealm Hög zu. Das ausführliche Programm wird rechtzeitig im Eventkalender von Serfaus-Fiss-Ladis veröffentlicht. ■

<http://www.serfaus-fiss-ladis.at>



Foto: Serfaus-Fiss-Ladis

Restaurant Seealm Hög